REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 371 · 19.10.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 47 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Kohl leicht abgespeckt
2. Tarifrunde 95 eingeläutet - gg.
3. "Hinrichtungs-Journalismus" (Diffamierung von Peter Mecklenburg, Grüne) - ga.
4. Kurt Tucholskys " Negativwirkung auf die Bundeswehr" - Js.
5. "Eine Koalition mit der PDS darf nicht länger tabu sein." Gedanken linker Grüner, wie ihre Partei in die Offensive kommen könnte - mb.
6. Betr.: 16 Oktober. "Meinungsfreiheit" als Dreckschleuder. Kommentar u. Dokum. zu den Vorwürfen gegen Gregor Gysi - he., Hamburg
7. Das freundlich lächelnde Sahnehäubchen. Wie Scharping, Kohl und viele andere die "Gysi-Kommunisten" bekämpfen - Js.
8. Fruchtbarkeit von Frauen gegen Kredite verkauft (Auszüge aus der Rede von Sumati Nair beim Alternativen Forum in Madrid) - Rainer Wandler
9. Deutsches Kapital auf dem Marsch nach Osteuropa - J., Westberlin
10. Europa: Der Zwang zur Konvergenz. Lohnkürzungen, Privatisierungen, Sozialabbau - J., Westberlin
11. Greifen wir gemeinsam nach den Sternen - Aufruf zum EU-Gegengipfel in Essen
12. Ein König macht "Perestroika". Zur gegenwärtigen Situation in Jordanien - Klaus Polkehn
13. "Ihr legt den Finger direkt in unsere Wunde" Kriegsdienstverweigerung in der Türkei - Jörg Rohwedder
14. Infitah - Landreformen im Irak. Zwischen Privatisierung und Zerstörung der kurdischen Subsistenz - Sabine Ott
15. Frieden mit der Ultrarechten? In Guatemala nehmen Regierung und Guerilla die Gespräche wieder auf - Al., Nürnberg
16. Die Alternative zur Finanzoligarchie. Interview mit Adolfo Gilly, Mexiko
17. Fernando Henrique Cardoso: Vom Dependenztheoretiker zum Präsidenten Brasiliens - tof
18. "Eine große Lähmung ist spürbar". Eindrücke aus Kuba. Interview mit Bert Hoffmann
19. "Kanzler Haider" - nur noch eine Frage der Zeit? - Js.
20. "... wird mit Gefängnis oder Buße bestraft" Notizen zur Abstimmung über das Schweizer Antirassismus-Gesetz - Urs Schmidlin, Basel
21. Abgeschoben in Krieg und Folter. Zahlen zu Abschiebungen und Haft - Conni Grenz
22. Skin-Überfall auf antifaschistisches Zentrum in Reutlingen - Gruppe AK Reutlingen
23. Wieder Nazi-Briefbomben in Österreich - ES, Hamburg
24. Rassismus bei der Polizei. Einige Fälle aus Berlin - Biplab Basu
25. Obernazi Priem im Knast? - ES, Hamburg
26. Unser Dorf muß schöner werden. Kein Platz für deutsche Neonazis in Dänemark - ES, Hamburg
27. Widerstand ist gerechtfertigt. Berliner "Kaindl-Prozeß": Staatsschutz im Zwielicht - Clemens Schultz, Berlin
28. Die Gefangenen müssen raus! Zur Situation von Christine Kuby, politische Gefangene in Lübeck - Tjark Kunstreich
29. Spendenaufruf: Aufklärung der Ereignisse in Bad Kleinen - ga.
30. Die PKK - eine "Spendengeld-Mafia"? - M., Berlin
31. Staatsterror gegen kurdische AktivistInnen. Eine Übersicht - Rote Hilfe
32. Menschenrechte sind unteilbar. Die Praktiken d. "Gesellschaft für bedrohte Völker" am Bsp. armen. Flüchtlinge - Graswurzelrevolution
33. Stairways to Heaven. Steter Aufstieg ohne Sturz. Biographische Mitteilungen über Kim Il Sung. Teil 2 - nyg., Westberlin
34. Keine Maya-Statuen. Rezension - He.
35. Zwanzig Jahre Schaftstiefel-Nazis. Broschürenvorstellung

36. Royal Ulster Constabulary (RUC). Mit Terror und Einschüchterung gegen die nordirische Minderheit. Prozeßerkl. von Donagh O''Kane
37. Das Guernica des türkischen Staates. Die zweite Zerstörung von Dersim - nm
38. Quelldatei 03.htm
39. Quelldatei 27.htm
40. Quelldatei brasil.htm
41. Haider bald Kanzler?
42. Quelldatei irak.htm
43. IWF und Weltbank
44. "Perestroika" in Jordanien
45. Quelldatei kuba.htm
46. Fotografen und Fotoagenturen stöhnen:
47. Quelldatei wahl.htm

1. Kohl leicht abgespeckt

Rubrik: Wahlen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:38

Verluste von 6,4 Prozentpunkten für die Regierungskoalition haben deren Mandatsmehrheit auf ganze zehn Sitze zusammenschmelzen lassen - 1990 betrug der Abstand zur Opposition noch 134 Mandate. Links von der SPD legten Bündnis90/Grüne und PDS kräftig zu. Verfügten beide Gruppierungen zusammen bisher über 25 Mandate, so werden es künftig mehr als dreimal so viele sein: 30 Sitze gehen an die PDS, 49 an die Bündnisgrünen. Trotz dieser Verschiebungen bleibt vorerst alles, wie es war. Helmut Kohl, der für seine erneute Kanzlerwahl im ersten Wahlgang 337 Stimmen braucht (die Koalition verfügt über 341), mahnte schon am Wahlabend zur "Disziplin". Extratouren können weniger denn je geduldet werden; die noch einmal davongekommenen Liberalen sollen ja nicht wagen, das Maul aufzumachen. Als Aufpasser steht die CSU bereit, die ihr "gewachsenes Gewicht" in die Waagschale zu werfen droht.

Für die Politik der neuen alten Regierung mögen die internen Verschiebungen des Kräfteverhältnisses marginal sein; ihr Erscheinungsbild nach außen wird - zunächst - noch mehr "Geschlossenheit" ausstrahlen als bisher. Hier wird nur einer zu sagen haben: Helmut Kohl, den das Wahlvolk liebt wie keinen zweiten und dessen tagtägliche Fernsehpräsenz ein wesentlicher Garant für den Wahlerfolg war. Daß Scharping mit dem Großen Kommunikator Kohl auf dessen ureigenstem Gebiet nicht mithalten konnte, ist kein großer Verlust. Die peinlichen Versuche des angeblichen Herausforderers, auch einmal ganz menschlich zu erscheinen, waren eine ebensolche Beleidigung des Publikums wie der Personenkult mit Kohl. Die SPD-Strategen, die den Wahlspot mit dem kleinen Rudi und seiner Mami zu verantworten haben, werden bei ihrer Wahlkampfauswertung zu dem Schluß kommen, daß sie auf dem richtigen Weg sind. Denn über Scharpings Auftritte schrieb der FAZ-Kommentator Günter Bannas noch: "Der Kanzlerkandidat spricht den Verstand an, nicht das Gefühl." Dem kann abgeholfen werden: Durch noch mehr Kinderbilder und noch mehr Mami.

Was der CDU im Wahlkampf gelang und wohl auch bei der Kanzlerwahl im Parlament gelingen wird, ist auf die Dauer nicht durchzuhalten: Die Person Kohl ist kein Programm für vier Jahre. Die FDP ist in der Zwickmühle, einerseits kuschen und andererseits - mit Blick auf den nächsten Wahltermin - "Profil" zeigen zu müssen. Eine Konstellation, bei der sich die SPD-Fraktion zurücklehnen und auf ihren Einsatz warten kann. Scharping hat mit seinem Kommentar am Wahlabend, er habe sein Wahlziel nur knapp verfehlt, endgültig bestätigt, was ohnehin auf der Hand lag: Ziel war nicht der "Kanzlerwechsel", sondern die Große Koalition. Seine mehr oder weniger prominenten UnterstützerInnen - von Günter Grass bis Walter Jens - , die in großformatigen Anzeigen für den "Wechsel" warben, scheinen auch diesen offenkundigen Betrug wortlos hinnehmen zu wollen.

Vielleicht klammern sie sich aber auch an die Hoffnung, der "Machtwechsel" könne auf dem Umweg über die Große Koalition herbeigeführt werden - schließlich ist das tatsächlich schon einmal gelungen. Im Dezember 1966, nur ein Jahr nach dem deutlichen Sieg der CDU-FDP Koalition, wurde die SPD in die Regierung geholt. Davon hatte sie ihre Zustimmung zu den Notstandsgesetzen und zu einer Stabilitätspolitik, die der eigenen Klientel Opfer abverlangte, abhängig gemacht. Im Gegenzug konnte unter Außenminister Willy Brandt die "neue Ostpolitik" Konturen gewinnen.

Im Unterschied zu 1966 hat die SPD heute nichts anzubieten und nichts zu erwarten. Die wesentlichen zu Schicksalsfragen der Nation hochstilisierten Gesetzesänderungen - Asylrecht, Bundeswehreinsätze, Pflegeversicherung, Verbrechensbekämpfung - sind unter Dach und Fach. In all diesen Fragen ist die SPD nach anfänglichem Zögern auf Regierungskurs eingeschwenkt, ohne dafür irgend eine Gegenleistung erhalten zu haben. Wenn die hauchdünne Regierungsmehrheit nach der Hälfte der Legislaturperiode verschlissen sein sollte, wird sich die SPD "im Interesse Deutschlands der Übernahme von Verantwortung nicht verweigern", wie die einschlägige Floskel lautet. Mangels erkennbarem politischem Vorteil wird die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten ("erstmals seit 1982") als Erfolg an sich ausgegeben werden müssen.

Ein Zwischenschritt zur Einleitung eines rot-grünen Reformprojekts wird sie nicht sein. Im Unterschied zum Ende der sechziger Jahre fehlt jede Art von reformpolitischer Aufbruchstimmung. Die Sozialdemokraten wetteifern mit der Regierung um die Sicherung des "Standort Deutschland"; insbesondere der rot-grüne Hoffnungsträger Gerhard Schröder bekennt sich stolz als "Türöffner für deutsche Unternehmen in der Welt" und als Lobbyist der Auto-Industrie. Nicht von ungefähr war der einzige sofort umsetzbare Punkt des

100-Tage-Programms, das die SPD zwei Wochen vor der Wahl lancierte, eine "Abwrackprämie" für alte Autos: Wirtschaftsförderung mit "grüner" Verzierung, die von den (echten) Grünen zu Recht umgehend abgelehnt wurde.

Eigene Ideen für eine Mehrheit "links von der Union" bringt die SPD nur auf dem Gebiet wahltaktischer Trickserei zustande: Siehe Scharpings Angebot an die CDU, in den PDS-Hochburgen zu Wahlabsprachen zu kommen. Daraus wurde nichts, weil die CDU nicht mitspielte (was Scharping empörend fand). Die CDU hält gegenüber den "Gysi-Kommunisten" den formal rechtsstaatlichen Weg für klüger. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Eylmann (CDU), möchte für die Vergabe der Direktmandate einen zweiten Wahlgang einführen: "Denn im zweiten Wahlgang könnten alle, die die PDS nicht wollen, ihre Stimme auf den Zweitplazierten konzentrieren." Solche Manipulationen am Wahlrecht kosten natürlich Zeit, das weiß auch Eylmann, der zehn Tage vor der Wahl resigniert feststellte: "Der Zug ist abgefahren, und jetzt müssen wir mit dem leben, was dabei heraus kommt."

Heraus kam eine aus 30 Abgeordneten bestehende PDS-Gruppe (bisher waren es 17 gewesen). Stefan Heym, der den sozialdemokratischen Vorzeige-Ossi Wolfgang Thierse im Duell um das Direktmandat in Berlin-Mitte/Prenzlauer Berg überflügelte, wird als neuer Alterspräsident die konstituierende Sitzung des 13. Bundestages eröffnen. Auf die Rede des nach eigenem Bekunden "eigenartigen" Mannes sind wir gespannt. Linken Enthüllungsjournalisten und Polemikern wird die PDS-Gruppe Stoff liefern. Hier ist allerdings dem Neuen Deutschland beizupflichten, das sich von den zu erwartenden "Turbulenzen" nicht schrecken lassen will: "Wer Persönlichkeiten ins Rennen schickt und dann erwartet, daß sie plötzlich handzahm und pflegeleicht sind, wäre ein Heuchler."

Mit dem Wiedereinzug der Westgrünen bekommt die PDS links von der SPD Konkurrenz. Die bisherigen Wortführer der Bündnisgrünen im Bundestag, Werner Schulz und Konrad Weiß, die aus ihren schwarz-grünen Ambitionen keinen Hehl machen, waren denn doch keine ernst zu nehmenden Gegner. Vielleicht begünstigt der ökologisch-sozialistische Wettbewerb die stärkere Akzentuierung der eigenen Positionen. Daß die Grünen ihren blödsinnigen Abgrenzungskurs gegenüber der PDS vier Jahre lang durchhalten können, ist kaum zu befürchten. Rot-Grün ist machbar - wenn auch nur links von der SPD.

Während links im Parlament ohne die Sachzwänge von Koalitions- oder Tolerierungsverhandlungen Opposition gemacht werden kann, ist für die Regierungsparteien der Spielraum ungewohnt eng geworden. Mehr denn je ist unklar, wer und was denn nach Kohl kommt. Als der aussichtsreichste Nachfolgekandidat galt und gilt Wolfgang Schäuble. Die von ihm vertretene Politik wird es nach dem 16. Oktober nicht leichter haben. Schäuble wirbt für eine "im Kern totalitäre Vision" (Charlotte Wiedemann): Abschied vom "Wohlfahrts- und Daseinsvorsorgestaat", "nationale Identität" in einer "Schicksalsgemeinschaft", "Dienst an der Gemeinschaft", Opferbereitschaft, Deutschland zuerst, Europa vielleicht später. Um diese Politik über Kohl hinaus gibt es zwar in der CDU keine Auseinandersetzung und ebensowenig eine klare Gegenposition der SPD. Sie wird sich aber nicht im Selbstlauf durchsetzen. Die bisherigen Versuche der CDU, deutschnationale Ideologie und Realpolitik zur Deckung zu bringen, waren wenig erfolgreich. Schäuble selbst, der mit seinem Kerneuropa-Vorstoß in dem weitgehend themenfreien CDU-Wahlkampf für Irritationen gesorgt hatte, mahnt nun zur Besonnenheit. Vor nicht allzu langer Zeit hatte er - mit Blick auf die anstehenden Verfassungsänderungen - noch aufs Tempo gedrückt: "Wir kommen zu nichts vor lauter Bedenken."

Allerdings denkt die SPD nicht daran, aus diesem Zeitgewinn politisches Kapital zu schlagen. Selbst hartnäckige Rot-Grün-Propagandisten wie der Politologe und Grünen-Experte Joachim Raschke haben erkannt: "Eine rot-grüne Debatte wie bisher ist out." Die SPD blickt konsequent nach rechts und wartet auf ihre "Chance". Sie hofft darauf, für ihre eilfertige Kooperation mit der Regierung schon bald belohnt zu werden und als Juniorpartner in das gemeinsame Unternehmen einsteigen zu dürfen. Die Differenzen in der SPD-"Troika" um den Umgang mit der CDU sind allein taktischer Art. Während Schröder am liebsten von sich aus ein Koalitionsangebot gemacht hätte, ließ er sich von Scharping zunächst bremsen, der darauf bestand, das Angebot müsse von Kohl kommen. "Aber wir müssen signalisieren, daß wir eine solche Offerte nicht abweisen werden", habe Schröder insistiert, berichtet der Spiegel - "und so richtig widersprach keiner."

Wenn es denn so weit kommt, wird auch dieser Regierungswechsel nicht durch die Wählerinnen und Wähler herbeigeführt worden sein. Noch nie in der Geschichte der BRD ist eine amtierende Regierung abgewählt worden. Ein seltener Fall von politischer "Stabilität", die auf absehbare Zeit erhalten bleiben wird - allem

Gerede von der "Politikverdrossenheit" und der "Krise der Volksparteien" zum Trotz. Der wiedergewonnenen Integrationskraft der großen Parteien fielen diesmal die Reps zum Opfer, deren Einzug in den Bundestag noch vor zwei Jahren so gut wie sicher schien: Die Rechtsverschiebung des gesamten Parteienspektrums hat eine eigenständige rechtsextreme Parlamentspartei bis auf weiteres "überflüssig" gemacht.

Vielleicht klammern sie sich aber auch an die Hoffnung, der "Machtwechsel" könne auf dem Umweg über die Große Koalition herbeigeführt werden - schließlich ist das tatsächlich schon einmal gelungen. Im Dezember 1966, nur ein Jahr nach dem deutlichen Sieg der CDU-FDP Koalition, wurde die SPD in die Regierung geholt. Davon hatte sie ihre Zustimmung zu den Notstandsgesetzen und zu einer Stabilitätspolitik, die der eigenen Klientel Opfer abverlangte, abhängig gemacht. Im Gegenzug konnte unter Außenminister Willy Brandt die "neue Ostpolitik" Konturen gewinnen.

Im Unterschied zu 1966 hat die SPD heute nichts anzubieten und nichts zu erwarten. Die wesentlichen, zu Schicksalsfragen der Nation hochstilisierten Gesetzesänderungen - Asylrecht, Bundeswehreinsätze, Pflegeversicherung, Verbrechensbekämpfung - sind unter Dach und Fach. In all diesen Fragen ist die SPD nach anfänglichem Zögern auf Regierungskurs eingeschwenkt, ohne dafür irgendeine Gegenleistung erhalten zu haben. Wenn die hauchdünne Regierungsmehrheit nach der Hälfte der Legislaturperiode verschlissen sein sollte, wird sich die SPD "im Interesse Deutschlands der Übernahme von Verantwortung nicht verweigern", wie die einschlägige Floskel lautet. Mangels erkennbaren, politischen Vorteils wird die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten ("erstmals seit 1982") als Erfolg an sich ausgegeben werden müssen.

Ein Zwischenschritt zur Einleitung eines rot-grünen Reformprojekts wird sie nicht sein. Im Unterschied zum Ende der sechziger Jahre fehlt jede Art von reformpolitischer Aufbruchstimmung. Die Sozialdemokraten wetteifern mit der Regierung um die Sicherung des "Standort Deutschland"; insbesondere der rot-grüne Hoffnungsträger Gerhard Schröder bekennt sich stolz als "Türöffner für deutsche Unternehmen in der Welt" und als Lobbyist der Auto-Industrie. Nicht von ungefähr war der einzige sofort umsetzbare Punkt des 100-Tage-Programms, das die SPD zwei Wochen vor der Wahl lancierte, eine "Abwrackprämie" für alte Autos: Wirtschaftsförderung mit "grüner" Verzierung, die von den (echten) Grünen zu Recht umgehend abgelehnt wurde.

Eigene Ideen für eine Mehrheit "links von der Union" bringt die SPD nur auf dem Gebiet wahltaktischer Trickserei zustande: Siehe Scharpings Angebot an die CDU, in den PDS-Hochburgen zu Wahlabsprachen zu kommen. Daraus wurde nichts, weil die CDU nicht mitspielte (was Scharping empörend fand). Die CDU hält gegenüber den "Gysi-Kommunisten" den formal rechtsstaatlichen Weg für klüger. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Eylmann (CDU), möchte für die Vergabe der Direktmandate einen zweiten Wahlgang einführen: "Denn im zweiten Wahlgang könnten alle, die die PDS nicht wollen, ihre Stimme auf den Zweitplazierten konzentrieren." Solche Manipulationen am Wahlrecht kosten natürlich Zeit, das weiß auch Eylmann, der zehn Tage vor der Wahl resigniert feststellte: "Der Zug ist abgefahren, und jetzt müssen wir mit dem leben, was dabei heraus kommt."

Heraus kam eine aus 30 Abgeordneten bestehende PDS-Gruppe (bisher waren es 17 gewesen). Stefan Heym, der den sozialdemokratischen Vorzeige-Ossi Wolfgang Thierse im Duell um das Direktmandat in Berlin-Mitte/Prenzlauer Berg überflügelte, wird als neuer Alterspräsident die konstituierende Sitzung des 13. Bundestages eröffnen. Auf die Rede des nach eigenem Bekunden "eigenartigen" Mannes sind wir gespannt. Linken Enthüllungsjournalisten und Polemikern wird die PDS-Gruppe Stoff liefern. Hier ist allerdings dem Neuen Deutschland beizupflichten, das sich von den zu erwartenden "Turbulenzen" nicht schrecken lassen will: "Wer Persönlichkeiten ins Rennen schickt und dann erwartet, daß sie plötzlich handzahm und pflegeleicht sind, wäre ein Heuchler."

Mit dem Wiedereinzug der Westgrünen bekommt die PDS links von der SPD Konkurrenz. Die bisherigen Wortführer der Bündnisgrünen im Bundestag, Werner Schulz und Konrad Weiß, die aus ihren schwarz-grünen Ambitionen keinen Hehl machen, waren denn doch keine ernst zu nehmenden Gegner. Vielleicht begünstigt der ökologisch-sozialistische Wettbewerb die stärkere Akzentuierung der eigenen Positionen. Daß die Grünen ihren blödsinnigen Abgrenzungskurs gegenüber der PDS vier Jahre lang durchhalten können, ist kaum zu befürchten. Rot-Grün ist machbar - wenn auch nur links von der SPD.

Während links im Parlament ohne die Sachzwänge von Koalitions- oder Tolerierungsverhandlungen Opposition gemacht werden kann, ist für die Regierungsparteien der Spielraum ungewohnt eng geworden. Mehr denn je ist unklar, wer und was denn nach Kohl kommt. Als der aussichtsreichste Nachfolgekandidat galt und gilt Wolfgang Schäuble. Die von ihm vertretene Politik wird es nach dem 16. Oktober nicht leichter haben. Schäuble wirbt für eine "im Kern totalitäre Vision" (Charlotte Wiedemann): Abschied vom "Wohlfahrts- und Daseinsvorsorgestaat", "nationale Identität" in einer "Schicksalsgemeinschaft", "Dienst an der Gemeinschaft", Opferbereitschaft, Deutschland zuerst, Europa vielleicht später. Um diese Politik über Kohl hinaus gibt es zwar in der CDU keine Auseinandersetzung und ebensowenig eine klare Gegenposition der SPD. Sie wird sich aber nicht im Selbstlauf durchsetzen. Die bisherigen Versuche der CDU, deutschnationale Ideologie und Realpolitik zur Deckung zu bringen, waren wenig erfolgreich. Schäuble selbst, der mit seinem Kerneuropa-Vorstoß in dem weitgehend themenfreien CDU-Wahlkampf für Irritationen gesorgt hatte, mahnt nun zur Besonnenheit. Vor nicht allzu langer Zeit hatte er - mit Blick auf die anstehenden Verfassungsänderungen - noch aufs Tempo gedrückt: "Wir kommen zu nichts vor lauter Bedenken."

Allerdings denkt die SPD nicht daran, aus diesem Zeitgewinn politisches Kapital zu schlagen. Selbst hartnäckige Rot-Grün-Propagandisten wie der Politologe und Grünen-Experte Joachim Raschke haben erkannt: "Eine rot-grüne Debatte wie bisher ist out." Die SPD blickt konsequent nach rechts und wartet auf ihre "Chance". Sie hofft darauf, für ihre eilfertige Kooperation mit der Regierung schon bald belohnt zu werden und als Juniorpartner in das gemeinsame Unternehmen einsteigen zu dürfen. Die Differenzen in der SPD-"Troika" um den Umgang mit der CDU sind allein taktischer Art. Während Schröder am liebsten von sich aus ein Koalitionsangebot gemacht hätte, ließ er sich von Scharping zunächst bremsen, der darauf bestand, das Angebot müsse von Kohl kommen. "Aber wir müssen signalisieren, daß wir eine solche Offerte nicht abweisen werden", habe Schröder insistiert, berichtet der Spiegel - "und so richtig widersprach keiner."

Wenn es denn so weit kommt, wird auch dieser Regierungswechsel nicht durch die Wählerinnen und Wähler herbeigeführt worden sein. Noch nie in der Geschichte der BRD ist eine amtierende Regierung abgewählt worden. Ein seltener Fall von politischer "Stabilität", die auf absehbare Zeit erhalten bleiben wird - allem Gerede von der "Politikverdrossenheit" und der "Krise der Volksparteien" zum Trotz. Der wiedergewonnenen Integrationskraft der großen Parteien fielen diesmal die Reps zum Opfer, deren Einzug in den Bundestag noch vor zwei Jahren so gut wie sicher schien: Die Rechtsverschiebung des gesamten Parteienspektrums hat eine eigenständige rechtsextreme Parlamentspartei bis auf weiteres "überflüssig" gemacht.

2. Tarifrunde 95 eingeläutet

Autor: gg. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:29

Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, will die diesjährige Vorgabe der Arbeitgeber als Kontrastprogramm zu den Forderungen der IG Metall verstanden wissen. Der IG-Metall-Vorstand wiederum schlägt den regionalen Tarifkommissionen vor, Lohnerhöhungen "bis zu 6%" zu fordern. Nach dem De-facto-Nullabschluß 1994 und den erheblichen Reallohnverlusten der letzten Jahre ist die Forderung nach Einkommenssteigerungen ein zentrales Anliegen der Gewerkschaftsbasis.

Die Gewerkschaftsspitze berechnet nun bei der Höhe ihrer Forderung voll das Wohl und Wehe der westdeutschen Metallunternehmen mit ein. Um einen nachträglichen Ausgleich der 94er-Nullrunde geht es keineswegs. Die Rechnung ist viel banaler. Die "Bis-zu-6%"-Forderung setzt sich zusammen aus geschätztem durchschnittlichem Anstieg der Verbraucherpreise um 2,5% und der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung von 3,5%. Eine Umverteilungskomponente wird noch nicht einmal ansatzweise in die Überlegung mit einbezogen. Damit ist klar, daß selbst bei Ausschöpfung der Maximalforderung gerade der Status Quo gehalten werden würde. Man muß mitnichten ein profunder Kenner der Tarifwelt sein, um mit der Voraussage, daß die 6% nicht erreicht werden, richtig zu liegen. Mit der "Vernunftforderung" soll dem "katastrophalen Einbruch der Gewinne in den Jahren 1992 und 1993" Rechnung getragen werden, so der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel. (Handelsblatt 12.10.94)

Handelsblatt-Chefredakteur Hans Mundorf verweist süffisant auf den Verlauf der Tarifrunde 1994. Auch hier wurden bis zu 6% mehr Lohn und Gehalt gefordert. Abgeschlossen wurden eine Tariferhöhung von 2% bei fünf Leermonaten (de facto 1,17%), eine einmalige Kürzung des Weihnachtsgeldes um 10 Prozentpunkte und die Möglichkeit, betriebliche Arbeitszeitmodelle zur Beschäftigungssicherung einzuführen.

Im letzten Jahr war die IGM allerdings auch mit der Kündigung der tariflichen Urlaubsabkommen und der Lohn- und Gehaltstarifverträge durch die Arbeitgeber konfrontiert. Eine Kostensenkung von 10-15% war die vom Kapitalistenlager vorgegebene Marschroute. 1994 hört sich der Forderungskatalog von Gesamtmetall wesentlich moderater an, ohne daß dabei das Ziel einer weiteren (Lohn-)Kostensenkung aus dem Blick verloren würde. Einen Tag vor Bekanntgabe der IGM-Forderung hieß es bei Gesamtmetall noch, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche zum 1.10.95 verschoben werden müßte. Einen Tag nach Bekanntgabe der zurückhaltenden IGM-Forderung gab Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Kirchner dann "Erläuterungen" zum besseren Verständnis des Arbeitgeberkatalogs.

Kirchner verweist auf angebliche Vertragsklauseln im Stufentarifvertrag von 1990, in denen bei einer anstehenden Arbeitszeitverkürzung die Kosten bei der Festlegung der Lohnhöhe mit berücksichtigt werden sollen. Die Aussage ist deutlich: Es geht Gesamtmetall nicht unbedingt darum, die Einführung der 35-Stunden-Woche zu verschieben. Entscheidend sind eine Kostensenkung plus eine größere Flexibilität bei der Umsetzung in den einzelnen Betrieben. Da die Gewerkschaften bei Beschäftigungssicherung Lohnzurückhaltung signalisieren, könnte analog zum diesjährigen Abschluß der sogenannte "Beschäftigungssicherungsvertrag" auch für 1995 als Vorbild dienen. Der "Beschäftigungssicherungsvertrag" besagt, daß auf freiwilliger Ebene Betriebsvereinbarungen getroffen werden können, die bei einem Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen den Unternehmern die Möglichkeit einräumen, die Arbeitszeit für die Gesamtbelegschaft auf 30 Stunden ohne Lohnausgleich zu reduzieren. Sind nur einzelne Betriebsteile von der Arbeitszeitverkürzung betroffen, gibt es einen teilweisen Lohnausgleich, aber auch die Möglichkeit, betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen.

An dieser Durchlöcherung des Flächentarifvertrages möchte Gesamtmetall weiter arbeiten. In dem Fünf-Punkte-Forderungskatalog findet sich darüberhinaus noch der Wunsch nach Einführung eines "Kombi-Lohnes". Gesamtmetall möchte zum einen niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose (ähnlich den Regelungen der letzten Chemie-Tarifrunde), zum anderen soll die Differenz zum Tariflohn von den SteuerzahlerInnen via Bundesanstalt für Arbeit bezahlt werden. Für seine mittelständischen Mitglieder möchte Gesamtmetall weiter Tariföffnungsklauseln erreichen und die Tariferhöhungen, zur Senkung der Gesamtkosten, mit den Lohnzusatzkosten (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) verrechnen lassen.

Hauptziel von Gesamtmetall dürfte neben einer weiteren Kostensenkung, die Flexibilisierung und damit eine weitere Schwächung von flächendeckender kollektiver Interessensvertretung sein. Dieses Ziel muß nicht immer mit den härtesten Methoden angestrebt werden, könnte ein solches Vorgehen doch zu stärkeren Widerständen und ungewünschten Solidarisierungseffekten führen. Bei der Durchsetzung nur eines Teiles der diesjährigen Arbeitgeberforderungen wird es zu weiteren Kostensenkungen und weiteren Gewinnsteigerungen kommen. Auf Arbeiter- und Angestelltenseite wird, dazu muß man kein Prophet sein, angesichts der IGM-Forderungen ein weiterer Reallohnverlust stehen. Unabhängig von der schlußendlichen Tariferhöhung werden ab 1.1.1995 weitere Belastungen auf die Beschäftigten zukommen. Zum einen der Solidaritätszuschlag von 7,5% auf die Lohn- und Einkommenssteuer; zum anderen wird die erste Stufe der Pflegeversicherung eingeführt, die voll von den ArbeitnehmerInnen finanziert wird. Die Gewerkschaften sehen sich außerstande, "falsche Weichenstellungen der staatlichen Finanzpolitik" durch gewerkschaftliche Tarifpolitik zu korrigieren.

"Die Attacke der Arbeitgeber auf das allgemeine tarifliche Lohn- und Leistungsniveau und die vehement vorgetragene Forderung nach weitreichender betriebsbezogener Flexibilisierung weisen auf grundlegendere Gefahren für das Tarifsystem hin. Im Kern steht das Prinzip des einheitlichen Flächentarifvertrags zur Disposition. Eine Verteidigung und Weiterentwicklung dieses Prinzips kann und wird den Gewerkschaften aber nur gelingen, wenn sie die Tarifpolitik aus der Sackgasse einer rein defensiven (Bestands-) Schutzpolitik herausführen." (WSI-Mitteilungen 8/94)

Die Eröffnung der Tarifrunde 95 deutet darauf hin, daß die IGM-Tarifexperten diese Erkenntnisse des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes entweder nicht gelesen haben oder nicht beherzigen wollen/können.

gg., 13.10.1994

3. "Hinrichtungs-Journalismus" (Diffamierung von Peter Mecklenburg, Grüne)

Autor: ga. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/mecki.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:mecki

Wieder paßt das Timing. Drei Tage vor den Bundestagswahlen erscheint die Zeitschrift Tango mit einem groß aufgemachten Artikel zu den angeblich kriminellen und homosexuellen Machenschaften und Praktiken des GAL-Justizreferenten Peter Mecklenburg. Den HamburgerInnen ist das streitbare GAL-Mitglied unter dem Namen Mecki bekannt.

Schon 1992 behauptete der damalige Innensenator Werner Hackmann gegenüber Krista Sager, der Fraktions-Vorsitzenden der Hamburger Grünen, daß Mecklenburg sexuelle Kontakte zu Minderjährigen habe und gegen ihn ein Ermittlungsverfahren anhängig sei. Als die Grünen dieser Anschuldigung nachgingen, stellte sich heraus, daß die Behauptung von Hackmann nichts als heiße Luft war. Weder gab es ein Ermittlungsverfahren, noch konnte Vertretern der Grünen auf Nachfrage Aussagen von den angeblich Betroffenen vorgelegt werden.

Die öffentliche Kampagne fand ihren Anfang in der SAT 1-Sendung Einspruch im September 1993 pünktlich kurz vor den Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Ohne Wissen Mecklenburgs, präsentierte der Moderator der Einspruch-Sendung Ulrich Meyer einen völlig zugedröhnten Jungen in der Sendung, der Mecklenburg als "seinen Freier" bezeichnete. Durch entsprechende Presseberichte begleitet, wurde versucht, den Politiker Mecklenburg, der sich immer wieder durch seine scharfen Angriffe bei den herrschenden PolitikerInnen unbeliebt gemacht hat und hoffentlich weiter macht, zu erledigen. Der Junge, der Mecklenburg in der Einspruch-Sendung beschuldigt hat, nahm seine Aussage später vor der Polizei zurück und sagte aus, daß ihm Geld versprochen worden sei, wenn er den Mann beschuldigen würde. Er selber sei in der Sendung völlig breit gewesen und habe kaum etwas mitbekommen.

Die nächste Runde wurde nun vor Gericht eingeläutet. Mecklenburg hat den SAT 1-Sender auf 200.000 DM Schmerzensgeld verklagt. Der Termin für dieses Verfahren wurde - wieder zeitlich gut abgestimmt - auf zwei Tage vor der Bundestagswahl gelegt. Völlig klar, daß vor der Wahl die Sache mit den entsprechenden Beschuldigungen in der Presse hochgekocht wird, eine Entscheidung bzw. ein Ergebnis der Verhandlung vor den Bundestagswahlen bei dieser Terminierung natürlich nicht zu erwarten ist.

Der Bericht, mit dem die Zeitschrift Tango dann aufwartete, dürfte alle Erwartungen von Lumpenjournalismus weit übertroffen haben: Zitiert wird aus den der Redaktion angeblich vorliegenden Aussagen aus dem "Milieu". So soll Mecklenburg ständiger Gast der Stricherszene auf dem Hauptbahnhof sein und jetzt dafür bezahlen, daß die Jungen ihre Aussagen widerrufen. Offensichtlich hat da jemand in der Redaktion zu viele Berichte über Michael Jackson gelesen.

Der erste Termin vor dem Zivilgericht verlief wie nicht anders zu erwarten ohne Ergebnis. Der Vorsitzende Richter machte einen Vergleichsvorschlag, der folgendes beinhaltete: SAT 1 soll sich in der nächsten Sendung von der Aussage des Jungen distanzieren, 5.000 DM Schmerzensgeld an Mecklenburg bezahlen und 15.000 DM an einen gemeinnützigen Verein. Während der Anwalt von Mecklenburg sich mit dem Vergleich einverstanden zeigte, schließlich ginge es nicht um Geld, sondern darum, den Ruf seines Mandanten wieder herzustellen, lehnte die Vertreterin des Senders den Vergleichsvorschlag ab.

Nach dem Motto "irgendetwas wird schon hängenbleiben", verwies die Anwältin des Senders SAT 1, Gisela Wild (ehemalige FDP-Spitzenkandidatin in Hamburg), auf laufende Ermittlungen gegen Mecklenburg, die nach den Aussagen von Strichjungen eingeleitet worden seien. Die Anwältin wurde vom Gericht aufgefordert, diese Anschuldigungen zu konkretisieren. Sollte es zu einem Verfahren kommen, will das Zivilgericht das dort anhängige Verfahren solange aussetzen, bis das Ergebnis der strafrechtlichen Ermittlungen vorliegen wird.

ga.

4. Kurt Tucholskys " Negativwirkung auf die Bundeswehr"

Autor: Js. · Rubrik: Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:02

"Soldaten sind Mörder" - Kurt Tucholskys Satz aus dem Jahre 1931 ist - unter noch zu prüfenden Umständen - auch in der zweiten deutschen Republik vom Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt. Das Bundesverfassungsgericht, das mit seiner Entscheidung einen Sturm der Entrüstung auslöste, schloß die Soldaten der Bundeswehr allerdings pauschal von jeglicher Anklage aus: Bundeswehrsoldaten sind Friedensengel. Beim Vergleich der im Abstand von 62 Jahren um Tucholskys Satz geführten Prozesse schneiden die bundesrepublikanischen Erben der Weimarer Justiz nicht gut ab.

Carl von Ossietzky, der Herausgeber der Weltbühne, saß seit dem 10. Mai 1932 im Gefängnis Berlin-Tegel, verurteilt zu eineinhalb Jahren Haft wegen "Landesverrats". In Walter Kreisers Artikel "Windiges aus der deutschen Luftfahrt" (Die Weltbühne, 12.3.1929), in dem Deutschlands heimliche, laut Versailler Vertrag verbotene Aufrüstung enthüllt worden war, seien "militärische Geheimnisse verraten" worden, befand Reichswehrminister Groener. Obwohl diese angeblichen "Geheimnisse" bereits im Haushaltsausschuß des Reichstages in öffentlicher Sitzung verhandelt worden waren, wurde Ossietzky verurteilt - es ginge darum, so Reichskanzler General von Schleicher, "die wirksamste Abwehr und die beste Vorbeugung gegen das Verrätertum" durchzusetzen.

Am 1. Juli 1932 stand der Strafgefangene Carl von Ossietzky erneut vor Gericht - wegen "Beleidigung der Reichswehr". Zum 17. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges waren in der Weltbühne zwei Aufrufe gegen den Krieg erschienen: die Exhortatio (Ermahnung) von Papst Benedikt XV. an die kriegführenden Nationen aus dem Jahre 1915 und Kurt Tucholskys Artikel "Der bewachte Kriegsschauplatz". Die päpstliche Botschaft "war seinerzeit von der kaiserlichen Regierung gefälscht worden, um ihre antimilitaristische Wirkung abzuschwächen. Benedikt hatte den Krieg eine ‚grauenhafte Schlächterei` genannt, der Fälscher machte einen ‚entsetzlichen Kampf` daraus, das ‚schreckliche Getöse der Waffen` wurde zum fröhlichen ‚Waffengeklirr`, der ‚Schrei` zum ‚Ruf` nach Frieden." (1) Tucholsky, auf dessen Veranlassung hin Benedikt XV. zum Autor der Weltbühne avancierte, knüpfte in seinem Artikel an die päpstliche Verurteilung des "entehrenden Gemetzels" an.

"Beleidigung des Soldatenstandes" warf daraufhin der Reichswehrminister dem Herausgeber der Weltbühne vor. Tucholsky, der nicht angeklagt wurde, bereitete das Plädoyer von Ossietzkys Verteidiger Rudolf Olden vor. Als Entlastungszeugen zitierten Olden und sein Kollege Alfred Apfel u.a. Laotse, Voltaire, Kant, Goethe, Herder und Hoffmann von Fallersleben, die sich allesamt unmißverständlich über das schmutzige Handwerk der Soldaten geäußert hatten. Den Ausschlag zugunsten des Angeklagten gaben, so der Prozeßbeobachter der Berliner Volkszeitung, drei preußische Generalfeldmarschälle: Friedrich III., Friedrich "der Große" und Reichspräsident Hindenburg. Letzterer hatte die zur Verhandlung stehende Aussage bemerkenswert gelassen genommen: "Olden erzählte, wie einmal unser Reichspräsident durch die Straßen Hamburgs gefahren sei, an seiner Seite der Oberbürgermeister Petersen. In die üblichen Beifallsstürme der Menge tönten plötzlich Mißklänge. ‚Massenmörder` ruft es vernehmlich im Chor von einer Ecke. Der Oberbürgermeister stammelt: ‚Es sind Irrsinnige.` Hindenburg aber, mit der Jovialität, die wohl das Innerste seines Wesens ist, und die auch den politischen Gegner menschlich versöhnen kann, beruhigt ihn, das ‚wäre so Ansichtssache`." (2)

Das Plädoyer des Staatsanwalts geriet - natürlich unfreiwillig - ebenfalls zu einem Appell für die Unabhängigkeit der Justiz vom Kommando der Militärführung. Rechtsanwalt Olden erinnerte sich später an den glücklichen Zwischenfall: "Während der Ankläger plädierte, zog unten eine Musikbande der Reichwehr vorbei ..." In seinem Schlußwort fragte Ossietzky, "... ob der Staatsanwalt nicht selbst gefühlt habe, daß es ‚die Stimme seines Herrn` war, die da von der Straße heraufgedröhnt habe." (3)

In einem Brief an Tucholsky kam Ossietzky noch einmal auf den "Zwischenfall mit der Militärmusik" zurück: "Ich habe in dem Augenblick beklagt, daß Sie nicht im Saale gesessen haben. Es war stimmungsmäßig einer der tollsten Augenblicke, die ich erlebt habe." Das Gericht befand auf Freispruch - "unser erster juristischer Sieg seit langem", der für Ossietzky den "Lotteriecharakter" der politischen Justiz einmal mehr belegte. (4) Die

hochkarätigen "Zeugen" der Verteidigung, allen voran Hindenburg, sorgten allerdings auch dafür, daß der Freispruch im November 1932 in einem zweiten Verfahren bestätigt wurde.

Das Urteil ist um so bemerkenswerter, als die Weimarer Justiz im allgemeinen mit Pazifisten und anderen "Landesverrätern" äußerst rabiat umsprang. "Allein in den Jahren 1924 bis 1927 hat die politische Justiz 1071 Menschen wegen Landesverrats, Beleidigung der Reichswehr und Ähnlichem angeurteilt. In 32 Jahren Monarchie vor 1914 waren es nur 32 gewesen." (5)

62 Jahre später

Ging es 1932 noch um einen Artikel in einer Zeitschrift mit einer durchschnittlichen Auflage von 15.000 Exemplaren (und einer um ein Vielfaches größeren Zahl von Leserinnen und Lesern), so hatte das Bundesverfassungsgericht Anno 1994 über einen schlichten Auto-Aufkleber zu urteilen. Der Fahrzeughalter, ein anerkannter Kriegsdienstverweigerer, war vom Amtsgericht Krefeld wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einer Strafe von 120 Tagessätzen à 70 DM verurteilt worden; das Landgericht hatte die Berufung zurückgewiesen.

Die Verfassungsbeschwerde des Verurteilten war nun insoweit erfolgreich, als die gegen ihn verhängte Strafe aufgehoben wurde. Das Amtsgericht muß die Sache neu verhandeln und dabei herausfinden, welche Soldaten der Beklagte gemeint haben könnte.

Die wutschnaubenden Kommentare aus den staatstragenden Parteien könnten nahelegen, daß sich dort - insbesondere unter den "Wehrexperten" - mehrheitlich Analphabeten zusammengerottet haben. Verteidigungsminister Rühe (CDU) sprach von einem "politischen Skandal": Es sei der "Eindruck entstanden, daß man Soldaten als Mörder bezeichnen darf"; das sei ein "Affront" gegen alle Soldaten, die "Tag für Tag ihr Leben für Freiheit und Menschlichkeit einsetzen"; wer Soldaten als Mörder bezeichne, der spreche "dieselbe verabscheuungswürdige Sprache wie derjenige, der Haß gegen Ausländer schürt". Finanzminister Waigel (CSU) sah den Tatbestand der Wehrkraftzersetzung erfüllt: Das Urteil werde die Soldaten "demotivieren und insgesamt eine Negativwirkung auf die Bundeswehr haben." Wilfried Penner (SPD) klagte gar, mit dem Urteil werde die Bundeswehr "aus dem demokratischen Staatsverband ausgegliedert und in die Reihe von Schwerstverbrechern eingereiht". Sein Parteikollege Schmude beschwor in der von Regierungsparteien und SPD eigens anberaumten Aktuellen Stunde des Bundestages die Gemeinsamkeit der Demokraten: "Angriffe auf Soldaten, weil sie Soldaten sind, zurückzuweisen und die Angegriffenen zu schützen, ist unsere Aufgabe." Nur die Abgeordneten von PDS-LL und Bündnisgrünen begrüßten das Karlsruher Urteil. 1932 hatte der Freispruch Ossietzkys noch ein positives Echo auch in der bürgerlich-liberalen und der sozialdemokratischen Presse gefunden.

Wozu heute die ganze Aufregung? Sicher, es ist Wahlkampf, und "es geht um Deutschland", das allzeit und überall bereit sein soll, für Ordnung zu sorgen - da hält es auch die SPD für geraten, jeden Zweifel an ihrer bedingungslosen Wehrbereitschaft in Kasernenhoflautstärke niederzubrüllen. Die ganze Affäre als Wahlkampftheater abzutun, wäre dennoch ein Fehler. Sie hat mindestens zwei Aspekte, die über den Wahltag hinaus wirken. Zum einen wurde hier mit seltener Offenheit versucht, auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Einfluß zu nehmen. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos, forderte unverhohlen zur "kritischen Auseinandersetzung" mit dem BVG auf; es habe "einen Stellenwert, der Richtern eigentlich nicht zustehe".

Zum anderen nahmen die gescholtenen Richter - die unmittelbar beteiligten ebenso wie ihre Standesorganisation, der Deutsche Richterbund - die Gelegenheit wahr, ihr volkspädagogisches Anliegen noch einmal unmißverständlich deutlich zu machen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung dürfe gerade nicht als "Freibrief zur Beleidigung von Bundeswehrsoldaten" mißverstanden werden, erklärte Verfassungsrichter Grimm und verwies auf die Urteilsbegründung, in der die Soldaten der Bundeswehr pauschal vor - im Prinzip erlaubter "scharfer und überzogener Kritik" - in Schutz genommen werden: "Ein durchschnittlicher Leser weiß, daß die Bundeswehr seit ihrer Gründung noch nicht an einer bewaffneten Auseinandersetzung teilgenommen hat und deshalb noch niemand durch die Soldaten der Bundeswehr im Rahmen einer kriegerischen Auseinandersetzung getötet worden ist. Es ist deshalb nahezu ausgeschlossen, daß ein durchschnittlicher Leser den Tucholsky-Aufkleber in dem Sinn verstehen konnte, die Soldaten der Bundeswehr würden der Begehung von Mordtaten beschuldigt ..."

Den Todesschuß, dem Anfang 1994 ein junger Somali zum Opfer fiel, hat das Gericht hier übergangen. Falls sich dieser "bedauerliche Einzelfall" bei künftigen "humanitären" Feldzügen unter deutscher Beteiligung wiederholen und so im Bewußtsein des "durchschnittlichen Lesers" zur Regel werden sollte, dann wäre - das ist die paradoxe Folgerung aus der Karlsruher Urteilsbegründung - über Tucholskys zeitlosen Satz neu zu verhandeln. Was den Verfassungsrichtern heute "nahezu ausgeschlossen" erscheint, wäre dann ziemlich naheliegend: Daß mit dem Satz "Soldaten sind Mörder" ein moralisches Urteil über die an aktuellen "kriegerischen Auseinandersetzungen" beteiligten Soldaten gefällt werden soll. Spätestens dann - davor warnen die Verfassungsrichter schon heute - wäre die Grenze der Meinungsfreiheit überschritten.

Js.

Anmerkungen:

1) Elke Suhr: Carl von Ossietzky. Eine Biographie; Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1988, S.175

2) Berliner Volkszeitung, 5.7.1932; zitiert in taz, 22.9.1994

3) Ossietzky. Ein Lesebuch für unsere Zeit; Berlin und Weimar (Aufbau) 1989, S.350

4) ebd.

5) Elke Suhr: a.a.O., S.165

Der bewachte Kriegsschauplatz

Im nächsten letzten Krieg wird das ja anders sein ... Aber der vorige Kriegsschauplatz war polizeilich abgesperrt, das vergißt man so häufig. Nämlich:

Hinter dem Gewirr der Ackergräben, in denen die Arbeiter und Angestellten sich abschossen, während ihre Chefs daran gut verdienten, stand und ritt ununterbrochen, auf allen Kriegsschauplätzen, eine Kette von Feldgendarmen. Sehr beliebt sind die Herren nicht gewesen; vorn waren sie nicht zu sehen, und hinten taten sie sich dicke. Der Soldat mochte sie nicht; sie erinnerten ihn an jenen bürgerlichen Drill, den er in falscher Hoffnung gegen den militärischen eingetauscht hatte.

Die Feldgendarmen sperrten den Kriegsschauplatz nicht nur von hinten nach vorn ab, das wäre ja noch verständlich gewesen; sie paßten keineswegs nur auf, daß niemand von den Zivilisten in einen Tod lief, der nicht für sie bestimmt war. Der Kriegsschauplatz war auch von vorn nach hinten abgesperrt.

"Von welchem Truppenteil sind Sie?" fragte der Gendarm, wenn er auf einen einzelnen Soldaten stieß, der versprengt war. "Sie", sagte er. Sonst war der Soldat ‚du` und in der Menge ‚ihr` - hier aber verwandelte er sich plötzlich in ein steuerzahlendes Subjekt, das der bürgerlichen Obrigkeit untertan war. Der Feldgendarm wachte darüber, daß vorn richtig gestorben wurde.

Für viele war das gar nicht nötig. Die Hammel trappelten mit der Herde mit, meist wußten sie gar keine Wege und Möglichkeiten, um nach hinten zu kommen, und was hätten sie da auch tun sollen! Sie wären ja doch geklappt worden, und dann: Untersuchungshaft, Kriegsgericht, Zuchthaus, oder, das schlimmste von allem: Strafkompanie. In diesen deutschen Strafkompanien sind Grausamkeiten vorgekommen, deren Schilderung, spielten sie in der französischen Fremdenlegion, gut und gern einen ganzen Verlag ernähren könnte. Manche Nationen jagten ihre Zwangsabonnenten auch mit den Maschinengewehren in die Maschinengewehre.

So kämpften sie.

Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratmeilen Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war. Sagte ich: Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder.

Es ist ungemein bezeichnend, daß sich neulich ein sicherlich anständig empfindender protestantischer Geistlicher gegen den Vorwurf gewehrt hat, die Soldaten Mörder genannt zu haben, denn in seinen Kreisen gilt das als Vorwurf. Und die Hetze gegen den Professor Gumbel fußt darauf, daß er einmal die Abdeckerei des Krieges "das Feld der Unehre" genannt hat. Ich weiß nicht, ob die randalierenden Studenten in Heidelberg lesen können. Wenn ja: vielleicht bemühen sie sich einmal in eine ihrer Bibliotheken und schlagen dort jene

Exhortatio Benedikts XV. nach, der den Krieg "ein entehrendes Gemetzel" genannt hat und das mitten im Kriege! Die Exhortatio ist in dieser Nummer nachzulesen.

Die Gendarmen aller Länder hätten und haben Deserteure niedergeschossen. Sie mordeten also, weil einer sich weigerte, weiterhin zu morden. Und sperrten den Kriegsschauplatz ab, denn Ordnung muß sein, Ruhe, Ordnung und die Zivilisation der christlichen Staaten."

Kurt Tucholsky

(Die Weltbühne, 4.8.1931, erschienen unter dem Pseudonym Ignaz Wrobel)

zitiert nach Kurt Tucholsky: Gesammelte Werke Band 9: 1931; Reinbek bei Hamburg (Rowohlt) 1975, S.253f.

5. "Eine Koalition mit der PDS darf nicht länger tabu sein." Gedanken linker Grüner, wie ihre Partei in die Offensive kommen könnte

Linke Grüne machen sich Gedanken, wie ihre Partei in die Offensive kommen könnte

Autor: mb. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:20

"Die spinnen, die Berliner", so hallte es Ende September vom Feldherrenhügel der Bündnisgrünen. Bei Bündnisdebatten mit der PDS gebe es für die Grünen nichts zu gewinnen, gab Joschka Fischer die Parteilinie aus. (taz, 24.9.94) Ludger Volmer hielt den Vorstoß von drei linken Berliner Parteifreunden, die eine Koalition mit SPD und PDS für Berlin nach den Abgeordnetenhauswahlen 1995 befürworten, für "unsäglich". Seine Brandenburger Kollegin Marianne Birthler wertete das Papier von Willi Brüggen, Jochen Esser und Andreas Schulze als einen Versuch von Mitgliedern, die die Vereinigung von Grünen und Bündnis 90 nicht gewollt hätten, "Leute wie Gerd Poppe, Konrad Weiß oder mich abzustreifen". (FR, 26.9.94) Der Bundestagsabgeordnete Poppe stieß in das gleiche Horn; ein Teil der Partei wolle offenkundig "Terrain wiedergutmachen, das durch die Fusion der GRÜNEN mit dem Bündnis verlorengegangen ist". (taz, 24.8.94) Führende (AL-)Köpfe der Berliner Bündnisgrünen, u.a. Wolfgang Wieland, Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, Michaele Schreyer, ehemalige Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt im rot-grünen Senat 1989-90 oder Jürgen Wachsmuth, Fraktionsgeschäftsführer, schlossen ebenfalls eine mögliche Koalition mit den GenossInnen aus dem Karl-Liebknecht-Haus aus. Jenseits von Rot-grün komme nur die Oppositionsrolle in Frage, so Michael Cramer, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion. Aber auch Parteilinke hielten sich bei der Beurteilung des Strategiepapiers zurück. Christian Ströbele bescheinigte dem Diskussionsvorschlag momentan keine Realisierbarkeit, eine Koalition mit der PDS sei "im Augenblick keine Option". Immerhin hielt er eine Diskussion über eine PDS-Option für so "berechtigt wie die Debatte über Ampel und Schwarz-Grün". Offene Worte fanden hingegen die beiden Abgeordneten Judith Demba und Sybill Klotz. "Wenn wir uns weiter an Ausgrenzungsthesen und Mythenbildung von CDU und SPD beteiligen, wird der Solidarisierungseffekt mit der PDS, vor allem im Osten, um so größer" (taz Berlin, 26.9.94). Das Papier von Brüggen und anderen sei "nicht ohne", pflichtete der aus der Bürgerbewegung kommende Abgeordnete Christian Pulz bei.

Die Überlegungen der drei Berliner, die dem Umfeld des Linken Forums bzw. des Blattes Andere Zeiten zuzurechnen sind, verdanken ihre bundesweite Verbreitung dem ehemaligen DDR-Bürgerrechtler und heutigen PDS-Bekämpfer Wolfgang Templin. Auf einer Pressekonferenz einer ominösen "Berliner Bürgergemeinschaft politischer Häftlinge und Widerständler gegen Nazis und Kommunisten" führte er das Strategiepapier der drei als Beleg dafür an, daß im Landesverband Berlin des Bündnis 90/Die Grünen eine breite Mehrheit für eine Zusammenarbeit mit der PDS bestünde. Damit werde, so Templin, der demokratische Grundkonsens zugunsten eines Linksbündnisses aufgegeben, die Partei immer mehr zum "politischem Tollhaus". (ND, 24.9.94) Die von Templin gesichtete Mehrheit für eine Zusammenarbeit mit der PDS gibt es allerdings weder in der Bundespartei noch innerhalb des Berliner Landesverbandes. Doch Wahrnehmungsdefizite gehören wohl zu den Voraussetzungen von Templins Denken - wie sonst wäre zu erklären, daß er zu den Unterzeichnern des zumeist von Deutsch-Nationalen unterschriebenen "Berliner Appells" gehört, in dem, geschmackloser Weise unter der Überschrift "Wehret den Anfängen", der Vormarsch des Sozialismus in Deutschland an die Wand gemalt wird.

Ohne PDS bleibt nur die Große Koalition

In Wahlkampfzeiten sind Querdenker in den Parteien nicht gefragt. Kaum verwunderlich, daß die Veröffentlichung der Thesen von Brüggen, Esser und Schulze einen Aufschrei in der Bundespartei auslöste, obwohl sie eigentlich nur den mit dem "Magdeburger Modell" in Gang gesetzten Prozeß der Einbindung der PDS für ein sogenanntes Reformbündnis logisch fortzuschreiben versuchen. Sogar der gemeinhin der Parteilinken zugeordnete Ludger Volmer reihte sich in die Phalanx der Distanzierer ein. Dabei zielte der Vorstoß der Berliner zuvorderst allein auf die Landespolitik. "Da rot-grüne Mehrheiten nicht in Sicht sind, bedeutet das: Wir müssen über irgendeine Form der Regierungszusammenarbeit mit der PDS nachdenken", falls mensch die Abwahl der Großen Koalition in Berlin wolle. Die Situation ist eindeutig: SPD und Bündnis

90/Die Grünen können zusammen nur auf 40 bis 45 Prozent der Wählerstimmen hoffen. Gleichwohl gibt es eine solide rechnerische Mehrheit für die Entfernung der CDU aus dem Senat, denn die PDS kommt mit einem Wähleranteil in Ostberlin von bis zu 40 Prozent stadtweit auf rund 15 Prozent.

Ohne eine Beendigung der Ausgrenzung der PDS wird die Chance für einen politischen Wechsel in Berlin in absehbarer Zeit nicht möglich sein. Deshalb fordern die drei linken grünen Freunde von der eigenen Partei eine Neubestimmung des Verhältnisses zur PDS. "Wir müssen", führen sie aus, "die PDS als politischen Gegner ernst nehmen, dürfen sie nicht tabuisieren und müssen aufpassen, daß sie uns die Rolle der Oppositions- und Antipartei nicht dadurch streitig macht, daß wir uns immer mehr auf staatstragend-vernünftelnde Symbolpolitik beschränken, während sie die Verwirklichung unserer Programmatik verlangt."

Grüne haben

in Ostdeutschland

politisch versagt

Die Urnengänge dieses Jahres haben nicht nur die wahlarithmetische Blockierung eines rot-grünen Ansatzes in den Parlamenten sichtbar gemacht. Sie offenbarten auch den desolaten Zustand der Bündnisgrünen in Ostdeutschland. Die Beliebtheit von Bündnis 90/Die Grünen ist bei den Wählern in Ostdeutschland im Vergleich zu den Wahlen 1990 deutlich gesunken. Schon die Debatte innerhalb der GRÜNEN nach dem Scheitern der Partei an der Fünf-Prozent-Hürde bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen zeigte den Unmut mancher Westgrüner am politischen Profil der ostdeutschen Landesverbände. Eine einseitige Orientierung auf die Bewältigung der DDR-Vergangenheit "in moralisierender Weise" (Volmer) bei gleichzeitiger Vernachlässigung der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Probleme Ostdeutschlands wurde da beispielsweise moniert. Letztendlich wurde sogar der gescheiterte Versuch der sächsischen Bündnisgrünen, sich der CDU für eine Koalition anzudienen, (im nachhinein, aber immerhin) kritisiert und folgerichtig durch den Rücktritt des Sprecherrats des Landesverbandes quittiert. In dem Berliner Papier wird die Kritik weiter zugespitzt und auf die Westpartei ausgedehnt: "In den neuen Bundesländern haben wir uns zulange auf eine Politik des guten Gewissens und des moralischen Zeigefingers beschränkt." In einer Situation, in der die Menschen in Ostdeutschland neben den sozialen Verwerfungen und politischen Veränderungen vor allem mit sozialpsychologischen und soziokulturellen Problemen konfrontiert seien, da Lebenserfahrungen, Fähigkeiten, Rollen- und Normengefüge über Nacht entwertet wurden, seien diese Vorgänge kein Thema bei den Bündnisgrünen. "Die Westgrünen verstanden überhaupt nicht, um was es ging, weil ihnen als selbstverständlich galt, was jetzt dem Osten übergestülpt wurde. Viele bekannte Köpfe der Bürgerbewegung verarbeiteten ihre Enttäuschung über den eigenen Bedeutungsverlust dagegen durch ‚Identifizierung mit dem Aggressor`. Aus Bürgerbewegten wurden Bürgerrechtler. Während die im Herbst 89 auf der Straße marschierenden Menschen in die Schmuddelkiste ethisch unsauberer Konsumfetischisten oder realitätsblinder Linkssektierer verbannt wurden, ließen sie sich selbst zu moralpolitischen Ikonen stilisieren, die jenseits aller politischen Alltags- und Interessenskämpfe für die ‚ewig richtigen` Prinzipien stehen. So entstand bei vielen Menschen in den neuen Ländern der Eindruck, daß es sich bei Bündnis 90/Die Grünen um eine Art fünfte Kolonne der neuen Kolonialmächte handelt."

Die PDS ebenso wie die CDU böten im Gegensatz dazu eine "Identitätsstiftung von oben" an. Das Politikmodell der PDS basiere auf "sozialpsychologischen Ostlobbyismus und Milieuschutz für STASI; NVA und SED". Bündnisgrüne könnten nur dann Profil gewinnen, wenn sie den "von PDS und CDU gleichermaßen verkörperten Dualismus zwischen SED und STASI-Milieupflege auf der einen und bedingungsloser Westanpassung auf der anderen Seite" auflösen. Gleichzeitig müßte sich die Partei verstärkt auf "die jüngere Generation, die weder mit dem Westmilieu noch mit dem spießigen law-and-order-Denken der PDS-Altkader etwas anfangen können", konzentrieren.

Zusammenarbeit mit der PDS

Ohne Beendigung der Ausgrenzungspolitik gegenüber der PDS könne in Ostdeutschland kein politisches Terrain zurückgewonnen werden, konstatieren Brüggen, Esser und Schulze. Es sei eine politische Notwendigkeit, über kurz oder lang die Zusammenarbeit mit der PDS zu suchen.

Unübersehbar hat die grundsätzliche Bindung der Bündnisgrünen an die SPD zu einem Verlust des radikalreformerischen Potentials geführt. Im Zuge des 94er Wahlkampf wird reformpolitischer Realismus genannt, was eigentlich vorauseilender Gehorsam gegenüber dem erwünschten Koalitionspartner SPD heißen müßte. Joschka Fischers These von machbarer Reformpolitik - 51 Prozent der Menschen im Lande müssen sich darin wiederfinden, selbst wenn wir nur acht oder zehn Prozent der Stimmen bekommen (vgl. taz, 13.1.94) - hat in die direkte Abhängigkeit von der SPD geführt. Mit der unbedingten Orientierung auf "Machbarkeit" sind einer radikalökologischen und -demokratischen Politik die meisten Zähne gezogen worden. Das oberste Ziel der Regierungsteilhabe hat folgerichtig dazu geführt, daß Zug um Zug grüne Essentials aufgegeben wurden. Der aktuell letzte Höhepunkt in diesem Prozeß war die Zustimmung der GRÜNEN in Hessen zu einem positiven Votum der rot-grünen Landesregierung im Bundesrat für den Bau des Transrapid - entgegen aller Koalitionsvereinbarungen.

Vermutlich erhoffen sich Brüggen und andere von ihrem Vorstoß auch eine Stärkung der radikalreformerischen Kräfte in ihrer eigenen Partei. Jedenfalls geben sie ihren ParteifreundInnen zu bedenken, daß es in der PDS auch Kräfte gebe, "von deren Offenheit, Radikalität und emanzipatorischem Erneuerungswillen" zu lernen sei.

Wurde die Quarantäne für die PDS in Sachsen-Anhalt mit der Magdeburger Formel aufgehoben, so favorisieren Brüggen und andere aus parteitaktischen Überlegungen für Berlin SPD-PDS-Grüne-Koalition. "Jede Tolerierung durch die PDS erzeugt die für uns fatale Optik, als seien wir nun endgültig ein Teil des etablierten Altparteienblocks geworden, während die PDS alle aufrechten Oppositionellen um sich schart." In einem Interview beschrieb Willi Brüggen das grüne Dilemma so: "Bei einem Tolerierungsmodell zieht der kleinere Regierungspartner schnell den kürzeren. Während die SPD mit PDS oder CDU Regierungsmehrheiten aushandelt, sitzen die Grünen krötenschluckend am Katzentisch der tolerierten Minderheitsregierung. Gleichzeitig könnte sich die PDS als einzig wirkliche Opposition profilieren." (taz Berlin, 28.9.94) Allein die Einbindung der PDS in eine Koalition könnte dies verhindern.

Eine Koalition unter Einbeziehung der PDS verlange aber einige Vorleistungen ihrerseits. Da die Bürgerbewegung der ehemaligen DDR zentraler politischer und personeller Bezugspunkt der Bündnisgrünen sei, wie versichert wird, müsse von der PDS verlangt werden, daß sie ihrem Anspruch "aus der Vergangenheit gelernt zu haben, in konkrete regierungspraktische und personalpolitische Schritte" umsetzt. Den Bündnisgrünen, so hoffen jedenfalls Brüggen et.al., würde in einem solchen Regierungsbündnis eine Art Scharnierfunktion zufallen, die zur eigenen politischen Profilierung genützt werden könnte. Gleichzeitig sei mit Differenzierungsprozessen innerhalb von SPD und PDS zu rechnen, die zu einer Stärkung der jeweiligen Reformkräfte führen würde. In Bezug auf die PDS formulieren sie: "Der Gestaltungswille der reformorientierten Kräfte gerät in Gegensatz zur Milieuschutzpolitik der Altkader. Die ‚Schutzgemeinschaft der bewaffneten Organe` könnte sich nicht länger hinter Gysi und Co. verstecken."

Chancenlos?

SPD-Landeschef Dietmar Staffelt, ein geborenes Westberliner Mauerkind, lehnt eine Zusammenarbeit mit der PDS kategorisch ab. Weder Tolerierung noch Koalition werde es mit der PDS geben. Vom Landesvorstand der Bündnisgrünen erwartete er eine klare und öffentliche Aussage, daß auch sie eine solche Zusammenarbeit ablehnen, was dieser auch prompt erledigte. Harald Wolf, Mitglied der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus und vormals bei den Grünen im Linken Forum, fragt sich, ob hier "Realpolitiker ohne Realitätssinn" am Werk waren (taz Berlin, 28.9.94). Aufgrund seiner Erfahrungen in der rot-grünen Koalition 1989/90 in Berlin bezweifelt er, ob ein solches Regierungsbündnis handlungs- und durchsetzungsfähig sei. Sei schon zu bezweifeln, daß ein solches Bündnis in den beteiligten Parteien mehrheitsfähig wäre, so sicher würde sein, daß es über keine tragfähige gesellschaftliche Basis verfüge. Keine der dafür in Frage kommenden Parteien würden sich zu diesem "politischem Harakiri" bereit finden. Möglich sei, wenn überhaupt, nur das "Magdeburger Modell" der Tolerierung einer rot-grünen Koalition. Es verwundert nicht, daß Wolf Koalitionsüberlegungen ablehnt, ist er doch Spiritus rector derjenigen in der PDS, die für die sogenannte "Nulltolerierung" optieren, was die Tolerierung einer SPD-Grünen-Regierung ohne Bedingungen meint (vgl. ak 369). Da die objektiven Schwierigkeiten für die Bildung einer Koalition von SPD-PDS-Grüne offenkundig sind, erscheint Wolfs Reaktion doch eher der Gefahr geschuldet, daß ein solcher Vorschlag den zahlreichen PDS-GenossInnen, die sich nur zu gerne Seit`an Seit` mit der SPD schreiten sähen und die darum für eine formalisierte Regierungseinbindung plädieren, Auftrieb geben könnte.

Wie gut, daß bei dieser Lage der Vorschlag der linken Grünen aus Westberlin wohl kaum Realisierungschancen hat. Die Reaktionen der angesprochenen politischen Akteure sorgen für Klarheit. Die Widerstände in der PDS wurden durch Wolfs Erwiderung offenbar, aus der SPD heraus sind viele und gewichtige Stimmen zu vernehmen, die schon bei einer Tolerierung durch die PDS mit Spaltung der Partei drohen, und selbstredend stieß das Papier auch bei den Bündnisgrünen auf offene Ablehnung.

Aber Gewicht erhält der Verstoß von Brüggen und anderen alleine schon dadurch, daß er gegen die Tabuisierung und Stigmatisierung der PDS in den und durch die Bündnisgrünen gerichtet ist. Das ist sowohl von innerparteilicher Brisanz, als auch längerfristig womöglich von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, da es auf die Einbindung der PDS in die "politische Verantwortung" zielt.

mb., Berlin

Willi Brüggen, Jochen Esser, Andreas Schulze: Für einen reformpolitischen Neuanfang in Berlin. Thesen zum Umgang mit der PDS, in: Andere Zeiten 4/94 (Bezug über Rüdiger Brandt, Graefestr. 19. 10967 Berlin); Teilabdruck in taz, 24.9.94

6. Betr.: 16 Oktober. "Meinungsfreiheit" als Dreckschleuder. Kommentar u. Dokum. zu den Vorwürfen gegen Gregor Gysi

Erklärung von Gregor Gysi zu den Vorwürfen der Zusammenarbeit mit der Stasi

Autor: he., Hamburg · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:34

Man hätte darauf wetten können, daß das Thema "Gysi und die Stasi" kurz vor dem Wahltermin noch einmal aufgewärmt würde. Außergewöhnlich ist allein, daß es die "Wochenpost" war, die mit der Story erschien. In der Ausgabe vom 20. September titelte sie über einem ganzseitigen Foto von Gregor Gysi: "Gregor Gysi und die Stasi: neue Dokumente - Die Akte - Havemann-Akte belegt Zusammenarbeit mit MfS." Autor dieses Artikels ist Jürgen Fuchs, seines Zeichens hauptberuflicher Stasijäger beim "Spiegel". Zum Wahrheitsgehalt der Behauptung, "neue Akten" und neue "Beweise" zu unterbreiten, dokumentieren wir nachstehend eine Erklärung von Gregor Gysi.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Zusammenspiel der Medien über Verlage und Parteigrenzen hinweg. Jürgen Fuchs ist in der Sache Stasi der Chefschreiber beim "Spiegel". Warum nun erschien diese Geschichte nicht dort, wo man sich rühmt, Bundestagswahlen entscheiden zu können? Vielleicht lautet die Erklärung, daß dem "Spiegel" im Jahre 1993 rechtskräftig in zweiter Instanz vom Oberlandesgericht in Hamburg untersagt wurde, weiterhin zu behaupten, Gregor Gysi habe als "IM Notar" für die Stasi gearbeitet - bei Androhung einer Strafe von bis zu DM 500.000 bei Zuwiderhandlung. Aufgestellt worden war diese Behauptung auch im "Spiegel" durch Jürgen Fuchs. Vielleicht verzichtete der "Spiegel" auch deshalb auf die Story, weil gerade zu dieser Zeit eine weitere Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamburg gegen die gleiche Behauptung, wieder aufgestellt im "Spiegel", diesmal durch Bärbel Bohley, anstand.

Heute wissen wir, daß die Vorsicht des "Spiegel" wohlbegründet war, denn am 13. Oktober entschied das OLG rechtskräftig, daß Bärbel Bohley diese Behauptung untersagt wird. Also übernahm der Verlag Gruner+Jahr, in dem die "Wochenpost" erscheint, das Staffelholz. Es folgte unmittelbar die "FR", die den Text von Jürgen Fuchs zwei Tage später vollständig übernahm. Ist es ein Zufall, daß diese Zeitungen politisch eher dem Lager der SPD zugeordnet werden? Wie wenig beispielsweise die "FR" auf die Behauptung gab, daß hier nun "neue Beweise" vorlägen, wird dadurch beleuchtet, daß Verlag und Chefredaktion auf Verlangen von Gregor Gysi sofort bereit waren, eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen. Was ficht es eine Tageszeitung an, wenn die Chefredaktion sich verpflichtet, eine einmal geschriebene Behauptung nicht noch einmal zu bringen? Die Meldung war raus, was wiederum alle weiteren Medien zum Anlaß nehmen konnten, natürlich nur in Bezugnahme auf die "Wochenpost" und die "FR", die gleichen Behauptungen aufzustellen. Mittlerweile gibt es einstweilige Verfügungen gegen Jürgen Fuchs, den Gruner+Jahr-Verlag, den Verlag der "FR", gegen Bärbel Bohley und Freya Klier. Dem Verleumdeten nutzt dies nur insoweit, als er sich auf diese Urteile berufen kann, in der Sache wird das Staffelholz weitergegeben. Gerade verurteilt, kann Bärbel Bohley nach dem "Spiegel" jetzt im "Focus" ihre Behauptung wiederholen. Wie gut die Erziehung in der DDR dabei mitgewirkt hat, zeigt sich in folgendem Interviewpart: "Focus: Gysi behauptet aber auch, zu DDR-Zeiten ein unabhängiger Anwalt gewesen zu sein. Bohley: Wenn er das war, muß er sich erst recht den IM-Vorwurf gefallen lassen. Wen sonst als einen eigenen Mann hätte die Stasi unabhängig und frei agieren lassen?" Sollte man sie vielleicht einmal fragen, ob sie sich als unabhängige Bürgerrechtlerin bezeichnen würde? Wen, wenn nicht die eigenen Leute, hätte die Stasi so agieren lassen wie sie?*

he., Hamburg

* Um gewollte Mißverständnisse auszuschalten, möchte ich betonen, daß diese Frage nicht ernst im Sinne des Vorwurfs, sondern nur im Sinne nach der Methode von Behauptung und Denunziation gestellt wird.

Dokumentation

Thema: Wahlkampf mit allen Mitteln

Erklärung von Gregor Gysi zu den Vorwürfen der Zusammenarbeit mit der Stasi

1. Es bildet sich in den letzten Wochen und Tagen eine unheilige Allianz von CSU, CDU, SPD, F.D.P. und Bündnis 90, katholischer Kirche, einem beachtlichen Teil der Medien bis hin zu Bärbel Bohley, Katja Havemann, Jürgen Fuchs, Lutz Rathenow und Werner Schulz gegen meine Wahl und die Wahl der PDS in den Bundestag. Ich gehe davon aus, die PDS schafft es trotzdem, und dies wäre eine wirkliche historische Leistung. Es würde beweisen, daß Menschen nur begrenzt manipulierbar sind.

2. Die "neuen" Stasivorwürfe gegen mich sind weder neu noch überraschend. Bärbel Bohley hatte schon in der mündlichen Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Hamburg angekündigt, es werde neue Unterlagen geben. Warum ließ sie sie nicht vor Gericht mitklären? Der Grund scheint einfach: Man ahnte, daß ich den Prozeß gewinnen würde, und wollte Unterlagen haben, um gegen eine entsprechende positive Wirkung des Urteils zugleich eine neue Kampagne starten zu können. Seit 1991 besitzt Katja Havemann sämtliche Unterlagen der Stasi-Akte ihres verstorbenen Ehemannes, aber sie entscheidet nach Beratung mit Bärbel Bohley und anderen allein darüber, wann sie welche Unterlagen an die Öffentlichkeit gibt, um termingerecht - jetzt zum Beispiel zu den Bundestagswahlen - neue Kampagnen lostreten zu können. So etwas nenne ich Mißbrauch. Warum wurde mir zum Beispiel nie die Akte komplett zur Stellungnahme zur Verfügung gestellt? Bärbel Bohley sagt laut "Welt" von heute, weshalb. Man will mich immer wieder mit einzelnen Dokumenten konfrontieren, um mich ständig zur Auseinandersetzung zu zwingen. Mit dieser Methode der zeitlich abgestimmten Einzelvorlagen von Dokumenten soll ich zeitlich gebunden und psychisch beeinträchtigt werden. Mit der Wahrnehmung von Bürgerrechten hat dies wenig zu tun. Vor Gericht schreckte Bärbel Bohley nicht einmal vor einem versuchten Prozeßbetrug zurück, indem sie einen Vermerk eines Mitarbeiters des Justizministeriums der DDR als einen Vermerk eines Mitarbeiters des Staatssicherheitsministeriums deklarierte. Und gestern meldete "dpa" fälschlicherweise, trotz gegenteiliger Information durch uns, daß Bärbel Bohley mir persönlich anvertraute Unterlagen in ihrer Stasi-Akte wiedergefunden habe. Heute ist dies in mehreren Zeitungen zu lesen. In Wirklichkeit hat sie mir solche Unterlagen nicht anvertraut und auch keine in ihrer Stasi-Akte wiedergefunden. Die wenigen persönlichen Briefe, die sie mir schrieb, fand sie dort auch nicht wieder. Sie hatte so etwas auch nicht behauptet.

3. Der "Spiegel" rief mich gestern an wegen neuer Dokumente. Eine Vorabmeldung sollte sofort erfolgen - weshalb, ist offensichtlich. Meiner Bitte, mir die Unterlagen zur Stellungnahme zu faxen, wurde nicht entsprochen. Laut Auskunft der Journalisten ging es um ein Gespräch mit einem IM "Notar". Mag sein, nur der war ich nicht. Diesbezüglich habe ich auch nicht von einer "unklaren Aktenlage" gesprochen, denn diese ist in bezug auf mich eindeutig. Es gab keinen Anwerbungsversuch meiner Person und keine Tätigkeit durch mich für die Staatssicherheit. Schon der Vorschlag, mich anzuwerben, wurde von der Staatssicherheit abgelehnt, der Vorlauf archiviert, statt dessen eine Operative Personenkontrolle gegen mich eingeleitet. Unklar ist nur, wie einige Informationen aus meiner Rechtsanwaltstätigkeit zur Staatssicherheit kamen. Einiges konnte ich klären, anderes bisher nicht. Eigentlich wäre dies auch die Aufgabe der ehemaligen Staatssicherheitsoffiziere oder - soweit sie dazu in der Lage ist - der Gauck-Behörde. Gegenüber dem "Spiegel" sprach ich auch nicht von einer Abhöraktion im Hause Havemann, sondern von einer "Quelle". Das kann eine technische oder persönliche gewesen sein. Der "Spiegel" fragte mich nach einem Treff in einer konspirativen Wohnung außerhalb Berlins und nannte einen Ort, an dem ich noch nie war. Heute lese ich von einem Treff in einer konspirativen Wohnung in Ostberlin. Was stimmt nun? Auf jeden Fall habe ich mich mit Stasioffizieren nie in einer konspirativen Wohnung getroffen. Nachdem ich die Unterlagen nun kenne, fallen mir Widersprüche auf. Aus dem IM "Notar" wurde plötzlich ein GMS (Gesellschaftlicher Mitarbeiter) "Notar". Und aus der laut Anwerbungsvorschlag vorgesehenen konspirativen Wohnung "Maler" eine mit Namen "Ellen". Wie dem auch sei, ein solches Treffen hat mit mir nicht stattgefunden. Und ich kann nur hoffen, daß die damals Verantwortlichen bei der Staatssicherheit endlich ihren Beitrag zur Aufklärung leisten.

4. Das Oberlandesgericht Hamburg hat die Berufung von Bärbel Bohley gegen mich zurückgewiesen. Sie konnte - so die Begründung - nicht beweisen, daß ich ein "Stasispitzel" gewesen sei. Die Gauck-Behörde sieht keinen Nachweis für eine IM-Tätigkeit durch mich, ebenso der entsprechende Bundestagsausschuß. Die Staatsanwaltschaft in Brandenburg lehnte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen mich ab, weil es keine ausreichenden, tatsächlichen Hinweise gebe, daß ich die anwaltliche Schweigepflicht verletzt hätte. Alle Behörden waren im Besitz der Havemann-Akte. Die Berliner Senatsverwaltung für Justiz lehnte Maßnahmen nach dem Rechtsanwaltsgesetz gegen mich ab, weil die Auskunft der Gauck-Behörde dazu keine Veranlassung gebe. All dies ist für bestimmte Personen und Medien nichts wert. Aber mit welcher Euphorie und Betonung der Rechtsstaatlichkeit würden sie sich auf gegenteilige Feststellungen stützen. Alles nach dem

Motto: Paßt es ins politische Konzept, dann sind Gerichtsurteile, Bescheide der Gauck-Behörde höchstes Rechtsgut. Paßt es nicht, dann setzt man sich einfach darüber hinweg.

14.10.1994

7. Das freundlich lächelnde Sahnehäubchen. Wie Scharping, Kohl und viele andere die "Gysi-Kommunisten" bekämpfen

Autor: Js. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:32

Es ist immer wieder erstaunlich, wie die CDU es schafft, die Themen der politischen Debatte zu diktieren. Allein die geballte Medienmacht des Leo Kirch (Sat 1 und Springer-Verlag) oder die Unterwürfigkeit der öffentlich-rechtlichen Programmgestalter dafür verantwortlich zu machen, wäre erheblich zu kurz gegriffen. Die christdemokratische Verblödungskampagne wirkt nicht nur auf dem Wege manipulierender Dauerberieselung. Sie ist vor allem deshalb so erfolgreich, weil sie politische Anspruchslosigkeit als Grundeigenschaft auch bei vielen ansonsten einigermaßen intelligenten Menschen voraussetzen kann.

Wie die dümmsten "Argumente" eifrige Multiplikatoren finden, zeigt anschaulich die CDU-Kampagne gegen die "kommunistische Gefahr" in Gestalt der PDS und ihre angeblichen Steigbügelhalter in der SPD. Über einen Wahlkampfauftritt Helmut Kohls in Dortmund schreibt taz-Korrespondent Walter Jakobs: "Ein Auftritt, der für Linke aller Schattierungen genug Stoff bietet, um den schwarzen Riesen einmal mehr zu entlarven. Vor allem Kohls Angriff auf die SPD, deren Magdeburger Kurs er als ‚Schande für Deutschland` geißelte, weil mit Hilfe der Sozialdemokraten die ‚kommunistische PDS` wieder salonfähig gemacht werde, wird von vielen Linken gewiß als Fanal zur Wiederbelebung einer zügellos-reaktionären antikommunistischen Kampagne gedeutet." Und dennoch, die LeserInnen ahnen es schon, so einfach will es sich der Autor nicht machen: Antikommunismus ist nicht nur berechtigt, sondern - nach dem "aus Verantwortungslosigkeit geborenen ‚Sündenfall` Magdeburg" (hier spricht Jakobs, nicht Kohl) - ein Gebot der Stunde: "Die CDU hat jedes Recht, dies der rot-grünen Opposition vorzuhalten. Reaktionär ist daran nichts. Gegen das in Krisenzeiten populäre Gift totalitärer Ideologien hilft nur eine öffentliche Debatte. Darum hat sich Kohl am Wochenende verdient gemacht." (taz, 30.8.)

Der so eingestimmten Leserschaft wurde wenig später eine weitere Provokation zugemutet. Als Anzeige erschien "Der Berliner Appell: Wehret den Anfängen", in dem einige rechte Promis (u.a. Dregger, Lummer, Mertes, Wolffsohn und Zitelmann) und viele CDU/CSU- und FDP-Hinterbänkler den roten Meinungsterror beklagen: "In Deutschland droht endgültig der antitotalitäre Konsens zu zerbrechen. Die Haltung weiter Teile der politischen Klasse zum ‚Fall Stolpe` und die Einbeziehung der PDS in den politischen Entscheidungsprozeß sind deutliche Signale für einen Verfall der politischen Kultur. Umgekehrt werden konservative Intellektuelle, Journalisten und Politiker zunehmend ausgegrenzt und in die Nähe von Rechtsextremisten gerückt. Unter der Parole des ‚Antifaschismus` wird eine Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte betrieben." (taz, 28.9.1994) Ein distanzierender Kommentar von taz-Redakteur Christian Semler in derselben Ausgabe belegt zwar das schlechte Gewissen, das die taz-Redaktion mit dieser Art von Wahlwerbung immerhin noch hat. Daß die taz von den rechten Hetzern Geld nimmt, fand Redakteur Arno Widmann, der eine Reihe aufgebrachter LeserbriefschreiberInnen zu beruhigen versuchte, allerdings nicht verwerflich, sondern besonders gelungen: "Wenn Zitelmann noch hilft, den Kampf gegen sich zu finanzieren - was wollen wir mehr?" (taz, 6.10.1994)

Während die taz mit der Auswahl ihrer Geschäftspartner für Unruhe in der eigenen Leserschaft sorgte, mobilisierte Focus den geballten Sachverstand des "Politikwissenschaftlers und PDS-Experten" Patrick Moreau. Dessen im Auftrag der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung erarbeitete Studie wurde in einem enthüllenden Artikel über "Die Gysi-Connection" (Titel) zusammengefaßt: Die "SED-Nachfolgepartei entwickelt sich zum Auffangbecken linksextremer Organisationen"; namentlich Gregor Gysi, der harmlos wirkende PDS-"Modernisator", "öffnet die Partei für linksextremistische Organisationen". Insbesondere aus den Reihen der "Ex-KB-Mitglieder" kämen nicht nur die "engsten Berater der Parteispitze", sondern auch die "Gysi-Lebensgefährtin". Diese Leute wären bei der PDS insbesondere für Kontakte zur RAF und zur PKK zuständig. Das Resümee des "Kommunismusforschers" ist dann doch eher dürftig: "Die PDS verficht den Primat der außerparlamentarischen Aktion. Sie verfolgt die Strategie, in Konfliktzonen der Gesellschaft einzudringen und neue Konflikte zu schüren. Dafür hat sich die PDS das Konzept zurechtgelegt, mittels ihres Apparates kollektive und individuelle Protesthaltungen zusammenzuführen." (Focus 35/1994)

Zu enthüllen, daß die PDS in Wahrheit weit gefährlicher ist, blieb Bild vorbehalten: "Unglaublich! PDS will Terroristen freilassen", lautete die Schlagzeile am 15.9.: "Rauslassen will die PDS Mörder, Bombenleger, Attentäter", die "18 schlimmsten RAF-Terroristen". Die auf einem Plakat der Hamburger PDS erhobene Forderung nach Freilassung von Gefangenen aus der RAF fälschte Innenminister Kanther flugs um zur "undifferenzierten Parteinahme der PDS für die RAF-Mörder". "Offene Kumpanei" zwischen PDS und RAF entdeckte auch der Bayernkurier (24.9.): "Die kommunistische PDS scheut vor nichts zurück." In CSU-Kreisen wüßte man schon, wie den "Gysi-Kommunisten" beizukommen wäre: Über einen Vortragsabend der Hanns-Seidel-Stiftung in Kleinostheim (Kreis Aschaffenburg), an dem auch der stellvertretende Chefredakteur des ZDF, Heinz Schenk, als Referent teilnahm, berichtet das Main-Echo (24.8.): "Könne man denn nicht verhindern, daß ehemalige SED-Mächtige nun in der PDS wieder Einfluß bekämen, wurde in der Diskussion gefragt. ‚Mit rechtsstaatlichen Mitteln nicht`, antwortete Schenk. Er habe seinen Landsleuten in der früheren DDR schon gesagt: ‚Ihr habt eure Revolution nicht zu Ende gebracht.` Eigentlich hätten damals 400 Leute an die Laterne gehört. ‚Jetzt müßt ihr mit ihnen leben.`"

Bisher blieb diese Mordhetze ohne erkennbare Wirkung. Kohls Ausspruch von den "rotlackierten Faschisten" - gemeint waren sowohl Mitglieder als auch WählerInnen der PDS - hat dagegen bereits ihre bekennenden Anhänger gefunden. In einem Offenen Brief an Kohl schreiben Lothar Bisky und Gregor Gysi: "Wir geben Ihnen zur Kenntnis, daß Ihre Formulierung inzwischen in Cottbus auf Wahlplakate der PDS geschmiert wurde, in der Prignitz und in Oranienburg verbunden mit Morddrohungen." Ein gerichtliches Nachspiel wird Kohls gezielte Infamie nicht haben. Die zuständige Staatsanwaltschaft lehnte die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens ab.

Scharping, der (angeblich) bessere Kohl, ist der Anti-PDS-Kampagne der CDU/CSU auf seine Weise "entgegengetreten". Kohl betreibe eine "Mästung der PDS aus parteipolitischem Kalkül" und weigere sich, seinen Worten Taten folgen zu lassen: "Das Schlimmste ist, daß ich Herrn Kohl vergeblich aufgefordert habe, auch etwas gegen den Einzug der PDS in den Bundestag zu unternehmen", empörte sich Rudi, der Trickreiche, und schlug der CDU allen Ernstes vor, sich in den PDS-Hochburgen auf die gemeinsame Unterstützung des jeweils aussichtsreichsten Gegenkandidaten zu verständigen. Auch bei der Produktion von Stilblüten hat der "Herausforderer" das Oggersheimer Sprachwunder mittlerweile in den Schatten gestellt: Gregor Gysi sei nur "der freundlich lächelnde Sahneüberzug auf einem großen Misthaufen". (Hamburger Morgenpost, 7.10.)

So phantasievoll Scharping hier mit der deutschen Sprache umgeht - die Profis von Focus sind ihm an Erfindungsreichtum um Längen voraus. In der Ausgabe 40/1994 erschien ein Artikel zu der Angst und Schrecken verbreitenden Frage "Gysi: Deal mit Gaddafi?", mit dem die Redaktion ihr Können eindrucksvoll unter Beweis stellt. Über die dabei angewandte "Fotokunst" von Focus schreibt der Pressesprecher der PDS/LL im Bundestag, Jürgen Reents: "Der ‚Focus`-Artikel wird mit einem großformatigen Foto von Gregor Gysi und Andrea Lederer eingeleitet, in das der Kopf des libyschen Staatschefs Gaddafi wie eine Ikone hineinmontiert ist. In derselben Art wie die Bildbeschreibungen zu weiteren Fotos in diesem Artikel ist ein Textkasten in dieses Foto eingelassen, der die Überschrift ‚Geheimtreff auf Malta` trägt und in dem von einer ‚konspirativen Reise nach Valetta` die Rede ist, auf der Gregor Gysi und Andrea Lederer ‚einen hohen libyschen Geheimdienstler` getroffen hätten. Dies und das gesamte redaktionelle Umfeld, in das dieses Foto gestellt ist, erweckt den Eindruck, daß es sich um eine Aufnahme von Gregor Gysi und Andrea Lederer aus Malta handle. (...) Tatsache ist aber: Das Foto wurde auf einer Veranstaltung der PDS am 24.8.94 in Waren/Müritz, Mecklenburg-Vorpommern, aufgenommen."

Man werde nicht behaupten können, "die ganze Komposition von Foto, Begleittext und Artikel sei in einer Fälscherwerkstatt entstanden", resümiert Reents: "Es handelt sich eben lediglich um den ‚Focus`."

Js.

8. Fruchtbarkeit von Frauen gegen Kredite verkauft (Auszüge aus der Rede von Sumati Nair beim Alternativen Forum in Madrid)

IWF und Weltbank

Autor: Rainer Wandler · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:01

Man hatte sich alles so schön ausgedacht als man vor drei Jahren beschloß, die gemeinsame Hauptversammlung von IWF und Weltbank in Spaniens Hauptstadt Madrid zu feiern. Mit einer Wachstumsrate von 5% erschien das Land auf der iberischen Halbinsel geeignet zur Feier des 50. Jahrestages des Abkommens von Bretton Woods. Wie kein anderes Land in Europa erlebte Spanien in den Jahren nach Francos Tod und dem damit verbundenen Ende der Diktatur einen Wirtschaftsboom. Die Bevölkerung war zufrieden. Kritik an den Institutionen von Bretton Woods war nicht zu erwarten.

Drei Jahre später sieht dann alles doch ganz anders aus. Die weltweite Wirtschaftskrise führte in Spanien zu mehr als drei Millionen Arbeitslosen, das ist jede vierte Person im erwerbsfähigen Alter. Das Jahr der Feierlichkeiten begann am 27. Januar diesen Jahres mit dem vierten Generalstreik gegen die sozialistische Regierung unter Felipe González, soziale Konflikte sind an der Tagesordnung. Dies mußten die 15.000 angereisten Bänker am eigenen Leib erfahren. Während eines zweitägigen Streiks im Hotel- und Gaststättengewerbe kamen sie in den Genuß, ihre Betten selbst zu machen.

Der Boden für Kritik an der heimlichen Weltregierung war günstig, und die Linke wußte ihre Chance zu nutzen.

Ein neues Image wollte man sich in Madrid geben, so das vorab formulierte Ziel von Weltbank-Chef Preston und seinem IWF-Amtskollegen Camdessus. Letzterer führte immer wieder das Wort von der Solidarität der Reichen mit den Armen im Mund - so auch auf der Eröffnungsrede. Die Solidarität sei die Zärtlichkeit der Völker, so habe er auf einem Transparent der KritikerInnen gelesen. Der IWF habe sich dieses Motto schon längst zu eigen gemacht.

Die Strafe für diese Unverfrorenheit folgte aufs Wort. Eine aufsehenerregende Aktion von Greenpeace rückte das Gesagte sofort wieder ins richtige Licht. Der spanische König Juan Carlos hatte gerade das Rednerpult erklommen, als es zwei britischen Aktivisten von Greenpeace trotz scharfer Sicherheitsmaßnahmen der IWF-Veranstalter gelang, die stählerne Deckenkonstruktion des Kongreßgebäudes zu erklimmen, und dort mit einem Transparent auf die umweltfeindliche Politik der Institutionen von Bretton Woods aufmerksam zu machen. Auf die tausenden Delegierten flatterten falsche Dollarscheine mit dem Aufdruck "50 Jahre Politik der Zerstörung" herab. Ein Bild des Protestes, das um die Welt gehen sollte.

Zu gerne hätte man ungestört die "Erfolgsbilanz" der 50jährigen Entwicklungspolitik "im Dienst der Armen" verbreitet. Regionen wie Lateinamerika und Asien könnten stolz auf ihre hohen Wachstumsraten blicken, so Weltbank-Chef Preston. Dies verdanken sie den Investitionen von 300 Milliarden Dollar für 6.000 Projekte in mehr als 100 Ländern. Die mittlere Lebenserwartung sei von 40 auf 63 Jahre angestiegen, das Pro-Kopf-Einkommen habe sich verdoppelt. "Zusammengefaßt heißt das, die Anstrengung um den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt voranzutreiben - also die Entwicklung - war ein großer Erfolg", so Prestons Einschätzung,

Die KritikerInnen sehen dies anders. Sie stellen sich die Frage nach der Art der Entwicklung, die in diesen Ländern finanziert worden ist. Ein blinder Fortschrittsglaube führe zu zunehmender Umweltzerstörung. Der Bau von immer mehr Kohlekraftwerken und Staudämmen und die Errichtung riesiger Plantagen seien dafür nur exemplarisch genannt. Die Menschen, die bisher auf diesen Ländereien durch Subsistenzwirtschaft ein geregeltes Auskommen hatten, werden in die Elendsviertel der Großstädte abgedrängt. Die KritikerInnen geben die Zahl der direkten Opfer der Weltbankpolitik mit 4,4 Millionen an. In den meisten lateinamerikanischen Ländern ist genauso wie in Asien, der anderen Wachstumsregion, die Armut großer Bevölkerungsteile das Hauptproblem. Das kann selbst Weltbank-Chef Preston nicht bestreiten. Er spricht von einer Milliarde Menschen, die mit einem Dollar am Tag ums nackte Überleben kämpfen müssen.

In Osteuropa wird die Armut noch zunehmen, darüber können auch die mit Rußland ausgehandelten günstigeren Tilgungsbedingungen für den Schuldenberg nicht hinwegtäuschen. Was in der heutigen Feierstimmung allzuoft vergessen wird, sind die jahrelangen blutigen Diktaturen, die viele der boomenden Lander, vor allem in Lateinamerika, für Weltbank-Kredite reif gemacht haben. Eine Gefahr, die auch für die ehemaligen sozialistischen Länder nicht von der Hand zu weisen ist.

Die offizielle Debatte bei IWF und Weltbank wartete ebenfalls mit einer Überraschung auf. Bei der Frage nach der Aufstockung des IWF-Kapitels kam es erstmals in der Geschichte zur Rebellion der Kleinen gegen die Großen Sieben.

Mit Hilfe der Ausgabe von neuen Sonderziehungsrechten sollte das Kapital des IWF um 50 Milliarden Dollar aufgestockt werden - so die Forderung von Präsident Camdessus - um zu verhindern, daß in wenigen Jahren das nötige Geld für weitere Kredite an Mitgliedsländer fehle. Die G7-Länder, allen voran Deutschland, wollten davon nichts wissen. Von fehlenden Geldmitteln könnte auch für die Zukunft nicht die Rede sein, war der deutsche Standpunkt. Furcht bestand vor einem Ansteigen der Inflation. Die Trikont-Länder, allen voran Lateinamerika wurden bei dieser Debatte hellhörig. Angesichts der Investitionen in Osteuropa, besteht die Gefahr, zukünftig mangels Kapital bei den Krediten vergessen oder nicht ausreichend berücksichtigt zu werden. Die Rebellion in der Geschäftsführung des IWF war perfekt. Gegen die G7-Länder verabschiedeten die Kleinen einen Vorschlag, der vorsieht, daß die Länder 85% anstatt bisher 68% ihrer Quote beim IWF aufnehmen können. Der Streit um die Kapitalerweiterung konnte nicht beigelegt werden. Er wird den IWF auch in den nächsten Monaten weiter beschäftigen.

Der Rest der Veranstaltung galt der Imagepflege. Um der Weltöffentlichkeit zu zeigen, wie liberal man ist, gewährte man zahlreichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs)den Zutritt zur Sitzung. Diese nutzten die Gunst der Stunde für zahlreiche Proteste vor der versammelten Weltpresse. Die Bänker stellten den NGOs großzügig die gesamte Infrastruktur wie Fax, Telefon, Computer etc. kostenlos zur Verfügung. Diese Mehrausgaben dürften nur wenig interessieren. Bei einem Kongreßhaushalt von 26 Millionen DM bezahlt man die Imagepflege aus der Portokasse.

Das Fest wurde verdorben

Mit einem Bruchteil des Kongreßhaushaltes, mit neun Millionen Schilling, mußten die KritikerInnen auskommen, um ihr alternatives Forum unter dem Motto "Die anderen Stimmen des Planeten" und die Aktionstage vorzubereiten. Madrid war der Höhepunkt und Abschluß der weltweiten Kampagne unter dem Motto. "Fünfzig Jahre sind genug". So gingen in Japan die Solidaritätsgruppen unter dem Motto "Wissen Sie wohin Ihr Geld fließt?" auf die Straße. In der Schweiz fand im Juni ein Gegenkongreß statt. Themen des Treffens waren Welternährung und alternative Wirtschaftsvorstellungen. In Holland bereitete die Gruppe WISE-international eine Kampagne zum Thema "Weltbank und Umweltzerstörung" vor. In Frankreich entstand ein aus 27 verschiedenen Dritte-Welt-Organisationen bestehendes "Foodfirst Information Action Network". In Kairo traf sich parallel zur UN-Weltbevölkerungskonferenz ein Internationaler Frauenkongreß. In Indien nutzte die Bewegung gegen den Staudamm in Namada das Datum, um einmal mehr dieses umweltfeindliche Weltbankprojekt zu kritisieren. Allen Aktionen gemein war die Ansicht, daß nur "eine weltweite Neuverteilung des Reichtums, die Einschränkungen im Konsum wichtiger sozialer Schichten des Nordens mit sich bringt, und ein bescheideneres Produktionssystem auf allen Ebenen" eine Änderung bringen kann.

Die KritikerInnen des IWF-Treffen äußern sich zufrieden: "Wir haben ihnen das Fest gründlich verdorben", so Sprecher Ramón Fernández Durán. Es sei gelungen, in den zwei Wochen, die die Bänker in Spaniens Hauptstadt verbrachten, die Öffentlichkeit zu informieren und einen Stimmungsumschwung herbeizuführen. Der Versuch, sich ein neues Image zu geben, sei gescheitert. Dies verdankt man nicht zuletzt IWF-Präsident Michel Camdessus. Seine Erklärung, Spanien müsse die Entlasungen vereinfachen und das Rentensystem radikal zusammenkürzen, führte zu einem Sturm der Empörung bei Bevölkerung und Gewerkschaften. Anfängliches Mißtrauen gegenüber den Protesten auf den Straßen der Hauptstadt schlugen in offene Sympathie um. Kein Schritt konnten die Bänker machen, ohne mit "Raus, raus"-Sprechchören empfangen zu werden. Ob vor den Hotels, anläßlich eines Gala-Essens oder vor der Konzerthalle, die Gegner von IWF und Weltbank waren präsent. Höhepunkt der Aktionen bildete die Demonstration am 2. Oktober. 30.000 Menschen kamen, um ihrem Protest unter dem Motto "Wir wollen sie hier nicht haben" Ausdruck zu verleihen. Das ganze

glich wegen der Kostüme, der Musik und der themenbezogenen Wagen eher einem Faschingsumzug als einer Demonstration.

Kern der Mobilisierungen bildete das Forum "Die anderen Stimmen des Planeten" und die Sitzung des "Tribunals der Völker". 3.000 Menschen aus allen fünf Kontinenten waren angereist, um in 60 Arbeitsgruppen ihre Kritik zu diskutieren, unter ihnen die ganze Internationalismusprominenz, von Fierre Galand, ehemaliger Direktor des Verbindungskomitees von Weltbank und NGOs, über die Ökonomin Susan George, bis hin zu den indischen Feministinnen Vandana Shivan und Sumati Nair. Erstmals wurde der Zusammenhang zwischen der Politik von IWF und Weltbank und den Bürgerkriegen in verschiedenen Ländern der Welt untersucht. "Wir haben herausgearbeitet, daß die harten Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF in Ländern wie Ruanda, Somalia oder Jugoslawien, die eh schon am Minimum herumkrebsten, direkt zum Ausbruch der bewaffneten Konflikte beigetragen hat", sagte Antonio Esteban, Mitverfasser der Erklärung. Eine Analyse, die man in den kommenden Monaten weiter vertiefen will.

Parallel dazu saß das 1979 entstandene "Tribunal der Völker" bereits zum zweiten Mal über IWF und Weltbank zu Gericht. Die vernommenen 15 Zeugen erlaubten die detallierte Betrachtung der Politik von IWF und Weltbank aus unterschiedlichsten Blinkwinkel. Die meisten von ihnen kommen aus den großen Nichtregierungsorganisationen dieser Welt oder sind SprecherInnen der direkt Betroffenen aus den Trikontländern.

Um überhaupt in den Genuß von Weltbank-Krediten zu kommen, müssen sich die Länder einer Radikalkur, den sogenannten Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF, unterwerfen. Ziel ist der Abbau der Staatsschulden und der Inflation. Herbe Einschnitte in die Sozial- und Wirtschaftspolitik sind die Folge.

Xavier Gorostiaga von der Zentralamerikanischen Universität in Nicaragua, schilderte die Spirale, in die viele Länder dabei geraten, am eindrucksvollsten. Die Staatsschulden betragen ein sechsfaches des BIP. Eine Quote, die einmalig in der Welt ist. Der IWF griff ein. "Der Staatshaushalt wird nicht mehr im Parlament entschieden, sondern liegt direkt in den Händen der staatlichen Zentralbank, die vom IWF beaufsichtigt wird", so beschreibt der einstige Planungsdirektor unter der sandinistischen Regierung die Folgen. Die Bevölkerung bekommt dies deutlich zu spüren. Das jährliche Prokopfeinkommen liegt mit 420 Dollar noch unter dem der Kriegsjahre Ende der Achtziger. Die sozialen Folgen lassen nicht auf sich warten: "Es war im Krieg gegen die Contra einfacher durch die Straßen Managuas zu gehen als heute." Schuld daran ist die steigende Kriminalitätsrate, klagt Gorostiaga an.

Das Tribunal zog seine Schlüsse aus dem Vorgetragenen: "In den ärmsten Ländern macht es wenig Sinn, von einer an die Verhältnisse angepaßter Entwicklung zu sprechen, wenn vorher das Thema Schulden und Zinsen nicht angegangen wird." Ebenso wie in der "Madrider Erklärung" wurde die Schuldenstreichung gefordert.

Die Projekte des IWF und der Weltbank sollen zukünftig von der UNO überprüft werden. Die Programme müssen auf ihre langfristigen "Auswirkungen auf die Umwelt und ihre sozioökonomischen Strukturen hin überprüft werden", um weitere Elendsschübe und Zwangsumsiedlungen zu verhindern.

Einziger Wermutstropfen der erfolgreichen Gegenaktionen sind die 40 zum Teil schwer verletzten und 23 verhafteten AktivistInnen - unter ihnen sind auch vier Nicht-SpanierInnen. Die SpanierInnen müssen mit einem Prozeß wegen Landfriedensbruch rechnen, die AusländerInnen werden abgeschoben. Die meisten Opfer wurden nach gewaltsamer Auflösung friedlicher Sitzblockaden in kleinen Seitenstraßen abgefangen und brutal zusammengeschlagen. In den Polizeifahrzeugen und in den Kommissariaten wurden sie weiter mißhandelt. Wer sich weigerte, Blankounterschriften zu leisten, wurde in ein leeres Zimmer abgeführt und dort von vermummten Polizisten mit Schlagstöcken traktiert. Den AnwältInnen wurden teilweise bis zu 50 Stunden jeder Kontakt mit den Inhaftierten verweigert. Besonders originell zeigte sich die Belegschaft des Innenstadtreviers. Mit dem absolut ungenießbaren Fraß reichte sie Papierservietten mit dem Aufdruck: "Vielen Dank für Ihren Besuch".

Rainer Wandler, Madrid

Fruchtbarkeit von Frauen gegen Kredite verkauft

Auszüge aus dem Redebeitrag von Sumati Nair beim Alternativen Forum

"Die anderen Stimmen des Planeten", Madrid 26.9.-1.10.94

Sumati Nair ist in Hyberdad, Indien, geboren. Sie studierte Philosophie und Psychologie und forschte zur Gesundheits- und Lebenssituation der Menschen in Zusammenhang mit einem kommunalen Gesundheitsprojekt in Bombay. Danach arbeitete sie als Koordinatorin zunächst in einem ländlichen Gesundheitsprojekt, später in einem Gesundheitszentrum in Hyberdad. 1982 wurde sie Mitglied in der 1978 gegründeten Frauengruppe Stree Shakti Sanhatana, einer Gruppe mit sozialistisch-feministischen Perspektiven. Sumati Nair lebt heute mit kurzen Unterbrechungen in den Niederlanden. Sie hat 1989 ein Buch mit dem Titel "Imperialism and the Control of Women's Fertility" veröffentlicht, das als deutsche Übersetzung (Imperialismus und die Kontrolle der weiblichen Fruchtbarkeit) in e.coli-bri Nr. 8 erschienen ist. Dieser Übersetzung sind auch diese "Angaben zur Person" entnommen. (Bestellungen über e.coli-bri, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg)

In den 90er Jahren wurde das Thema Bevölkerung schärfer und auch in einem hysterischeren Ton behandelt als zuvor. Wir müssen uns fragen, was die Gründe dafür sind, daß Leute denken: "Die Menschen - die anderen Menschen sind zu viele." Ist es allein die humanitäre Sorge um die Menschen und den Planeten Erde, die die Mächtigen bewegt über die Probleme, die durch die "wimmelnden Millionen" verursacht werden, nachzudenken?

Ein wichtiger Punkt der jetzigen Situation sind die demographischen Veränderungen, die im letzten Jahrhundert stattfanden. Die Länder der industrialisierten Welt haben ein Null- oder unter Null-Bevölkerungswachstum erreicht (sie sind aber trotzdem dicht besiedelt, z.B. gehören Frankreich, die BRD, die Niederlande oder Großbritannien zu den am dichtesten bevölkerten Regionen der Welt). Die Bevölkerung der nicht-industrialisierten Welt bildet den größten Teil der Weltbevölkerung und bewohnt den größten Teil der Landmasse. 1900 bildete der Anteil der weißen Bevölkerung Europas, Nord-Amerikas, Australiens und Neuseelands 32% der Weltbevölkerung, 1990 ist deren Anteil auf weniger als 20% gesunken, (1) und ihr Anteil wird sich bis zum Jahr 2050 weiter verringern, wenn der derzeitige Trend unkontrolliert anhält.

Die industrialisierten Länder des Nordens haben ganz richtig erkannt, daß so ihre Hegemonie über die Welt, die sie schon viel zu lange als ihr natürliches Geburtsrecht angesehen haben, unterminiert wird. Auf diese Veränderungen reagieren sie, indem sie auf der einen Seite eine pronatalistische (geburtenfördernde) Politik für ihre "eigene" Bevölkerung durchführen und auf der anderen Seite Programme zur Reduzierung der Geburtenrate in der Dritten Welt finanzieren. Die pro- und die antinatalistische Politik sind zwei Seiten derselben Bevölkerungskontrollpolitik. (...)

Für die Bevölkerungsprogramme scheint es keine Rolle zu spielen, ob das Land in Afrika, Asien oder Lateinamerika liegt. Ebenso scheint es unerheblich zu sein, ob 15 Personen auf einen Quadratkilometer (Brasilien) leben, 25 (Tansania) oder 267 wie in Indien - die Antwort ist jedesmal die gleiche: Verringerung der Fruchtbarkeitsrate, Frauen sollen mehr Verhütungsmittel benutzen. Schon die starke Uniformität und Einfachheit dieser Ansätze an sich macht die Programme verdächtig, und die Frage nach den wahren Beweggründen drängt sich auf. Wir haben bisher genügend historische Erfahrung gesammelt, um die Auswirkungen dieser Programme zu beurteilen.

Zum Beispiel trat 1971 Botswana einer kleinen Gruppe von afrikanischen Staaten bei, die sich einer Politik der Verringerung der Wachstumsraten der Bevölkerung verpflichtet hatten. Es gab schon 1973 in Botswana über fünfzig Zentren, die Familienplanung anboten. Im gleichen Jahr übernahm die Regierung als erste in Afrika die direkte Verantwortung für Familienplanung, die aber vollkommen in eine Mutter-Kind-Gesundheitsversorgung integriert wurde.(2) Ein vertraulicher Bericht der Weltbank ("Population Sector Review") stellte 1989 fest, daß Botswana offensichtlich erfolgreich die Fruchtbarkeitsrate senken konnte. Botswana hat "eine Landmasse vergleichbar der von Frankreich, während die Bevölkerung von Botswana nur 1/50 der von Frankreich beträgt". Aber die Hauptempfehlung der Weltbank für die Regierung von Botswana besteht nach wie vor darin, daß das Land weiterhin der Bevölkerungskontrolle eine hohe Priorität einräumen soll, um die Geburtenrate zu senken, da, so die Weltbank, neben anderen Gründen bei der jetzigen Größe der Bevölkerung ernsthafte Einschränkungen bei der Verfügbarkeit von Land mit guter Qualität und der Versorgung mit Holz und Wasser bestünden. (3) Ein vor wenigen Tagen (27.8.94) in der angesehenen französischen Tageszeitung Le Monde veröffentlichter Artikel nennt Botswana "Das Wunder in Afrika". Es wird festgestellt, daß die Wirtschaft des Landes mit rund 12% pro Jahr eine der höchsten Wachstumsraten in der Welt hat. Das Pro-Kopf-Einkommen

beträgt 2.790 US Dollar. 93% der Kinder gehen zur Schule und 83% der Bevölkerung haben Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung. Der Artikel beschreibt auch, daß 40% der Bevölkerung in Armut lebt aufgrund der extrem ungleichen Verteilung des Wohlstandes des Landes. (4)

Auswirkungen

der Programme in Indien

Mitte 1991 kamen IWF, Weltbank und indische Regierung zu der Übereinkunft, Strukturanpassungsprogramme einzuführen, die die Grundlage für die "Neue Ökonomische Politik" bildeten. Seit dieser Zeit hat eine Intensivierung der Bevölkerungskontrolle stattgefunden, die in dem Land ein bisher nicht bekanntes Ausmaß annahm. Wir haben keine schriftlichen Belege dafür, daß eine weitere Reduzierung der Bevölkerungswachstumsrate eine der Bedingungen gewesen ist, die der Regierung von der Weltbank aufgezwungen wurden, dennoch gibt es genug Anzeichen, die eine solche Schlußfolgerung rechtfertigen. Es wurden nicht nur NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen, Anmerkung ak) der verschiedensten Ebenen gefragt, sich an der Arbeit der Familienplanung zu beteiligen, sondern auf staatlicher Ebene sind zahlreiche Entwicklungsprogramme nur dann zugänglich, wenn erfolgreich nachgewiesen werden kann, daß jemand sterilisiert ist oder in irgendeiner anderen Weise "AkzeptantIn" von Verhütungsmethoden ist.

Z.B. erhielten in einem Distrikt im Süden Indiens Menschen Landrechte, sie kultivierten das Land und bauten Getreide an. Als es reif war, wurden die Bäuerinnen von lokalen Regierungsvertretern daran gehindert, ihre Ernte einzubringen. Ihnen wurde gesagt, daß sie die Erlaubnis zur Ernte nur dann erhalten, wenn sie sich sterilisieren ließen. Flaggen wurden an den Feldern derjenigen aufgestellt, die sich weigerten. Die Finanzbeamten drohten damit, eine Beschwerde bei der Polizei zu lancieren und vor Gericht zu gehen, wenn sich irgendjemand ihren Anweisungen widersetzen würde. Darüber hinaus wurde neun Familien aus vierzig Dörfern der gleichen Region der Zugang zum öffentlichen Lebensmittelversorgungssystem verweigert. Ebenso wurden ihnen das von der Regierung garantierte Recht auf Hausbesitz und andere Regierungskredite abgesprochen, weil sie sich weigerten, sich einer Sterilisation zu unterziehen. (5)

In verschiedenen Teilen des Landes sind Frauen gezwungen, durch Bestechung, Druck oder Gewalt die eine oder andere Maßnahme der Fruchtbarkeitskontrolle der Neuen Ökonomischen Politik zu akzeptieren. In einem Protestschreiben an die Zentralregierung und die Regierung des Staates haben verschiedenen Frauengruppen aus A.P. (dem Staat Indiens, in dem die geschilderten Zwangsmaßnahmen stattfanden, Anmerkung ak) festgestellt, "daß der Druck der Regierung eine Bevölkerungswachstumsrate von Null im Jahre 2000 zu erreichen, sehr ernste Konsequenzen für Frauen, besonders für ländliche und arme Frauen in der Stadt hat". Der Brief fährt fort: "Wir haben herausgefunden, daß Frauen im ganzen Land dafür ausgewählt werden, als passive Annehmerinnen (besser Opfer) von schmerzvollen Verhütungsmethoden wie laproscopischer Sterilisation, Implantaten und Injektionen zu fungieren. Es werden keine Informationen über mögliche Nebeneffekte der verschiedenen Methoden gegeben. (...) Zahllose Frauen sind an den Folgen oder Nebenwirkungen gestorben, aber über diese Toten gibt es keinerlei Aufzeichnungen." Dieser Brief wurde von zehn Frauengruppen, Forschungszentren und Entwicklungsorganisationen in A.P. unterzeichnet. (6) Die neueren Empfehlungen, die in Form des aktuellen Manuskripts des "Population Policy Documents" im Land zirkulieren, geben Anlaß zur Sorge.

Die Verknüpfung der Bevölkerungskontrolle mit allen Aspekten der Entwicklung des Landes wird zu einer Zunahme oben beschriebener Fälle führen.

Ein anderer Aspekt ist, die Armee zur Durchsetzung der Familienplanung in entlegenden Teilen des Landes einzusetzen. In Indonesien war bis 1990 die Armee dafür verantwortlich, Frauen in einem bestimmten Dorf dazu zu bewegen, bei vorgehaltener Pistole, IUPs (Intra Uterin Pessars, Spiralen) zu "akzeptieren". (7) Es gibt nur wenig Grund anzunehmen, daß die indische Armee sich anders verhalten würde, bedenkt mensch ihren schlechten Ruf wegen Menschenrechtsverletzungen.

Quellen:

(1) Kathleen Gough, Prospects for the 90's, Frontier, Calcutta, 2.6.1990

(2) Patricia McFadden, quoting David Lucas, The population issue recotexualised in Africa, Report of a Conference on Successes and Failures in poulation policies and Programmes, Norwegian Forum for Environment and Development Issues and CIWI, Oslo, Mai 1994, Seite 22

(3) Botswana Poulation Sector Review, 31.10.1989, Document of the World Bank

(4) Botswana - A Miracle of Africa, Le Monde Weekly Economic Supplement, Paris 27.8.1994 (Übersetzung: Peter Custers)

(5) Letter to the Department of Health, Government of India and the Government of A.P., 25.7.1994, unterzeichnet von Indira Jena (ASW) und Kalpana Kannabrian (ASMITA)

(6) wie oben

(7) Wardha Hafizd, Adrina Taslim und Sita Aripurnami, Family Planning in Indonesia: The case for policy reorientation, Inside Indonesia, März 1992, Jakarta, Seite 20

Übersetzung ak

9. Deutsches Kapital auf dem Marsch nach Osteuropa

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Osteuropa, Osteuropapolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:36

Ihre erste Auslandsfiliale eröffnete die Firma Siemens vor 140 Jahren in St. Petersburg. "Mit Unterbrechungen" ist man seit mehr als 100 Jahren in Budapest präsent. Bis zum Jahr 2000 will Siemens zu den größten Unternehmen des Landes zählen. Wie nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus nicht anders zu erwarten war, nimmt das deutsche Kapital die unterbrochenen Verbindungen wieder auf und wendet sich erneut "seinem natürlichen Hinterland" zu.

Noch 1989 lag der Anteil der in Osteuropa getätigten deutschen Direktinvestitionen am Gesamtumfang aller deutschen Auslandsinvestitionen in diesem Jahr mit einem Umfang von 110 Mill. DM bei lediglich 0,5 Prozent ("Industrieländer": 94,6, "Entwicklungsländer": 4,9 Prozent). (Diese und die folgenden Zahlen nach ifo-Schnelldienst, 24/94) Zum Jahr 1993 hin ist eine nicht unwesentliche Verschiebung festzustellen. Osteuropa vereinigte im Vorjahr immerhin schon 9,8 Prozent der in diesem Jahr getätigten deutschen Auslandsinvestitionen auf sich, das entsprach einer Summe von knapp 1,8 Mrd. Mark. Zugleich blieb der Anteil der Dritte-Welt-Länder an den deutschen Investitionen mit 4,6 Prozent etwa gleich, so daß die verstärkte Hinwendung des deutschen Kapitals nach Osteuropa auf Kosten der westlichen Industrieländer ging.

Die deutsche Expansion erfolgt allerdings nicht flächendeckend. Über 95 Prozent der getätigten Investitionen entfielen seit 1991 auf Ungarn, Polen und die ehemalige Tschechoslowakei. Für 1993 lauten die Anteilszahlen: Ungarn: 40,1; Tschechische Republik: 32,9; Polen: 18,2; Slowakei: 5,1 Prozent. Die ehemalige Sowjetunion spielt aktuell hingegen kaum noch eine Rolle: Wurde dort 1989 für 29 Mill. DM durch deutsche Firmen investiert (das entsprach damals noch einem Anteil von 26,4 Prozent), so waren es 1993 (in Rußland) 30 Mill. DM - ein Anteil von nur noch 1,7 Prozent.

Ende 1993 hatte der kumulierte Gesamtbetrag ausländischen Kapitals in Osteuropa 18,3 Mrd. DM erreicht. Ein gutes Drittel entfiel dabei auf Ungarn, ein knappes Drittel auf Polen, die Tschechische Republik und die Slowakei. Rußland kam dabei nur noch auf 8 Prozent, nur wenig mehr als das aus Jugoslawien hervorgegangene Slowenien. (Diese und die folgenden Zahlen nach FAZ, 1.9.94, Wirtschaftswoche, 8.4.94)

Die meisten Investitionen in Osteuropa wurden bis dato von Unternehmen aus den USA getätigt, ihr Anteil liegt (für Ostmitteleuropa, also ohne Nachfolgestaaten der Sowjetunion) bei 29 Prozent, dicht gefolgt von der BRD mit 25 Prozent. Jedoch, so das Bundeswirtschaftsministerium, "würden die Deutschen eine Vielzahl kleinerer Investitionen vornehmen, während sich die Amerikaner auf einzelne Großprojekte, wie zum Beispiel der Nahrungsmittelherstellung oder der Rohstoffgewinnung konzentrierten". (FAZ, 1.9.94). An dritter Stelle folgt Österreich mit 16 vor Italien und Frankreich mit 8 bzw. 5 Prozent.

In einzelnen Staaten, für die uns Zahlen vorliegen, sind die Anteile an den Auslandsinvestitionen wie folgt verteilt:

- Ungarn: USA 37, BRD 25, Österreich 20, Italien 10, Frankreich 8 Prozent.

- Polen: USA 44, Italien 11, Frankreich 7, Österreich 7, BRD 6, Sonstige 25 Prozent.

- Tschechische Republik: BRD 40, USA 19, Frankreich 15, Österreich 10 Prozent.

- Slowakei: Österreich 24, BRD 21, USA 14, Tschechische Republik 11 Prozent. (Zahlen für die Slowakei nach SZ, 13.12.93)

- Slowenien: BRD 40, Österreich 26, Italien 16, Frankreich 11 Prozent.

"Hinterland"

"Die Chancen für deutsche Unternehmen in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten sind enorm" befanden unisono Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt zum Abschluß einer "West-Ost-Konferenz" in Berlin. Um welche strategische Option es dabei für das deutsche Kapital geht, machte Necker in seiner dankenswert unverblümten Art bei dieser Gelegenheit auch gleich klar: "Die Arbeitsteilung zwischen Ost und West könne

(...) große Vorteile bringen. Das sehe man an Japan, das einen großen Teil seiner Wirtschaftskraft daraus beziehe, daß 40 Prozent der Gesamtproduktion in benachbarten Niedriglohnländern hergestellt werden. Auch in den Reformstaaten des Ostens seien eine Woche oder gar ein Monat Arbeit für den Preis zu bekommen, den ein Unternehmer hierzulande für einen Tag bezahlen müsse." (FR, 21.9.94) "Unsere Antwort auf NAFTA und ASEAN kann in der engen Kooperation mit Osteuropa liegen", träumt ein anderer Kapital-Funktionär, das Daimler Benz-Vorstandsmitglied Gentz, von den künftig zu schlagenden Schlachten. (SZ, 11.6.94)

Tatsächlich liegen die Löhne in Osteuropa bekanntermaßen unverschämt niedrig; und das, obwohl die Arbeitskräfte in Osteuropa im Durchschnitt hoch qualifiziert sind. Ein Bruttomonatslohn in der Industrie lag 1993 in Ungarn bei umgerechnet knapp 500 DM, in der Tschechischen Republik bei rund 375, und in Polen bei ungefähr 350 Mark. (Nach Berechnungen des "Ost-Wirtschaftsreports" 9/94) In fast allen anderen osteuropäischen Staaten liegen die Löhne zum zum Teil noch erheblich darunter.

Für das in Osteuropa investierende Kapital sind die osteuropäischen Niedriglöhne allerdings nur ein - wenn auch sehr wichtiger - Aspekt bei ihren Investitionsentscheidungen. Diese reihen sich ein in den seit Mitte der 80er Jahre erkennbaren Trend der multinationalen Konzerne zu Horizontalisierung und Vertikalisierung ihrer Produktion: Den Aufbau arbeitsteiliger internationaler Produktionssysteme, die sowohl eine Spezialisierung bedeuten als zugleich auch eine tendenzielle Austauschbarkeit bzw. Verlagerung der Produktion ermöglichen sollen.

Außerdem haben die Konzerne Osteuropa natürlich als Absatzmarkt im Blick. Übernahmen von oder Beteiligungen an osteuropäischen Unternehmen erfolgen oft im Blick auf die Zukunft. Über Siemens wird berichtet, daß der Elektronikkonzern "Mittel- und Osteuropa zum zweiten regionalen Schwerpunkt in seiner Unternehmensstrategie ernannt hat, nach Südostasien. Es gehe um neue Märkte und günstigere Produktionskosten gleichermaßen." (FAZ, 22.7.94) Schon beschäftigt der Konzern in 26 Ländern der Region (einschließlich GUS) in 70 Niederlassungen und Produktionsstätten rund 13.000 Menschen, die größte Zahl übrigens in Rußland. Dort wird ein Gewinn, so heißt es, vorerst noch nicht erzielt. Doch dafür plazierte der Konzern seine Beteiligungen in strategisch entscheidenden Bereichen: Energie- und Medizintechnik, Telekommunikation, "Industrialisierung". (SZ, 25.11.93) Was der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, meint, wird sich auch Siemens sagen: In Rußland muß man bei Investitionen "einen sehr, sehr langen Atem haben". (Wirtschaftswoche, 1.10.93)

In Polen gründete Siemens zusammen mit dem größten polnischen Telekom-Ausrüster Zwut ein Joint Venture, das zahlreiche Aufträge zur Installation digitaler Vermittlungsstellen und Leitungen erhalten hat; sein Marktanteil beträgt derzeit etwa 20 Prozent. "Den jährlichen Ausstoß des Warschauer Werks würde die hochautomatisierte Fabrik in Bruchsal in ein bis zwei Wochen schaffen, doch lohnt es sich wegen der geringen Stückzahlen nicht, die gleichen Maschinen an der Weichsel aufzustellen." Außerdem hatte die Regierung einen lokalen Fertigungsanteil von 51 Prozent und Beschäftigungsgarantien verlangt. (FR, 25.6.94) Also führt Siemens vorerst einmal umfangreiche Ausbidungsprogramme unter den Beschäftigten durch, zahlt das Doppelte des polnischen Monatslohns, um die "Mitarbeiter" bei der Stange zu halten und wartet ansonsten darauf, Polen demnächst mit Telefonanschlüssen versorgen zu können.

Anders als in diesem Fall nutzte die zum Volkswagenkonzern gehörende Firma Audi hingegen die "günstigen Rahmenbedingungen" (ein billiges Grundstück, das zudem als Zollfreizone fungiert, billige Arbeitskräfte, Garantien für Investitionen, unbedingte Befreiung von Gewinn- und Körperschaftssteuern während der ersten fünf Jahre sowie Direktsubventionen vom ungarischen Staat in der im Grunde lächerlichen Höhe von ca. 5 Mill. Mark, die man aber gerne auch noch mitnimmt), um in der westungarischen Stadt Györ auf einem riesigen Areal von 250.000 Quadratmetern für vorerst 300 Mill. DM auf der grünen Wiese die "weltweit modernste Motorenfabrik" zu errichten. Man habe, so ein Audi-Vertreter, die Chance wahrgenommen, "ohne Rücksicht auf gewachsene Fabrikstrukturen neue Wege bei der Produktion einzuschlagen". (Nach SZ, 13.10.94) So wurden für die erste Phase von 2.000 Bewerbern 200 "Mitarbeiter" ausgewählt, die täglich rund 750 Motoren herstellen sollen. Gegen Ende des Jahrzehnts sollen dann 680 Beschäftigte bei erweiterter Fertigungstiefe täglich 2.000 Motoren zusammenbauen. Kein Wunder, daß bei diesen Zahlen der Lohnanteil an den gesamten Herstellungskosten mit 2 Prozent verschwindend gering ist. (Eine - nach Marx - niedrigere Profitrate ist eigentlich kaum mehr vorstellbar.)

In absehbarer Zeit könnten die deutschen Investitionen in Osteuropa die Höhe der US-amerikanischen überholt haben. Denn das Motiv der Produktionsverlagerung zwecks Ausnutzung der osteuropäischen Niedriglöhne entfällt für die US-Konzerne, insoweit sie nicht ihrerseits in Westeuropa Produktionsstätten haben. Gerade aber auch sogenannte mittelständische Unternehmen werden davon reichlich Gebrauch machen. "Zehn Anfragen pro Tag kommen alleine unter diesem Gesichtspunkt", meint Eva Dude, ihres Zeichens "Delegierte der deutschen Wirtschaft in Ungarn". (SZ, 18.4.94)

Zum anderen investieren die multinationalen Konzerne in die Schlüsselbereiche der osteuropäischen Volkswirtschaften. Das bringt für die osteuropäischen Staaten zunächst einmal eine rasche Modernisierung dieser entscheidenden Sektoren, die sie aus eigener Kraft in absehbarer Zeit nicht zustandegebracht hätten. Zugleich geraten sie damit aber auch in entscheidende ökonomische (und damit auch politische) Abhängigkeit, zumal diese Konzerne bestrebt sind, sich in diesen Bereichen eine monopolähnliche Stellung zu sichern. So hat VW den tschechischen Automobilhersteller Skoda trotz heftiger Widerstände der tschechischen Regierung zu einem Montagewerk gemacht, wo aus eigener Kraft Autos nicht mehr vollständig hergestellt werden können. Außerdem hat VW die tschechische Regierung gezwungen, auf Importautos für fünf Jahre eine 30prozentige Importsteuer zu erheben. An die Stelle der ehemaligen Staatsmonopole treten ausländische Monopole oder Oligopole.

J./Westberlin

10. Europa: Der Zwang zur Konvergenz. Lohnkürzungen, Privatisierungen, Sozialabbau

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:26

Die vom Großkapital und seinen politischen Vertretern vorangetriebene europäische Integration entpuppt sich immer mehr als ein gigantisches Rationalisierungsprojekt, das den exportorientierten Unternehmen auf Kosten aller Nicht-Kapitaleigner im weltweiten Konkurrenzkampf Vorteile verschaffen soll. Die Mittel dieser neoliberalen Deregulierungspolitik sind Senkung der Löhne, veränderte Arbeitsgesetzgebung, Streichung staatlicher Sozialausgaben, Kürzung von Renten, Verkauf von Staatskonzernen usw. Das Ende (sozial)staatlicher Regulierungspolitik ist - zumindest auf nationaler Ebene - unwiderruflich gekommen.

Der zeitliche Rahmen für den Wettlauf der nationalen europäischen Ökonomien wird durch den im Februar 1992 unterzeichneten Maastrichter Vertrag gesetzt. Danach kann ab 1.1. 1997 eine einheitliche Währung in einigen EG-Staaten eingeführt werden, ab 1999 soll dies sogar definitiv geschehen. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist freilich, daß die einzelnen nationalen Ökonomien soweit "konvergieren", daß sie in bestimmten wesentlichen volkswirtschaftlichen Eckwerten übereinstimmen. Diese sind in einem Zusatzprotokoll des Maastrichter Vertrages festgehalten und wurden nach entsprechenden deutschen Forderungen formuliert. Diese Vorgaben enthalten selbstredend nicht Obergrenzen in bezug auf die Arbeitslosenquote oder die Festlegung von Sozial- oder Umweltschutzstandards. Statt dessen zielen sie auf eine niedrige Inflationsrate, eine geringe staatliche Neu- und Gesamtverschuldung sowie niedrige Zinssätze - allesamt "Stabilitäts"kriterien, die bei konkreter Umsetzung darauf hinauslaufen, das Kapital von den gesellschaftlichen Kosten seiner Produktion weitestgehend zu entlasten, um möglichst "kostengünstig" wirtschaften, anders ausgedrückt: einen hohen Profit erzielen zu können. Ohne hier in Details zu gehen, läßt sich der dem zugrundeliegende Zusammenhang doch relativ einfach nachvollziehen: Je niedriger die "unproduktiven" Ausgaben des Staates, um so eher können die Unternehmen, die Kapitalbesitzer und Besserverdienenden von Steuern und Sozialabgaben entlastet werden. Und fragt die öffentliche Hand auf dem Kapitalmarkt zugleich weniger Kredite nach, so daß tendenziell eine Verbilligung des Geldes in Folge sinkender Zinsen zu erwarten ist, erleichtert das wiederum investierenden Unternehmen die Kapitalaufnahme.

Längst ist klar, daß etliche der EU-Staaten den Stabilitätskriterien bis Ende des Jahrzehnts nicht werden genügen können. Insbesondere die Gesamtverschuldung des Staates, die nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) betragen soll, wird wohl bei einer Mehrheit der EU-Staaten (eventuell einschließlich der BRD) über dem gesetzten Limit liegen. Aber darauf wird es im Zweifelsfall auch nicht unbedingt ankommen. In den Kerneuropa-Thesen der CDU-Fraktion zum Beispiel (vgl. ak 370) wird Belgien als Teil eines europäischen Kerns genannt, obwohl es mit einer Gesamtverschuldung von 146 Prozent des BIP bislang unangefochtener Spitzenreiter in dieser Sparte war. Irland erhielt jüngst vom EU-Ministerrat als einziges Land neben Luxemburg keinen "Mahnbrief", obwohl es mit einer Verschuldungsrate von 89 Prozent das Stabilitätskriterium deutlich überschritt. Grund: Irlands guter Wille sei anzuerkennen, denn es habe in nur sieben Jahren die Schuldenlast von 116 auf eben 89 Prozent des BIP heruntergefahren. Otto Graf Lambsdorff war trotzdem beunruhigt: "Wenn eine - wie von der Kommission (im Falle Irlands, Anm. ak) vorgeschlagen - ‚weiche` Interpretation der im Vertrag verankerten Konvergenzkriterien Schule machen würde, könnte man gleich alle Kriterien des Maastricht-Vertrages in den Orkus werfen." (FAZ, 28.9.94)

Diese Behauptung ist sehr weit hergeholt. Bekanntlich läuft gegen die BRD in der EU gar nichts. Allerdings wird die Maastricht-Folgekonferenz, die 1996 wiederum in Maastricht stattfinden wird ("Maastricht Zwei"), konkrete Festlegungen treffen müssen, wann, wie und mit wem die Währungseinheit starten wird. Und diesbezüglich, das zeigen die Diskussionen um das Anfang September präsentierte CDU-Papier, hat die BRD noch zu keiner vereinheitlichten politischen Linie gefunden. Doch ungeachtet einer möglicherweise flexibleren Handhabung einzelner Konvergenz-Werte ist natürlich aus Sicht des BRD-Imperialismus unstrittig, daß die kommende Währungsunion der auf die Bedürfnisse des Kapitals zugeschnittenen neoliberalen Wirtschaftspolitik im Sinne der vier Stabilitätskriterien genügen muß.

Ein sensibler Seismograph

Ein weiteres im Maastricht-Protokoll festgehaltenes Stabilitätskriterium ist geeignet, den entsprechenden "guten Willen" der jeweiligen nationalen Regierungen zu dieser neoliberalen Politik anzuzeigen: Es ist der sich über Angebot und Nachfrage an den internationalen Kapitalmärkten herstellende Wechselkurs einer Währung, der dafür in der Regel als äußerst zuverlässiger Indikator fungiert. Nach den Maastricht-Vereinbarungen muß sich die Währung eines Landes, bevor sie in die zukünftige Euro-Währung aufgeht, mindestens zwei Jahre innerhalb des normalen Bandes des Wechselkursmechanismus des EWS (damals plusminus 2,25 Prozent) bewegt haben und darf in dieser Zeit auch nicht gegenüber einer anderen Währung eines EU-Staates abgewertet worden sein. Nach Lage der Dinge kann diese andere Währung nur die D-Mark sein, die auf Grund der Wirtschaftskraft und der politischen Stabilität der BRD innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) als "Leitwährung" fungiert. Zwar sind seit dem Crash im EWS Anfang August 1993 die engen Bandbreiten von 2,25 Prozent nach oben und unten suspendiert und auf 15 Prozent erweitert worden. Doch seitdem sind die jeweiligen Regierungen dem stummen Zwang der Wechselkursverhältnisse erst recht ausgesetzt, weil nun die europäischen Notenbanken (allen voran die Bundesbank) der Verpflichtung entledigt sind, zugunsten einer vereinbarten engen Kurs-Bandbreite gegebenenfalls mit Stützungskäufen einzugreifen. Zugleich war mit der Aufhebung der engen Bandbreiten auch die Voraussetzung für spekulative Währungsbewegungen großen Stils entfallen. Diese an sich positive Nebenfolge führte freilich ebenfalls dazu, daß nun die Wechselkurse um so "reiner" die wirtschaftliche (und politische) Verfassung eines Landes widerspiegeln - jedenfalls aus dem Blickwinkel des Kapitals, das sich innerhalb der EU frei von Kapitalverkehrsbeschränkungen ungehindert die jeweils günstigsten Anlagemöglichkeiten aussuchen kann.

Mit dem Aufgeben der festen Bandbreiten innerhalb des EWS im August 1993 schien ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten" zum ersten Mal deutlich an Kontur zu gewinnen. Nun werde sich, so frohlockten damals die neoliberalen Hardliner, die Spreu vom Weizen trennen. Länder, die nicht in der Lage seien, einen (prokapitalistischen) "Stabilitätskurs" innenpolitisch durchzusetzen, würden die Quittung mit dem fallenden Kurs ihrer Währung erhalten. Auf der anderen Seite würden sich alle die Staaten sammeln, die ihre Wirtschaftspolitik (und damit de facto ihre Währung) an der BRD auszurichten in der Lage seien.

Diese Voraussagen haben sich bisher nur eingeschränkt als richtig erwiesen. Die Währungen der EU-Länder bewegen sich mit Ausnahme von Italien und Griechenland seit einem Jahr in einem etwa gleichem Verhältnis zur D-Mark und haben zumeist auch ihren Platz aus den Tagen der engen 2,25-Prozent-Bandbreiten wieder eingenommen. (Letzteres gilt auch für Spanien nicht.) Dieser Sachverhalt ist freilich nur die logische Folge davon, daß inzwischen alle EU-Staaten dazu übergegangen sind, ihre Wirtschaftspolitik an neoliberalen Vorgaben zu orientieren, wobei - auch das läßt sich feststellen - ihre Umsetzung gerade in Italien und Griechenland noch am wenigsten fortgeschritten ist. Im folgenden ein unvollständiger Überblick über den Fortgang der Deregulierung von Wirtschaft und Gesellschaft in verschiedenen westeuropäischen Staaten.

Spanien: "Lernverträge"

Massenarbeitslosigkeit und leere Staatskassen, so Spaniens Ministerpräsident González, "stellen die Grundzüge sozialdemokratischer Politik in Frage". (nach Wirtschaftswoche, 19.11.93) Gegen heftigen, aber erfolglosen Widerstand der Gewerkschaften und aus der eigenen Sozialistischen Spanischen Arbeiterpartei (PSOE) schritt die Regierung González dementsprechend zur Tat. Gestützt auf entsprechende Empfehlungen des IWF diente eine Reihe von Maßnahmen der sogenannten Flexibilisierung des Arbeitsmarktes: Seit Januar 1994 können Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren, die ohne Berufsausbildung sind, zu Löhnen unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns (rund 750 Mark) beschäftigt werden. In solch einem Fall erhalten sie "Lernverträge" mit einer Laufzeit von sechs Monaten bis maximal drei Jahren. Im ersten Jahr erhalten sie 70 Prozent des Mindestlohnes, im zweiten Jahr 80 und im dritten Jahr 90 Prozent. Anspruch auf Arbeitslosengeld entsteht nicht. (Handelsblatt, 20.4.94) Die Folge: Von 110.000 neuen Arbeitsverträgen, die im Januar 1994 abgeschlossen wurden, waren mehr als die Hälfte zeitlich befristet. (Allerdings lag der Anteil befristeter Arbeitsverträge auch zuvor schon bei über 30 Prozent.) (Neue Zürcher Zeitung/Fernausgabe, 16.2.94)

Außerdem wurde der bis dahin gesetzlich vorgesehene Überstundenzuschlag von 75 Prozent beseitigt und die Beschränkung der täglichen individuellen Arbeitszeit abgeschafft. Die wöchentliche Freizeit von anderthalb Tagen kann fortan zweiwöchentlich zusammengelegt werden. Massenentlassungen werden erleichtert: Betriebe bis zu 300 Beschäftigten können zukünftig bis zu zehn Prozent ihrer Belegschaft ohne Genehmigung durch das Arbeitsministerium entlassen, und das alle drei Monate. Beschäftigte können, "wenn es die

wirtschaftliche Lage erfordert", vom Arbeitgeber zu einem Ortswechsel gezwungen werden. (nach Junge Welt, 9.12.93)

Darüber hinaus werden die Renten nicht mehr automatisch an die Inflation angepaßt. Die Gehälter von Beamten und kommunalen Angestellten sind seit 1992 weitgehend eingefroren. 1995 wird die Mehrwertsteuer von 15 auf 16 Prozent erhöht.

Zur Entlastung des hochdefizitären Staatshaushalts setzt die spanische Regierung die Privatisierung bzw. Sanierung von staatseigenen Konzernen fort. Die spanische Fluggesellschaft Iberia will bis 1996 gut 2.100 ihrer 24.500 Arbeitsplätze streichen und die Einkommen der Beschäftigten um 15 Prozent senken. (FR, 7.10.94) "Bei den beiden großen Privatisierungsaktionen dieses Sommers (sollen) ausländische Anleger besonders zum Zuge kommen: beim Stromversorger Endesa und beim Ölkonzern Repsol. Beide Gesellschaften sind solide und ertragsstark und gehören zu dem Feinsten, was die spanische Wirtschaft zu bieten hat", freut sich die FAZ vom 9.5.94. Erhoffte Erlöse, eingeschlossen die weitere Teilprivatisierung der Bankengruppe Argentaria: 5 Mrd. DM.

Trotzdem prognostiziert selbst die spanische Regierung in dem im Spätsommer präsentierten zweiten "Plan de Convergencia" einen Anstieg der Staatsverschuldung von 62,7 Prozent des BIP in diesem Jahr (das sind rund 600 Mrd. DM Schulden) auf 67,2 Prozent 1997 und damit das Verfehlen der Maastricht-Marge. Zwar soll das Haushaltsdefizit bis 1997 auf 3 Prozent zurückgeführt werden, aber es sind auch neue zusätzliche Ausgaben geplant: Steuervergünstigungen für kinderreiche Familien sowie Subventionen für arbeitsschaffende Investitionen.

Portugal: "Schlaraffenland"

"Der Ausverkauf von Staatsfirmen in Portugal beginnt" (FAZ, 7.9.94): Bis Ende 1995 sollen mindestens 18 staatliche Großunternehmen von 25 bis zu 100 Prozent in private Hände übergehen, darunter sechs Banken, drei Transportunternehmen und die portugiesische Telekom. Zu diesem Zweck sind die Beteiligungsbeschränkungen für Ausländer gelockert worden; statt bisher 10 Prozent sind jetzt Beteiligungen bis zu 25 Prozent erlaubt. Darüber hinausgehende Engagements könnten von Fall zu Fall entschieden werden, heißt es im portugiesischen Finanzministerium. (Portugal ist längst von Auslandsunternehmen dominiert: Von den zwanzig größten Unternehmen des Landes sind rund die Hälfte Auslandsunternehmen.)

Zu den bisherigen Privatisierungserlösen von 7,5 Mrd. DM (seit 1989) sollen mit der neuerlichen Verkaufsaktion weitere 4 bis 5 Mrd. DM eingenommen werden. Sie werden zu zwei Dritteln zum Abbau der Staatsverschuldung und zu einem Drittel zur Sanierung noch verbleibender Staatsunternehmen verwendet, die damit ebenfalls privatisierungsreif gemacht werden.

"Kein Land der Europäischen Union hat im letzten Jahrzehnt so wenig Streiks erlebt wie Portugal. Und in keinem wird soviel gearbeitet." (FAZ, 10.1.94) Die Lohnstückkosten sind nur halb so hoch wie in Deutschland. "Portugal ist ein Schlaraffenland für frustrierte Unternehmer aus Deutschland", gibt der Leiter von Hoechst-Portugal gegenüber der FAZ zum besten. (ebd.)

Derweil verfällt die portugiesische Landwirtschaft über weite Strecken, weil sie den EG-Normen nicht gewachsen ist. Seit 1979 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um rund 250.000 auf jetzt vielleicht noch 550.000 gefallen, weitere 400.000 werden in den nächsten Jahren verschwinden und vielleicht nur noch 10 Prozent des derzeit genutzten Bodens werden auch in Zukunft noch bewirtschaftet werden. (nach NZZ, 13.1.93) Über 60 Prozent der Nahrungsmittel in Portugal müssen heute schon eingeführt werden, was zum hohen Handelsbilanzdefizit des Landes beitrug: Portugal exportierte 1993 Waren im Wert von 18,8 Mrd. Dollar und tätigte im selben Jahr Einfuhren von 31,4 Mrd. Dollar.

Italien: Vorbild Bundesbank

Zwecks Senkung des 1995er Haushaltsdefizits um 48 Mrd. DM auf nur noch 137 Mrd. DM beschloß die Regierung Berlusconi, diesen Betrag zu 60 Prozent durch Einsparungen und zu 40 Prozent durch Einnahmen zusammenzubringen. Während die italienischen Gewerkschaften, die gefordert hatten, diesen Betrag nur zu 50 Prozent über Einsparungen zu finanzieren, für den 14. Oktober zu einem Generalstreik aufriefen, "honorierten die Finanzmärkte den Beschluß ... mit Kursanstieg an der Börse und mehr Festigkeit der Lira".

(SZ, 29.9.94) Im Gesundheitswesen sollen 6,3 Mrd. DM eingespart werden, die Kürzungen der Renten sollen sich mit 9 Mrd. DM rechnen. Die Militärausgaben werden hingegen nur um 1,6 Mrd. DM gekürzt.

Nach Aussage des italienischen Finanzministers Dini will seine Regierung fast alle Unternehmen, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befinden, privatisieren. (Hiergegen regt sich allerdings Widerstand von seiten der Neofaschisten). Das könnte 83 Mrd. bringen und damit die Staatsverschuldung lindern, die freilich in diesem Jahr die 2 Billionen DM-Marke überschreiten wird. Allein zur Bedienung dieser Schulden sind jährliche Zinszahlungen von über 170 Mrd. DM fällig - dieser hohe Mittelbedarf treibt die ohnehin schon hohen Zinsen weiter in die Höhe. In Kürze soll zunächst die Supermarktkette GS verkauft werden, während der Öl-, Gas- und Chemiekonzern ENI zunächst im Hinblick auf eine Privatisierung saniert werden soll. Das nationale Stromversorgungsunternehmen Enel soll fürs erste in mehrere Teile aufgebrochen werden. Aktuell registriert die NZZ allerdings "schwindenden Privatisierungseifer in Italien". (18.9.94)

Da Italien nach Lage der Dinge auch 1999 noch weit von der Erfüllung der Maastrichter Kriterien entfernt sein wird, will die Regierung wenigstens ihre guten Absichten festschreiben: Die Satzung der Banca d'Italia soll nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank geregelt werden und zugleich in der Verfassung des Landes verankert werden. (FAZ, 31.8.94)

Belgien: Rentner zahlen Solidaritätszuschlag

Hier ging der bis auf weiteres entscheidende Angriff auf das Lebensniveau der Bevölkerung bereits im Spätherbst 1993 über die Bühne. Mehrere Streikwellen, militante Proteste und ein Generalstreik (der erste seit 1936) vermochten die Regierung nur zu minimalen Zugeständnissen bewegen, die freilich nur den Charakter des Sparprogramms in seiner ganzen Härte zum Ausdruck brachten: Danach erklärte sich die Regierung bereit, die niedrigsten Sozialleistungen und Renten Mitte 1994 um lächerliche 1 Prozent zu erhöhen.

Die Belastungen im Einzelnen: Ab 1.1.1994 Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19,5 auf 20,5 Prozent; Senkung des Kindergeldes je nach Einkommen um ca. 15 bis 90 Mark (insgesamt 1 Mrd. Mark); Einsparungen im Gesundheitswesen um 1,6 Mrd. DM, bei den Renten um rund 550 Mio. DM (unter anderem durch Erhebung einer Abgabe für Renten die über umgerechnet knapp 1.900 Mark liegen), beim Arbeitslosengeld von insgesamt 800 MIllionen Mark. Die Reallöhne sollen 1995 und 1996 eingefroren werden; noch nicht traute sich die Regierung an die belgische "scala mobile", die automatische Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung. Jedoch ist der Preisindex um gesundheitsschädliche Produkte wie Alkohol, Tabak und Mineralöl bereinigt worden, für die die Regierung die Steuern zugleich noch weiter anhob. Ähnlich wie in Spanien können junge Menschen "zur Eingewöhnung" beschäftigt werden - ohne festen Arbeitsvertrag und mit weniger als 90 Prozent des normalen Lohns. Langzeitarbeitslose wurden verpflichtet, "Gelegenheitsarbeiten" anzunehmen.

Die Unternehmen hingegen sollen um rund 1,5 Mrd. Mark Lohnnebenkosten entlastet werden - jedoch nicht gleichmäßig für alle Bereiche, sondern gezielt in der Exportindustrie, bei unteren Lohngruppen sowie als Ausgleich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Quellensteuer auf Zinsen wurde um 2,7 Prozentpunkte auf 13 Prozent erhöht; dafür die Dividendenbelastung von 25 auf 13 Prozent gesenkt. (NZZ, 19.11.93)

Nach Verabschiedung dieses Umverteilungspakets durch die Regierung sah sich die belgische Notenbank in der Lage, den Diskontsatz um 0,5 Prozent auf 5,5 Prozent zu senken. Ungeachtet dessen erholte sich der Kurs des belgischen Francs deutlich. (ebd.)

Frankreich: Fehlende Courage

Die französische Regierung hat nach wie vor einige Schwierigkeiten, ihre Sparpolitik gegen vielfältigen Widerstand durchzusetzen. Oder anders gesagt: "Den Hauptgrund für die wachsende finanzielle Mißwirtschaft der bürgerlichen Regierung sehen Experten in fehlender Courage der Regierung bei Sozialkonflikten." (FAZ, 30.3.94) Im Frühjahr scheiterte ihre Absicht, den gesetzlich festgelegten Mindestlohn (derzeit rund 1750 Mark) wie in Spanien und Belgien durch Niedriglöhne für junge Menschen zu unterlaufen, an massivem Widerstand der SchülerInnen und StudentInnen sowie an den unterstützenden Gewerkschaften. Im Herbst 1993 hatten militante Proteste einen Sanierungsplan für Air France vom Tisch und den Vorsitzenden des Unternehmens aus seinem Sessel gefegt; inzwischen allerdings ist ein neues "Restrukturierungsprogramm" von einem neuen Direktor, der gegenüber der Belegschaft wesentlich geschickter operierte, trotzdem durchgesetzt. Danach wird

Air France in "Ergebniszentren" eingeteilt, die Gehälter werden eingefroren, die Arbeitszeiten verlängert und 5000 Arbeitsplätze (von 40.000) abgebaut. Ziel: Eine Produktivitätssteigerung um 30 Prozent. (Handelsblatt, 13.4.94)

Nicht verwirklichen konnte die französische Regierung ihren Plan, den Autokonzern Renault mehrheitlich zu privatisieren. Nun bleibt das Unternehmen, das die letzte große Hochburg der kommunistischen Gewerkschaft CGT ist und das selbst im europaweiten Auto-Krisenjahr 1993 einen Gewinn erwirtschaftete, zu 51 Prozent im Staatsbesitz (ursprünglich sollte der Anteil auf 34 Prozent reduziert werden). Somit gibt der Staat 29 Prozent der Besitzanteile an Renault ab, was schätzungsweise umgerechnet 3 Milliarden DM bringen wird.

Seit Beginn der Privatisierung im Oktober 1993 hat die französische Regierung Aktien der Bank BNP, des Chemiekonzerns Rhone-Poulenc, der Versicherung UAP und des Mineralölkonzerns Elf-Aquitaine im Wert von rund 27 Mrd. DM plaziert. Insgesamt sollen die Privatisierungen rund 50 Mrd. DM erbringen. Bei einem veranschlagten Haushaltsdefizit allein für 1995 von 88 Mrd. DM (Nebenhaushalte und das Defizit in der Sozialversicherung noch gar nicht eingerechnet) und einer Gesamtverschuldung Frankreichs von ungefähr 870 Mrd. DM ist das im Grunde nicht viel mehr als der Tropfen auf dem heißen Stein und insofern ein anschaulicher Hinweis darauf, wie die Krise vom Kapital zu weiterer Umverteilung des gesellschaftlichen Vermögens genutzt wird. Aber auch in diesem Fall ist womöglich der gute Wille das Entscheidende: "Gut ein Drittel der Staatsobligationen sind in ausländischer Hand. Sollten die Ausländer ihr Vertrauen verlieren und massiv verkaufen, so würde das zu einer schweren Belastung für den Franc werden und zu einem starken Zinsauftrieb führen." (FAZ, 9.7.94)

Griechenland: "Sozialdemokratismus"

auf dem Rückzug

Bei den Wahlen im Herbst 1993 kam die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) nach vierjähriger Unterbrechung wieder an die Regierung. Spielraum für große Phraseologie, wie sie die Pasok einst übte (besonders vor ihrer ersten Regierungsübernahme 1981), besteht nun nicht mehr. Damals hießen die Losungen unter anderem "Raus aus der EG" und Abzug aller US-amerikanischen Truppen aus Griechenland. Die Pasok distanzierte sich vom "Sozialdemokratismus" als "einem Versuch zur Modernisierung des kapitalistischen Systems", Sozialisierungsparolen bebilderten die Regierungsarbeit.

Allerdings stößt auch in der bürgerlichen "Nea Demokratia" eine neoliberale Wirtschaftspolitik mehrheitlich auf Ablehnung. Während ihrer Regierungszeit 1989 bis 1993 wurden gerade zwölf von 350 Staatsbetrieben verkauft. In das Programm der Partei wurde - wenn auch gegen bedeutenden Widerstand - eine ausdrückliche Ablehnung des Neoliberalismus hineingeschrieben.

Der griechische Staat ist hoch verschuldet. Mehr als die Hälfte aller Einnahmen gehen inzwischen für den Schuldendienst drauf, während ungeachtet dessen die Gesamtverschuldung weiter anwächst und Ende des Jahres 150 Prozent des BIP erreichen könnte. (Damit hätte Griechenland selbst Belgien überholt.) Die Pasok-Regierung will die Haushaltssituation dadurch verbessern, daß sie einerseits der Steuerhinterziehung Herr wird: Geschätzt wird, daß 30 bis 50 Prozent aller abgewickelten Geschäfte am Finanzamt vorbei getätigt werden. Zum anderen verordnet sie den Beschäftigten im öffentlichen Dienst Lohnerhöhungen unter der Inflationsrate.

Sodann sollen auch einige Staatsbetriebe teilprivatisiert werden. Den Anfang macht die griechische Telefongesellschaft OTE, von der in Kürze 7 Prozent Anteile an der Athener und 18 Prozent Anteile im Ausland plaziert werden. Im nächsten Frühjahr sollen die Hafengesellschaft von Piräus, der Elektrizitätskonzern DEI und die petrochemische Holding DEP zu Teilen angeboten werden. Allerdings: Jeweils höchstens 30 Prozent sollen an private Investoren gehen, das Management soll weiter unter staatlicher Regie bleiben. "In seinem jüngsten Bericht zur griechischen Wirtschaftsentwicklung äußert der IWF Zweifel, ob eine Teilprivatisierung, wie sie geplant ist, wirklich zu der erhofften Produktivitätssteigerung der Staatsbetriebe führen werde. Auch die Erlöse der Privatisierung könnten deutlich geringer ausfallen als erwartet, warnt der IWF." (FR, 23.9.94)

Daß die griechische Regierung nicht den Anschluß an das Europa des Kapitals verlieren möchte, bewies sie im Mai mit einer aus griechischer Sicht riskanten Maßnahme: Sie hob fast alle im Devisenverkehr noch

bestehenden Beschränkungen auf mit der Folge, daß Kapital nun ungehindert ins Ausland abfließen kann. Um das zu verhindern, erhöhte die Zentralbank die Zinssätze auf weit über 20 Prozent, was nicht nur die Investitionsneigung griechischer Kapitalbesitzer dämpft, sondern vor allem den Schuldendienst und damit die Verschuldung Griechenlands weiter in die Höhe treibt.

Internationale Arbeitsteilung

Wieso sehen sich inzwischen eigentlich sämtliche Regierungen der entwickelten kapitalistischen Staaten veranlaßt, ihre Ökonomien (und damit ihre Gesellschaften) den rücksichtslosen Gesetzen der internationalen Konkurrenz, letztlich des Weltmarktes auszusetzen? Zumal gerade für die weniger starken nationalen Ökonomien klar ist, daß ihnen auf dem Weltmarkt allenfalls noch Nischen bleiben, während sie selbst zugleich immer stärker von ausländischem Kapital und ausländischen Waren durchdrungen werden. Diese Tatsache begründet ja gerade den Widerstand auch konservativer politischer Kreise gegen die Europäische Union.

Natürlich kann zur Beantwortung dieser Frage zuallererst auf das Interesse der jeweiligen "nationalen" multinationalen Konzerne und Exportsektoren verwiesen werden, die einen möglichst ungehinderten Zugriff auf große Märkte benötigen (der sie freilich untereinander in einen gnadenlosen Konkurrenzkampf verwickelt). Aber gerade in Ländern wie Portugal, Spanien oder Griechenland existieren solche nationalen Konzerne, die weltweit operieren wollen, kaum.

Der ausschlaggebende Grund ist darin zu sehen, daß bei der immer stärkeren organischen Zusammensetzung des Kapitals immer größere Kapitalmassen akkumuliert werden müssen. Die hierfür erforderlichen Profite können nur durch Integration in die ihrerseits sich weiter vertiefende internationale Arbeitsteilung erzielt werden: unter Ausnutzung der weiter wachsenden sogenannten komparativen Kostenvorteile. An diesem Zwang zur Integration in den Weltmarkt wird sich für die entwickelten kapitalistischen Länder vorerst nichts ändern, da selbst ein nur partieller Rückzug vom Weltmarkt rasch zu hohen Belastungen führen würde, die den Wert der Arbeit senken und damit nach volkswirtschaftlicher Rechnung einen Rückgang des Bruttosozialprodukts zur Folge hätten - eine Konsequenz, die von der Mehrheit der Bevölkerung in den meisten Staaten derzeit kaum akzeptiert werden würde. (Wobei es natürlich im Hinblick auf das Gesagte sowohl wirtschaftlich als auch politisch Ausnahmen geben kann: zu nennen wäre zum Beispiel Norwegen, Island oder die Schweiz.)

Der erreichte Stand der Entwicklung der Produktivkräfte hat unter kapitalistischen Produktionsbedingungen einen Rückzug von der internationalen Arbeitsteilung unmöglich gemacht. Damit ist aber unwiderruflich das Ende nationaler (sozial)staatlicher Regulationsmodelle gekommen. Unter den Bedingungen eines an keine Grenzen mehr gebundenen Kapitals ist mithin auch das jahrzehntelang so beliebte keynesianische "deficit spending" an seine Grenzen gestoßen. Die öffentlichen Schuldenberge in praktisch allen kapitalistischen Staaten geben Zeugnis davon, daß die Zeiten von Wirtschaftswachstum und gleichzeitiger allgemeiner Wohlstandsvermehrung passé sind.

"Das sozialdemokratische Modell bietet keine Lösungen mehr", wollte Felipe González der PSOE ins Programm schreiben (nach Wirtschaftswoche 19.11.93), womit er aber nicht durchkam - vermutlich auch deshalb, weil er außer neoliberaler Deregulierungspolitik und damit der politischen Kapitulation nichts anbieten kann. Bleibt die Frage, ob ein Neuansatz staatlicher Regulierungspolitik auf europäischer Ebene möglich wäre. Im Prinzip dürften einheitliche Wirtschaftsgebiete, die mehrere hundert Millionen Menschen umfassen, ökonomisch alle Möglichkeiten haben. Aber für das weltweit operierende Kapital ist natürlich auch Europa zu klein. Bislang wird jedenfalls ganz in seinem Sinne die neoliberale Deregulierung auf europäischer Ebene fortgesetzt. Während einerseits der einheitliche Binnenmarkt de facto hergestellt ist und die Einführung einer Einheitswährung näher rückt, sind Arbeitsgesetze, soziale Absicherung, Einkommens- und Unternehmensbesteuerung oder Umweltschutzgesetze meist noch nicht einmal in Form von Mindeststandards geregelt. Die Arbeitsmärkte, die nationalen Tarifregelungen und Sozialsysteme werden damit praktisch der kapitalistischen Wettbewerbsdynamik ausgesetzt. Bei Bedarf droht das Kapital mit der Verlagerung der Arbeitsplätze ins "Ausland". Die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages sorgen dafür, daß dem auf nationalstaatlicher Ebene nicht mehr entgegengesteuert werden kann.

J./Westberlin

11. Greifen wir gemeinsam nach den Sternen

Einladung zur vierten bundesweiten Aktionskonferenz der Kampagne gegen das "Essener Gipfeltreffen" der Europäischen Union

Autor: Aufruf zum EU-Gegengipfel in Essen · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:31

Aufruf zu Gegenaktivitäten zum Essener Gipfel der Europäischen Union

Am 9./10. Dezember treffen sich die zwölf Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zu ihrem halbjährlichen Gipfeltreffen. Als Höhepunkt des bundesdeutschen EU-Vorsitzes wird der Stadt Essen die zweifelhafte Ehre zuteil, diesen Akt mit einem kostspieligen Begleitprogramm und aufgeblähten Medienspektakel auszutragen.

Der Essener Gipfel wird sich im wesentlichen mit folgenden Themen beschäftigen:

- Unter der Vorgabe, den europäischen Arbeitsmarkt zu fördern, sollen weitere Grundlagen zur Senkung der Lohnkosten und Sozialleistungen sowie zur Beschneidung sozialer Standards geschaffen werden.

- Mit dem "Essener Vertrag" soll die Aufnahme weiterer europäischer Länder in die EU vollzogen werden. Es geht dabei zunächst um Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen. Es geht um die konsequente Weiterführung des Integrationskonzeptes, das zwei grundlegende Ziele hat:

Zum einen soll durch die Herausbildung eines politischen Blocks die weltpolitische Handelsfähigkeit der EU gestärkt werden. Zum zweiten soll die ökonomische Stellung der EU gesichert und ausgebaut werden - durch Sozialabbau und auf Kosten der Dritten Welt, des Ostens und der Umwelt.

Was "Wachstum" heißt

und wo das Soziale bleibt

Im Vordergrund des Binnenmarktes stehen die Konzerne und die Erzielung von größtmöglichen Gewinnen. Das versprochene "Wachstum" bezieht sich nur auf Kriterien wie mehr Waren, mehr Umsatz, mehr Produktivität. Jüngstes Beispiel sind die transnationalen Netze (Strom, Verkehr, Kommunikation), welche die Bundesregierung während ihrer Präsidentschaft im EU-Ministerrat bis Dezember auf den Weg bringen will.

Fortgesetzt werden die Zerstörung der Umwelt, die Auslagerung von ökologischen und sozialen Schäden des EU-Wirtschaftens in andere Weltregionen sowie die Verbreitung sozialer Ausgrenzung. Gewerkschaftlich erkämpfte Rechte werden unterhöhlt, Arbeitsverhältnisse dereguliert. Mit offiziell 17 Millionen Arbeitslosen war die Erwerbslosigkeit in der EU noch nie so hoch wie im zweiten Jahr des Binnenmarktes. Ungesicherte und prekäre Jobs haben sich explosiv vermehrt und werden nach sexistischen und rassistischen Kriterien zugeteilt: Die dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten "dürfen" Frauen und EinwanderInnen ausüben.

Die Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion setzen eine rigide Sparpolitik und Sozialkürzungen bei den öffentlichen Haushalten voraus. Die BRD hat ihr Konzept von Stabilitätspolitik und DM-Dominanz durchgesetzt. Bei der vermeintlichen "Beschäftigungsinitiative" setzt die deutsche Präsidentschaft auf die "Selbstheilungskräfte des Marktes"; durch Streichen von Sozialleistungen sollten die weltweite Konkurrenzfähigkeit und die Profite der EU-Konzerne weiter erhöht werden. Befördert wird dies durch eine Offensive im Bereich der sogenannten "Hochtechnologie":

- Der Einsatz gentechnischer Verfahren wird von der EU liberalisiert und durch aufwendige Forschungsprogramme beschleunigt.

- Neue Atomreaktorlinien sollen europaweit ans Netz gehen.

- Hochgeschwindigkeitszüge und der Transrapid schlagen neue Trassen durch die Landschaft.

Die EU in der Kontinuität des europäischen Kolonialismus

Die EU-Staaten praktizieren eine aggressive Außenpolitik, die ihre Rohstoffe, billige Arbeitskräfte im Ausland sichern und den Zugang zu Märkten erzwingen soll. Dies betrifft in erster Linie die Menschen in der "Dritten

Welt", sei es durch die Rohstoffpolitik der EU, die Abschottung gegen Importe oder ihre Unterstützung diktatorischer Regimes. Im neuen Welthandelsabkommen festigte die EU gemeinsam mit den USA und Japan ihre weltwirtschaftliche Herrschaftsrolle. Um die aggressive Außenpolitik auch in Zukunft durchzusetzen, erhält die EU durch den Ausbau der Westeuropäischen Union (WEU) einen eigenen militärischen Arm, der überall in der Welt intervenieren können soll. Schon im Golfkrieg 1991 operierte eine europäische Flotte unter einem WEU-Kommando. Und da die Türkei assoziiertes Mitglied der WEU ist, ist die EU auch faktisch kriegführende Partei in Kurdistan. Einzelne Mitgliedsländer beteiligen sich durch Waffenlieferungen und Finanzhilfen am Vernichtungskrieg des türkischen Staates.

Formierung der EU nach innen und Abschottung nach außen

Zur Stabilitätssicherung nach innen dient der Aufbau einer europäischen Polizei und eines europaweiten Informationssystems. Ziel ist insbesondere die Kontrolle derjenigen, die vor den weltweiten Auswirkungen der EU-Politik nach Europa flüchten wollen. AusländerInnen und Flüchtlinge werden ausgegrenzt, kriminalisiert und als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Die sogenannten "Nicht-EU-BürgerInnen" werden weiterhin zu Menschen zweiter Klasse gemacht. Die angeblichen "Grundfreiheiten" des Binnenmarktes wie Freizügigkeit der Binnenmarktspersonen gelten z.B. für sie nicht.

Die EU als Herrschaft

der Wenigen

Das Konzept der EU hat ein unübersehbares Defizit in Sachen Demokratie. Die Entscheidungen werden vom Ministerrat getroffen, das Europäische Parlament und sogar die Parlamente der Mitgliedsstaaten sind zweitrangig. Die Regierungen als Exekutive in den Mitgliedsstaaten machen sich als EU-Legislative die Gesetze, die sie uns dann als EU-Sachzwang verkaufen. Dort betreiben sie aktiv die EU-Politik, und hier erklären sie sich als nicht mehr zuständig. Legitimation und Kontrolle dieser Strukturen sind kaum möglich.

Großmacht BRD in der EU

und nicht trotz der EU

Was die BRD betrifft, so bedeutete die EG/EU keineswegs deren Einbindung in eine europäische Friedensordnung. Die EG verhalf der BRD vielmehr von Anfang an dazu, zum militarisierten NATO-Mitglied zu werden. Nicht trotz, sondern mittels der EU verfolgt die BRD ihre Großmachtpolitik.

Zweifellos verfügt die BRD über eine führende Rolle in der EU. Die Einführung der Währungsunion - Sitz der Europäischen Zentralbank wird Frankfurt - wird diese Rolle stärken, ebenso der Beitritt Österreichs zur EU. Es gibt schon länger Stimmen, die am alten "Mitte-Europa-Konzept" anknüpfen und den deutschen Sprachraum zum entscheidenden Machtblock in der EU ausbauen wollen. Auch Vorstellungen von einem "Kerneuropa" zielen auf die Stärkung einer deutschen Führungsrolle.

Die EU übernimmt all die negativen Merkmale des Nationalstaates; sei es die Repression und Normierung nach innen oder die Aggressivität nach außen. Internationalistische Kritik an der EU richtet sich gleichermaßen gegen einzelstaatlichen Nationalismus wie gegen europäischen Chauvinismus. Unsere Solidarität hört nicht an den Grenzen "Europas" auf, sondern verbindet sich mit denen, auf deren Unterdrückung die Festung Europas gegründet ist.

Greifen wir gemeinsam

nach den Sternen!

Gegen das Abfeiern dieser EU-Politik auf dem Gipfeltreffen in Essen wollen wir unseren Protest lautstark auf die Straße tragen. Es ist an der Zeit, unsere Perspektiven gegen dieses Europa zu entfalten.

In diesem Sinne rufen wir zu einem EU-Gegengipfel in Essen und zu Aktionen zur EU-Ministerratstagung vom 9. bis 11. Dezember 1994 auf!

Linksradikale GegnerInnen des EU-Gipfels planen ein eigenes bundesweites Vorbereitungstreffen für die Demo und zu den geplanten Aktionen. Es findet statt am Sonnabend, den 5. November von 12 bis 19 Uhr im

Zentrum Druckluft, Oberhausen, Am Förderturm 27 (direkt hinter dem Hauptbahnhof). Sie haben auch einen eigenen, weiteren Aufruf verfaßt.

Kontakt: Anti-EU-Koordination

c/o Initiativenzentrum, Weberstr. 79

45879 Gelsenkirchen.

Einladung zur vierten bundesweiten Aktionskonferenz der Kampagne gegen das "Essener Gipfeltreffen"

der Europäischen Union

Ort: Kulturzentrum ZECHE CARL, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, Altenessen, Zeit: Samstag, 22. Oktober, 11.30 bis 18.00 Uhr

Kontakt: Stadtteilbüro ZECHE CARL, Tel. 0201/834 44 16

Programm des "Gegengipfels"

An dem offiziellen EU-Gipfelwochenende vom 9.-11. Dezember 1994 finden die folgenden zentralen Protestaktivitäten statt:

Freitag, 9.12.1994:

Tagsüber vielfältige Straßenaktionen im Rahmen eines zentralen Aktionstages.

Ab 18.00 Uhr folgt eine Auftaktveranstaltung zum Gegengipfel und Aktionswochenende.

Ab 20.30 Uhr: Kabarett-Spezial zur Europäischen Union in der ZECHE CARL.

Samstag, 10.12.1994:

12.00 bis 17.00 Uhr: Bundesweite Großdemonstration von der Essener Innenstadt in Richtung Gruga, dem Tagungszentrum des offiziellen EU-Gipfels.

18.00 Uhr: Podiumsdiskussion zu den Hauptthemen des offiziellen Gipfels (Sozialcharta, EU-Erweiterung, Kerneuropakonzept)

21.30 Uhr: Party mit Live-Musik an der Uni Essen

Sonntag, 11.12.1994:

10.00 bis 14.00 Uhr: Diskussion des Gegenkongresses "Perspektiven des Widerstandes und Alternativen für ein Europa der Menschen" in vier thematischen Foren.

14.00 bis 16.00 Uhr: Abschlußveranstaltung des Gegenkongresses.

12. Ein König macht "Perestroika". Zur gegenwärtigen Situation in Jordanien

Zur gegenwärtigen Situation in Jordanien - von Klaus Polkehn

Autor: Klaus Polkehn · Rubrik: Jordanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:15

Als die "Aquilla" am 26. August 1994 mit 7.300 Tonnen Stahl im Hafen von Aqaba festmachte, war das den jordanischen Medien Schlagzeilen wert. Die Ankunft des Schiffes markierte das Ende der internationalen Blockade des einzigen Hafens des Königreiches. Die USA-Kriegsschiffe waren aus der Straße von Tiran zwischen Rotem Meer und Aqaba-Golf abgezogen worden. Die weitgehende Sperrung der Schiffahrtsstraße hatte man während des Golfkrieges verhängt, sie sollte dem Irak den einzig verbliebenen Seeweg versperren, traf Jordanien hart und war sicherlich auch als Strafe für König Hussein gedacht, der sich 1990 so ziemlich als einziger arabischer Herrscher geweigert hatte, auf gehörige Distanz zu Saddam Hussein zu gehen.

Die Öffnung des Hafens von Aqaba fällt mit zwei Ereignissen zusammen, die die Innen- und Außenpolitik des Haschemitischen Königreichs Jordanien nachhaltig bestimmen werden: Die Unterzeichnung eines Abkommens mit Israel und die Verkündung eines neuen Kurses in Wirtschaft und Innenpolitik.

Am 25. Juli 1994 haben König Hussein und Israels Regierungschef Jitzchak Rabin in Washington eine Deklaration unterzeichnet, mit der der Kriegszustand zwischen beiden Ländern beendet wurde, und die den Weg frei machte zu Verhandlungen über die Regelung offener Grenzfragen, über die Teilung der Wasservorräte des Jordan, über wirtschaftliche Zusammenarbeit und gemeinsame Tourismusprojekte. Als Sofortmaßnahmen wurden die Einrichtung direkter Telefonverbindungen zwischen beiden Ländern, die Vernetzung der beiden Elektrizitätsnetze, die Eröffnung von zwei neuen Grenzübergängen speziell für ausländische Touristen, beschleunigte Verhandlungen über einen internationalen Luftkorridor zwischen Israel und Jordanien sowie die Kooperation der Polizei beider Länder bei der Verbrechensbekämpfung und insbesondere beim Drogenschmuggel vereinbart. Premier Rabin hat inzwischen die Erwartung geäußert, noch in diesem Jahr werde ein Friedensvertrag zwischen Jordanien und Israel unterzeichnet.

Was in offiziellen Erklärungen als großer Sieg des Friedens und des Realismus gefeiert wird, trifft in Jordanien - wie bei vielen Gesprächen schnell festzustellen ist - weithin auf Skepsis oder offene Ablehnung. Hier geraten die eigenen Beobachtungen in eklatanten Widerspruch zu dem Resultat einer semioffiziellen Meinungsumfrage, derzufolge mehr als 80 Prozent der Jordanier die Washingtoner Erklärung unterstützen. Zahlreiche Gespräche lassen vielmehr den Schluß zu, daß es hinsichtlich der Beurteilung der Washingtoner Vereinbarung drei verschiedene "Richtungen" in Jordanien gibt. Da sind zunächst jene Kräfte, die die Abmachung prinzipiell ablehnen, wie sie auch das Gaza-Jericho-Abkommen zwischen PLO und Israel verurteilen. Hierzu gehören die islamischen Gruppen sowie die Majorität der in Jordanien lebenden palästinensischen Flüchtlinge. Acht politische Parteien (von insgesamt 20 in Jordanien existierenden Parteien) haben mehrere Erklärungen gegen die Verhandlungen und gegen die Vereinbarungen abgegeben.

Einhellige Zustimmung kommt hingegen von einem Teil der jordanischen Bourgeoisie und dem Establishment, die sich ökonomische und politische Vorteile von dem Deal versprechen. Auch scheint sich aus diesem politischen Segment eine Art rechtsgerichtete transjordanische "nationale" Bewegung zu bilden, die am liebsten die Palästinenser und die Palästina-Frage aus dem Lande hätte. Ein Führer dieser "Nationalisten" ist Abdul Hadi al-Majali, ein Bruder des Ministerpräsidenten. (The Middle East, Februar 1994) Dieser Trend widerspricht allerdings den Intentionen von König Hussein, der immer Wert auf eine "nationale Einheit" gelegt hat, die Jordanier wie Palästinenser umfaßt.

Zwischen den Polen bedingungsloser Bejahung und totaler Ablehnung schließlich steht ein Teil der Linken (darunter die KP Jordaniens), der einerseits dem Prinzip einer Verhandlungslösung zustimmt, andererseits aber die Konditionen der jetzigen Vereinbarung für schädlich, ungenügend oder falsch hält.

45 Jahre Geheimdiplomatie

Mit dem Gipfeltreffen in Washington vom Juli sind 45 Jahre jordanischer Geheimdiplomatie zu Ende gegangen. Denn ungeachtet des seit 1948 andauernden Kriegszustandes (zwischen 1949 und 1967 gab es lediglich ein

Waffenstillstandsabkommen, desgleichen in den letzten 25 Jahren) haben sich sowohl König Hussein als auch sein Großvater König Abdullah vielmals insgeheim mit hochrangigen israelischen Politikern getroffen. Die Gesamtsituation in Nahen Osten hatte es bis dato immer geraten erscheinen lassen, solche Zusammenkünfte zu verschweigen oder energisch zu dementieren. Erst in den letzten Jahren leistete man es sich, ein wenig offener zu sein. Auch König Hussein und Jitzchak Rabin trafen sich in Washington nicht zum ersten Mal. Das erste Treffen der beiden Politiker fand vielmehr schon während der ersten Amtszeit Rabins als Premier am 29. August 1974 statt, als der König in Begleitung seines damaligen Regierungschefs Ziyad Rifai und eines Adjutanten mit einem jordanischen Militärhubschrauber zum Jerusalemer Flugplatz Atarot flog, von wo ihn ein israelischer Militärhubschrauber in ein Gästehaus bei Tel Aviv brachte.

Bei dem jetzigen Treffen und bei der unterzeichneten Abmachung konnten König Hussein und die jordanische Regierung auf das Gaza-Jericho-Abkommen verweisen: Wenn schon die PLO-Führung eine formelle Vereinbarung mit Israel abschließt, wieso sollte dann ausgerechnet Jordanien abseits stehen. "Die Antwort an die Kritiker ist einfach: Man kann von Jordanien nicht erwarten, palästinensischer als die Palästina-Befreiungsorganisation zu sein (...) Das Königreich als ein unabhängiges, souveränes politisches Gebilde, bewegt sich mit sicheren Schritten vorwärts, um sich um seine eigenen Interessen zu kümmern, wobei es sich sicher ist, daß die Rechte des palästinensischen Volkes zugleich von dessen eigener Führung, der PLO, gesichert werden." (Jordan Times, 27.8.1994)

Das Königreich östlich des Jordan befindet sich seit seiner Gründung in einer delikaten Lage. Sein Territorium war bis zum Ende des 1. Weltkrieges Bestandteil des Osmanischen Reiches. Die koloniale Aufteilung des Nahen Ostens, bei der Gebiete wie das ölreiche Mesopotamien (später Irak) und das strategisch wichtige Palästina im Vordergrund des Interesses lagen, und bei der Ansprüche der zionistischen Bewegung wie auch der arabischen Kriegsverbündeten unter einen Hut zu bringen waren, führte zur Schaffung des Emirats Transjordanien. Eine vielzitierte Anekdote schreibt dem damaligen britischen Kolonialminister Winston Churchill die Idee zu, Abdullah, den Bruder des gerade von französischen Truppen aus Damaskus vertriebenen Königs von Groß-Arabien, Faisal, der dann Herrscher des Irak wurde, ruhiggestellt zu haben, indem man ihm das Tscherkessendorf Amman und die weitere Umgebung plus beachtlicher Subsidien zusprach. Emir (seit März 1946: König) Abdullah hat 1948, als der UNO-Plan für die Teilung Palästinas am Widerstand der Palästinenser und der anderen arabischen Staaten scheiterte, kurzerhand zugegriffen: Seine Truppen besetzten das Jordan-Westufer; 1950 proklamierte er auf beiden Ufern des Jordan das Haschemitische Königreich. König Abdullah, der ungeachtet des Krieges seiner Truppen gegen Israel die Kontakte zu der israelischen Führung nie hatte abreißen lassen, zahlte teuer für das, was in arabischen Augen Verrat war: Am 20. Juli 1951 wurde er in der al-Aqsa-Moshee in Jerusalem erschossen. Sein Enkel Hussein, der bei dem Attentat neben ihm gestanden hatte, bestieg 1953 den Thron.

Transjordanien, dieser Staat aus der Retorte des Winston Churchill, besaß im Grunde kaum Ressourcen. Die großen Phosphatvorkommen, die heute mehr als 30 Prozent des jordanischen Exports ausmachen, wurden erst nach dem 2. Weltkrieg erschlossen, ebenfalls begann man erst dann auf jordanischer Seite mit der Ausbeutung der Mineralien des Toten Meeres. (Jordanien ist der sechstgrößte Produzent und der drittgrößte Exporteur der Welt von Phosphaten.) So befindet sich das Land in der absurden Lage, daß einerseits die geringen und unregelmäßigen Niederschläge der landwirtschaftlichen Produktion (mit Ausnahme des Jordan-Tals) enge Grenzen setzen, daß aber andererseits etwa 40 Prozent der Bevölkerung direkt oder indirekt von der Landwirtschaft leben. Die Industrieproduktion trägt nur 11 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei, wobei die beiden größten Industriebetriebe Jordaniens zwei Zementfabriken sind.

Der Anschluß der Westbank im Jahre 1948 verhalf Transjordanien vorübergehend zum Zuwachs einer besser entwickelten Region mit einer qualifizierteren Bevölkerung. Der Junikrieg von 1967 aber, in dem sich König Hussein ohne Zögern auf die Seite Ägyptens geschlagen hatte, brachte den Verlust der Westbank und den Zustrom einer gewaltigen Zahl palästinensischer Flüchtlinge, deren Zahl oft mit 950.000 angegeben wurde.

Der "Palästina-Faktor"

Der Palästina-Faktor hat von 1948 bis heute die jordanische Politik entscheidend beeinflußt. So wie heute wahrscheinlich mehr als die Hälfte (genauere Statistiken gibt es nicht) der 4,2 Millionen Einwohner Jordaniens palästinensischer Herkunft ist, so steht außer Frage, daß die Palästinenser in der Führung der Wirtschaft des Landes, genau wie in Wissenschaft und Kultur überproportional eine Rolle spielen. Das von König Abdullah

erdachte simple Modell, es gebe keinen Unterschied zwischen Palästinensern und Jordaniern, hatte in Israel stets wohlwollende Zustimmung gefunden, bis hin zu der Losung jener Zionisten, die das ganze Gebiet westlich des Jordan annektieren wollen: "Jordanien ist Palästina". Es erwies seine Brüchigkeit nicht erst 1964, als die Gründung der Palästina-Befreiungsorganisation die eigenständige palästinensische Identität unterstrich, oder Ende 1966, als die israelische Armee (um die palästinensischen Guerillas zu "bestrafen") den Westbank-Ort Samu'a überfiel und die Bevölkerung des Westjordanlandes mit Unruhen gegen die jordanische Untätigkeit protestierte. Bereits der Aufschwung der anti-imperialistischen Bewegung 1956/57, die Kündigung des britisch-jordanischen Vertrages, der Abzug der britischen Militärs und der Versuch des Ministerpräsidenten Nabulsi, ein progressives Regime zu errichten, wurde vor allem von der Bevölkerung der Westbank getragen. Der Militärputsch, durch den Nabulsi im April 1957 gestürzt wurde, hat mit all den Beschränkungen für das politische Leben die innenpolitische Atmosphäre Jordaniens mehr als 30 Jahre lang bestimmt. Politische "Lockerungen" gab es in dieser Zeit nur unmittelbar nach 1967 unter dem Druck der palästinensischen Befreiungsbewegung. Die PLO ihrerseits aber war immer bemüht, sich aus den jordanischen Angelegenheiten herauszuhalten. Der "Schwarze September" von 1970 brachte die entscheidende Konfrontation zwischen Königshaus und Staatsmacht einerseits und der palästinensischen Bewegung andererseits, aus der König Hussein siegreich hervorging.

Der Sieg über die PLO und die darauf folgende "politische Stabilität", die weitgehend eine Gefängnisstabilität war, legte den Grundstein für eine positive Entwicklung der Wirtschaft: Das Kapital bekam Lust, zu investieren. Vom ökonomischen Aufschwung der Golfstaaten infolge der Ölpreiserhöhungen vermochte auch Jordanien zu profitieren: Die Geldüberweisungen einer gewaltigen Zahl jordanischer Fachleute und Arbeiter aus dem Ausland bildeten ein wichtige Grundlage der Prosperität. Vor allem die Hauptstadt Amman profitierte davon. Innerhalb von nur zwei Jahrzehnten wuchs die Stadt um das Vielfache. Heute lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung Jordaniens im Raum von Groß-Amman.

Ein Land in der Krise

Mit Beginn der 90er Jahre aber ist das jordanische Modell in eine bedrohliche Krise geraten. Als ein verschärfendes Moment erwies sich der Golfkrieg. König Hussein war durch die Entscheidung Saddam Husseins, Kuwait zu besetzen, vor eine schwierige Entscheidung gestellt. Einerseits mochte ihn eine Art natürlicher Solidarität mit dem kuwaitischen Herrscherhaus verbinden. Andererseits bot Jordanien dem Irak seit Beginn des iranisch-irakischen Krieges, also seit 1980, ziemlich die einzige Verbindung zur Außenwelt. (Der Weg durch den Persischen Golf war infolge der Kriegsereignisse versperrt; die Türkei verhielt sich sehr restriktiv, um den Nachbarn Iran nicht zu verärgern.) Für Jordanien war das Transitgeschäft mit dem Irak zu einem wichtigen Posten in der Handelsbilanz geworden, ganz abgesehen davon, daß Irak 20 Prozent aller jordanischen Exporte abnahm und damit größter Außenhandelspartner war. So entschloß sich König Hussein zu einer vorsichtigen Bundesgenossenschaft mit Saddam. Eine Folge war, daß zwischen 300.000 und 400.000 Jordanier aus Kuwait und den anderen Golfstaaten ausgewiesen wurden. Die Heimkehrer benötigten Wohnungen, und sie brachten erst einmal Geld mit. Jordanien erlebte einen Bauboom. 1990 wurden 2,7 Millionen Quadratmeter Wohnfläche neu errichtet, 1991 waren es 4,4 und 1992 sogar 5,9 Millionen Quadratmeter. Hinter diesen Zahlen von Konjunktur verbarg sich die Krise. Es gab ja keine Arbeitsplätze für die Heimkehrer. Der rasch gewachsene Bedarf führte andererseits zu einem Anstieg der Importe von 1,6 Milliarden Dinar (= 248 Milliarden Dollar) im Jahr 1991 auf 2,05 Milliarden Dinar im Jahre 1992. Die Exporte Jordaniens stiegen im gleichen Zeitraum nur von 430 auf 460 Millionen Dinar. Infolge des von der amerikanisch geführten Anti-Irak-Koalition verhängten totalen Embargos gegen Irak brach der gewinnbringende Transithandel durch Jordanien völlig zusammen. Das Außenhandelsdefizit von 1,59 Milliarden Dinar war klarer Ausweis der sich rasch verschlechternden Lage. Die Arbeitslosigkeit erreichte indessen 1993 offiziell die Höhe von 20 Prozent, tatsächlich dürfte sie weit höher liegen. (Alle Angaben lt. International Herald Tribune, 25.5.1993) Man muß diese Zahlen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sehen. Eine außerordentlich hohe Geburtenrate hat schon jetzt dazu geführt, daß 70 Prozent der jordanischen Bevölkerung jünger als 35 Jahre und immerhin noch 33 Prozent jünger als 17 Jahre sind. (Ebd.) Damit entsteht ein zusätzliches Konfliktpotential.

Die neuerliche Wirtschaftskrise von 1993 weckte in Amman ungute Erinnerungen an das Frühjahr 1989, als der Internationale Währungsfonds Jordanien die weitgehende Kürzung von Subventionen verordnet hatte, und als die Massen - vor allem in den Städten des Südens - auf die Straße gegangen waren. 1990 war es dem

König u.a. mit einer vorsichtigen politischen Öffnung gelungen, die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen. Ende 1989 hatten die ersten Wahlen in Jordanien nach 22 Jahren stattgefunden. Die PLO hielt sich aus dem politischen Gerangel heraus - König Hussein hatte ein Jahr zuvor seinen offiziellen Verzicht auf die Westbank erklärt. Mehr als ein Viertel der Sitze im Unterhaus (das Oberhaus wird vom König ernannt) gewannen seinerzeit die Moslembrüder, eine Kraft, mit der zu rechnen war.

Die Lehre, die das politische Establishment aus den Ereignissen von 1989 zog, war, daß man nicht warten kann, bis es zu einem neuen Ausbruch politischer Unzufriedenheit kommt. Als eine Voraussetzung für die Bewältigung ökonomischer Probleme sah man die Klärung des Verhältnisses zu Israel - was politischen Sprengstoff in sich bergen konnte. Zum anderen zwingt die Krebserkrankung des Königs dazu, die Situation so weit zu stabilisieren, daß der mögliche Thronwechsel ohne Trouble über die Bühne gehen kann.

Politische Öffnung mit Grenzen

Was seit Vorjahresbeginn allmählich in Jordanien vor sich geht, könnte man in einer Art historischer Analogie als "Perestroika" bezeichnen. Es begann 1993 mit dem Erlaß eines neuen Pressegesetzes, das - zumindest auf dem Papier - die Zeitungen vor willkürlicher Schließung und die Journalisten vor willkürlicher Verhaftung schützen soll. Infolge dieses Gesetzes gibt es heute sechs Tageszeitungen in Jordanien, vorher waren es drei (dazu sieben Wochenzeitungen und 17 Periodika, die mit politischen Gruppierungen verbunden sind). Dabei ist zu erwähnen, daß viele der neuen Blätter das sind, was im englischen Sprachgebrauch "tabloid press" genannt wird, bunte Blätter also auf dem Niveau von "Bild".

Ebenfalls Anfang 1993 wurde ein Dekret über die Zulassung von Parteien erlassen. Seit 1957 waren alle politischen Parteien verboten, eine gewisse Ausnahme bildeten allein die Moslembrüder, die nicht als politische Partei, sondern als wohltätige Institution galten, weil der König hoffte, sie in eigenem Interesse instrumentalisieren zu können. Ausgenommen vom 1993er Dekret blieben zunächst die Kommunisten und die Baath-Partei(en). Ein nächster Schritt in der jordanischen "Perestroika" war die Parlamentswahl vom November 1993, zu der nun auch die Linksparteien antreten durften. Änderungen des Wahlgesetzes verfehlten ihre Wirkung im Interesse des Königshauses nicht. Wahlmodus und Einteilung der Wahlkreise begünstigten die Königstreuen von vornherein. So vertritt ein Abgeordneter im dichtbevölkerten Amman 35.000 Wähler, während im gemeinhin Hussein-treuen Kerak 11.000 Wähler ein Mandat im Unterhaus besetzen können. Die Wahlbeteiligung war gering, von 1,8 Millionen Wahlberechtigten beteiligten sich nur 821.000 an dem Votum. In dem neuen Unterhaus werden 59 Sitze von Abgeordneten der sogenannten politischen Mitte, also den Parteien des Establishments, oder von nicht parteigebundenen Abgeordneten eingenommen, die von einer rein lokalen oder stammesgebundenen Klientel gewählt wurden und mit denen Regierung und König fest rechnen können. 16 Sitze errang die Islamische Aktionsfront, die politische Partei der Moslembrüder, zwei weitere unabhängige Abgeordnete gelten ebenfalls als Gefolgsleute der Islamisten. Drei Mandate gewann die Linke - darunter ein Sitz für die Sozialdemokratische Partei, die sich von der Kommunistischen Partei abgespalten hatte; und ein Sitz für die Demokratische Volkspartei, die der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas nahesteht.

Das neue Parlament in der erwünschten Zusammensetzung war denn auch die nötige Manövriermasse des Königs bei seinem Abkommen mit Israel. In einem Interview mit Radio Monte Carlo sagte Hussein, der es nicht für nötig befunden hatte, die Volksvertretung überhaupt einzuberufen, um sie über die Vereinbarung zu unterrichten, er sei sicher, daß zwei Drittel der Abgeordneten seine Schritte unterstützten, und deshalb sei es auch nicht nötig, ein Referendum dazu durchzuführen. Was die Opposition angehe, sagte der König, "so glaube ich, daß es sich um eine Minderheit handelt, die nicht die Ansichten der Mehrheit des jordanischen Volkes vertritt, aber diese Frage steht nicht zu Diskussion, bevor nicht das Ergebnis der anstehenden Verhandlungen feste Gestalt angenommen hat." (Jordan Times, 18.8.1994)

Diese Beschreibung der Stärke der Opposition ist meiner Meinung nach pures Wunschdenken. Ich habe im Lande niemanden getroffen, der die Abmachungen ohne Wenn und Aber begrüßt hätte. Klar, daß bei Gesprächen mit Palästinensern zum Beispiel im Lager Baq'a (etwa 100.000 Einwohner) die Ablehnung der Abmachungen allgemein ist: Diese Menschen sind 1948 aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden, lebten dann in Lagern auf der Westbank und wurden 1967 erneut verjagt. Welche Regelungen gegenwärtig auch immer ausgehandelt werden - diese Menschen bleiben auf jeden Fall außen vor. Sehr genau registrieren sie auch bestimmte Untertöne des jordanischen Establishments, das schon mal relativ offen davon spricht, daß

es doch recht nützlich wäre, sich dieses Teils der palästinensischen Diaspora, der in den Lagern lebt, irgendwie zu entledigen. Da die PLO-Führung ihrerseits eine gewisse Kumpanei mit Israel eingegangen ist, richtet sich der Hauptzorn in den Lagern gegen Arafat und nicht einmal so sehr gegen König Hussein. Die politischen Exponenten in Baq'a sind die mit den jordanischen Moslembrüdern eng verbundene Hamas-Bewegung sowie die PLO-Oppositionsgruppen (insbesondere die Fatah-Intifada - auch als Abu-Musa-Gruppe bekannt, aber auch die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas).

Ein Funktionär einer der islamistischen Gruppen erläuterte mir die Position der jordanischen moslemischen Opposition: Angesichts jüngster Erfahrungen könne es weder in Palästina eine Zwei-Staaten-Lösung noch anderweitige Vereinbarungen mit Israel gebe. Die Beseitigung Israels sei die einzig mögliche Lösung des Konflikts. Der eigentliche Schock aber sei es gewesen, daß in dem israelisch-jordanischen Abkommen vom 25. Juli der jordanischen Monarchie ein Mitspracherecht für eine künftige Regelung des Status' der Heiligen Stätten in Jerusalem eingeräumt worden sei. Das nämlich bedeute, daß mit Zustimmung der jordanischen Regierung die Jerusalem-Frage auf das Problem der Heiligen Stätten reduziert werde. Mit anderen Worten: Die islamische Opposition in Jordanien ist der Auffassung, mit dem Abkommen habe Jordanien endgültig der Annexion Jerusalems durch Israel zugestimmt, und damit Verrat am Islam und an der arabischen Sache begangen.

Es war, so mein Eindruck, ein leiser Schock in Jordanien, ohne Aufruhr, ohne Demonstrationen, aber mit viel Verbitterung und Wut. In Baq'a hört man von zahlreichen Verhaftungen an der islamischen und der linken Basis. Die Geheimpolizei, der Mukharabat, greift zu, sperrt ein, läßt wieder frei, mal früher, mal ein wenig später. Gefoltert wird allen Aussagen zufolge nicht mehr. Das einzige erkennbare Muster dieses Vorgehens: Die Opposition soll permanent eingeschüchtert werden. Mehr erlaubt die Politik der "Perestroika" nicht.

Welchen Gewinn

bringen die Abkommen?

Indessen wird im jordanischen Establishment darüber spekuliert, wo die Vorteile der Abkommen mit Israel für Jordanien liegen. Unmittelbar nach dem Treffen Husseins und Rabins in Washington stiegen die Kurse an der Börse in Amman plötzlich, dann aber sanken sie wieder. (Tagesspiegel, 28.8.1994) Zunächst nahm man mit Erleichterung die amerikanischen Zusagen zur Kenntnis, die sicherlich für die Zustimmung Jordaniens eine wichtige Rolle spielten. Präsident Clinton hat den Kongreß aufgefordert, Jordanien die direkten Schulden in Höhe von 702 Millionen Dollar gänzlich zu erlassen und neue Militärhilfe zu bewilligen. Das scheint, verglichen mit der jordanischen Gesamtverschuldung (1992 waren es 7,3 Milliarden Dollar) nicht sehr viel. Aber: "Für eine Wirtschaft, deren Bruttosozialprodukt insgesamt wenig mehr als 4 Milliarden Dollar beträgt, könnte dieser Schritt eine Dosis wirtschaftlichen Adrenalins bieten." (Business Week, 8.8.1994)

Ministerpräsident Abdul Salam al-Majali hat in einem Vortrag vor der Rand Foundation in Los Angeles darauf aufmerksam gemacht, daß ein Friedensschluß mit Israel Jordanien von einer Reihe Belastungen befreien würde. So haben die israelischen Behörden seit 1970 Einfuhren aus Jordanien und jordanische Investitionen in den besetzten Gebieten unterbunden und zugleich den palästinensischen Markt für israelische Produkte geöffnet. Dies habe Israel in zwanzig Jahren einen Handelsüberschuß von 7,5 Milliarden Dollar eingebracht, wohingegen sich der Verlust für Jordanien auf 2 Milliarden Dollar belaufe. Außerdem, so Majali, würden Jordaniens Schulden, "die wir als direktes Resultat des Konflikts angesammelt haben, ein reales Hindernis für unsere progressive Politik" darstellen. (Jordan Times, 30.8.1994)

Majali hat zugleich auf die Möglichkeit negativer Folgen der Vereinbarungen hingewiesen: "Die kurzfristige fiskalische Auswirkung ist für Jordanien wahrscheinlich negativ. Die Weltbank schätzt, daß unser Bruttosozialprodukt sich jährlich um vier Prozent verringern wird." Der Ministerpräsident hat keine Angaben darüber gemacht, worauf sich diese Prognose im einzelnen gründet. Erwähnt aber wurde eine Auswirkung des Gaza-Jericho-Abkommens zwischen Israel und PLO: Allein die Möglichkeit der Schaffung einer eigenen palästinensischen Währung habe in den besetzten Gebieten bereits zu einer Flucht aus dem jordanischen Dinar und in den US-Dollar geführt, und es habe ähnliche spekulative Schritte in Jordanien selbst gegeben.

Die Öffnung der Wirtschaftsgrenzen zwischen Israel und Jordanien wird nicht folgenlos bleiben. Dem jordanischen Bruttosozialprodukt in Höhe von vier Milliarden Dollar jährlich stehen in Israel 64,3 Milliarden Dollar gegenüber. Angesichts dieses Mißverhältnisses wächst die Furcht, daß der schwache jordanische Markt

in kürzester Frist von der israelischen Wirtschaft überrannt werden könnte. Ungeachtet der jordanischen Bemühungen, europäische oder amerikanische Investoren zu Gemeinschaftsunternehmen ins Land zu holen, ziehen es diese offenbar vor, ihre künftigen Nahostgeschäfte via Israel abzuwickeln. So ist das Projekt zum Bau einer Magnesium-Fabrik am Toten Meer vom Volkswagen-Konzern nicht mit Jordanien, sondern mit Israel Chemicals im Gespräch. Projekte von Daimler-Benz über den Ausbau des nahöstlichen Eisenbahnnetzes werden in Israel und nicht in Amman debattiert. Auffällig auch, daß die großen japanischen Gesellschaften Büros in Israel eröffnet haben.

Zunächst aber sind trotz aller optimistischen Prognosen viele Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Am 3. Oktober 1994 haben Israels Außenminister Peres und Jordaniens Kronprinz Hassan in Washington eine Anzahl weiterer Absichtserklärungen unterzeichnet. Sie betreffen Projekte zur wirtschaftlichen und touristischen Erschließung der Jordan-Senke, ein möglicher Kanalbau von Roten zum Toten Meer soll geprüft werden, und die Öffnung eines neuen Grenzübergangs zwischen beiden Ländern. Eine Regelung über die Aufteilung des Jordan-Wassers, eine der besonders brisanten Fragen, war bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht gefunden.

In Amman wird viel Optimismus verbreitet. Der Vorsitzende der jordanischen Bankenvereinigung, Dr. Abdallah Malki, hat in einem Vortrag erklärt: "Angenommen, daß ein vollständiger und echter Frieden erreicht wird, so werden die Vorteile des Friedens in der Region einen Schritt schneller nach Jordan kommen, als es für die Westbank und den Gazastreifen vorgesehen ist." (Jordan Times, 29.8.1994) Die Argumente des Bankmanagers dürften allerdings nicht in allen jordanischen Ohren gut klingen. Der Aufbau einer palästinensischen Volkswirtschaft in den besetzten Gebieten würde nämlich rückläufige Forderungen nach Unterstützung durch Familienangehörige in Jordanien zur Folge haben, also einen geringeren Geldtransfer und damit eine "Verringerung der Bürde, die auf der jordanischen Wirtschaft lastet". Sodann würden in diesem Fall weniger Arbeiter von der Westbank in Jordanien Arbeit suchen, der Druck auf den jordanischen Arbeitsmarkt würde sich verringern. Schließlich würde das allgemeine Lohngefälle nicht ohne Wirkung bleiben. Der Mindestlohn in Israel betrage umgerechnet 700 Dinar im Monat, in den besetzten Gebieten 300 bis 350 Dinar, in Jordanien hingegen nur 150 Dinar, also ein Viertel des israelischen Lohnes. "Logischerweise geht die Bewegung der Arbeitskräfte auf dem offenen Markt," so Dr. Malki, "vom den Land mit niedrigem Lohn zu dem Land mit dem höheren Lohn. So wird sich zunächst die Arbeit vom jordanischen Markt auf den palästinensischen Markt bewegen und von diesen beiden Märkten auf den israelischen Markt." Diese Perspektive dürfte aber nur eintreten, wenn Israel bereit ist, seinen Arbeitsmarkt bedingungslos zu öffnen. Im Augenblick sieht es nicht danach aus, die Arbeitslosigkeit in Israel beträgt seit geraumer Zeit rund zehn Prozent; für die noch vor kurzer Zeit von Palästinensern der besetzten Gebiete verrichtete "arab work" (alle Arbeiten, die schwer und/oder dreckig sind, auf jeden Fall aber schlecht bezahlt werden) sind einerseits Arbeitskräfte aus Osteuropa und Asien importiert worden, andererseits steht Israel mit den ImmigrantInnen aus der Sowjetunion bzw. der GUS ein großes Arbeitskräftepotential im eigenen Lande zur Verfügung. Zudem widerlegen schon heute die hohen Arbeitslosenzahlen in Westbank und Gazastreifen Dr. Malkis Zukunftsentwurf.

Indessen sind die Ausführungen des jordanischen Bankers insofern interessant, als sie zweckoptimistisches Denken reflektieren. Deshalb hier weitere Vorstellungen Dr. Malkis: Er wies Befürchtungen zurück, israelische Waren könnten den jordanischen und arabische Märkte überfluten, denn israelische Erzeugnisse seien entweder von geringer Qualität oder teuer, so daß sie andere ausländische Produkte auf den arabischen Märkten nicht ersetzen könnten. Im Gegenteil würden die Israelis den Wettbewerb mit jordanischen Produkten fürchten. Der jordanische Bankier Riad al-Chouri äußerte hingegen: "Wir müssen davon ausgehen, daß Israel nach dem militärischen und dem politischen Sieg in den nächsten Jahren auch einen ökonomischen Sieg über uns davonträgt." (Süddeutsche Zeitung, 17.8.1994) Hinsichtlich der geplanten Vernetzung der Volkswirtschaften Israels und Jordaniens meinte das Blatt, nach Meinung von Experten entspräche diese Vernetzung einem Joint Venture zwischen Karstadt und einem Tante-Emma-Laden.

Flucht nach vorn

Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen hat die jordanische Führung sich zu einer Flucht nach vorn entschlossen. Sie räumt relativ offen ein, daß nicht alles im Lande zum Besten steht, und verspricht schnelle und durchgreifende Besserung. Eigens zu diesem Zweck berief König Hussein eine "Königliche Kommission für Modernisierung und Entwicklung", an deren Spitze der Bruder des Königs,

Kronprinz Hassan steht. Hassan gilt als Experte für Wirtschaft und Entwicklung, wohl auch deshalb, weil er einer der maßgebenden Eigentümer der größten und aktivsten jordanischen Banken, der Housing Bank, ist. Unter den übrigen zwölf Kommissionsmitgliedern sind fünf ehemalige oder amtierende Minister, aber auch der Generaldirektor des General Intelligence Department, also der jordanischen Staatssicherheit. In einem Brief an seinen Bruder hat der Kronprinz seine Vorstellungen umrissen. Die Kommission solle die "richtige ökonomische Atmosphäre schaffen", damit die Entwicklung als "nationale kollektive Anstrengung" vorangetrieben werden könne. (Jordan Times, 15.8.1994)

Seit der Ankündigung der Königlichen Kommission - eine fast abendfüllende Veranstaltung in beiden Kanälen des jordanischen Fernsehens - fallen auch in den Medien ungewohnt kritische Worte. Die Bürokratie wird beklagt, die Nichtbefolgung von Gesetzen und Regeln, oftmals würden die Reputation und Glaubwürdigkeit des Staates unterminiert. Man müsse also endlich die Gesetze durchsetzen, auch - so betonte Kronprinz Hassan in seinem Schreiben an seinen königlichen Bruder nachdrücklich - im Interesse des Fiqh, der islamischen Jurisprudenz (!), ohne Diskriminierung oder Bevorteilung. Die Zeitungen stimmten in die Melodie ein. "Jordaniens bürokratische Szene unter verschiedenen Ministerpräsidenten und Regierungen war durch Ineffektivität und Korruption gekennzeichnet." (Jordan Times, 13.8.1994) Aber: "Seine Majestät haben den rechten Mann nominiert," der nun Jordanien in die Zukunft führt und die "richtigen sozialen, politischen, intellektuellen und ökonomischen Strukturen unseres Lebens schafft". Die Voraussicht und Vision des Kronprinzen Hassan sei "von der Zeit geprüft" worden, und man könne sich niemand besseren vorstellen, Jordanien in die neue Zeit zu führen. All dieses klang dann schon wie der Hymnus auf einen neuen Herrscher. Noch ist der König nicht tot, dennoch heißt es bereits: Es lebe der König!

13. "Ihr legt den Finger direkt in unsere Wunde" Kriegsdienstverweigerung in der Türkei

Kriegsdienstverweigerung in der Türkei - von Jörg Rohwedder

Autor: Jörg Rohwedder · Rubrik: Friedensbewegung; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:11

Jörg Rohwedder ist seit 1989 Landessprecher der DFG/VK Hamburg/ Schleswig-Holstein. Er nahm an einer gewaltfreien Aktion in Mostar (Bosnien-Herzegowina) und an mehreren Delegationen in die Türkei teil. Neben der Arbeit in der DFG-VK ist Rohwedder als Trainer für gewaltfreie Aktion tätig.

Auf dem International Conscientious Objectors Meeting (ICOM - Internationales Treffen der Verweigerer aus Gewissensgründen) 1993 in Ören/Türkei wurde beschlossen, den nächsten Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer, den 15. Mai 1994, der Situation in der Türkei zu widmen. (1) Anläßlich dieses Gedenktags erklärten am 17.5.1994 in Istanbul 100 türkische und kurdische Männer, daß sie den Kriegsdienst verweigern werden. In Folge der Aktion wurde vier Organisatoren und drei deutsche Beobachter von einer Antiterroreinheit festgenommen. Der Istanbul Savas Karsitlari Dernegi (SKD), der Verein der KriegsgegnerInnen, wurde geschlossen. Der Vorsitzende des SKD und ein weiterer Kriegsdienstverweigerer sind seitdem in Haft. Die Verhaftung und die Schließung des SKD, die direkt vom Großen Generalstab angewiesen worden waren, sind der vorläufige Höhepunkt der Repressionen gegen die junge antimilitaristische Opposition.

Die erklärten Kriegsdienstverweigerer

Seit 1990 erklären sich einzelne wehrpflichtige Männer zu Kriegsdienstverweigerern. Der erste Verweigerer von 1990 wurde zu drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Die auf diese erste Verweigerung beginnende Selbstorganisation der Kriegsdienstverweigerer löste sich nach wenigen Monaten vor allem aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Lage der Verweigerer wieder auf. Mit den geringen Einkommen und der fehlenden Basisbewegung der Verweigerer war eine politisch aktive Gruppe nicht zu etablieren. Erst im Dezember 1992 kam es zu einem erneutem Zusammenschluß von sechs Kriegsdienstverweigerern in Izmir, die den Savas Karsitlari Dernegi (SKD - Verein der KriegsdienstgegnerInnen) gründeten. Der Verein diente als gemeinsame Plattform, um sich öffentlich als Kriegsdienstverweigerer zu erklären. Relativ ungestört vom türkischen Staat konnte der Verein arbeiten und das jährliche ICOM vorbereiten. Das erfolgreiche Treffen verhalf dem SKD zu neuen Impulsen, wichtigen internationalen Kontakten und damit einer finanziellen Grundlage. Neben dem SKD in Izmir gründete sich eine Gruppe gleichen Namens in Istanbul. Mit der Eskalation in Kurdistan im Sommer 1993 nahm auch die Repression des Staates zu. Der Vorsitzende des Vereins in Izmir wurde willkürlich zu Verhören bestellt und mit dem Tode bedroht. Im November 1993 wurde die Zulassung des Izmir SKD aus formalen Gründen verweigert.

Inzwischen erklärten 22 Türken und Kurden öffentlich ihre Kriegsdienstverweigerung. Die eigene Kriegsdienstverweigerung zu proklamieren, ist nach dem türkischem Strafrecht keine Straftat. Erst wenn der Kriegsdienstverweigerer der Einberufung nicht Folge leistet, setzt er sich der Strafverfolgung nach dem türkischen Militärgesetz (TCML) aus. Das türkische Militärstrafrecht unterscheidet verschiedene Arten von Wehrdienstunwilligkeit, die je nach Alter des Verweigerers und Schwere des Vergehens mit Haftstrafen zwischen einem Monat und drei Jahren geahndet werden. Entfernt sich ein Soldat unerlaubt von der Truppe und organisiert er seine Fahnenflucht im Vorwege, so drohen ihm drei Jahre schwere Haft. Dem Inhaftierten werden die Bürgerrechte weitgehend entzogen werden, er verliert z.B. den Anspruch, einen Führerschein zu machen und das aktive und passive Wahlrecht. (2)

Mit welchem Strafmaß die 22 Kriegsdienstverweigerer zu rechnen haben, ist noch völlig unklar, da Erfahrungswerte fehlen. Die einzige bekannte Entscheidung betrifft ein Mitglied der Zeugen Jehovas und wurde bereits 1975 gefällt. (3) Inwieweit der Fall von Salih Askerogul, der 1994 als erster nordzypriotischer Kriegsdienstverweigerer verurteilt wurde, zu übertragen ist, bleibt abzuwarten. Er wurde zu drei Monaten Haft wegen der Desertion verurteilt. Innerhalb der ersten Woche der Desertion hatte er sich einer Pressekonferenz gestellt. Weitere drei Jahre Haft wegen Beleidigung und Propaganda gegen die türkische Armee und den Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung wurden ihm auferlegt, da er Flugblätter verteilt hatte in denen er seinen

Entschluß, den Kriegsdienst zu verweigern, erläuterte. Das Militärstrafrecht Nord-Zyperns entspricht den türkischen Gesetzen.

Verein der KriegsdienstgegnerInnen Izmir

Im Izmir Savas Karsitlari Dernegi (ISKD - Verein der KriegsdienstgegnerInnen Izmir), der am 25.2.94 zum zweiten Male gegründet wurde, haben sich erklärte Kriegsdienstverweigerer und weitere KriegsgegnerInnen organisiert. Zu den Gründungsmitgliedern gehören RechtsanwältInnen, LederhandarbeiterInnen und Ärzte. Zur Gründungsfeier kamen 200 Personen von verschiedenen Oppositionsgruppen. Einige reisten aus Ankara und Balikesir an. Der SKD besteht zur Zeit in Istanbul, Izmir und Ankara. Erst langsam, mit der kontinuierlichen Arbeit des SKD in Istanbul und Izmir, werden die KriegsdienstgegnerInnen ein Bestandteil der linken Opposition. Ihre Positionen und die Möglichkeit, sich dem Militär in einer öffentlichen Aktion zu entziehen, werden von Parteien und Gewerkschaften abwartend zur Kenntnis genommen. Im ISKD haben sich vier Arbeitsgruppen zu den Themen Kriegsdienstverweigerung, gewaltfreie Lösungsansätze im türkisch-kurdischen Konflikt, Türkei-Griechenland-Zypern und Justiz gebildet. Die erklärten Kriegsdienstverweigerer bilden die Arbeitsgemeinschaft Kriegsdienstverweigerung, um Schutz für sich zu organisieren. Die aktiven Kriegsdienstverweigerer verstehen sich als totale Verweigerer. Es ist ausdrücklich nicht das Ziel der AG, sich für ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung nach z.B. deutschem Vorbild einzusetzen. Die AG unterstützt diese Diskussion dennoch in der Öffentlichkeit. Die innenpolitische Situation ist für die Kriegsdienstverweigerer angespannt, für eine massenhafte Mobilisierung ist zur Zeit keine Unterstützung zu erwarten. Obwohl die Adressen der erklärten Kriegsdienstverweigerer bekannt sind und einige schon in Polizeihaft waren, werden sie nicht zum Militärdienst gezwungen.

Widerstand gegen Wehrpflichtverlängerung

Die Kriegsdienstverweigerer gehen im Moment davon aus, daß der türkische Staat keine Märtyrer schaffen will, was zu ähnlichen Unruhen in der Armee führen könnte wie im Frühjahr diesen Jahres. In der ersten Januarwoche wurde der Wehrdienst der im vierten Quartal 1972 geborenen Männer um drei Monate verlängert. Innerhalb von zwei Wochen waren 223 Desertionen und 14 Selbstmorde bekannt geworden. Bis Ende Februar kam es zu weiteren 87 Desertionen, vier Selbstmorden und 14 Selbstmordversuchen. Drei Deserteure wurden bei Foca tot aufgefunden. In Istanbul demonstrierten 200 Soldaten. Tags darauf wurden den Soldaten im Stadtgebiet nur leere Magazine gegeben, damit sie nicht auf ihre Vorgesetzten schießen konnten. In Erzurum traten die Soldaten in einen Bummelstreik. Nur mit Disziplinarmaßnahmen gelang es den Offizieren, die "Ordnung" wiederherzustellen. (4)

Seither wird vom Großen Generalstab immer wieder eine grundsätzliche Verlängerung des Wehrdienstes in die Diskussion gebracht. Er wird vom Verteidigungs- und Innenministerium unterstützt, ohne sich aber gegen die Widerstände innerhalb der Koalition durchsetzen zu können. Der Große Generalstab demonstrierte, daß er die Macht im Lande hat, indem er über das Innenministerium verfügte, daß die Soldaten, die im zweiten Quartal 1973 geboren sind, einen vier Monate längeren Kriegsdienst abzuleisten haben. Größerer Widerstand wie noch im Frühjahr blieb aus, lediglich vier Desertionen wurden bekannt.

AG "Frauen gegen den Krieg"

Im ISKD ist vor wenigen Wochen eine neue Gruppe entstanden, die AG "Frauen gegen den Krieg". Die Frauen sehen in einem konsequenten Antimilitarismus die gemeinsame Motivation. Sie wollen auf der Basis von antimilitaristischen Überlegungen handeln und mit anderen antimilitaristischen Frauengruppen, sei es auf nationaler oder internationaler Ebene, in Verbindung treten. Die Frauen der Gruppe definieren sich nicht als Feministinnen. Die Frauen wissen, daß sie mit dem Beginn ihrer Aktion staatlicher Repression ausgesetzt sein werden. Die Repressionen und der ausgeprägte Militarismus bilden ein gesellschaftliches Umfeld, in dem die Frauen nur auf gegen sie gerichtete Aktionen reagieren können. Die politische Arbeit wird ihnen dabei so viel Kraft abverlangen, daß sie keine feministische Alternative aufbauen können. Trotzdem haben sie die Hoffnung, eine alternative Politik zu verfolgen, die die Gleichheit und Freiheit von Menschen besser berücksichtigt. Die Gruppe erwartet, in der täglichen Arbeit gegen den Militarismus Anreize für eine Diskussion über die eigene Gewalt zu finden. Die öffentliche gewaltfreie Aktion steht im Mittelpunkt der Handlungen, und es ist das Ziel, auch mit den nur geringen eigenen Kräften Einfluß auf den militarisierten Alltag auszuüben. (5) In den ersten

Wochen nach der Gründung der AG organisierten die Frauen zwei Filmabende in Izmir und einen Vortrag zum Thema "Frauen im Krieg".

Ultimatum

für Wehrdienstunwillige

In der Türkei halten sich nach Schätzung der türkischen Behörden rund 250.000 Wehrdienstunwillige auf. Diese Zahlen beziehen sich lediglich auf die letzten drei Einberufungsjahrgänge. VertreterInnen des ISKD gehen von einer wesentlich größeren Anzahl aus.

In einem Ultimatum forderte das türkische Verteidigungsministerium diese Wehrdienstunwilligen auf, sich bis zum 3. März zu stellen. Am 19. Februar wurde das Ultimatum bis zum 19. Mai verlängert. Die türkischen Behörden drohten an, daß Erfaßte und Einberufene, die sich bis dahin nicht bei den zuständigen Militärbehörden gemeldet hätten, mit Strafen zwischen sechs Monaten und drei Jahren rechnen müßten. (6) Der Grund für die Verlängerung des Ultimatums war vor allem, daß die türkischen Behörden die Konfrontation vor dem Newroz-Fest und den Kommunalwahlen Ende März vermeiden wollten. Bis zum 19. Mai haben sich nach Angaben des Großen Generalstabs 60.000 Wehrdienstunwillige gemeldet. Die erwartete Repressionswelle gegen die weiterhin Untergetauchten und nun zu Deserteuren erklärten blieb aus. Ihre Zahl ist einfach zu groß.

"Entfremdung des Volkes

vom Militär"

Der § 155 stellt den Versuch, "das Volk vom Militär zu entfremden", unter eine Strafe von bis zu zwei Jahren Haft. Der § 155 ist derzeit ein entscheidendes Repressionsinstrument des türkischen Staates und des Militärs gegen antimilitaristische Opposition. Am 26.12.1993 hat das oberste Militärgericht in Ankara entschieden, in allen Verstößen gegen den § 155 selbst urteilen zu wollen. Damit werden Zivilgerichte per Militärgerichtsbeschluß von ihrer Zuständigkeit entbunden, in zivilen Strafrechtssachen über Zivilisten zu verhandeln.

Als einen der ersten Kriegsdienstverweigerer traf es Aytek Özel, den ehemaligen Vorsitzenden vom SKD Izmir. In einem Interview mit dem privaten Fernsehsender HBB Anfang Dezember 1993 bezog Aytek zusammen mit einem weiteren Kriegsdienstverweigerer, Menderes Meletli, Stellung zur Kriegsdienstverweigerung. Ebenso wie gegen die verantwortlichen Redakteure, die inzwischen zu je zwei Monaten Haft und 160.000 TL Geldstrafe verurteilt wurden, wurde ein Haftbefehl gegen beide ausgestellt. Während Menderes sich den Behörden seitdem entzieht und untergetaucht lebt, stellte sich Aytek am 8.2.94 dem Militärgericht. In der Haft wurden ihm die Haare geschnitten, und er wurde geschlagen. Seine Anwältin fand ihn während eines Besuchs mit zerschlagenem Gesicht vor. (7) Sein Prozeß wurde mehrfach vertagt, während er in einem Militärgefängnis inhaftiert war. Er weigerte sich, die dort übliche Uniform zu tragen und am Exerzieren teilzunehmen. Zur Disziplinierung wurde Aytek in eine Zelle gesperrt, die kniehoch mit Wasser gefüllt war. Mit einem schimmligen Brot sollte er sich die Ratten vom Leibe halten. Nach weniger als einem Tag in dieser Zelle willigte er ein, die Anstaltsuniform zu tragen. Er weigerte sich aber erfolgreich an den militärischen Übungen teilzunehmen. Aytek wurde zu einem Jahr Haft verurteilt, der Vollzug der Strafe wurde ausgesetzt.

Anarchistische ...

Anarchistische und sozialistische Kriegsdienstverweigerer begründen ihre Verweigerung unterschiedlich und verfolgen dementsprechend auch eine andere Taktik in den Gerichtsprozessen. Beiden gemein ist, daß sie die Prozesse als ein Szenario mit feststehendem Ausgang begreifen. Der Staatsanwalt verfolgt von Anbeginn eine Linie, an deren Ende das Ergebnis, eine Haftstrafe, von vorneherein klar ist. Augenscheinlich gelangweilt geben sich die Staatsanwälte dann auch in den Verhandlungen. Dem Richter bleibt oft nur, den Ausführungen des Anklägers zu folgen und entsprechend zu urteilen. In dem Augenblick, in dem der Kriegsdienstverweigerer diesen Verlauf akzeptiert, bleibt ihm nur, sich dem Verfahren zu entziehen oder es zur politischen Bühne zu machen. Die uns bekannten Kriegsdienstverweigerer wollen die Gerichtsverhandlungen als eben diese Bühne nutzen, wofür jedoch entsprechend informierte AnwältInnen erforderlich sind. Da das Thema Kriegsdienstverweigerung noch Neuland ist, fällt es dem SKD und den Menschenrechtsvereinen zu, die AnwältInnen entsprechend zu schulen und sie regelmäßig mit den neuesten Informationen zu versorgen. (Der

SKD hat eine türkischsprachige Broschüre zur Militärjustiz erstellt, die über die DFG-VK Hamburg als Kopie bestellt werden kann.)

Im SKD Izmir sammeln sich die Kriegsdienstverweigerer, die ihre Kriegsdienstverweigerung anarchistisch begründen. Die Gruppe scheidet sich in gewaltfreie und nicht gewaltfreie AnarchistInnen, wobei die gewaltfreien überwiegen. Gewalt wird als Konfliktlösungsmittel abgelehnt. Auch wenn dem kurdischen Volk das Selbstbestimmungsrecht zugestanden wird, wird die Forderung nach der Bildung eines kurdischen Staates abgelehnt. Es wird grundsätzlich befürchtet, daß ein solches Staatsgebilde staatliche Unterdrückungsmechanismen reproduziert. Die PKK, die von ihr verkündete Wehrpflicht und ihr ausgeprägter Hang zu einer Führerzentrierung wiesen diesen Weg. Die Kriegsdienstverweigerung wird von den Anarchisten als ihr eigener konsequenter Beitrag gegen eine Militarisierung der Gesellschaft begriffen. Mit der öffentlich verkündeten Kriegsdienstverweigerung soll die Stimmung der 200.000 zu Deserteuren erklärten Wehrdienstunwilligen aufgegriffen und in gewaltfreie, aber revolutionäre Kraft umgewandelt werden. Die AnarchistInnen haben in der täglichen Praxis Schwierigkeiten, nicht von prokurdischen Gruppen vereinnahmt zu werden. So hatte die DEP den Gedanken eines Zivildienstes aufgegriffen und hastig eine Gesetzesvorlage verfaßt; innerhalb der Partei war hierüber jedoch nicht diskutiert worden. Die Vorstandsmitglieder von HADEP Izmir, der Nachfolgeorganisation der inzwischen verbotenen DEP, arbeiten mit dem ISKD zusammen und sind inzwischen deren Mitglieder geworden. Diese wird von den AnarchistInnen im ISKD wohlwollend zur Kenntnis genommen, nicht aber aktiv unterstützt.

Die Taktik der Anarchisten besteht darin, in den Verhandlungen auf deren Unrechtmäßigkeit hinzuweisen. Es soll aufgezeigt werden, daß der Große Generalstab unrechtmäßig die Verfahren steuert und damit den eh wackeligen Boden der türkischen Verfassung verlassen hat. Außerdem verstehen die Anarchisten die Kriegsdienstverweigerung als ein Menschenrecht. Sie beziehen sich dabei auf die Rechtspraxis in verschiedenen Ländern der Erde und auf Resolutionen der UN und des Europäischen Parlaments. Die Anarchisten werden immer zugeben, die Tat begangen zu haben, ohne die Strafe als rechtmäßig zu akzeptieren.

... und sozialistische Verweigerer

Die SozialistInnen sind der Auffassung, in den 200.000 Wehrdienstunwilligen stecke ein umstürzlerisches Potential. Sie waren es auch, die mit einer Unterschriftenkampagne im Frühjahr 1994 in die Öffentlichkeit gingen. Die antimilitaristischen SozialistInnen sammeln SKD Istanbul. So gibt es in Istanbul und Izmir grundsätzlich verschiedene Auffassungen. Der Unterschied zu den Anarchisten wird an der Gewaltfrage deutlich. Die SozialistInnen sehen im Krieg zwischen der PKK und der türkischen Regierung mehr als einen Kampf um kulturelle Identität. Sie stimmen mit den AnarchistInnen darin überein, daß der Konflikt vor allem eine soziale Dimension hat. So wird der Kampf der PKK als ein Kampf gegen den Klassenfeind begriffen. Dabei wird die Frage nach der Gewalt als beantwortet bezeichnet: Der türkische Staat übt massiv Gewalt aus, und es sei somit legitim, mit (bewaffneter) Gewalt zu antworten.

Gökhan Demirkiran, der während einer Aktion des SKD gegen die Wehrpflicht inhaftiert wurde, formuliert das so: "Überall, wo es Unterdrückung und Ausbeutung gibt, muß es auch eine Auflehnung geben. Um die Ausbeutung zu beenden, muß das System beseitigt werden. Da es selbstverständlich ist, daß dieses System sich nicht selbst auflösen wird, ist es auch selbstverständlich, daß jeder Krieg, der den Sturz des Systems herbeizuführen versucht, legitim, gerecht und zwingend ist." (8)

Diese Auffassung führte zu einem scharfen Konflikt zwischen der sozialistischen und der anarchistischen antimilitaristischen Opposition. Die Anwälte des SKD haben sich nach verschiedenen Äußerungen von Gökhan entschieden, ihn nicht weiter zu vertreten. Charakteristisch für seine Haltung ist seine Antwort auf die Frage, warum er sich an der Aktion des SKD in Istanbul beteiligt habe: "Zuerst will ich klar machen, daß unsere Absicht auf keinen Fall eine Beteiligung an der Kampagne (gegen die Wehrpflicht, d.Verf.) des SKD war. Im Gegenteil: SKD sollte sich an unserer Kampagne beteiligen und im Rahmen unserer Perspektiven handeln. (...) DMB (Union des revolutionären Kampfes) ist eine politische Organisation und handelt mit der Perspektive, verschiedene NGOs in seine eigene Reihen einzugliedern und die eigene Auffassung in diesen NGOs zu verbreiten. Dies war der einzige Grund, weshalb wir mit dem SKD zusammen gehandelt haben." Zu Recht sahen sich der SKD und seine Anwälte instrumentalisiert. Trotzdem arbeiten SozialistInnen und

AnarchistInnen weiter im SKD zusammen. Das gemeinsame Ziel, Agitation gegen den Staats- und Militärapparat, reicht noch aus, um die Konflikte zu überdecken.

Die Verweigerer aus Kurdistan

Um sich als junger Kurde dem Militär zu entziehen, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Das Abtauchen in die Westtürkei oder der Weg in die PKK. Die PKK hat für Türkisch-Kurdistan eine Wehrpflicht erlassen, die je nach militärischer Lage unterschiedlich durchgeführt wurde. In der Anfangsphase des Kampfes soll die PKK Kämpfer zwangsweise rekrutiert haben. Für die derzeit angestrebte Verdopplung der Truppen von 16.000 auf 32.000 Männer und Frauen reichen zur Zeit die freiwilligen Kräfte aus, (9) so daß die PKK-Wehrpflicht lediglich bedeutet, nicht zur türkischen Armee zu gehen. Die PKK fordert die Menschen in den Kampfgebieten auf, sie zu unterstützen. Die Wehrpflicht wird in diesem Sinne nicht als Kampfpflicht verstanden. Eine Ablehnung dieses Aufrufes führt nicht zu einer gewalttätigen Repression durch die PKK. Die Menschenrechtsvereine in Izmir und Istanbul bestätigten, daß ihnen von Zwangsrekrutierungen nichts bekannt sei. Die PKK versuche, durch Gespräche zum Eintritt in die militärischen Einheiten zu überzeugen. Durch die vor allem von der türkischen Armee vorangetriebene Eskalation der letzten Monate und die Zerstörung der Lebensgrundlage vieler KurdInnen treibt das türkische Militär die nun besitzlosen KurdInnen in die PKK. Nachdem die türkische Armee in den letzten Jahren über 1000 Dörfer zerstört hat, die Landschaft willkürlich zersiedelt und Hunderttausende Menschen vertreibt, sehen viele KurdInnen in dem militärischem Kampf der PKK ein legitimes Mittel, sich gegen diese Gewalt zu wehren. Nachdem sie alles verloren haben, setzen sie das ein, was ihnen geblieben ist: ihr Leben.

Nach dem Newrozfest 1993 rief die PKK einen einseitigen Waffenstillstand aus, welcher von ihr zwei Monate eingehalten wurde. Der Krieg wurde durch das Militär fortgesetzt. Daß dieser Versuch kein ausreichender Nachweis dafür ist, daß gewaltfreier Widerstand erfolglos sein muß, ist in der Diskussion mit KurdInnen schwer zu vermitteln. Aufgrund des andauernden Krieges und des erklärten Willens von Demirel, "diese Mörderbande auszurotten" (10), erscheint der bewaffnete Kampf als der einzige Weg. Mit dem gewalttätigen Widerstand trägt auch die PKK zu einer Polarisierung bei. In dieser polarisierten Stimmung ist es schwer für die KriegsdienstgegnerInnen zu verdeutlichen, daß sie für ein Selbstbestimmungsrecht der KurdInnen sind und sich gleichzeitig gegen den Kampf der PKK wenden. Repression müssen sie von dieser Seite nicht erwarten. Das übermächtige Militär und die in dem großen Generalstab agierenden wirklichen Machthaber sind diejenigen, die den Krieg forcieren. Vor allem an sie wendet sich die Forderung, mit dem Töten aufzuhören. Eine Einstellung des bewaffneten Kampfes durch die PKK würde die Leiden der KurdInnen zunächst nicht verringern, aber sie würde die Ungerechtigkeit ihrer Unterdrückung sichtbarer machen. Die Zusammenarbeit kurdischer und türkischer KriegsdienstgegnerInnen im SKD ist ein hoffnungsvoller Anfang, die polarisierte Atmosphäre aufzubrechen.

Anmerkungen:

1) International Conscientious Objectors Meeting. Dokumentation. Hg. v. Internationalen Deserteurs-Netzwerk, Istanbul 1993

2) für ausführliche Informationen über das TCML siehe: Kriegsdienstverweigerer in der Türkei und Kurdistan. Hg. AG "KDV im Krieg" in der DFG/VK, Offenbach 1994, S. 23

3) ebenda, S. 22

4) Zahlen aus Ülke, Osman Murat, "Der Aufruhr läßt sich nicht in Zahlen fassen", Zivilcourage Nr. 1/94, S. 12 und "Unvollendetes Tagebuch des Soldaten", in "Kriegsdienstverweigerung in der Türkei und Kurdistan" Broschüre anläßlich des 15. Mai, Hrsg.: AG "KDV im Krieg" in der DFG-VK, c/o Franz Nadler, Querstr. 23, 63065 Offenbach, 069/815128, S. 15. Ülke stellte die Zahlen aus Presseberichten der Aydinlik und der Üzgür Gündem zusammen

5) Ülker, Ferda im Namen der AG, zit. n. ISKD-Brief der V., Monatsbericht aus Izmir

6) Horeman, Bart, Anti-militarism reborn in Turkey, Peace News Nr. 2377, April 1994, S. 3

7) "Das Militärgericht hat den Einwand gegen die Verhaftung abgelehnt", Cumhuriyet, 17.12.1993, übersetzt abgedruckt in "Kriegsdienstverweigerung in der Türkei und in Kurdistan, a.a.O., S. 18

8) Gökhan Demirkiran in einem Interview vom 20.06.1994 mit der sozialistischen Jugendzeitschrift Yeni Demokrat Genclik (Neue Demokratische Jugend) Übersetzung: Osman Murat Ülke

9) Friedrich, Rudi, Situation der KriegsdienstgegnerInnen in der Türkei, 4/3 Fachzeitschrift zu Kriegsdienstverweigerung, Wehrdienst und Zivildienst, Nr. 1, März 1994, S. 12

10) zitiert nach Friedrich, Rudi, a.a.O., S. 11

Monatliche Berichte des SKD Izmir können für 20 DM im Jahresabonnement bestellt werden. Ebenfalls erhältlich sind türkischsprachige Broschüren zum ICOM 1993 in der Türkei und zur Militärjustiz erhältlich. In einer Restauflage liegen noch Broschüren über die Reise einer Delegation in die Türkei im Frühjahr 1994 vor. Sämtliche hier angeführten Materialien sind erhältlich bei: AG KDV in der Türkei, DFG-VK, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, Tel. 0231 - 818032, Fax 0231 - 818031, oder über: DFG-VK Hamburg, Amandastr. 58, 20357 Hamburg, Tel. u. Fax: 040 - 4322005. - Spenden, die ohne Abzug an den SKD in Izmir und Istanbul weitergeleitet werden, erbitten wir auf das Konto der DFG-VK NRW, Nr. 150833-437, PGA Essen, BLZ 360 100 43.

14. Infitah - Landreformen im Irak. Zwischen Privatisierung und Zerstörung der kurdischen Subsistenz

Autor: Sabine Ott · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:19

"Die Kurden" - so wird über "sie" berichtet, diskutiert und geleitartikelt. Nur wenige Bemühungen werden unternommen, die Prozesse und Widersprüche innerhalb der kurdischen Gesellschaft nachzuverfolgen. Die internationale Politik - sei es die der jeweiligen Zentralregierung, sei es die des Imperialismus der USA und Europas - verdeckt oft den Blick auf innerkurdische Entwicklungen. Das geteilte Kurdistan war zu oft Schauplatz internationaler Machtkämpfe - und ist es bis heute. Sicher ist, daß die Zugehörigkeit zur kurdischen Nationalität für die jeweiligen Regierungen Grund genug ist, ihre Militärs auszuschicken. Dennoch oder gerade deshalb ist es um so dringlicher, die Differenz sozialer, politischer und ökonomischer Wirklichkeiten innerhalb der kurdischen Bevölkerung wahrzunehmen.

Am Beispiel des landwirtschaftlichen Sektors sollen einerseits die Auswirkungen staatlicher Maßnahmen auf die kurdische Region aufgezeigt und andererseits Widersprüche innerhalb der südkurdischen Bevölkerung dargestellt werden.

Vom Agha zum Grundherrn - die Politik der englischen Mandatsmacht

Vor Beginn des sogenannten Mesopotamien-Feldzugs der Briten am 6. November 1914, der mit der Eroberung der Provinzen Basra, Bagdad und Mosul das Kernstück des späteren "Königreichs Irak" schuf, war der Irak samt seiner kurdischen Provinz Teil des Osmanischen Reiches.

Im Osmanischen Reich war die Lebenssituation in der kurdischen Region kaum von den Strukturen staatlicher Verwaltung beeinflußt. Immer wieder versuchten einzelne Aghas (1) oder Scheichs (2), ihre Machtposition durch Loyalität gegenüber dem Osmanischen Reich zu festigen bzw. auszubauen. Solche Bündnisse waren jedoch eher Ausdruck kurzfristiger, machtpolitischer Erwägungen, als daß sie langfristig zu einer Änderung der kurdischen Gesellschaftsformationen geführt hätten. Versuche des Osmanischen Reiches, loyale kurdische Aghas als Verwaltungsbeamte einzusetzen, die dann über diese Interessensverflechtung zu Großgrundbesitzern wurden, scheiterten auch oft daran, daß solche Konstellationen ein Machtvakuum schufen, das die Institutionen des Osmanischen Reiches auszufüllen nicht in der Lage waren.

Die Inhaber von Machtpositionen innerhalb der kurdischen Gesellschaft waren die Aghas und die Scheichs. Zwar beuteten diese ihre Untertanen mittels Abgaben und Arbeitsdiensten ökonomisch aus, andererseits aber waren sie zum Schutz der Gemeinschaft, in deren Besitz das Land war, verpflichtet. In diese Verbindung von Funktionen seitens des Zentralstaates eine Bresche zu schlagen, gelang deshalb nur in geringem Ausmaß, weil die Untertanen dann ihrem Agha die Loyalität verweigerten. Damit verlor er das, was ihn wichtig gemacht hatte: seine Machtposition.

Ein Gegenbeispiel aus früheren Zeiten ist der zu Beginn des 19. Jhdt. eingesetzte Gouverneur von Arbil, ein Agha der Dizeyi (3), dessen Untertanen eine halbnomadische Wirtschaftsstruktur besaßen. Ihm gelang es aufgrund seiner Eigenschaft als Gouverneur, sich in der fruchtbaren Ebene von Arbil viel Land anzueignen und die dort ansässige, seßhafte Bevölkerung seiner Herrschaft zu unterstellen (Bruinessen 1989, S. 118). Die Aghas der Dizeyi konnten im Laufe der Zeit mehr als die Hälfte der Ebene von Arbil ihren Grundbesitz nennen. Gesichert wurde dieser durch das gemeinsame Interesse mit der osmanischen Verwaltung und später sowohl mit der englischen Mandatsmacht wie mit der irakischen Monarchie - legalisiert durch Landtitel, durchgesetzt mit Hilfe des Staatsapparates. In den frühen 50er Jahren kam es zu massiven Bauernrevolten in der Ebene von Arbil.

Im April 1920 wurden England die Provinzen Basra und Bagdad, 1925 auch die (kurdische) Provinz Mosul unterstellt. Bereits zu Beginn des 1. Weltkrieges belief sich der englische Anteil am Gesamthandelsvolumen des Irak und am Golf auf 75%. Aus dem Irak wurden hauptsächlich Getreide und Datteln exportiert. Entlang der Vormarschlinien der britischen Armee garantierten die Engländer den loyalen Aghas Ländereien, um ihre Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Schon im Jahre 1919 merkte der Revenue Commissioner an: "Wir

müssen anerkennen, daß es in erster Linie unsere Aufgabe ist, nicht denen Rechte zu gewähren, die sie nicht besitzen, sondern die Rechte derer zu sichern, die sie besitzen" (in: Sluglett/Sluglett 1991, S. 298).

Der Politik der englischen Verwaltung gelang es, die Interessen der Aghas mit denen des Staates zu verknüpfen. Dies führte besonders im Süden des heutigen Irak zur Bildung umfangreichen Großgrundbesitzes. Viele Aghas wurden als Regierungsbeamte eingesetzt, denen große Gebiete als persönlicher Besitz zugesprochen und entsprechend registriert wurde. Der Großgrundbesitz wurde (neben dem Erdöl) zu einer Grundlage der Wirtschaft bis 1958 (am 3. Oktober 1932 wurde der Irak offiziell unabhängig; die folgende Monarchie, die bis 1958 dauerte, war aber faktisch die Fortsetzung der Mandatszeit).

Der Prozeß der Bildung von Großgrundbesitz ging einher mit der Mechanisierung der Landwirtschaft. Von Bedeutung war die landwirtschaftliche Nutzung von Pumpen, verbunden mit einer befristeten Steuerfreiheit für mechanisch bewässerten Feldbau. Das Eigentum an Pumpen führte, bei ungeklärten Bodenrechten, faktisch zur Aneignung von Grundbesitz. Durch ein Gesetz von 1932, das Eigentumsrechte für diejenigen gewährte, die bereits 15 Jahre lang das Land bewirtschafteten, wurde dieser Grundbesitz legalisiert.

Viele der neuen Großgrundbesitzer zogen in die Städte. Die von ihnen abhängigen BäuerInnen, die für ihre Arbeit in Naturalien bezahlt wurden, bewirtschafteten das Land. Da die BäuerInnen weder Geräte noch Saatgut besaßen, mußten sie Kredite (meistens bei den Großgrundbesitzern) aufnehmen, was den Kreis ihrer Abhängigkeit schloß. 1957 gab es 600.000 ländliche Haushalte (die ländliche Bevölkerung betrug 3,8 Mio.), die 3,6% des kultivierten Landes besaßen. Im Gegensatz dazu besaßen 1% aller Grundbesitzer 1958 über 55% des gesamten Bodens (Sluglett/Sluglett 1991, S. 43). Die Großgrundbesitzer waren Teil des Verwaltungsapparates und damit der politischen Elite. So war auch das Parlament unter der Monarchie von denen dominiert, die das gesamte produktive Farmland kontrollierten und ein Interesse daran hatten, sich die Monopole über die landwirtschaftlichen Exporte zu bewahren.

Die Stärkung des Großgrundbesitzes im Zusammenhang mit der Stärkung der Position lokaler Machtinhaber seitens der englischen Verwaltung hatte natürlich auch Einfluß - wie am Beispiel der Dizeyi aufgezeigt - in der kurdischen Region, die seit dem 2. Weltkrieg die Kornkammer des Irak war. Wenn auch die oben beschriebene Entwicklung stärker im Süden des Irak zur Veränderung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse führte - auch eine Folge der geographischen Situation, da ein großer Teil Irakisch-Kurdistans aus unzugänglichen Gebirgszügen besteht - führte der Aufbau einer staatlichen Verwaltung unter britischer wie unter irakischer Regie immer wieder zur Konzentration von Macht in den Händen von loyalen, lokalen Machtinhabern (oder zumindest von denen, die es zu sein schienen). Erwähnt sei hier nur das Beispiel der Pijder (4): bereits andauernde Machtkämpfe unter lokalen Führern der Pijder nahmen ein ernsthaftes Ausmaß dadurch an, daß die englische Verwaltung einen der Konkurrenten 1918/19 als Gouverneur von Qala Dize einsetzte. Dies führte zu einer Spaltung der Pijder, verbunden mit der Einstellung für bzw. gegen die Regierung. Andererseits versuchten türkische Agenten, diese Spaltung für antibritische Propaganda zu nutzen. Sie hofften auf Unterstützung für ihre Absicht, das südliche Kurdistan der Türkei einzuverleiben (Bruinessen 1989, S. 114). Zusätzlich zu diesem Konflikt wurde im Laufe der Zeit noch ein weiterer Gegensatz innerhalb der Pijder immer deutlicher: der zwischen den Aghas und den BäuerInnen. Die Loyalitäten der BäuerInnen gegenüber den Aghas waren unterschiedlich: neben einer Gruppe von BäuerInnen, die sich unumschränkt ihrem Agha verpflichtet fühlte, gab es solche, die sich je nach der momentanen Stärke eines Aghas mal diesem, mal jenem anschloß. Und es gab die BäuerInnen, die sich gegen die Abhängigkeit von ihrem Agha und gegen die hohen Abgaben zur Wehr setzten. Als in den 50er Jahren der Landbesitz endgültig registriert wurde, kam es zu heftigen, rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen den Aghas und Teilen der BäuerInnen. Nicht nur in der Pijder-Region führten diese zu BäuerInnenaufständen. Das Land der Aghas wurde besetzt und diese vertrieben. Im gesamten Irak entstand eine breite Bewegung gegen die Grundherren.

In der Zeit kurz vor der Revolution von 1958 war der größte Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, die aber, größtenteils als Subsistenzproduktion, vom Binnenmarkt ausgeschlossen war. Die verarbeitende Industrie spielte eine unbedeutende Rolle, das private Kapital war eher in Handel, Großgrundbesitz, Spekulationen und Dienstleistungen angelegt. Der wichtigste Faktor der irakischen Wirtschaft war das Erdöl, das mit der übrigen Wirtschaft kaum verflochten und von dem das Land seit dem 2. Weltkrieg fast völlig abhängig war.

Die Landreform von 1958

Die Revolution von 1958, die von den verschiedensten Kräften der irakischen Bevölkerung sowie unterschiedlichen Gruppen aus Wirtschaft und Militär getragen wurde, stürzte die Monarchie. Die neue Regierung unter Qasim verabschiedete eine Landreform, die die unumschränkte Macht der Großgrundbesitzer brach.

Die Unterschiedlichkeit der Interessen, die am Anfang mit dem gemeinsamen Interesse nach nationaler Unabhängigkeit überdeckt werden konnte, führte in den folgenden Jahren immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen denen, die Machtpositionen für sich beanspruchten. Auf der anderen Seite hatte sich seit den 40er Jahren eine breite ArbeiterInnenbewegung, zum größten Teil organisiert in der 1934 gegründeten Kommunistischen Partei Irak (IKP), ebenso wie eine starke BäuerInnenbewegung gebildet. Beide Bewegungen verbanden mit dem Kampf um nationale Unabhängigkeit auch soziale Forderungen. Die IKP fand auch in der kurdischen Region breite Unterstützung, insbesondere bei den BäuerInnen in den Ebenen, die sich von der IKP mehr Durchsetzungskraft versprachen als von der seit den 30er Jahren agierenden kurdisch-nationalistischen Bewegung unter Mullah Mustafa Barzani. Da die kurdische Bewegung um Barzani nie in der Lage gewesen wäre, die offenen Ebenen militärisch zu halten, versprachen sie sich mehr von einer Landreform durch die Regierung in Bagdad.

Die Landreform legte eine Höchstgrenze für individuellen Landbesitz fest, der für bewässertes Gebiet 1.000 donum und für unbewässertes Land 2.000 donum betrug (vier donum sind 1 Hektar). Das beschlagnahmte Land sollte in Parzellen von 20-40 acres (1 Hektar sind 2,472 acres) an landlose Bauern verteilt und Genossenschaften gegründet werden (Sluglett/Sluglett 1991, S. 87). Neue, für die BäuerInnen günstigere Verträge wurden geschlossen, die die Beziehung zwischen Großgrundbesitzer und BäuerInnen regelten.

In der kurdischen Region des Irak fühlten sich die BäuerInnen durch diese Landreform ermutigt: Ländereien der Aghas wurden besetzt, die Abgaben verweigert und manche Großgrundbesitzer vertrieben, einige hingerichtet. Bei den Pijder kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen BäuerInnen und Aghas. Die Aghas flohen daraufhin in den Iran.

Diese Fakten dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die obere Grenze für Grundbesitz durchaus großzügig bemessen war. Der Staat hatte bis 1968 3,5 Mio. acres Land enteignet, was aber nur wenig mehr als die Hälfte des Gebietes umfaßte, das in der Landreform 1958 vorgesehen war. Von dieser Fläche waren nur 39% auch tatsächlich verteilt worden, das übrige Land blieb entweder in Staatshänden oder wurde an private Personen verpachtet. Die Verpachtung organisierte das Ministerium für Agrarreform, das zwischen 1964 und 1968 von sechs Ministern geleitet wurde - ein Ausdruck instabiler Verhältnisse und des Fehlens eines umfassenden "Entwicklungs"plans. Ein Anzeichen auf politischer Ebene für das Zögern der Regierung, den radikalen Forderungen der BäuerInnen nachzukommen, war, daß die Bauerngewerkschaft weiterhin verboten blieb, während am 25. Januar 1959 alle anderen Gewerkschaften legalisiert wurden. Die Kontrolle der BäuerInnenbewegung, die unter dem Einfluß der IKP stand, wurde im gleichen Jahr den Provinzgouverneuren übertragen. Diese Veränderungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft waren begleitet vom Absinken der Nahrungsmittelproduktion insgesamt - einem Prozeß, der, bedingt durch verschiedene Faktoren, bis heute anhält.

Noch wesentlicher ist es aber festzustellen, daß die Erhaltung des Privateigentums ein Bestandteil der irakischen Wirtschaftspolitik war. Sluglett/Sluglett schreiben in ihrem Buch "Der Irak seit 1958" in Bezug auf die Ölgesellschaften dazu: "In diesem Lichte müssen Qasims Angriffe auf die Ölgesellschaften, (...) als ‚Wiederinbesitznahme des Nationalvermögens` und nicht so sehr als ominöser Stützpfeiler eines ‚Sozialismus` gesehen werden" (1991, S. 89, Hervorhebung im Original).

Nach dem mißglückten Staatsstreich der Baath-Partei 1963, in dessen Zug sie mit grausamer Härte gegen Oppositionelle jeglicher Couleur vorging, übernahm Arif die Regierungskontrolle. Er wurde unterstützt von den Streitkräften, zuerst er und dann sein Bruder regierten bis 1968. In einer neuen Verfassung vom 14. Juli 1964, in der die Verstaatlichung von Banken, Versicherungen, sowie 32 großer Industrie- und Handelsfirmen festgelegt war, wurde ausdrücklich die "Unverletzlichkeit des Privateigentums " betont.

Ein Schlagwort der Revolution und der nachrevolutionären Regime war "Entwicklung", die durch staatliches Eingreifen in die Wirtschaft mittels zentraler Wirtschaftsplanung und Staatsinvestitionen stimuliert werden sollte.

In der kurdischen Region wurde das Aufflammen sozialer Gegensätze überlagert durch den entstehenden Konflikt zwischen kurdischen Nationalisten und der Regierung Qasim. Obwohl nach der Revolution 1958 die Rechte der KurdInnen im Irak verfassungsmäßig verankert wurden, war das Eingehen auf kurdische Interessen eher Ergebnis machtpolitischer Kalküle als tatsächlicher Bemühungen um gleichberechtigte Lebensbedingungen. Als im Sommer 1961 Kämpfe zwischen der Bewegung um Barzani und regierungstreuen kurdischen Gruppen ausbrachen, schlugen die Regierungstruppen zurück. Damit begann ein Guerilla-Krieg, der, unterbrochen durch Verhandlungen und von wechselnder Intensität, bis 1970 dauerte.

Für viele Aghas war diese Entwicklung, von sozialen Kämpfen hin zu einer nationalistischen Bewegung Anlaß, mit nationalistischen Parolen aus ihrem Exil zurückzukehren und ihre Machtpositionen wieder aufzubauen. Viele kämpften auch auf Regierungsseite gegen die kurdische Bewegung. In der Pijder-Region wurde das Land der Großgrundbesitzer von der Guerilla eingezogen und an die BäuerInnen verteilt. Mit dem Friedensschluß von 1970 kehrten allerdings die Aghas wieder auf ihr Land zurück, dessen Höchstgrenze in einer neuen Landreform 1970 festgelegt war. In anderen Gebieten Irakisch-Kurdistans veränderte sich dagegen für die BäuerInnen recht wenig: die Guerilla-Kommandanten zogen, anstelle der Abgaben für die Aghas, Steuer für die nationalistische Bewegung ein, die BäuerInnen mußten für "die Bewegung" unentgeldliche Arbeit leisten. So setzten sich alte Abhängigkeiten unter wechselnden Vorzeichen (und anderen Personen) fort.

Insgesamt waren die Jahre vor der Ergreifung der Regierungsmacht durch die Baath-Partei im Jahre 1968 geprägt von einer wirtschaftlichen Stagnation. Aufgrund der instabilen Situation floß viel Kapital ins Ausland ab, und ein staatliches Handelsbilanzdefizit ließ sich nur durch Öleinnahmen verhindern.

Eine wesentliche Folge der Landreform 1958, die zwar die Macht der Großgrundbesitzer einschränkte, das Privateigentum an Produktionsmitteln jedoch nicht grundlegend veränderte, war die Einbeziehung ländlicher Gebiete in den Binnenmarkt. Aber gerade dies verweist auf den privatwirtschaftlichen Sektor: der irakischen Regierung gelang es nicht (oder wollte es nicht gelingen), Institutionen für die Einrichtungen zu schaffen, die zuvor von den Großgrundbesitzern wahrgenommen wurden. So fehlte es an Verwaltungs- und Kreditinstitutionen, was die privatwirtschaftlichen Landeigentümer begünstigte, die Zugang zu Kapital, landwirtschaftlichen Geräten und v.a. zu mechanischen Bewässerungspumpen hatten - abgesehen davon, daß das fruchtbarste Land immer noch unter ihrer Kontrolle stand. Außerdem waren in der Landreform 1958 und in dem Gesetz von 1964 Entschädigungszahlungen der neuen Nutznießer an die alten Grundbesitzer verankert - eine zwar unpopuläre Maßnahme der Regierung, die jedoch den politischen Willen dieser deutlich aufzeigt.

Auf der anderen Seite standen viele landlose BäuerInnen, die kein Land erhielten und als Folge in die Städte abwanderten. Die Migration in die Städte - zwischen 1957 und 1970 wuchs die städtische Bevölkerung von 38,9% auf 57,8% (Sluglett/Sluglett 1991, S. 236) - war wohl der sichtbarste Maßstab für den "Erfolg" der Landreform.

Privatisierung

der Landwirtschaft

In zwei Staatsstreichen am 17. und 30. Juli 1968 übernahm die Baath-Partei die Macht im Irak. Die folgenden Jahre waren gekennzeichnet durch die Bemühungen, die Macht der Baath-Partei auszubauen. Mit einer Partei, in der persönliche Beziehungen, gemeinsame konfessionelle (d.h. sunnitische) und geographische Bindungen eine wesentlich größere Rolle spielten als ideologische bzw. politische Programme, gelang es den Baathisten, zu einer Macht zu werden, die das gesamte Leben im Irak kontrollierte.

Diese "Machtergreifung" innerhalb der irakischen Gesellschaft war begleitet von einer internen "Machtergreifung", bei der zuerst Ahmad Hasan al-Bakr und Saddam Hussein führende Positionen innerhalb der Baath-Partei erringen konnten - bis dann die irakische Bevölkerung ab 1979 der uneingeschränkten Macht Saddam Husseins ausgeliefert war und, mit Ausnahme der selbstverwalteten kurdischen Region, heute noch ist.

Im September 1968 erließ das neue Regime seine erste, vorläufige Verfassung, die den sogenannten Revolutionären Kommandorat (RKR), der ausschließlich aus Offizieren bestand, zum obersten exekutiven,

judikativen und legislativen Organ erklärte. Der Islam wurde zur Staatsreligion und der "Sozialismus" zur Grundlage der Wirtschaft erklärt. Letztere Bekundung diente jedoch eher dazu, große Teile der Bevölkerung und Teile der kommunistischen Opposition zu integrieren, als tatsächlich eine Änderung der Produktionsverhältnisse anzustreben.

In der Phase der Konsolidierung seiner Macht verfolgte das Baath-Regime gegenüber der Opposition eine Strategie von Verhandlungen und Terror. Um sich den Rücken im Kampf gegen die KommunistInnen freizuhalten, wurde am 11. März 1970 ein Manifest veröffentlicht, indem die "Legitimität der kurdischen Nationalität" von seiten der Regierung anerkannt wurde. Das wurde auch in die Verfassung von 1970 aufgenommen. Festgelegt war in diesem Manifest weiterhin, daß die Verwaltungseinheiten mit überwiegend kurdischer Bevölkerung vereinheitlicht werden sollten. Doch bereits 1972 kam es zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) unter Barzani und dem irakischen Regime, 1974 zum endgültigen Bruch. Der Zankapfel: die nicht dem "autonomen kurdischen Gebiet" eingegliederte Erdölstadt Kirkuk - eine Stadt, die bis heute die Belange kurdischer Politik bestimmt.

Die scheinbare Ruhe, die dem Manifest von 1970 folgte, veranlaßte einige kurdische Großgrundbesitzer, aus ihrem Exil im Iran zurückzukehren. Eine neue Agrarreform wurde im Mai 1970 erlassen, bei der die Größe der Parzellen in Relation zu Lage, Zugang zu Wasser und Fruchtbarkeit des Bodens gesetzt wurde. Ebenso wurden sämtliche Entschädigungszahlungen gestrichen. Bis 1975 wurden weitere 2,575 Mio. Hektar Land enteignet, wovon im selben Zeitraum 1,55 Mio. Hektar an 169.175 Personen verteilt wurden, der Rest sollte verpachtet werden. Die Anzahl der Personen, die Land gepachtet hatten, war 1975 nur geringfügig größer als die Anzahl derer, an die Land verteilt wurde, da die Enteignungen oft zügiger vorangingen als die Verteilung. Bis zum Ende des Jahres 1976, das den Schlußpunkt von Enteignungen und Landverteilungen bildete, wurden nochmals 1,9 Mio. Hektar Land an 235.559 Personen verteilt und 0,9 Mio. Hektar an 115.972 Personen verpachtet (Sluglett/Sluglett 1991, S. 253).

Trotz dieser Landreform war noch ein Großteil des Landes in Privatbesitz. Das Sinken der landwirtschaftlichen Produktion wurde durch die oft ungerechte Landverteilung ebenso verschärft wie durch die Migration in die Städte. Die MigrantInnen fanden dort meist Arbeit im öffentlichen Sektor, der stark expandierte. Mit dem Ausbau der öffentlichen Verwaltung und der Sicherheitsorgane hatte sich der Staat Institutionen geschaffen, mit denen er das gesamte private und öffentliche Leben seit Mitte der 70er Jahre fest in der Hand hatte. Andrerseits konnte er durch das Angebot von relativ gut bezahlten Arbeitsplätzen die Bevölkerung an das System binden. Finanziert über Erdöleinnahmen - das Erdöl wurde im Herbst 1972 nationalisiert - konnte die Baath-Regierung ein kostenloses Bildungs- und Gesundheitssystem anbieten, Grundnahrungsmittel subventionieren etc., kurz: ein Wohlfahrtssystem aufbauen, das einen Großteil der Bevölkerung befriedete und deren Kontrolle perfektionierte.

Außerdem hatte das Baath-Regime mit der Nationalisierung des Erdöls die Kontrolle über den wichtigsten Wirtschaftszweig. Mit der deutlichen Zunahme der Erdöl-Einnahmen in den 70er Jahren, die sich zwischen 1973 und 1978 verzehnfachten, wurde der Staat zum Hauptabnehmer von Waren und Dienstleistungen. Damit wurde der Binnenmarkt ausgeweitet und die Infrastruktur für Entwicklungsprojekte, meist ausgeführt von Privatfirmen, ausgebaut. Auch die Landwirtschaft sollte mit dem Aufbau von Kooperativen stärker in den öffentlichen Sektor einbezogen werden. Bis 1979 entstanden 1.979 lokale Kooperativen und die Anzahl der Staatsfarmen erhöhte sich von sechs im Jahre 1972 auf über 300 zwischen 1976-80 (Springborg 1987, S. 16). Allerdings teilten die BäuerInnen das Land oft unter sich auf und die Zusammenarbeit beschränkte sich auf die Arbeiten, die traditionell ohnehin gemeinsam ausgeführt wurden.

Auf die kurdische Region hatte diese Entwicklung kaum Einfluß. Zwischen 1970 und 1974 waren lediglich 7-12% der in den Entwicklungsfonds bereitgestellten Gelder für Südkurdistan, und von insgesamt 150 Industrieprojekten wurden vier in der kurdischen Region realisiert (Vanley 1984, S. 312). Nach dem Abkommen von Algier Anfang März 1975 zwischen Iran und Irak war Terror die Strategie des Baath-Regimes. Nach dieser Verständigung stoppte der Iran (und indirekt die USA) jegliche zuvor gewährleistete Unterstützung für Barzani. Für die kurdische Bewegung endete dies in einem Desaster. Das Baath-Regime begann schätzungsweise 250-300.000 KurdInnen entweder in Gebiete, die militärisch gut zu kontrollieren waren, oder in den Südirak zu deportieren. 1976/77 wurde entlang der Grenzen zur Türkei und Iran ein sogenannter "Sicherheitsgürtel" errichtet, der 20 km ins Landesinnere reichte und ein Gebiet von 20.000 qkm umfaßte. Die Menschen wurden in die ordegah, von Stacheldraht umgebene Sammelstädte entlang großer Straßen und in

den Ebenen, umgesiedelt und ihre Dörfer vollkommen zerstört. In den ordegah zur Untätigkeit verdammt, waren sie von staatlicher Versorgung abhängig.

Anfang 1977 wurden die Guerilla-Aktionen von der Kurdischen Bewegung wieder aufgenommen, in deren Reihen sich eine zweite Partei gebildet hatte: die Patriotische Union Kurdistans (PUK) unter Jelal Talabani. Mit der Entscheidung ebenfalls einen bewaffneten Kampf gegen das Baath-Regime zu führen, wurde 1979 die IKP zur dritten Kraft in Kurdistan.

Das irakische Regime hatte gegen Ende der 70er Jahre durch den Öl-Reichtum die gesamte Kontrolle über die Wirtschaft des Landes. In dem Fünf-Jahres-Plan von 1976-80 wurde die Selbstversorgung des Irak als Hauptziel benannt. Trotzdem stieg der Lebensmittelimport auf 1,4 Milliarden Dollar im Jahre 1980, bei Lebensmittelknappheit in der Bevölkerung. So ist es auch nicht verwunderlich, daß der neue Präsident des Irak, Saddam Hussein, dessen diktatorische Herrschaft am 16. Juli 1979 mit einer "Säuberung" in den eigenen Reihen begann, Propagandaveranstaltungen auf dem Lande durchführte und Verbesserung versprach. Diese Versprechungen drückten sich, zunächst zögernd, in der Zunahme von privatem Landbesitz aus - eine Entwicklung, die auch in anderen Wirtschaftsbereichen in denen der private Sektor steigende Bedeutung gewann. Eine Zahl, die den Rückgang der Staatsfarmen und der lokalen Kooperativen dokumentiert, verdeutlicht diesen Trend: gab es 1979 noch 77 Staatsfarmen, so ging ihre Zahl 1980 auf 33 zurück, 1983 waren es nur noch zehn. Die Anzahl der lokalen Kooperativen sank von 1.893 im Jahre 1980 auf 811 im Jahre 1983 (Springborg 1987, S. 16).

Dieser Prozeß spiegelte sich auch in Veränderungen im institutionellen Bereich wider. 1980 wurde das Higher Agricultural Council abgeschafft, womit Saddam Hussein die direkte Verbindung zwischen Partei und Bürokratie abschnitt und sich selbst an diese Stelle setzte. Regionale landwirtschaftliche Institutionen begannen, eine größere Rolle zu spielen. Es dauerte allerdings bis 1983, bis die Privatisierung gesetzmäßig wurde. Die Ursache für diese umfangreichen Reformen lag in dem 1980 beginnenden Krieg zwischen Irak und Iran. In den ersten beiden Kriegsjahren war die Versorgung der Bevölkerung noch gewährleistet, seit 1983 aber wurden Engpässe und Mängel spürbar. Ab 1984, begleitet von dem Sinken der Ölpreise, stiegen die Auslandsschulden des Irak, der irakische Dinar wurde abgewertet, und die Lebensmittelpreise stiegen.

Die neue Landreform (Gesetz 35) von 1983 legte fest, daß das Landwirtschaftsministerium an Einzelpersonen (ausdrücklich: Araber oder Iraker) oder an örtliche und arabische Firmen Land für 5-20 Jahre verpachten konnte, um Marktprodukte anzubauen. Eine Höchstgrenze für Land war in diesem Gesetz nicht mehr verankert, ganz im Gegenteil: nach Chaudhry (1991) war es nun verboten, Land unter 62,5 acres zu pachten. In regenreichen Gebieten wurde z.B. Land in der Größe von mehr als 1.000 donum verpachtet, und zwar unter dem Marktpreis. Ebenso wurde die Kontrolle über die Empfänger von Reformland vermindert, ein weiterer Grund für den Rückgang der Kooperativen. Dieses Gesetz beschleunigte die erneute Herausbildung von Großgrundbesitz (viele Familienmitglieder legten ihre Ländereien wieder zusammen), und eine neue Kreditpolitik bevorzugte ebenfalls die Landbesitzer. 1984 gab die Agricultural Cooperative Bank bekannt, daß in weniger regenreichen Gebieten 90% von Saatgut- und Düngemittelkosten finanziert werden. Durch Investitionserleichterungen wurde auch der umfangreiche Einsatz von Maschinen ermöglicht. Viele ehemalige Aghas konnten unter diesen Begünstigungen ihre Ländereien wieder in Besitz nehmen, in der Regel das fruchtbarste Land.

Im industriellen Bereich wurden mittels Regierungserlassen, die die private Kapitalakkumulation förderten (Aufhebung der Investitionsbeschränkungen, Steuerbegünstigungen, Subventionierung von Rohmaterialien, etc), ebenfalls Privatisierungsprogramme forciert.

In einem totalitären Regime wie dem Irak ist der Zugang zu Produktionsmitteln und Kapital gekoppelt mit der Parteinahme für das Regime Saddam Husseins. Mittlere und höhere Staatsbeamte und Parteifunktionäre konnten über die staatlichen Importgesellschaften Produktionsmittel erwerben und finanzierten diese über staatliche Kredite. Sie wurden Landbesitzer und erzielten hohe Gewinne aus Investitionen in landwirtschaftliche Großprojekte (auch in kapitalintensiven Branchen wie Hühnerfarmen, Molkereien etc.).

Die Verflechtung des öffentlichen mit dem privaten Sektor, die die unabdingbare staatliche Kontrolle der Wirtschaft in einem totalitären System garantiert, ließ eine neue Klasse von Geschäftsleuten entstehen: die contractors. Auch im kurdischen Nordirak, in der Jezira an der syrischen Grenze, produzierten viele

BäuerInnen in Zusammenarbeit mit den contractors, die für ihre Dienste 40-50% des Ertrags bekamen. Wenigen Bauern gelang es, selbst Traktoren zu erwerben und wohlhabend zu werden, wobei der Vorteil der städtischen Unternehmer darin lag, enger mit der Bürokratie verbunden zu sein.

Mit der Kommerzialisierung der Landwirtschaft wurde die Subsistenzproduktion zurückgedrängt oder - wie im Krieg der irakischen Armee gegen die kurdische und schiitische Opposition - vernichtet.

Vernichtung

der kurdischen Landwirtschaft

Während der Kriegsjahre wurden viele SchiitInnen, KommunistInnen und KurdInnen verhaftet und hingerichtet. 1983 wurden 8.000 KurdInnen verhaftet, von denen zwei Jahre später berichtet wurde, sie seien verschwunden. Im Gefängnis Abu Ghuraib wurden im Mai 1986 nach Augenzeugenberichten 4.000 politische Gefangene exekutiert. Diese Aufzählung des Grauens ließe sich fortsetzen.

In den 80er Jahren gelang es der kurdischen Guerilla, größere befreite Gebiete zu kontrollieren. Die sozialen Widersprüche innerhalb der kurdischen Bevölkerung kamen unter den Bedingungen des nationalen Befreiungskampfes kaum zum Tragen. Auch unterschieden sich die beiden großen Parteien PUK und KDP weniger in ihrem Bezug auf soziale Klassen - in beiden Parteien waren sowohl Aghas wie einfache BäuerInnen organisiert - als vielmehr nach regionalen Bezügen (traditionell ist die KDP stärker im Norden, die PUK im Süden der kurdischen Region vertreten).

Mit der zentralisierten Wirtschaftsstruktur war es der irakischen Regierung gelungen, auch die kurdischen Gebiete, die nicht von den kurdischen Peshmerga kontrolliert wurden, in völliger Abhängigkeit zu halten. Die Fabriken in der kurdischen Region (Tabak, Textil, Zement, Nahrungsmittelverarbeitung) waren sämtlich in Staatsbesitz. Aber selbst diese grundlegende Abhängigkeit stand in keinem Verhältnis zu dem, was mit zunehmenden Umsiedlungen erreicht werden sollte: die völlige Vernichtung der Subsistenz. Tausende von KurdInnen wurden in die ordegah zwangsumgesiedelt - bezeichnet als "Modernisierung" - ihre Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, der Viehbestand vernichtet, Obstbäume gefällt und Brunnen versiegelt. Und das zu einer Zeit, wo kriegsbedingt die Lebensmittel knapp wurden. Zwar wurde versucht, die "Kornkammer des Irak" mit Hilfe der Ansiedlung von AraberInnen produktiv zu halten, aber dies gelang nur in ungenügendem Unfang.

1987 wurde die völlige Vernichtung des kurdischen Widerstandes geplant, bürokratisiert und institutionalisiert. Hasan al-Majid wurde zum Vorsitzenden des nördlichen Büros der Baath-Partei ernannt und erhielt diktatorische Vollmachten; mittels einer Volkszählung wurde die "Zielgruppe" bestimmt. Es wurden "verbotene Zonen" eingerichtet, über die ein Wirtschaftsboykott verhängt und die BewohnerInnen für "vogelfrei" erklärt wurden. Der Verkauf von Agrarprodukten in diese Zonen war verboten und die Lebensmittelrationen auf ein Minimum beschränkt. In einer Offensive im Frühjahr 1987 wurden 700 Dörfer zerstört, wobei erstmals chemische Kampfstoffe gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wurden.

Diese Maßnahmen waren die Vorbereitung zu der im Frühjahr 1988 beginnenden "Anfal-Offensive", die das Ziel hatte, die kurdische Frage endgültig zu "lösen". Die Anfal-Offensive war aufgegliedert in acht Offensiven, die jeweils ein begrenztes Gebiet zum Ziel hatten und im Süden, in der Gegend um Sülemanya, begann. Die kurdische Region wurde von Süden her, den die als gefährlicher erachtete PUK dominierte, aufgerollt, und endete mit einer letzten Offensive auf dem Gebiet der KDP im Norden. Inzwischen hatte das irakische Regime, durch den am 20.8.1988 mit dem Iran geschlossenen Waffenstillstand, freie Hand.

Tausende Menschen starben infolge der z.T. mit Giftgas durchgeführten Angriffe oder durch Massenexekutionen. Die Dörfer wurden gesprengt und die Vernichtung der landwirtschaftlichen Strukturen durch das Legen von Minen endgültig besiegelt. Tausende Menschen flohen in den Iran oder sammelten sich an der türkischen Grenze. Noch heute gibt es schätzungsweise 180.000 "Verschwundene". Nach der Anfal-Offensive dauerten Verhaftungen und Exekutionen an. Noch im Mai/Juni 1989 wurden die EinwohnerInnen der Stadt Qala Dize zwangsumgesiedelt und die Stadt dem Erdboden gleichgemacht. Mit einer Amnestie wurden die Flüchtlinge aufgefordert, in den Irak zurückzukehren, wo die, die diesem Aufruf gefolgt sind, ebenfalls in den ordegah angesiedelt wurden - die Rückkehr in die Dörfer und die Betreibung von Landwirtschaft war unter Todesstrafe verboten.

Die Auswirkungen des Vernichtungskrieges gegen Südkurdistan und des ersten Golfkrieges auf die irakische Wirtschaft waren verheerend. Die Auslandsschulden stiegen auf 60-80 Mrd. Dollar an, die Ölanlagen wurden teilweise zerstört und der Irak mußte jährlich mind. drei Mrd. Dollar für Nahrungsmittelimporte (aus der Türkei und den USA) ausgeben. Um diese zu senken, verdoppelte die irakische Regierung 1989 die Produktionssubventionen für Weizen, Reis, Korn, Tabak und Gerste und senkte die Preise für Pacht bzw. Kauf von Staatsfarmen und Agrounternehmen. Ende des Jahres 1989 hatten große Getreide-Farmer mehr als 14 Mio. donum Land gepachtet, das waren mehr als 60% der landwirtschaftlichen Fläche (Chaudhry 1991, S. 15). Extra-Gewinne wurden durch Preissteigerungen und Wechselkursraten erzielt. Weiterhin durften die Produzenten ihre Produkte direkt an den Großhandel verkaufen. Um diese Privatisierungsmaßnahmen zu unterstützen, wurde die für den öffentlichen Sektor zuständige Gewerkschaft verboten. Die Bürokratie wurde durch die Aufgabe unrentabler Betriebe verkleinert, 47 staatliche Betriebe (v.a. Lebensmittel, Textilien, Baumaterialien) wurden privatisiert. Kleinbetriebe, Boutiquen, Hotels etc. gab es bereits seit den 80er Jahren in Privatbesitz.

Diese Privatisierungsprogramme, auf dem Gebiet der Landwirtschaft am umfangreichsten, schränkten jedoch die Rolle des Staates in der Wirtschaft nicht ein. Die Folgen dieser Maßnahmen waren eine hohe Inflation, Arbeitslosigkeit, Engpässe an Grundgütern und ein großer Schwarzmarkt. 1989/90 verweigerten die internationalen Banken dem irakischen Regime weitere Kredite.

Dessen ungeachtet konnte Saddam Hussein seine Machtposition weiter ausbauen. Sowohl den Genozid an der kurdischen Bevölkerung wie den langen, zermürbenden Krieg gegen den Iran ließ er als Siege feiern. Seine Macht gründet auf einem immensen Repressions- und Militärapparat, ausgebaut in den 80er Jahren, unterstützt mit Krediten und Materialhilfe von allen westlichen Regierungen.

Auf dem Hintergrund der Durchsetzung einer Ölpreiserhöhung marschierte das irakische Militär auf dem Weg zum zweiten Golfkrieg am 2. August 1990 in Kuwait ein. Auf die Annexion von Kuwait reagierte die UNO mit einem Handelsembargo, für dessen Aufhebung sich in jüngster Zeit die Anzeichen mehren.

Aufhebung des UN-Embargos?

Bei der Regierung in Bagdad gehen die Geschäftsmänner Westeuropas und Japans ein und aus. Die Profite aus der Zerstörung locken. Nur die USA steht einer Aufhebung des Embargos noch im Wege. Saddam Hussein läßt die irakische Bevölkerung bluten und sammelte seine Garde an der kuwaitischen Grenze, um Druck für die Aufhebung des UN-Embargos zu machen. Die Türkei dringt ebenso auf ein Ende des Embargos: Ende August hat die Türkei den LKW-Fahrern erlaubt, 1.500 l statt bisher 180 l Diesel aus Mosul in die Türkei einzuführen - ein offener Embargo-Bruch.

Der türkische Außenminister Mümtaz Soysal gab bekannt, daß er die Stationierung westlicher Kampfflugzeuge in Incirlik, die die Flugverbotszone im Nordirak überwachen, aufkündigen will. Die Schließung der Grenze zwischen der Türkei und dem Nordirak, die auf einem Treffen der Außenminister Syriens, des Iran und der Türkei am 21. August 1994 in Damaskus beschlossen wurde, wurde begründet mit dem Erhalt der "Integrität des Irak". JournalistInnen und VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen ist die Einreise nach Südkurdistan nicht gestattet, MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen müssen ein Visum beim türkischen Innenministerium beantragen.

Aber das Pochen auf die "Integrität des Irak" hat noch andere Hintergründe. Der International Iraqi Congress (INC) könnte für die USA zu einer Alternative zu Saddam Hussein werden. Der INC ist ein Bündnis aller irakischen Oppositionsparteien, mit Ausnahme der schiitischen Dawa, an dessen Spitze der Geschäftsmann Ahmed Celebi steht. Auf diesem Hintergrund ist das Beharren der Türkei, Syriens und des Iran auf der "Integrität des Irak" von besonderer Bedeutung: als Schützenhilfe für Saddam Hussein. Keiner dieser Staaten möchte die USA vor der Haustür - und keine selbstverwaltete kurdische Region.

Die Auswirkungen der Aufhebung des Embargos für Südkurdistan sind ambivalent: einerseits ist die Aufhebung die Grundvoraussetzung für eine selbständige ökonomische Entwicklung, andererseits wird damit die Position des Baath-Regimes bestärkt. Die Demokratische Partei Kurdistans, die aus den bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Patriotischen Union Kurdistans im Frühjahr dieses Jahres gestärkt hervorgegangen ist, könnte einem mit Bagdad ausgehandeltem Autonomie-Status zustimmen (5).

Wird die südkurdische Bevölkerung wieder zum Spielball internationaler Machtkämpfe? Viele KurdInnen antworteten auf die Frage nach einer Rückkehr Saddams: "Dann gehen wir wieder in die Berge. Es gibt kein Leben unter Saddam". Das wäre auch das Ende der selbstorganisierten Bewegungen, die sich inzwischen entlang sozialer und ökonomischer Widersprüche innerhalb der südkurdischen Gesellschaft gebildet haben - unter dem Banner des kurdischen Nationalismus.

Sabine Ott

Anmerkungen:

1) Inhaber gesellschaftlicher Macht aufgrund sozialer, ökonomischer und militärischer Prinzipien; verwandtschaftliche Beziehungen können relevant sein. Die Gleichsetzung "Agha" und "Großgrundbesitzer" ist von daher nicht korrekt, wird aber häufig, so auch in diesem Text, in diesem Verständnis verwendet (Einfluß aus Türkisch-Kurdistan, wo diese Gleichsetzung zutreffend ist).

2) Führungsposition aufgrund religiöser Prinzipien (in Kurdistan).

3) Dieser Gouverneur, Ehmed Pasa, stammte aus Dize, daher der Name. Seine Nachfahren kämpften um die Vorherrschaft über die Ebene von Arbil (um 1920 gab es vier rivalisierende Zweige der herrschenden Familie).

4) Die Pijder leben in der Gegend um Qala Dize. Jedes ihrer Dörfer hatte einen eigenen Agha, von denen keiner mit den DorfbewohnerInnen verwandt waren. Die Aghas dagegen gehörten alle einer Verwandtschaftsgruppe an.

5) Die Kämpfe der beiden großen Parteien Südkurdistans sind auch auf dem Hintergrund zu sehen, daß sich eine Partei als die alleinige Verhandlungspartnerin etablieren wollte.

Literatur:

Chauddhry, Kiren Aziz: On the Way to Market, in: Middle East Report, May-June 1991.

Bruinessen, M.M. van: Agha, Scheich und Staat, Berlin 1989.

Schmidt, Lissy: Wie teuer ist die Freiheit?,

Köln 1994.

Sluglett, Peter/Farouk-Sluglett, Marion: Der Irak seit 1958, Frankfurt 1991.

Springborg, Robert: Iraq's Agrarian Infitah, in: Middle East Report, March-April 1987.

Vanley, Ismet Sherif: Kurdistan in Irak, in: Chaliand, Gerard (Hg.): Kurdistan und die Kurden, Bd.1, Göttingen 1984.

15. Frieden mit der Ultrarechten? In Guatemala nehmen Regierung und Guerilla die Gespräche wieder auf

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:07

Nach monatelanger Funkstille trafen sich Regierung und Armee Guatemalas sowie die Befreiungsbewegung URNG Ende September, um über die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zu reden. Es ist weiterhin offen, ob die herrschenden Eliten Guatemalas bereit sind, der revolutionären Bewegung reale Zugeständnisse zu machen, um so den letzten bewaffneten Konflikt in Mittelamerika zu beenden. Außerdem stellt sich die Frage, ob das Parlament, das nach Neuwahlen vom Ex-Diktator Ríos Montt dominiert wird, einem Friedensabkommen zustimmen würde. Und: Ist es überhaupt möglich, daß die Linke Guatemalas mit den ultrarechten Machtgruppen des Landes einen modus vivendi aushandeln kann?

Die revolutionäre Linke

Wer ist "die Linke" in Guatemala und welche gesamtgesellschaftliche Bedeutung hat sie? Nehmen wir den regionalen Kontext als Maßstab: Die revolutionäre Bewegung Guatemalas ist sowohl militärisch als auch politisch deutlich schwächer als die "Befreiungsbewegung Farabundo Martí" (FMLN) im Nachbarland El Salvador. Die URNG ist etwa in der Hälfte des Landes mit Guerillakräften präsent. Sie konnte aber weder "befreite Gebiete" aufbauen, noch ist sie in der Hauptstadt zu schlagkräftigen Angriffen in der Lage. Andererseits beweisen ihre anhaltenden Aktionen, daß sie stark genug ist, um die Armee unter Druck zu halten. Die Armee scheiterte wiederholt bei ihren Versuchen, die Guerillabewegung militärisch niederzuschlagen. Die URNG arbeitet zudem in einer Reihe von legalen Massenbewegungen mit. Ihr Einfluß in diesen Bewegungen kann hier nicht im Einzelnen erörtert werden, da es für legal agierende Personen lebensgefährlich ist, mit der URNG in Verbindung gebracht zu werden.

Die "Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas" (URNG) ist, ähnlich wie die FMLN, ein Dachverband von vier organisatorisch und politisch jeweils autonomen Organisationen. Der URNG gehören die politisch-militärischen Organisationen "Guerillaheer der Armen" (EGP), "Organisation des Volkes in Waffen" (ORPA) und die "Rebellischen Streitkräfte (FAR) an. Dazu kommt die kommunistische Partei, die "Guatemaltekische Arbeiterpartei" (PGT), die über keine nennenswerten bewaffneten Verbände verfügt. Diese vier bauten eine gemeinsame Führungsstruktur auf, die Generalkommandantur der URNG, die seit 1985 funktioniert. Außerdem gibt es eine Reihe weiterer gemeinsamer Strukturen im militärischen und politischen Bereich.

Die vier Organisationen sind in unterschiedlichen geographischen Zonen des Landes aktiv, wenngleich es auch einige Gegenden gibt, hier ist insbesondere die Hauptstadt zu nennen, in denen mehrere Organisationen parallel tätig sind. Die Basis von EGP, ORPA, FAR und PGT ist nicht identisch. Während die "Guatemaltekische Arbeiterpartei" (PGT) ihre Schwerpunkte in der städtischen Gewerkschaftsbewegung und an der Universität hat, sind die FAR im rohstoffreichen Tieflanddschungel (Petén) sowie an der Südküste des Landes, der Agrarexportzone, stark. EGP und ORPA sind beides Organisationen, die vor allem in der indianischen Bevölkerungsmehrheit verwurzelt sind. In beiden beträgt der Anteil der Indígenas zwischen 60 und 80%. Beide haben multiethnische Guerillaverbände, die zum Teil von indianischen Offizieren geführt werden. Dies kann im Kontext Guatemalas als kulturrevolutionäres Element bewertet werden. Es bringt, wie viele andere konkrete Schritte auch, zum Ausdruck, daß die Linke tagtäglich gegen die Diskriminierung und rassistische Verachtung der indianischen Bevölkerungsmehrheit (65%) ankämpft und für gleiche Rechte für alle eintritt. Während die stärkste Organisation, das EGP, in weit abgelegenen, schwer zugänglichen und bitterarmen Berggebieten (v.a. Quiché, Huehuetenango, Alta Verapaz) die ärmsten der armen Indianer zusammenschließt, ist die ORPA im besser erschlossenen und wohlhabenderen zentralen Hochland aktiv. Die ORPA findet nicht nur in der mittellosen Landarbeiterschaft Rückhalt sondern auch bei kleinen Produzenten und Händlern.

Die revolutionäre Linke ist also in ganz unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verankert. Demzufolge sind auch die Anforderungen und Aufgaben sehr vielfältig und zum Teil widersprüchlich.

Die URNG hat im linken Spektrum bislang keine ernstzunehmende Konkurrenz. Es existiert zwar auf legaler Ebene eine sozialdemokratische Partei (PSD). Diese Tendenz ist jedoch trotz millionenschwerer Förderung durch die bundesdeutsche "Friedrich-Ebert-Stiftung" (FES) bisher vernachlässigenswert schwach. Die sozialdemokratische PSD hat, auch wenn ihr Vorsitzender Mario Solórzano einer der Vize-Vorsitzenden der "Sozialistischen Internationale" (SI) ist, kaum Chancen, ihrem Randgruppendasein zu entrinnen. Wie in Nicaragua und El Salvador dürfte sich eine erwähnenswerte sozialdemokratische Strömung erst nach Abschluß eines Friedensvertrages formieren. Und ähnlich wie in diesen Ländern wird sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aus einer sozialdemokratischen Minipartei sondern aus der Befreiungsbewegung heraus entwickeln.

Die Friedensverhandlungen

Regierung und Armee mußten sich nach dreißig Jahren Krieg im April 1991 erstmals zu ernsthaften Friedensgesprächen mit der Guerilla zusammensetzen. Dies bedeutete, daß nach der internationalen Diplomatie nun auch die lokalen Machthaber anerkannten, daß die URNG eine politische Kraft ist, mit der Arrangements gefunden werden müssen, weil sonst die politische Dauerkrise des Landes nicht zu überwinden ist. Das überraschend positive Resultat dieses Treffens war eine elf Punkte umfassende Tagesordnung, die alle wichtigen gesellschaftlichen Konfliktpunkte abdeckt. Diese sollten in einer Serie von nachfolgenden Unterredungen abgearbeitet und mit Abkommen abgeschlossen werden. In puncto Demokratisierung (Juni 1991) und Menschenrechten (August 1991) kam es zu zwei Übereinkünften. Diese erlangten jedoch keinerlei praktische Relevanz, weil die von beiden Konfliktparteien unterzeichneten abstrakten Formulierungen das konkrete Handeln von Regierung und Armee nicht positiv beeinflußten. Danach stagnierten die Verhandlungen. 1992 wurden sie auf Eis gelegt, weil die Regierung beim Punkt "Menschenrechte" konkrete Zusagen verweigerte.

Im Januar 1993 setzte der damalige Präsident Serrano Elías die bislang dynamischste Verhandlungsphase in Gang, die erst mit seinem Putschversuch und seiner nachfolgenden Entmachtung im Mai 1993 endete. Serrano Elías brachte die Guerilla mit einem geschickten Schachzug in schwere Bedrängnis. Er kündigte nämlich Zugeständnisse in den Bereichen Menschenrechte und internationale Überwachung des Friedensabkommens an. Er verlangte im Gegenzug, daß die Guerilla einem äußerst knappen Zeitrahmen für die restlichen Themen sowie einem im voraus verbindlich festgelegten Zeitpunkt für einen Waffenstillstand zustimmen müsse.

Damit gelang es der Regierung erstmals, der URNG den schwarzen Peter zuzuschieben. Denn die Guerilla steht um so schlechter da, je weniger Zeit bleibt, um über inhaltlichen Punkte der Agenda zu reden und möglichst konkrete und verbindlich formulierte Vereinbarungen abzuschließen. Diese aber betreffen die Ursachen des bewaffneten Konfliktes. Das wichtigste Faustpfand der URNG, das gewährleisten soll, daß auch über diese Punkte verhandelt wird, ist die Schlagkraft ihrer bewaffneten Verbände. Dieser Trumpf sticht jedoch nicht mehr, wenn sich die Linke zu einem Waffenstillstand verpflichten läßt, bevor es auch zu den restlichen Punkten der Tagesordnung detaillierte Abkommen gibt. Daß in El Salvador der Friedensvertrag nur unvollständig und mit zeitlichen Verzögerungen in die Praxis umgesetzt wird, hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß es der dortigen Regierung ebenfalls gelungen war, in den abschließenden Gesprächsphasen die Befreiungsbewegung unter Zeitdruck zu setzen und unpräzise Abmachungen und Formelkompromisse durchzudrücken.

Im Falle Guatemalas war die Guerilla im Frühjahr 1993 auf die abschüssige Bahn geraten. Sie ließ sich beinahe schon auf ein endgültiges Datum für eine Feuereinstellung festlegen, kam jedoch noch einmal mit einem blauen Auge davon. Im entscheidenden Moment weigerte sich nämlich die Armee die Bedingung dafür zu erfüllen und einem sofort vollziehbaren Menschenrechtsabkommen zuzustimmen. Die Guerilla konnte diesen Widerspruch nutzen und den Präsidenten als wortbrüchig an den Pranger stellen. Der im Mai 1993 von Serrano Elías inszenierte Präsidentenputsch, der von der Armee unterstützt wurde und nach einer Woche scheiterte, beendete diese für die Guerillabewegung ungünstige Phase der Friedensverhandlungen.

Frieden oder Befriedung?

Der neue Präsident Ramiro de León Carpio, in den von Seiten der internationalen Öffentlichkeit viele Hoffnungen gesetzt wurden, erwies sich schon nach wenigen Monaten als unfähig, die institutionelle und

politische Krise zu beenden. Mehrere Monate lang wurde das Land nur verwaltet und nicht regiert, weil der Präsident und das korrupte und gespaltene Parlament sich gegenseitig blockierten. Eine Volksabstimmung über (unwesentliche) Verfassungsänderungen wurde mit einer niederschmetternden Wahlenthaltung von 84% quittiert. Der Präsident forderte die URNG auf, die Waffen niederzulegen. Er sei lediglich bereit darüber zu reden, wie dies geschehen könne. Angesichts des institutionellen Durcheinanders und völlig realitätsfremder Regierungsverlautbarungen konnte die URNG wieder Tritt fassen. Präsident Ramiro de León Carpio, der zuvor als Menschenrechtsanwalt tätig war (noch früher arbeitete er für die rechtsradikale und mit den Todesschwadronen verflochtene Partei MLN), stimmte erst im Januar 1994 einer neuen Verhandlungsrunde mit der Guerilla zu. Bei dieser Gelegenheit wurde die Tagesordnung, die schon 1991 verabschiedet worden war, als weiter gültige Gesprächsgrundlage bestätigt. Daß sich die Regierungsseite darauf einließ, bedeutet, daß sie wieder zur Taktik des Vorjahres zurückkehrte, welche die Guerilla so sehr unter Druck zu setzen vermochte. Das Regime kam offenbar zu der Einsicht, daß die Befreiungsbewegung nicht mit unrealistischen Maximalforderungen (Waffenniederlegung) unter Zugzwang gebracht werden kann, sondern nur mit einer flexiblen Taktik, die als wesentliches Element zumindest auf der formalen Ebene gewisse Zugeständnisse von Staatsseite beeinhaltet.

Im März 1994 gelang der Regierung ein Überraschungscoup. Unter tatkräftiger Beteiligung des US-Troubleshooters Marrack Goulding und des französischen UN-Diplomaten Jean Arnault, die beide als UN-Repräsentanten fungierten, unterzeichneten die Kontrahenten ein "Globalabkommen über Menschenrechte", sowie ein Kalendarium über den Fortgang der Gespräche. Außerdem wurde festgelegt, daß die Einhaltung der Menschenrechte von einer UNO-Beobachtertruppe, der MINUGUA, überwacht werden soll. Laut Abkommen soll ab Mai jeden Monat ein weiteres Thema erledigt und mit einem Abkommen besiegelt werden, so daß im Dezember 1994 ein Friedensvertrag unterzeichnet werden könne. Wenn nötig, kann der Zeitrahmen in beiderseitigem Einvernehmen ausgedehnt werden.

Seit diesem Abkommen steht die Guerilla in der Pflicht. Sie hat zum ersten Mal ein Papier unterschrieben, das Fristen für ihre Entwaffnung vorsieht. Dies übt einen kaum zu überschätzenden Druck auf ihre Verhandlungsführung aus. Daß Regierung und Armee triumphieren, verwundert nicht. Die Massenbewegungen reagierten reserviert. Sie kritisieren erstens, daß die Guerilla die von ihnen geforderte Mitwirkung an den Friedensverhandlungen nicht ernst genug verlangt und durchgesetzt hat. Zweitens bemängeln sie vielerlei Details in den Abkommen, die in der Folge am 17. Juni zum Thema "Rückführung der Flüchtlinge" und am 23. Juni zur Bildung einer "Wahrheitskommission" ratifiziert wurden. Der Tenor ihrer Kritik: Die URNG hat sich über den Tisch ziehen lassen und unverbindliche Absichtserklärungen unterzeichnet, die in der Praxis nichts bringen und es der Regierung lediglich ermöglichen, sich international als friedenswillig zu präsentieren, ohne daß sich die alltägliche Realität in Guatemala zum Besseren wende.

In einem internen, bemerkenswert selbstkritischen Memorandum gab die URNG-Generalkommandantur zu, daß dies "sehr hohe politische Kosten" nach sich gezogen habe. Die "Wahrheitskommission" sei für viele "eine große Enttäuschung". In dem Papier ist auch die Rede davon, daß die URNG gegenüber den internationalen Pressionen "Schwächen zeigt". Dies hänge damit zusammen, daß die anderen "strategischen Faktoren - Militärisches, Massenarbeit und Politik" von der URNG nicht ebenso viele Impulse erhielten, wie die Verhandlungen.

Neueste Entwicklungen

Die Befreiungsbewegung hat augenscheinlich Konsequenzen aus ihrer Einschätzung gezogen. So nahm die Guerillatätigkeit in den letzten Wochen deutlich zu, wenngleich der Armee im August ein führender Kader, "Kommandant Martín" (URNG-FAR), in die Hände fiel. Die Guerilla verlor bei dieser Gelegenheit ein umfangreiches Waffenlager (u.a. 696 AK-47 Gewehre und 1 Million Schuß Munition, 23 M-79 Granatwerfer und 400 Granaten, 11 RPG-7 Raketenwerfer und 300 Raketen, 200 Handgranaten, 100 kg Sprengstoff), das dem Vernehmen nach für die Stadtguerilla bestimmt war.

Es kam auch zu einer Welle von Landbesetzungen, die von den Sicherheitskräften zum Teil unter Einsatz von Schußwaffen rückgängig gemacht wurden. Dabei starben mehrere Campesinos.

Was die festgefahrenen Friedensgespräche im engeren Sinne betrifft, so stellte die URNG der Regierung im Juli/August 1994 ein Ultimatum. Sie weigert sich so lange weiterzuverhandeln, bis die Regierung ihre

vertraglichen Vereinbarungen, die sie mit dem Menschenrechtsabkommen eingegangen ist, auch wirklich erfüllt. Im ersten Halbjahr 1994 haben nämlich die staatlichen Übergriffe gravierend zugenommen. So verzeichnete das erzbischöfliche Menschenrechtsbüro im ersten Halbjahr 1994 mindestens 166 "außergerichtliche Hinrichtungen" (im Vergleichszeitraum 1993: 70), 129 Attentate (1993: 128), 30 Fälle von "Verschwindenlassen" (1993: 18) etc., insgesamt 787 (1993: 689) Fälle von Menschenrechtsverletzungen.

Ob sich die Lage durch das 22-köpfige Vorauskommando der UNO-Überwachungskommission (MINUGUA) verbessert, das nach mehrmonatiger Verzögerung Ende September eintraf, muß sich erst noch erweisen. Zweifel sind angebracht.

Dazu kommt, daß die Parlamentswahlen vom 14. August die politische Unübersichtlichkeit vergrößerten. Abgesehen davon, daß die Abgeordneten ohnehin nur etwas mehr als ein Jahr im Amt sein werden - Ende 1995 sollen der Präsident und das Parlament neu gewählt werden -, verkompliziert deren Ergebnis die politische Szenerie. Denn bei einer bislang einzigartig hohen Wahlenthaltung von 79%, - nur 731.000 Stimmen wurden überhaupt abgegeben, davon waren 89.000 ungültig - mauserte sich die rechtsradikale "Guatemaltekische Republikanische Front" (FRG) des ehemaligen Militärdiktators Ríos Montt zur weitaus stärksten Partei (33 Sitze; 207.000 Stimmen). Die konservativen und zentristischen Parteien wurden durch die Bank schwer gerupft. Die bisher staatstragenden Parteien UCN (8 Sitze, 57.000 Stimmen), PAN (23 Sitze, 162 000 Stimmen) und Christdemokratie DCG (13 Sitze, 78.000 Stimmen) haben zusammen zwar noch die Parlamentsmehrheit inne. Sie sind jedoch untereinander zerstritten und haben, dies gilt insbesondere für die jahrelang von der "Konrad-Adenauer-Stiftung" (KAS) mit viel Geld und Personaleinsatz mühevoll aufgepäppelte Christdemokratie, beinahe jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Die sozialdemokratische PSD gewann keinen Sitz und bleibt bedeutungslos. Unter dem Strich ging die demokratiefeindliche Rechte, die ihre Anhängerschaft mobilisieren konnte, als Wahlsiegerin hervor. Ihr Führer ist eindeutig der Ex-General Ríos Montt. Die Frage ist, ob er, der 1982/83 für die völkermörderische Variante der Aufstandsbekämpfung persönlich verantwortlich war, zu einer Verständigung mit der Guerilla bereit ist. Und: Darf sich die URNG auf vertragliche Abmachungen mit ihm einlassen - denn seine "Guatemaltekische Republikanische Front" (FRG) muß im Parlament einem möglichen Friedensvertrag zustimmen - und kann sie es wagen, die Waffen niederzulegen? Oder droht ihr in dem Moment, in dem sie sich und die sie unterstützenden Bevölkerungsteile nicht mehr verteidigen kann, durch Ríos Montt und der Armeefraktion, die auf seiner Seite steht, die Auslöschung? Diese entscheidende Frage dürfte auch innerhalb der Guerillabewegung kontrovers diskutiert werden.

Al., Nürnberg

Unter dem Titel "Guatemala. Lautloser Aufstand im Land der Maya" erschien vor wenigen Wochen im ISP-Verlag ein Buch über Guatemala. Neben Reportagen und Gesprächen mit Rigoberta Menchú sowie den wichtigsten Guerillachefs ist unter dem Titel "Lieben heißt sterben - Der Ruf nach dem starken Mann" auch ein Interview mit Ríos Montt enthalten.

Albert Sterr, Guatemala. Lautloser Aufstand im Land der Maya, ISP-Verlag (Köln) 1994, 287 S., DM 36.-. ISBN 3-929008-72-6

16. Die Alternative zur Finanzoligarchie. Interview mit Adolfo Gilly, Mexiko

Interview mit Adolfo Gilly über die Gewalt der Herrschenden und die intellektuelle Vitalität der subalternen Klassen Mexikos

Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:21

Interview mit Adolfo Gilly über die Gewalt der Herrschenden und

die intellektuelle Vitalität der subalternen Klassen Mexikos

Der gebürtige Argentinier Adolfo Gilly, 1928 in Buenos Aires geboren, ist einer der herausragendsten linken Intellektuellen Mexikos. In den 60er Jahren wegen seines linksradikalen Engagements von der Regierung für sechs Jahre ins Gefängnis geworfen, schrieb er dort sein bedeutendstes Werk: "La Revolución Interrumpida", bis heute das marxistische Standardwerk über die mexikanische Revolution 1910-20. Seit 1979 ist er Professor für politische Wissenschaften an der Universidad Nacional Autónoma de México. Vor einigen Wochen erschien sein jüngstes Buch "El Cárdenismo - una utopia mexicana", eine Geschichte Mexikos der 30er Jahre. Gilly ist Mitglied der PRD (Partei der Demokratischen Revolution) und war im Wahlkampfteam von Cuauhtémoc Cárdenas. Er ist Herausgeber der unabhängigen marxistischen Zeitschrift "Vientos del Sur".

Das Interview wurde von Gilberto Conde und Juan Chicoy am 7.10.94 in Mexiko-Stadt geführt.

Frage: In einem deiner letzten Artikel schreibst du, das wichtigste Kennzeichen der Regierungszeit von Präsident Salinas, die im November zu Ende geht, ist ein Machtwechsel innerhalb der herrschenden Klasse ...

Gilly: Ich bezeichne die neue Gruppe an der Macht als Finanzoligarchie. Spätestens seit den 60er Jahren ist in diesem Land ein Kern von Finanzkapital herangewachsen, von dem ich glaube, daß er jetzt hegemonial innerhalb der herrschenden Klasse ist. Es ist diese Finanzoligarchie, die sich 1982-88 unter de la Madrid und speziell 1988-94 unter Salinas konsolidiert hat, die die absolute Kontrolle über die Führung dieses Landes an sich gerissen hat. Die PRI (Partei der institutionalisierten Revolution) ist eine Partei, die sich in der Vermittlung zwischen den herrschenden und den subalternen Klassen formiert hat. Sie ist eine Partei des Klientelismus, des Paternalismus, des Beschützens und Einschüchterns, sie ist eine Godfather(Paten)-Partei, eine Einheitspartei, die durch und durch mit dem Staat verschmolzen ist. Alle diese Charakteristika haben dazu beigetragen, daß sich der Übergang der Macht innerhalb der Partei, fast im Geheimen, ohne die geringste Intervention der "Beschützten" vollzogen hat.

Aber die neue Macht benötigt neue Formen der Vermittlung, um regieren zu können. Die neue Macht bedeutet eine enorme Konzentration des Kapitals, eine Unterordnung des Industriekapitals und des Agrarkapitals unter das Finanzkapital. Sie bedeutet eine neue Form der Vermittlung zwischen Regierenden und Regierten durch die Massenmedien, speziell das Fernsehen, das einen neuen, enormen Grad an Konzentration erreicht hat. Eine Konzentration der Machtmittel im Geheimen einerseits und eine Fragmentierung und Atomisierung der Regierten andererseits. Offensichtlich enthalten diese Methoden eine enorme Dosis Gewalt. Denn die neue Macht ist der Versuch, sämtliche untergeordneten Formen von Macht, die noch in den Händen der Gesellschaft verblieben sind, zu enteignen: Gewerkschaften, Vereine, ejidos, die Kultur. Die gesellschaftliche Organisierung ist in Mexiko sehr stark. Die Menschen denken in Begriffen der Gemeinschaft. Die Wahlkampflosung des Dr. Ernesto Zedillo, "Wohlstand für Deine Familie", faßt den Charakter der neuen Macht hervorragend zusammen. Schließe dich mit deiner Familie in deinem Haus ein, kümmere dich nicht darum, wenn man das Haus deiner Nachbarfamilie anzündet, weil sie Schwarze oder Juden sind ... Überlaß uns die Regelung aller Angelegenheiten, die über den Kreis deiner Familie hinausgehen ...

Die neue herrschende Gruppe hat sich also nicht aus der traditionellen Bourgeoisie, sondern in erster Linie im Staatsapparat selbst herausgebildet?

Man hat einige traditionelle Sektoren integriert, andere nicht, sondern sie sich einfach untergeordnet. Der Reichtum der 24 Dollarmilliardäre Mexikos rührt jedoch fast ausschließlich vom Gebrauch staatlicher Macht zur privaten Bereicherung her. Ich glaube, vor sechs Jahren gab es hier drei oder vier Dollarmilliardäre. Innerhalb der sechs Jahre unter Carlos Salinas sind es 24 geworden. D.h. in diesem Zeitraum haben

wenigstens 20 Leute mehr als 1.000 Millionen US-Dollar angehäuft, jeder einzelne, und einige drei, viertausend Millionen. Diese phantastische Akkumulation war überhaupt nur möglich erstens durch den Gebrauch einer staatlichen Macht, die völlig außerhalb jeder Kontrolle steht, zweitens durch das Fehlen jeglicher Transparenz in den Staatsfinanzen und drittens durch die Ausübung einer diffusen Gewalt gegen die Gesellschaft.

In den sechs Jahren von Salinas - die von seiner Regierung und der internationalen Öffentlichkeit als Übergang zur Demokratie gefeiert wurden - hat es mehr politische Morde gegeben als jemals zuvor, sowohl gegen Oppositionelle als auch innerhalb der herrschenden Klasse und ihres Apparats. Warum vollzieht sich die Transformation der Macht mittels eines solchen Ausmaßes an Gewalt?

Das ist die sichtbare Gewalt. Es gibt eine Gewalt, die unendlich größer ist als diese. Es handelt sich nicht nur um die Ermordeten. Es gibt jene, die vor Hunger sterben oder an leicht heilbaren Krankheiten. Es gibt jene, die aus Hoffnungslosigkeit sterben, weil sie die Arroganz der Macht nicht mehr ertragen. Es gibt eine geistige Gewalt. Die Präsenz der PRI und ihrer Ignoranten an der Macht ist eine permanente geistige Gewalt. Das Fernsehen ist eine permanente geistige Gewalt. Eine unendliche, vielschichtige und allseitige Gewalt. Aber ohne diese Gewalt ist eine solche Akkumulation eben nicht möglich. Diese Gewalt steht zu großen Teilen völlig außerhalb des Gesetzes, und nicht zuletzt deshalb dehnt sie sich auch auf die Beziehungen innerhalb der herrschenden Klasse aus. Ein großer Teil dieser Gewalt spielt sich zwischen und innerhalb der unterschiedlichen Ebenen der Macht ab. Die Gewalt wächst zwischen ihnen selbst: Ich kenne genügend Fälle von Polizisten, die in den Knast gesteckt, gefoltert und ermordet wurden, weil sie Gesetzesverletzungen ihrer Vorgesetzten gemeldet haben.

Allerdings glaube ich nicht, daß diese Gewalt etwas ausschließlich Mexikanisches ist: Vielmehr scheint sie ein Kennzeichen unserer Periode zu sein, des Kapitalismus der Finanzoligarchien.

Aber inmitten dieser Gewalt wächst in den subalternen Klassen, in der Gesellschaft, eine demokratische, intellektuelle Vitalität wie nie zuvor. Es gibt ein Bewußtsein über die Verletzung der Rechte, das jeden Tag wächst. Es gibt einen Willen, sich gegen diese Gewalt zu organisieren, wenn er auch bislang seinen Weg noch nicht gefunden hat. Ehrlich gesagt, ich habe keine Ahnung, was sein Weg sein wird. Aber daß dieser Wille existiert, scheint mir unzweifelhaft angesichts der Existenz von Zeitungen wie "La Jornada" (liberale, linke Tageszeitung, gibt sich als Sprachrohr der oppositionellen Bewegung - J.Ch.), angesichts der Existenz einer Oppositionspartei wie der PRD (Partei der Demokratischen Revolution), bei allen archaischen Defekten, die diese Partei aufweist, angesichts der von der Zivilgesellschaft garantierten Existenz der Zapatisten, angesichts der Demokratischen Nationalkonvention (CND), angesichts der NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen), die sich zu einer viel wichtigeren Sache entwickelt haben als in anderen Ländern, weil es keine anderen Räume gab, im Kampf um die Wiedereroberung der Kommunikationsmedien. Und im wachsenden Bewußtsein, daß diese okkulte und absolute Macht erstens existiert, zweitens keine Legitimität besitzt und drittens illegal ist. Und diese drei Sachen sind sehr wichtig, denn die Macht möchte geheim sein und bleiben, möchte legitim sein, möchte legal sein. Aber die Leute wissen, daß jene, die die Aufträge erteilen, und jene, die die Funktionen bekleiden, nicht dieselben sind. Die immensen Anstrengungen für den Wahlbetrug haben nicht ausgereicht, der Macht Legitimität zu verschaffen.

Die Vermittlung zwischen herrschender Klasse, Staat und subalternen Klassen wurde in der Vergangenheit vor allem durch die Gewerkschaften der Arbeiterklasse und der Bauernschaft realisiert. Die Gewerkschaften der ArbeiterInnen hatten - obwohl in den Staat inkorporiert - eine protagonistische Rolle in den sozialen Kämpfen, mit der Intention, den sozialen Pakt zu modifizieren. Seit den 80er Jahren ist das Gewicht der Arbeiterklasse in diesen Kämpfen stark zurückgegangen.

Der Machtwechsel ist eine absolut interne Sache der herrschenden Klasse. Das hat nichts zu tun mit der Rolle der Arbeiterklasse, von der ich übrigens glaube, daß sie in Mexiko selten eine protagonistische Rolle gespielt hat. Wenigstens seit den dreißiger Jahren haben sich die Gewerkschaften total dem Staat untergeordnet. Die PRI selbst ist ein Produkt der Unterordnung der Organisation der Arbeiter und Bauern unter den Staat. Diese Art der Beziehungen zwischen Arbeiten und Bauern und Staat wurde von der Bevölkerung akzeptiert. Es ist eine Art Tausch: politische Rechte gegen Protektion. Sie haben dadurch sogar viel erreicht.

Der Machtwechsel ist in erster Linie eine Folge von Veränderungen innerhalb der herrschenden Klasse selbst. Damit verbunden ist eine Destrukturierung größerer Teile der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Als Konsequenz dessen funktionieren die alten Mechanismen der PRI immer weniger. Man behält sie bei, weil es keinen fertigen Ersatz gibt und weil es einfacher ist, die alten in neue Formen umzuwandeln, als die alten abzuschaffen und neue zu implantieren. Man zieht es vor, das Bewußtsein in den alten, sinnentleerten Formen gefangenzuhalten, als zu riskieren, daß es sich unabhängig gegen die neuen Herrschaftsformen organisiert.

Aber die Rolle, die all diese Elemente im gegenwärtigen Übergang haben, erscheint mir sekundär. Und anstelle des vielbeschworenen Übergangs zur Demokratie haben wir einen Übergang zur Bestätigung einer Machtgruppe, die ich als Finanzoligarchie bezeichne.

Der Kampf gegen das System der Staatspartei ist in erster Linie ein Kampf um demokratische Rechte. In ihm spielen soziale Bewegungen, von denen die meisten erst in den letzten Jahren entstanden sind, eine wichtige Rolle. So die Bürgerbewegungen, das Movimiento Urbano Popular, die unabhängigen Campesinoorganisationen. Wie schätzt du die Bedeutung dieser Bewegungen ein?

Ich glaube, diese Bewegungen sind in erster Linie defensive, legitime Forderungen erhebende Bewegungen, die aus dem Vakuum, das die Zersetzung der alten Organisationen hinterläßt, entstehen. In diesem Vakuum suchen die Leute nach anderen Formen, um ihre Rechte zu verteidigen. Ich habe keine Ahnung, ob diese Bewegungen ein Übergangs- oder ein bleibendes Phänomen sind. Aber ich glaube nicht, daß sie eine Vision des Allgemeinen, Universellen entwickeln werden, wie das zu ihrer Zeit die Arbeiterbewegung, wie es sogar die Bauernrevolution, der Zapatismus, erreicht hatten. Der Zapatismus, der nicht nur eine Bauernrevolution war, der eine Verbindung von radikalem Liberalismus, Anarchismus und Sozialismus darstellte, strebte eine Vision des Allgemeinen an. Die neueren sozialen Bewegungen scheinen mir bislang nicht willens und fähig zu sein, der Monopolisierung, Usurpation des Allgemeinen durch die Finanzoligarchie eine andere Vision des Allgemeinen entgegenzusetzen.

Weil sie zu sehr marginalisiert sind?

Schau mal, das Movimiento Urbano Popular, so wichtig es sein mag, ist eine der am leichtesten kontrollierbaren Bewegungen, und zwar mittels der alten Verhandlungsmethoden der PRI. Die neue Macht benutzt die alten Methoden weiterhin, um soziale Bewegungen zu fragmentieren und zu partikularisieren. Die Bewegung der städtischen Unterklassen könnte z.B. ziemlich gut in das Konzept von "Wohlergehen für deine Familie" eingepaßt werden. Forderungen aufwerfen, die äußerst elementar, äußerst begrenzt und äußerst legitim sind - aber völlig unfähig, eine allgemeine Alternative zu entwickeln.

Im Gegensatz dazu schau dir die erste Proklamation der Zapatisten an: eine der Sachen, die am meisten zu ihrem Erfolg beigetragen hat - so elementar sie auf den ersten Blick erscheinen mag - war zu sagen, wir entfalten unsere Fahne als die Fahne einer totalen Alternative zu den Methoden, zur Infamie der herrschenden Macht. Diese symbolische Angelegenheit war eines der Elemente, das ihnen am meisten Attraktivität verliehen hat, inmitten dieser Gesellschaft, die die Hoffnung auf eine Alternative zum Bestehenden schon aufgegeben hatte. Deshalb waren und sind die Anstrengungen der Regierung auch vor allem darauf gerichtet, die EZLN auf etwas Partikulares, Regionales zu reduzieren. Die Regierung hat ihnen vorgeschlagen, sich in eine legale politische Partei zu verwandeln, d.h. sich in die bestehende allgemeine Realität zu integrieren.

Bei keiner der übrigen neueren sozialen Bewegungen, so wichtig sie im einzelnen sein mögen, vermag ich einen Ansatz in Richtung Entwicklung einer Alternative zur Macht der Finanzoligarchie zu erkennen. Das Problem ist, wie kann man diese Machtgruppe mit etwas konfrontieren, daß äquivalent, alternativ und entgegengesetzt ist. Eine solche Kraft existiert bis jetzt nicht.

Es gab zumindest drei Versuche, ein allgemeines, alternatives Projekt zu formulieren: das der PRD, das der EZLN und - damit eng verbunden - der CND.

Die PRD ist ein wichtiges Resultat des Widerstands eines großen Teils der mexikanischen Gesellschaft gegen die Machtübernahme durch die Finanzoligarchie und ihre Methoden. Sie ist auch ein Resultat der demokratischen Bestrebungen eines großen Teils unserer Gesellschaft. Davon abgesehen ist die PRD eine äußerst heterogene Partei, in einigen Aspekten sehr fortgeschritten, in anderen furchtbar archaisch in ihrem Denken. Ihre Stärke wird sichtbar, wenn sich die Bewegung in der Offensive befindet, ihre Schwäche, wenn

die Bewegung zurückgeworfen ist auf ein Kräftegleichgewicht oder in die Defensive. Meiner Ansicht nach paralysiert und desorientiert die substantielle Heterogenität diese Partei. Ein Großteil ihres Denkens ist absolut nicht auf der Höhe der Aufgaben. Diese Partei hat keine Idee, wie sie mit diesem Problem umgehen soll. Sie hat es nicht fertiggebracht, eine Einschätzung der gegenwärtigen Etappe zu formulieren. Sie spricht nicht von der Finanzoligarchie, sondern formuliert ihre Strategie lediglich in Begriffen der demokratischen Reform. Das zeigt eine sehr große Schwäche dieser Partei.

Die CND war eine hervorragende Initiative der Zapatisten, um ihre Belagerung zu durchbrechen. Und sie haben erreicht, daß die CND zum Auslöser einer Reihe von Initiativen wurde, um die sukzessiven Belagerungsringe zu durchbrechen. Aber die CND ist weit davon entfernt, eine Alternative darzustellen, viel weiter noch als die PRD. Sie ist, wie die PRD, zu großen Teilen ein Konglomerat versprengter Überbleibsel der alten Linken, aber noch heterogener als diese. Und diese alte Linke hat absoluten Schiffbruch erlitten. Alle diese Linken stalinistischer Herkunft, gute Leute, die an den Sozialismus in einem Land glauben, oder letztendlich nicht einmal das, sondern an die Nation als Ziel an sich.

Als die Zapatisten dagegen die Nationalfahne als ihre Fahne erhoben haben, war das eine sehr elementare Art und Weise, ihren Anspruch auf eine allgemeine Alternative geltend zu machen. Ich weiß nicht, ob sie diesen Anspruch realisieren können, ich konstatiere nur ihre Bestrebung. Aber davon abgesehen ist die Situation der Zapatisten prekär und ihr Denken ist ebenfalls prekär. Ich will damit nicht sagen, daß es zurückgeblieben ist. Es enthält Elemente, Symbole der Vergangenheit, wie auch den Anspruch, eine neue allgemeine Alternative zu entwickeln. Das kann heute auch nicht anders sein.

Das ist der große Vorteil, den die neue Macht für sich nutzen konnte und kann, daß diese Aufgabe bisher durch die subalternen Klassen der Gesellschaft nicht gelöst ist. Und daß wir vor dieser Aufgabe stehen, ist meiner Meinung nach der entscheidende Punkt. Wenn wir meinen, die Aufgabe wäre gelöst durch die Einführung der Demokratie, eine Reform des Staates, die Durchführung sauberer Wahlen, würden wir vielleicht einige sehr wichtige Teilaufgaben lösen können, aber die Allgemeinheit würde weiter in den Händen der Finanzoligarchie verbleiben. Es handelt sich also um eine Aufgabe der theoretischen und politischen Neu-Erfindung und Rekonstruktion, die gleiche, vor der die linke, die sozialistische Bewegung in Europa, den USA und in der ganzen Welt steht. Es ist eine Fortsetzung des Problems, das sich der Marxismus, die revolutionärste Denkweise, die seit dem vergangenen Jahrhundert existiert, gestellt hat. Mit diesem Instrumentarium können wir rechnen. Deshalb bringen wir unsere Zeitschrift "Vientos de Sur" heraus, um ein Schräubchen mehr zu dieser Rekonstruktion beizutragen. Keine der heute existierenden Organisationen entspricht meiner Ansicht nach den Anforderungen, die der Machtwechsel in die Hände der Finanzoligarchie aufwirft. Und der erste Schritt, um eine solche Alternative entwickeln zu können, ist, diese Realität zu verstehen.

17. Fernando Henrique Cardoso: Vom Dependenztheoretiker zum Präsidenten Brasiliens

Autor: tof · Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:06

Die Präsidentschaftswahlen in Brasilien wurden, wie es die letzten Umfragen vorausgesagt hatten, bereits im ersten Durchgang am 3. Oktober entschieden. Fernando Henrique Cardoso, Kandidat eines Mitte-Rechts-Bündnisses, holte 55% der gültigen Stimmen und ließ damit seinen einzig ernsthaften Konkurrenten, den Gewerkschaftsführer Inácio Lula da Silva weit hinter sich. Lula konnte 27% der Stimmen auf sich vereinigen. Damit ist eine der hoffnungsvollsten Kandidaturen der Linken in Lateinamerika zumindest an den Urnen gescheitert.

Noch bis Anfang Juli hatte es nach einem sicheren Sieg des Kandidaten der Arbeiterpartei (Partido do Trabalhadores - PT) ausgesehen. Lula führte die Umfragen mit etwa 40% einsam und alleine an. Schon 1989 war Lula nur hauchdünn im zweiten Wahlgang gegen den Demagogen Collor gescheitert. Collor trat 1992 von seinem Amt zurück, als eine Amtsenthebung wegen Korruption unabwendbar war. 1994 erschien Lula vielen als gleichsam natürlicher Anwärter auf den Präsidentschaftsposten. Das politische Establishment wurde von haarsträubenden Korruptionsskandalen erschüttert, das eh schon geringe Ansehen der Politiker war auf einen Tiefpunkt gesunken. Zudem erreichte im Juni diesen Jahres die Inflation 45% im Monat. Die PT und Lula erschienen als die einzig reale Alternative zum Inflations- und Korruptionssumpf. Lula konnte ein weites Potential von Proteststimmen auf sich vereinigen und verkörperte Hoffnung auf soziale Reformen.

In dieser Situation hatte das rechte Lager die größte Mühe, einen "Anti-Lula" aufzubauen, einen Kandidaten, der reale Aussichten hatte, die Wahl zu gewinnen. Wie kam es nun zu der atemberaubenden Wende? Zunächst, der Kandidat kam aus der Partei, die in den zweifelhaften politischen Zuordnungen den linken Platz im bürgerlichen Lager innehatte, und die ebenfalls relativ ungeschoren aus den Korruptionsskandalen hervorgegangen war. Die Partei Cardosos, die PSDB, sieht sich gerne als die sozialdemokratische Partei Brasiliens. 1988 gegründet als Abspaltung von der damaligen Regierungspartei PMDB, versuchte sie deren historischen Kern zu retten, das heißt vor allem die Politiker zu vereinigen, die vorher in der Opposition zum Militärregime gestanden hatten. Cardoso ist ein typischer Vertreter dieser "Historicos". In den sechziger Jahren war er einer der bekanntesten Verkünder der Dependenztheorie, verteidigte den Marxismus und wurde von den Militärs zwangspensioniert. Wie viele Linke fand er einen Unterschlupf in der legalen Oppositionspartei und arbeitet an einem mit internationalen Geldern geförderten Forschungsinstitut.

Die PSDB entwickelte sich allerdings kaum zu einer sozialdemokratischen Partei - ihr fehlt jeglicher Rückhalt in der Arbeiterbewegung -, sondern eher zu einem Sprachrohr der aufgeklärten Mittelschicht und des "modernen" Unternehmertums. Sie ist die Partei, die am konsequentesten die Modernisierung des brasilianischen Kapitalismus auf ihre Fahnen geschrieben hat, sozusagen die ideologischste Partei des bürgerlichen Lagers. Zügige Privatisierung und Öffnung für den Weltmarkt sind die keineswegs allzu originellen Hauptachsen dieses Programms. Denn obwohl die bürgerliche Politik spätestens seit 1988 dieses Programm fast unisono verkündet, ist die Herstellung neoliberaler Normalzustände in Brasilien bisher nicht vorangekommen. Das lag zum einen an der Zersplitterung der politischen Kräfte, zum anderen an dem Widerstand des öffentlichen Sektors und der von Importliberalisierung bedrohten Industrie. Tatsächlich fahren bis heute auf den Straßen des Landes fast nur im Land hergestellte Autos, noch vor vier Jahren waren importierte PKW gar nicht zu sehen. Die Militärs hatten ein auf Importsubstitution ausgerichtetes Entwicklungsmodell ausgebaut, das aber inzwischen offensichtlich an seine Grenzen gestoßen war. Noch 1984 hatte Brasilien versucht, durch ein strenges Importverbot eine eigene Computerindustrie aufzubauen - das Ergebnis war ein Fiasko.

Die PSDB profilierte sich nun als die Partei, die am radikalsten und schnellsten mit diesem Modell brechen und Brasilien einen "kapitalistischen Schock" verordnen will. Weltmarktöffnung soll die Modernisierung der eigenen Industrie fördern, Oligopole aufbrechen und die Preise senken. In Brasilien inkorporierte sie am konsequentesten die neoliberalen Grundauffassungen, den "Konsens von Washington". Zugleich hat sie die Reform des Staatsapparates auf ihre Fahnen geschrieben, wobei sie allerdings keiner simplizistischen Minimierung des Staates das Wort redet. In dem einzigen Bundesstaat Brasiliens, in dem sie seit zwei Legislaturperioden regiert, hat sie es tatsächlich geschafft, den Staatsapparat effizienter zu gestalten und

dabei ein Gesundheitsprogramm zu lancieren, das die Kindersterblichkeit deutlich senkte und von der UNESCO prämiiert wurde.

Dennoch, mit ihrem neoliberalen Programm plus sozialen Beigaben (aber wer verspricht die heute nicht?) war in den letzten Wahlen für die PSDB und ihre Kandidaten nicht allzuviel zu holen. Trotz allgemein unterstellter intellektueller Redlichkeit schienen also die Aussichten für Cardoso, der Anti-Lula zu werden, gering. Etwas Handfesteres als Versprechungen, denen keiner mehr glaubt, mußte her.

Seine Chance erhielt Cardoso und mit ihm die PSDB, als der bis dahin recht glücklos operierende Präsident Itamar Franco ihn im letzten Jahr vom Außen- ins Wirtschaftsministerium beförderte. Als Cardoso im April von diesem Amt zurücktreten mußte, um seine Anwärterschaft auf das Präsidentenamt offiziell zu machen, hinterließ er einen ausgearbeiteten Stabilisierungsplan, der im Juli in seine entscheidende Phase trat.

Stabilisierungsplan

als Wahlhelfer

Am 1. Juli, mitten während der Fußball-WM, ersetzte eine neue Währung, der Real, den maroden Cruzeiro: Die Inflationsrate war im Juni auf 45% im Monat angestiegen. Nun sind Währungsreformen keine Neuigkeit in Brasilien. Der Real ist die siebte Währung Brasiliens seit 1987! Dieses Mal wurden allerdings nicht nur lediglich drei Nullen gestrichen und der Name geändert. Die neue Währung ist an den US-Dollar gekoppelt, die Zentralbank garantiert, daß ein Real nicht weniger wert sein kann als ein Dollar. Diese Umstellung einer Wirtschaft, die weit weniger "dollarisiert" war als etwa die argentinische vor einer ähnlichen Operation, war durch die Einführung einer Rechnungseinheit (ein URV = ein Dollar) vorbereitet worden. Damit sollen die BrasilianerInnen an ein neues und stabiles Preisniveau gewöhnt werden. Am 1. Juli dann wurde die, wie die brasilianische Presse behauptet, größte Währungsumstellung in der Geschichte der Menschheit eingeleitet. Innerhalb von nur zwei Wochen wurde die alte Währung aus dem Verkehr gezogen und durch die neuen "Reals" ersetzt. Insgesamt vollzog sich nach einigen Anfangsschwierigkeiten die Umstellung erstaunlich reibungslos.

Sinkende Inflation -

Steigende Popularität

Der Wirtschaftsplan hat in den von seinen Schöpfern vorgegebenen Koordinaten funktioniert. Praktisch alle Preise, mit denen die NormalbürgerInnen alltäglich konfrontiert werden, sind seit Inkrafttreten der neuen Währung stabil geblieben, einige (Brot, Reis) sogar gesunken. Währungsstabilität ohne Preisstop, das ist schon ein kleines Wunder in Brasilien. Allerdings wurden die Preise in der Regel auf einem sehr hohen Niveau in den Real umgewandelt, während für die Löhne ein Mittelwert von vier Monaten zugrundegelegt wurde. Am Anfang hielten sich die Klagen über hohe Preise und die Zufriedenheit mit der Stabilität die Waage. Begünstigt wurde der Plan durch einen international schwachen Dollar und steigende Kaffeepreise. Für viele überraschend fiel der Dollarkurs auf 0,85 Real, also weit unter die von der Zentralbank garantierte Parität. Diese griff dafür nicht einmal ein. Aufgrund des hohen internationalen Zinsniveaus besteht weiterhin eine hohe Nachfrage auch internationaler Anleger nach dem Real, die zu dem Verfall des Dollarkurses führte. Zudem explodierten die Börsenkurse, als sich der Aufstieg Cardosos in den Umfragen abzeichnete.

Der Plano Real erweist sich bisher als ein technisch recht solider Stabilisierungsplan ohne soziale Komponente. Er ist bewußt nicht mit Kaufkraftanstieg oder Lohnsteigerung verknüpft, um nicht durch eine "Konsumexplosion" die Preisstabilität zu gefährden. Auf der anderen Seite erweist er sich bisher als nicht rezessiv, das brasilianische Bruttosozialprodukt wird dieses Jahr wohl um 3-4% wachsen. Die Anpassung der Preise auf hohem Niveau dürfte für die unteren Einkommensgruppen durch den Wegfall der Inflationsverluste zumindest annähernd kompensiert werden, zumal der Mindestlohn zum 1. September von 64 auf 70 Real anstieg. Längerfristige Strukturschwierigkeiten, die vor allem mit dem Problem der internen Verschuldung zu tun haben, werden wohl erst im kommenden Jahr in aller Tragweite sichtbar werden. Auch ist zu fragen, wie lange eine Wirtschaft ein so hohes Realzinsniveau (etwa 20% pro Jahr) wie in Brasilien durchhalten kann. Hier bleibt Brasilien ein Sonderfall für eine entwickelte kapitalistische Ökonomie: Es ist eine Wirtschaft, die fast ohne Kredit funktioniert. Der Plan baut hier eher auf jahrelangen Anpassungsleistungen der Wirtschaft auf, als daß er Neues bietet.

Anfang Juli begann dann der unaufhaltsame Aufstieg Fernando Henrique Cardosos in den Umfragen. Im August zog er mit Lula gleich, und im September hatte er ihn bereits weit hinter sich gelassen. Die Kritik von links am Plan lief offensichtlich ins Leere. Zwar rechnete die PT vor, daß der Plan drastische Einkommensverluste bedeutet, aber offensichtlich war die Sache nicht so klar. Die Einkommenssituation hängt stark von den Abschlüssen in den einzelnen Branchen ab und gerade die besser organisierten Gewerkschaften erreichten offensichtlich Abschlüsse, die einen Lohneinbruch verhinderten. Die andere Hauptkritik an dem Plan war, daß er offensichtlich zu Wahlzwecken eingesetzt war. Schon einmal in jüngster Zeit hatte eine Regierung einen Wirtschaftsplan bis zu den Wahlen durchgehalten, der unmittelbar danach implodierte: 1987 der Plano Cruzado. Aber das soziale Gedächtnis ist wohl kurz, und so gelang es Cardoso, auch unterstützt durch den Gewinn der Fußballweltmeisterschaft, einen neuen Optimismus im Land zu verbreiten. Massiv protegiert durch die Massenmedien, allen voran der mächtige Privatfernsehsender Globo, predigte er eine neue Zuversicht, den Glauben, daß Brasilien doch noch eine Zukunft habe. "Er übermittelt die Idee des Sieges, der Größe, des Glücks und des Essens im Magen. Der andere (Lula) verkörpert die schmerzhaften Wunden, das Bild des Hungers. Lula ist hervorragend in seiner Analyse. Aber das Volk will keine Analysen hören. Es will Lösungen spüren, an die es glaubt." So charakterisiert der Politologe Gaudensio Torquato den Gegensatz zwischen Lula und FHC. Es scheint tatsächlich so, daß im Land des real existierenden Hungers die schwammige Idee eines neuen Aufschwungs eine ausreichende Grundlage gab, um einen Präsidenten zu wählen.

Die Lancierung des Plano Real ist wohl ein Lehrstück, wie bürgerliche Politik in einem Land mehrheitsfähig gemacht werden kann, in dem die Mehrheit der Bevölkerung von den Segnungen des Realkapitalismus ausgeschlossen ist. Eine Mischung aus Imagination und realer (zumindest kurzfristiger) Stabilisierung ließ Fernando Henrique zwar nicht als den großen Retter des Vaterlandes erscheinen (diese Figur hatte mit Collor Schiffbruch erlitten), aber als weisen und klugen Politiker, der das Land in eine bessere Zukunft führen kann und dem auf keinen Fall die Chance verwehrt werden darf, das angefangene Werk zu Ende zu führen. Die PT hatte offensichtlich die Wirkung des Planes unterschätzt und die Kraft der Anklage und des rationalen Argumentes überschätzt.

Bündnis mit der Rechten

Um die Umsetzung des Planes zu sichern und die notwendige politische Unterstützung für seine Kandidatur zu garantieren, schlossen Fernando Henrique und die PSDB ein Bündnis mit der PFL ("Partei der liberalen Front"), der zweitgrößten Partei Brasiliens, die sich im Prozeß des Übergangs zu einer zivilen Regierung 1984 aus einer Abspaltung der Partei der Militärs formiert hatte. Die PFL ist weniger eine politische Partei mit programmatischen Aussagen als ein Verein zur Sicherung des Zugangs zur Macht für die traditionellen Eliten des Landes. Sie vereinigt vor allem die Politiker, die es geschafft haben, seit der Militärdiktatur in allen Regierungen vertreten zu sein. Für die PFL war das Bündnis interessant, weil sie offensichtlich selbst keinen eigenen Kandidaten aufstellen konnte, der Aussichten hatte, Lula zu schlagen. Sie erwies sich damit als geschickter und flexibler als die anderen bürgerlichen Parteien, die mit ihren eigenen Kandidaturen Schiffbruch erlitten.

Das Bündnis mit der PFL sicherte Cardoso die häufigste Fernsehzeit aller Kandidaten und die Unterstützung in den wirtschaftlich und politisch rückständigsten Teilen des Landes. Gleichzeitig gefährdete sie aber auch die ideologischen Grundlagen seines Regierungsprojekts. Denn für die konsequente Durchsetzung einer kapitalistischen Modernisierung müßte die zukünftige Regierung auch mit den sektorellen und korporativistischen Interessen brechen, für deren Vertretung gerade die PFL steht. Es könnte also sein, daß das Bündnis, das die Wahl Cardosos gesichert hat, die Umsetzung des Modernisierungsprojektes gefährdet. So stand die PFL in den letzten Regierungen keineswegs für eine Verminderung des Staatsapparates, sondern für dessen klientilistische Funktionalisierung. Allerdings bekennen sich inzwischen die Führer der PFL eindeutig zu den neoliberalistischen Glaubenssätzen, weil sie wohl erkannt haben, daß es auf die Dauer schwierig ist, eine nationale Politik gänzlich ohne ideologisches Projekt zu verfolgen. Ob es sich dabei aber mehr um eine Fassade als um ein wirkliches Projekt handelt, wird die Zukunft zeigen müssen.

Fernando Henrique Cardoso hat viele Trümpfe in der Hand. Er ist mit einer großen Mehrheit gewählt, hat die volle Unterstützung von IWF und Weltbank und wird über eine solide politische Mehrheit verfügen. Seine Aufgabe ist es, in Brasilien kapitalistische Normalzustände herzustellen: Währungsstabilität, forcierte Weltmarktintegration und Privatisierungen. Die PSDB und ihr gewählter Präsident werden dabei nicht müde zu

beteuern, daß sie keineswegs neoliberale Hardliner sind: Brasilien brauche einen aktiven und effizienten Staat, um die soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen, wiederholt Cardoso in allen Interviews. Ob allerdings das Bündnis mit der PFL politischen Spielraum für auch nur vorsichtige soziale Reformen läßt, muß bezweifelt werden. Zumindest eine Agrarreform, die natürlich auch von der PSDB versprochen wird, ist mit der in der PFL organisierten Agraroligarchie nicht zu machen.

Die Niederlage der PT

und die Zukunft der Linken

Die geschickte Lancierung eines Stabilisierungsplanes vor den Wahlen war sicherlich der Hauptgrund für die Niederlage Lulas. Von der PT werden als weitere Ursachen angeführt:

- Die massive Unterstützung von Regierung und Massenmedien für Cardoso.

- Die Mobilisierung von Vorurteilen gegen Lula: Ein Metallarbeiter, Arbeitsmigrant, Sohn einer bitterarmen Familie, ohne Hochschulabschluß und administrative Erfahrungen, das sei kein Typ für das Präsidentenamt.

Bedenklich ist, daß es der PT nicht annähernd gelungen ist, das gesamte Potential von Proteststimmen zu mobilisieren. Die Zahl der ungültigen und leeren Stimmzettel wird sich auf etwa 20% belaufen, die Enthaltungen auf 15%, ein sehr hoher Anteil für ein Land, in dem strikte Wahlpflicht gilt. (Das offizielle Endergebnis stand auch eine Woche nach den Wahlen nicht fest!) Einen großen Anteil von Proteststimmen konnte auch der drittplazierte Kandidat auf sich vereinigen: Der erzreaktionäre Politclown É neas, der eine parteienunabhängige Einzelkandidatur bestritt, erreichte überraschende 7% der Stimmen und ließ damit alle anderen Kandidaten des bürgerlichen Lagers weit hinter sich. Neben zur Schau gestellter Skurrilität waren ein radikaler law-and-order-Diskurs sowie aggressive Anklagen gegen das politische System sein Markenzeichen. Von vielen WählerInnen wurde die PT offensichtlich schon als Teil des politischen Establishments gesehen.

Presse beschuldigt "Schiiten"

Natürlich werden auch bei der PT selbst die Ursachen für die Niederlage gesucht. Hier unterscheiden sich aber nun die Analysen je nach politischem Standort: Sieht der "rechte", "moderate" Flügel der Partei das Fiasko eher in einer fehlenden Bündnispolitik mit Teilen des bürgerlichen Lagers begründet, analysieren die Parteilinken, daß die Schwäche der PT gerade darin lag, die soziale Polarisierung im Land nicht politisch auszudrücken und umzusetzen. Für die Presse ist der Fall eh klar: Die "bösen Radikalen" (oder "Schiiten", wie sie hierzulande genannt werden), die die Partei beherrschen, haben eine größere Akzeptanz Lulas verhindert. Das Ausspielen des "guten" Lulas gegen die böse Partei war schon während des Wahlkampfes eines der Hauptthemen der Presse.

Tatsächlich sind derartige Zuweisungen so verkürzt wie die Berichterstattung der bundesdeutschen Presse über die Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen. Die PT ist eine komplexe, nicht einfach zu verstehende, pluralistische linke Partei. Auch die von deutschen Linken immer wieder gestellte Frage, ob denn die PT nun endgültig ins sozialdemokratische Fahrwasser geraten sei, provoziert schon die Simplifizierung. Die PT ist entstanden und gewachsen als eine Formierung jenseits und gegen sozialdemokratische und orthodox-kommunistische Strömungen, einen großen Einfluß hatten linkskatholische Gruppen. Die PT hat eine besondere brasilianische Geschichte, die nicht auf (europäische) Prokrustesbetten zurechtgestutzt werden sollte: Bis heute hat die PT das Recht, interne Tendenzen zu bilden, bewahrt. Sie ist ein Sammelbecken verschiedenster linker Strömungen, von mandelistischen Trotzkisten über Ökosozialisten bis hin zu sozialdemokratischen Reformaposteln. Und trotz aller Widersprüche ist die PT die politische Partei der vielfältigen sozialen Bewegungen in Brasilien.

In dieser Vielfalt lassen sich zwei Grundpositionen ausmachen: Für die Parteilinken ist die Figur des "Bruchs" zentral. Die Partei steht für den grundsätzlichen Bruch mit den hegemonialen Interessen in Brasilien und dem vom IWF aufoktroyierten neoliberalen Modell. Für die "Rechte" steht die Entwicklung einer reformerischen sozialen Kompetenz im Vordergrund. Die PT muß auf der Ebene, auf der sie bereits Macht ausübt (Bürgermeister), sich als konsequente Reformkraft beweisen, die neue Prioritäten in der Sozialpolitik setzen kann und damit den Staat von einem privatisierten Verteilungsmechanismus der Eliten in ein Verteidigungsinstrument der Unterprivilegierten transformiert. Die Unterscheidung zwischen Linken und Rechten in der Partei läßt leicht reale Debatten verschwinden. So sind viele der Parteilinken von einem

ungetrübten Orthodoxismus beherrscht, der es ihnen zum Beispiel auf dem letzten Parteitag leicht machte, die Forderung nach Entkriminalisierung der Abtreibung aus dem Programm zu streichen, leichter jedenfalls als vielen "Rechten", die feministische Positionen innerhalb der Partei verteidigen. Nach der Wahl wäre für die Partei sicherlich eine Diskussion über die Möglichkeiten (nach der Fixierung auf einen möglichen Präsidenten Lula) linker Politik in Brasilien ratsamer als gegenseitige Schuldzuweisungen.

Wahlerfolge der Linken

Löst man sich von den gescheiterten Hoffnungen beim Kampf um die Präsidentschaft, dann zeigt das Wahlergebnis auch positive Aspekte. Die PT wird die Anzahl ihrer Abgeordneten von 35 auf etwa 70 erhöhen, sie wird vier SenatorInnen wählen (bisher einer) und in drei Bundesstaaten sind ihre Kandidaten in die Stichwahl um den Gouverneursposten gelangt, in einem (Espiroto Santo) mit sehr guten Erfolgsaussichten. Bisher hat die PT noch nie einen Gouverneur gestellt. In den Senat wird mit Benedita da Silva eine ehemalige Hausangestellte einziehen. Daß eine schwarze Frau in Rio mit diesem sozialen Hintergrund in den Senat gewählt wird (jeder Bundesstaat wählte nur zwei SenatorInnen!) macht schon deutlich, wie die PT die politische Kultur Brasiliens beeinflussen kann.

Mit einer gestärkten Parlamentsfraktion steht die brasilianische Linke nun vor der Aufgabe, eine konsequente Oppositionspolitik gegen das neoliberale Modernisierungsprojekt zu organisieren. Daß Brasilien in Lateinamerika bisher einen Sonderfall darstellt, liegt nicht zuletzt an den starken sozialen Bewegungen. In Brasilien dominiert die der PT nahestehende Gewerkschaftsbewegung (zusammengeschlossen im Dachverband CUT), es gibt also durchaus ein organisiertes Widerstandspotential. Eine große Herausforderung hat die PT zwar erkannt, aber nicht gelöst: Ihre Stärke liegt im organisierten Sektor der Gesellschaft, in den Großbetrieben, im öffentlichen Dienst, in einem Sektor, der immer mehr seine Integrationskraft für die brasilianische Gesellschaft verliert. In den Kleinstbetrieben, im informellen Sektor, bei den Ausgegrenzten und Marginalisierten hat die Linke bisher wenig organisierende Kraft entwickelt. Nur wenn die Ausgeschlossenen politische Kraft gewinnen, wird sich ein wirksamer Widerstand organisieren.

tof

18. "Eine große Lähmung ist spürbar". Eindrücke aus Kuba. Interview mit Bert Hoffmann

Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:12

Die Unruhen vom 5. August und die folgende Massenflucht haben mit unerwarteter Schärfe die Krise der kubanischen Gesellschaft deutlich werden lassen. Bert Hoffmann, Kuba-Spezialist und langjähriges Redaktionsmitglied der Lateinamerika Nachrichten (LN) kehrte kürzlich von einem mehrwöchigen Aufenthalt aus Havanna zurück. Hinnerk Berlekamp sprach mit ihm über Stimmungslagen und Strategien von Staatsführung und Bevölkerung in Kuba.

Das Interview ist abgedruckt in den Lateinamerikanachrichten Nummer 243/244.

Hinnerk Berlekamp: An schlechten Nachrichten aus Kuba herrscht derzeit kein Mangel. Wo bleibt das Positive?

Bert Hoffmann: Wenigstens eine gute Neuigkeit habe ich mitgebracht: Zum ersten Mal seit einer halben Ewigkeit ist der Dollarkurs auf dem Schwarzmarkt nicht im Steigen, sondern er stagniert bei 1:80 bis 1:100. Das ist zwar noch immer katastrophal, für einen Monatslohn kann man ganze drei Dollar eintauschen, aber die Abwärtstendenz ist erstmals durchbrochen worden - ein Ergebnis der Sparprogramme und der Sanierungsmaßnahmen der Regierung. Nun ist fraglich, ob dieses psychologische Signal Bestand haben kann, wenn durch Clintons neueste Maßnahmen aus dem Ausland keine Dollars mehr überwiesen werden dürfen und entsprechend weniger Dollar in Kuba zirkulieren. Trotzdem: Der stabilere Wechselkurs ist ein bemerkenswerter Erfolg ...

... und gleichzeitig liefern sich am 5. August Polizei und DemonstrantInnen in Havanna die erste Straßenschlacht seit dem Sieg der Revolution. Ist die vielzitierte "letzte Stunde Castros" angebrochen?

Diese letzte Stunde Fidel Castros wird immer wieder beschworen und zieht sich seit Jahren endlos hin. Die Unruhen vom 5. August und die anschließende Massenflucht sind ganz sicher eine enorme Belastungsprobe für die Regierung in Havanna. Paradoxerweise haben sie aber kurzfristig eher zu einer Stabilisierung des Systems geführt.

Andererseits hat aber der 5. August die lange aufgestaute Unzufriedenheit der KubanerInnen in bisher nicht dagewesener Weise sichtbar gemacht. Ist er also doch eine Zäsur?

Auf jeden Fall markiert dieser Tag in Kuba politisch einen Bruch. Die Reaktionen auf den Aufruhr - vor allem die Massenflucht - haben das noch einmal unterstrichen. Außerdem gibt es mit dem 5. August jetzt zum ersten Mal ein Datum, von dem die Leute sprechen. Die "Ereignisse vom 5. August" haben sich als Begriff eingeprägt, das Datum ist in gewisser Weise zum Symbol geworden.

Ich habe den Eindruck, daß dieser 5. August aber auch einen Schock in der Bevölkerung hinterlassen hat, der sich in die Formel pressen läßt: Alles - aber bloß keine Gewalt, bloß keinen Bürgerkrieg.

Ja, die Unruhen waren ein Schock, und die Gesellschaft verdaut daran noch. Der 5. August hat gezeigt, was viele bisher nur ahnten: daß nämlich die latenten Konflikte in Kuba durchaus sehr gewaltsam ausgetragen werden können. Hinzu kommt, daß fast jedeR in der eigenen Familie Leute kennt, die bei einer Konfrontation wie der an jenem Freitag auf der einen und auf der anderen Seite stehen würden. Bisher funktionierte wunderbar diese Taktik, daß jede Familie möglichst ihren Draht zum Schwarzmarkt hatte und auch ihren Draht in die "offiziellen Systeme" wie etwa die Partei, und beides zusammen ergab eine Art Überlebensstrategie für die Familie. Jetzt aber haben sich diese verschiedenen Elemente zum Teil mit Knüppeln und Steinen gegenübergestanden.

Hat der 5. August die kubanische Gesellschaft polarisiert, hat er sie in zwei Lager gespalten?

Nein, vielmehr hat er die schon vorher vorhandene Spaltung deutlich gemacht und verfestigt. Noch ist es allerdings nicht soweit, daß sich die Menschen entscheiden müssen, auf welcher Seite sie stehen. Man geht zur Arbeit und, wenn die Massenorganisationen rufen, auch auf die Plaza; man wurstelt sich weiter durch. Was

am 5. August kurzzeitig sichtbar wurde, ist erst einmal wieder unter der Decke des Alltags verschwunden. Statt dessen ist eine große Lähmung spürbar.

Das Problem der Gewalt ist damit aber nicht vom Tisch.

Gerade für diejenigen, die auf mehr Toleranz in Kuba, auf eine wie auch immer geartete Öffnung oder Demokratisierung gesetzt haben, hat der 5. August eine erschreckende Erkenntnis gebracht: daß nämlich die Regierung auf die Sprache der Gewalt reagiert. Die Unruhen haben schlagartig zu einer deutlichen Änderung der Politik geführt. Sie waren der Auslöser dafür, daß die Grenzen geöffnet wurden. Sie haben auch - ähnlich wie die viel verstreuteren Ausschreitungen im August 1993 - zu einer sofortigen Aufhebung der Stromsperren zumindest im Zentrum von Havanna geführt. Wochenlang gab es ohne Unterbrechung Licht, zum erstenmal seit über einem Jahr sind wieder Fleischrationen verteilt worden. Auf den Gewaltausbruch von unten hat die Regierung mit der Peitsche, aber eben auch mit dem Zuckerbrot reagiert. Doch wenn man immer wieder Lektionen erhält, wie unwahrscheinlich wenig sich auf friedlichem Wege bewegen läßt in Kuba, ist diese Lehre, daß man mit Gewalt Dinge verändern kann, um so schrecklicher.

Machen sich die Castro-Gegner jetzt Hoffnungen, mit neuen Gewaltaktionen könnte die Regierung zu "kippen" sein?

Ich weiß es nicht. Die meisten derer, die einen Systemwechsel wollen, verspüren wenig Lust, für dieses Ziel die Rolle des Märtyrers zu übernehmen. Viele warten auf irgend etwas, von dem sie aber nicht wissen, woher es kommen könnte und wie es aussehen sollte. So tun sie auch nichts Konkretes in irgendeiner Richtung, weil sie auch nicht wissen, was sie eigentlich tun sollten. Ich würde von einer "Eindimensionalität der Regierung" sprechen. Gerade das aber hat das Gefühl einer furchtbaren Ausweglosigkeit zur Folge, die zu der jetzt spürbaren "Rette-sich-wer-kann-Stimmung" führt. Das ist auch das Fatale an der Strategie der USA: Sie setzen einzig und allein auf das Schüren der Krise, darauf, daß die Situation unkontrollierbar wird, ein Volksaufstand ausbricht ...

... und was tatsächlich passiert, ist zunächst eine Massenflucht.

Eine soziale Explosion ist keine Perspektive, die die Leute für sich akzeptieren. Niemand will die Rolle der Toten spielen. Also gehen sie lieber raus, steigen auf die Flöße. Da bleibt ein Risiko, aber wenigstens hat man damit die Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg.

Ich will nicht die Verzweiflung der "balseros", der Bootsflüchtlinge, kleinreden oder mir ein Urteil über ihre Motive anmaßen. Aber ist nicht eine Portion Hysterie mit im Spiel, wenn Leute, die nie auch nur versucht haben, schwimmen zu lernen, sich plötzlich in einen Autoreifen setzen und hoffen, bis Florida paddeln zu können?

Ich stimme Dir soweit zu, daß da eine Dynamik am Wirken ist, ein Sog, der dazu geführt hat, daß junge Männer zwischen 17 und 35 fast schon eine Erklärung brauchen, warum sie zu "feige" sind, um auch zu gehen.

In Havanna?

In Havanna und auch in den kleineren Orten an der Nordküste von Mariel bis Matanzas; Ortschaften wie etwa Guanabo oder Cojímar sind schon halb "entleert". Es geht also nicht allein um ein Phänomen der Großstadt, sondern zumindest jener Bereiche, die eine geographische Nähe zum Golfstrom haben, der die Flöße in Richtung Florida treibt.

Ich würde aber behaupten wollen, daß der von Dir beschriebene Sog im Rest des Landes entschieden schwächer ausfällt.

Dazu kann ich aus erster Hand nichts sagen, aber sicher ist die Lage in den Provinzen weniger kraß als in und um die Hauptstadt.

Glaubst Du, daß die Fluchtwelle in absehbarer Zeit abebben wird?

Die Fluchtbewegung wird tendenziell abebben, und zwar aus mehreren Gründen. Diejenigen, die am dringendsten das Bedürfnis hatten, zu gehen, sind gegangen. Zweitens wird es immer schwieriger, Flöße zu bauen. Immerhin sind gegenwärtig schon 30.000 Leute losgefahren, und so leicht ist es ja nun auch nicht auf

der Insel, immer neue LKW-Schläuche zu beschaffen. Die Preise für Fahrzeuge und Zubehör sind erheblich gestiegen. Es werden "schwarz" Überfahrten auf Booten organisiert und verkauft, aber zu Preisen von bis zu fünf- oder zehntausend Dollar. Und wer erst einmal so viel Geld hat, der braucht auch gar nicht raus aus dem Land, sondern lebt auch in Kuba schon relativ bequem in den dortigen Dollarwelten. Auch die US-Politik wird natürlich dazu beitragen, daß die Fluchtwelle abebbt. Die drohende Internierung auf hoher See aufgegriffener Flüchtlinge in der US-Flottenbasis Guantánamo hat bereits etliche abgeschreckt.

Hinzu kommt, daß sich eine Alternative anbahnt: In New York verhandeln gegenwärtig die USA und Kuba über eine neue jährliche Einwanderungsquote, die 20.000 oder auch mehr KubanerInnen eine Chance zur legalen Übersiedlung nach Miami geben könnte.

Ein völliges Ende des Flüchtlingsstroms ist auch mit einer großzügigeren Gewährung von Einreisevisa für die USA fürs erste nicht zu erwarten. Es herrscht zuviel Mißtrauen, daß man überhaupt nicht an ein Visum herankommt, und daß die ersten Visa an die in Guantánamo Festsitzenden gehen werden, womit die Quote schon ausgeschöpft wäre. An vielen Stellen begegnet man einem Gefühl von Klaustrophobie: Wir kommen hier nicht raus.

Die Ereignisse vom 5. August haben primär dazu geführt, daß sich ein Ventil geöffnet hat; daß durch die Fluchtwelle Druck abgelassen werden konnte. Wie wird es weitergehen, wer wird profitieren können von dieser Situation: Die Reformer innerhalb der Führung: "Wir müssen endlich schnellere Veränderungen durchführen, ehe der Kessel explodiert?" Oder die Konservativen beziehungsweise Orthodoxen: "Jetzt haben wir ja gesehen, wohin die Liberalisierung führt"?

Zunächst ist die Situation für alle Seiten bedrohlich. Personen mit recht guten Kontakten zu höheren Regierungskreisen haben mir sinngemäß gesagt: Die Krise ist in der Beziehung sehr gefährlich, daß der soziale Konsens in der Bevölkerung verlorengeht. Zwar redet die offizielle Rhetorik weiterhin von ein paar asozialen Elementen und Kriminellen, doch es wird sehr wohl wahrgenommen, daß man es nur mit der Spitze eines Eisbergs zu tun hat. Die Unzufriedenheit hat mittlerweile auch breite Teile der Bevölkerung erfaßt, die traditionell die Revolution mitgetragen haben und es zum Teil heute noch tun, wenn auch inzwischen in gebrochener Form. Und insofern, denke ich, wird die jetzige Krise zwei Konsequenzen haben. Erstens wird die Argumentation der Reformer gestärkt, die sagen: Wir müssen zuallererst die Nahrungsmittelproduktion ankurbeln. Dazu sind Veränderungen nötig, zumal die Nahrungsmittelernte dieses Jahr so schlecht war wie nie zuvor.

Heißt das, die freien Bauernmärkte kommen wieder, auf denen die Einzelbauern ihre Überschüsse zu selbstgewählten Preisen anbieten konnten, bis Fidel Castro 1986 die Märkte höchstpersönlich dicht machte?

Es ist davon die Rede, daß in absehbarer Zeit eine leicht abgeänderte Form von Agrarmärkten eingeführt werden soll, auf denen dann zumindest ein Teil der Produkte wieder frei gehandelt werden wird - zu Preisen, die weit über denen der subventionierten Rationierungskarte, aber unter denen des Schwarzmarktes liegen dürften. Andere Maßnahmen werden folgen. Ich denke aber, sie werden sich alle in einem engen, von der Vorsicht diktierten Rahmen bewegen. Einen tatsächlich freien Bauernmarkt wird es kaum geben, der Staat wird in der Rolle des Zwischenhändlers bleiben, die Preise kontrollieren und dirigieren, Mengen festsetzen und dergleichen.

Und die zweite Konsequenz?

Zweitens wird für die Regierung neben vorsichtigen Reformschritten auch die im Zweifelsfall repressive Absicherung der Macht notwendiger, sei es über die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR), sei es über die "Brigaden der schnellen Antwort" oder die Staatssicherheit, die in den letzten Wochen ständig in Alarmbereitschaft waren. Der 5. August und die folgende Massenflucht können also zu einer politischen Verhärtung und gleichzeitig zu einer wirtschaftlichen Reformöffnung führen. Im Falle eines Falles weiß man jetzt, daß man hart reagieren muß. Aber parallel dazu wird man wohl versuchen, die Unzufriedenheit halbwegs im Zaume zu halten und die wirtschaftliche Situation durch Reformen zu verbessern.

Mit welcher Politik der USA gegenüber Kuba rechnest Du für die nächsten Monate?

Ich denke, die Konfrontationspolitik Washingtons, die Fortführung und Verschärfung der Embargobestimmungen hat eine mögliche Lösung des kubanischen Dilemmas erheblich erschwert. Trotzdem scheint mir wahrscheinlich, daß zumindest über die Auswanderungsfragen ein Abkommen erzielt wird.

Aber an ein Umdenken bei Clinton nach den Kongreß- und Gouverneurswahlen Anfang November, an eine plötzliche Aufhebung der Blockade glaubst auch Du nicht?

Es wird schon schwer genug sein, Clinton zur Rücknahme der von ihm auf dem Höhepunkt der Krise zusätzlich verhängten Maßnahmen zu bringen: das Verbot von Geldüberweisungen aus dem Ausland, die Reduzierung der Flüge zwischen Miami und Havanna. Und damit bleibt die Situation verfahrener denn je. Vielleicht wird es pragmatischer zugehen nach den November-Wahlen. Eine echte Tendenz zu einer Lockerung oder Aufhebung des Embargos würde ich zwar wünschen, ich sehe sie aber nicht. Es gibt in den USA Kräfte, die in dieser Richtung arbeiten. Ich schätze sie aber als noch nicht stark genug ein, um die jetzige Politik grundsätzlich umzustoßen.

19. "Kanzler Haider" - nur noch eine Frage der Zeit?

Autor: Js. · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:22

Endzeitstimmung in Wien - oder nur in den Köpfen der ortsansässigen deutschen Österreich-Korrespondenten? "Die zweite österreichische Republik ist zu Ende" (taz, 11.10.); "dramatische Verluste" für die in Großer Koalition regierenden Parteien SPÖ (Sozialdemokraten) und ÖVP (Volkspartei): "Die jüngste Wahl zum Nationalrat, dem Bundesparlament, hat die Landschaft Österreichs verändert wie noch nie ein Ereignis nach dem Kriege." (FAZ, 11.10.) Der Stimmenanteil der Koalition ging von 75 auf 63 Prozent zurück; die ÖVP und die rechtslastige FPÖ des Jörg Haider kamen zusammen auf 50,4 Prozent und könnten - rechnerisch - mit zwei Sitzen über der absoluten Mehrheit die Regierung bilden.

Daß es dazu nicht kommen wird, liegt vor allem an Haider, der seine Stunde noch nicht gekommen sieht: "Ich habe vor der Wahl gesagt, wir bleiben in der Opposition, und wir werden in der Opposition bleiben. Ich bereite die FPÖ zur Übernahme der Regierung bei der nächsten Wahl vor, und dann wird der Wähler entscheiden." Daß Haider dann nicht als Juniorpartner einsteigen, sondern als Kanzler die Regierung führen will, ist kein Geheimnis. Seine bisherigen Erfolge lassen diese Planung nur allzu realistisch erscheinen. Schon seit Jahren versteht er es meisterhaft, die beiden großen Parteien vor sich her zu treiben und so aus der Opposition heraus mitzuregieren. Die von den Regierungsparteien vollzogene Verschärfung der Asylgesetzgebung darf er getrost seiner eigenen Agitation zugute schreiben. Schon heute werben maßgebliche ÖVP-Politiker dafür, das unvorteilhafte Bündnis mit der Sozialdemokratie aufzukündigen und statt dessen mit der FPÖ ins Geschäft zu kommen.

Außerhalb Österreichs ist Jörg Haider vor allem durch seine deutschnationalen bis pro-nazistischen Tiraden in die Schlagzeilen geraten. Sein dauerhafter und wachsender Erfolg wird dadurch allerdings nur zum geringeren Teil erklärt. Haider ist nicht nur ein skrupelloser Apologet des Nazismus, sondern auch ein Meister des Populismus, der sich als unversöhnlicher Feind von "Parteibuchwirtschaft" und Korruption der "Altparteien" zu präsentieren versteht.

Idol alter und neuer Nazis

Bei Haiders Interventionen zur Rehabilitierung des Nazismus handelt es sich keineswegs um unüberlegte "Entgleisungen", sondern um Äußerungen eines geschlossen rechtsextremen Weltbildes, das dem 1950 Geborenen von frühester Jugend an verabreicht wurde. Haiders Vater war seit 1929 Mitglied der Hitler-Jugend, seit 1930 der SA; 1938 wurde er Gaujugendverwalter der Deutschen Arbeitsfront in Linz.

Mit 16 Jahren gewann Haider einen Redewettbewerb des Österreichischen Turnerbundes: In seinem Vortrag forderte er "die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind". Ein Jahr später wurde er Landesvorsitzender der FPÖ-Jugend, mit 20 war er ihr Bundesvorsitzender. Mit 25 ging er in das traditionell völkisch-deutschnationale Kärnten, wurde dort zwei Jahre später Parteisekretär und zugleich Abgeordneter und Sozialsprecher der FPÖ-Fraktion in Wien.

Die Wahl Haiders zum Parteivorsitzenden bedeutete das Ende der Koalition mit der SPÖ, die noch unter Bruno Kreisky installiert worden war. Unter ihrem Bundesparteiobmann Steger hatte die FPÖ, die 1955 aus dem von Altnazis gegründeten "Bund der Unabhängigen" hervorgegangen war, sich um "gemäßigtes" Auftreten bemüht. Wenn Haider zum FPÖ-Chef gewählt würde, würden ihn die Medien als "Stiefsohn Adolf Hitlers" darstellen, warnte ein Alt-Freiheitlicher vergeblich. Mit 57,7% der Delegiertenstimmen wurde Haider im September 1986 zum neuen Parteichef gekürt.

Das demonstrative Abrücken von dem neuen Mann machte ihn wachsenden Teilen des Wahlvolks nur noch sympathischer. Die durch den Koalitionsbruch notwendig gewordenen Neuwahlen brachten der FPÖ die Verdoppelung ihres Stimmenanteils von 4,98% (1983) auf 9,72% im November 1986. In Kärnten wurde die FPÖ im März 1989 mit 29% zweitstärkste Partei vor der ÖVP. Im Mai wurde Haider mit den Stimmen der ÖVP zum Landeshauptmann gewählt. Die Nationalratswahl im Oktober 1990 brachte der FPÖ einen weiteren Zuwachs auf 16,6%.

Haiders wohlkalkulierte Provokationen sorgten zwar regelmäßig für Entrüstung; dem Aufwärtstrend der FPÖ waren sie nur förderlich. Die österreichische Nation sei "eine Mißgeburt", erklärte Haider und bekannte sich

selbst zur "deutschen Kulturnation". Die FPÖ sei "keine Nachfolgeorganisation der NSDAP. Denn wäre sie dies, hätte sie die absolute Mehrheit."

Im Juni 1991 allerdings schien Haiders Bilderbuchkarriere ein jähes Ende zu nehmen. In einer Debatte im Kärntner Landtag hatte er mit seinen Haßreden gegen die "Sozialschmarotzer" einen SPÖ-Abgeordneten zu dem Zwischenruf veranlaßt, er wolle wohl die Zwangsarbeit wieder einführen, die habe es schon im Dritten Reich gegeben. Haiders Replik: "Nein, das hat es im Dritten Reich nicht gegeben, weil im Dritten Reich haben sie eine ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammenbringt. Das muß man auch einmal sagen." Mit Hilfe eines von SPÖ und ÖVP geschlossen unterstützten Mißtrauensvotums wurde er seines Amtes enthoben, gleich darauf aber zum Landeshauptmann-Stellvertreter gewählt. Haider selbst sprach von seiner "Wiederauferstehung" - kurz nach der "medialen und politischen Hinrichtung". Die halbherzige Reaktion der demokratischen Parteien war der Mehrheit der ÖsterreicherInnen noch zu scharf: In einer Umfrage verurteilten 60 Prozent von ihnen zwar Haiders These; ebenso viele sahen allerdings keinen Anlaß für einen Rücktritt.

Der Tribun der Entrechteten

Jörg Haider ist aber nicht nur das Idol alter und neuer Nazis. Mit seinem absolutistischen Führungsstil hat er die FPÖ zu einer "lupenreinen deutschnational-rechtspopulistischen Führerpartei" gemacht, wie der Wiener Kurier treffend feststellte - und sich damit als nicht nur verbal starker Mann profiliert. Als Bundesvorsitzender beansprucht er eine "Generalkompetenz" über die Entscheidungen aller Untergliederungen.

Gleichzeitig ist er äußerst wandlungsfähig: "Bei den Liberalen tut er liberal, bei den Jungen spielt er Disco-Boy, bei den Alten den Frontkämpfer, bei den Umweltschützern Ökologe". (Süddeutsche Zeitung, 8.3.1989) Leitmotiv seiner Agitation ist der Kampfbegriff "Parteibuch-Wirtschaft". Seine Schimpftiraden gegen Schriftsteller und Intellektuelle - in Haiders Diktion "die größten Subventionsempfänger im Lande, die nur Angst haben, was ihnen entgeht, wenn ich Erfolg habe" - sind für seinen Erfolg nicht weniger wichtig als die nationalistische und rassistische Hetze. Beide Elemente - die demagogischen Ausfälle gegen Subventionsempfänger, "Altparteien" und "Sozialschmarotzer" wie auch der Rassismus seiner Kampagne "Österreich zuerst" - haben ihm auch traditionelle SPÖ-WählerInnen in Scharen zugeführt.

Dumpfe Stimmungsmache kennzeichnet auch die Anti-Europa-Politik der FPÖ. "Mir ist es lieber, es gibt einen Zöllner, der kontrolliert, als ich habe den Drogenhändler an der Schule" - Haider schafft es spielend, die Bedrohlichkeit "Europas" auf einen einprägsamen Nenner zu bringen. Mit dem Slogan "Wien darf nicht Chicago werden" wurde die FPÖ schon Ende 1991 zweitstärkste Partei in der Hauptstadt.

Im gerade beendeten Wahlkampf gewann Haider, einer der reichsten Männer Österreichs, mit einem besonders geschickten Schachzug weitere SPÖ-WählerInnen für seine Partei. Während eines "Fernseh-Duells" mit Bundeskanzler Vranitzky präsentierte er ein Protokoll, mit dem die "sozialistische Selbstbedienungsmentalität" belegt werden sollte. Danach erhält der Direktor der steirischen Arbeiterkammer ein Monatsgehalt von 26.000 DM. Daß er die Empörung darüber - vor allem in den Wiener SPÖ-Hochburgen - auf seine eigenen Mühlen lenken konnte, spricht für Haiders beispielloses demagogisches Geschick. (Es beweist allerdings auch einmal mehr die sprichwörtliche Dummheit der "Kälber", die ihren Metzger selber wählen. In der ehemals "roten Hochburg" Wien ist der Stimmenanteil der SPÖ um zwölf Prozentpunkte auf 39 zurückgegangen; die FPÖ konnte gleichzeitig 7,3 Prozentpunkte zulegen und ist mit 23% zweitstärkste Partei.)

Einflußreiche Freunde - schwächliche Nachahmer

Zu Zeiten Graf Lambsdorffs versuchte die FDP, vom Glanz des österreichischen Demagogen zu profitieren. Geplante Auftritte Haiders im baden-württembergischen Landtagswahlkampf 1992 wurden von der FDP-Führung gerade noch rechtzeitig als "nicht opportun" wieder abgesagt. Aber im September 1992 ließ die Bad Canstätter FDP Haider zum Thema "Liberale Perspektiven für Europa" reden. Drei Wochen nach dem Rostocker Pogrom versetzte Haider mit seinem Beitrag zur damals kulminierenden "Asyldebatte" das Publikum in Begeisterungsstürme: "Wie Österreich ist Deutschland kein Einwanderungsland, in das beliebig alles abgeladen werden kann." Er könne "gar nicht verstehen, wie man das denn in Deutschland so weit treiben lassen konnte."

Mittlerweile verzichtet die FDP lieber auf Haiders Schützenhilfe. Im Europa-Wahlkampf 1994 erschien Haider mehrfach als Stargast auf Kundgebungen von Manfred Brunners "Bund freier Bürger". Nach dem völligen Scheitern des Bürgerbundes hat das länderübergreifende Bündnis keine Perspektive mehr; mangels "organisatorischer Voraussetzungen" trat der BFB zur Bundestagswahl erst gar nicht an. Potente deutsche Partner für Haider sind derzeit nicht in Sicht - zumindest keine politischen Praktiker. Die publizistische Unterstützung durch die FAZ läßt für Haider dagegen nichts zu wünschen übrig. Schon 1989 rühmte Andreas Razumovsky Haiders "vitale Präsenz" und seine "ätzenden, meist leider nur allzutreffenden Bonmots". (FAZ, 31.5.1989) Die Zeitung für Deutschland hielt ihm sogar die Treue, als er mit seinem Ausspruch über die "ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs" vorübergehend in Bedrängnis geriet. Die allgemeine Entrüstung diene in Wahrheit einem schändlichen Ziel: "Der Herausforderer der Großen Koalition soll für immer mundtot gemacht werden", enthüllte Razumovsky und ließ seiner Empörung freien Lauf: "Das Klima dieser Erregung mag den einen oder anderen eher an balkanische Blutrache als an westeuropäische, demokratisch-republikanische Umgangsformen erinnern." (FAZ, 21.6.1991)

Haiders jüngster Triumph kommentierte derselbe Herr Razumovsky mit unverhohlener Genugtuung: "Die noch eben erst von Haider geforderte ‚Dritte Republik` ist jäh zum Thema geworden." Die Hinwendung der ÖVP, gegenwärtig "serviler Juniorpartner der Sozialisten", zu Haider scheint ihm ein Gebot der Vernunft. Die ÖVP habe mit dem Argument geworben: "... weil dieses schöne Land nicht den Sozialisten überlassen bleiben darf ..." Genau das aber sei "die Grundidee Haiders" - was liegt also für die ÖVP näher, als "sich auf das bisher verteufelte Experiment einer bürgerlichen ‚schwarz-blauen` Koalition ein(zu)lassen"? (FAZ, 11.10.1994)

Die deutschen Rechten haben zwar schon vor Jahren propagiert, "daß sich deutsche Patrioten künftig verstärkt am ‚Modell Haider` orientieren sollten." ("Nation und Europa". Deutsche Monatshefte, November 1991) Zum Glück läßt sich dieses "Modell" nicht so ohne weiteres kopieren. Jörg Haider ist für die österreichische Rechte ein besonderer Glücksfall: "Er verfügt über all das, was der extremen Rechten in Deutschland fehlt: Eine im politischen System fest verankerte Partei, eine funktionierende Organisationsstruktur mit Parallelorganisationen, eine breite Wählerbasis, ein geschickt formuliertes Programm, intellektuelle Zuträger, eine überaus wirksame populistische Agitationstechnik und eine attraktive Führerfigur." ("Blick nach rechts", 16.12.1991; zitiert in ak 349)

Einmal mehr bleibt den Ideologen der deutschen Rechten der neidische Blick ins Ausland. Nicht nur nach Italien, wo bedauerlicherweise gerade ein abscheuliches "Kesseltreiben gegen Berlusconi" (FAZ, 7.10.1994) stattfindet, sondern ins "glückliche Österreich" (FAZ, 11.10.1994), dessen mutmaßlicher "nächster Bundeskanzler" (Salzburger Nachrichten, 10.10.1994) gegenüber Berlusconi einen entscheidenden Vorteil hat: Er spricht und "fühlt" deutsch. Wenn die Sache nicht "historisch belastet" wäre, könnte sich die FAZ an die Spitze einer spektakulären politischen Kampagne setzen, deren einzige Forderung lauten würde: "doppelte Staatsbürgerschaft" - für Dr. Jörg Haider.

Js.

Österreichische

Nationalratswahlen 9.10.1994 (in Klammern Ergebnisse von 1990), +, +

SPÖ, 35,2, (42,8)

ÖVP, 27,7, (32,1)

FPÖ, 22,6, (16,6)

Grüne, 7,0, (4,8)

LF (1), 5,7,

1) Liberales Forum; Abspaltung von der FPÖ, +, +

20. "... wird mit Gefängnis oder Buße bestraft" Notizen zur Abstimmung über das Schweizer Antirassismus-Gesetz

Autor: Urs Schmidlin, Basel · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:08

Bei einer Stimmbeteiligung von 45,2% haben sich in der Schweiz 54,7% (1.132.326) der UrnengängerInnen für ein Antirassismusgesetz (ARG) ausgesprochen. Dagegen votierten 45,3% (939.738). Der höchste Ja-Stimmen-Anteil kam aus den städtischen Kantonen Genf (65.8%) und Basel-Stadt (63,8%). Mit 61,9% Nein-Stimmen am deutlichsten verworfen wurde das Gesetz in dem innerschweizer Kanton Schwyz.

Unisono äußerten sich die PolitikerInnen und KommentatorInnen froh bis erleichtert über das Abstimmungsergebnis, auch wenn dabei die Akzente recht verschieden gesetzt wurden. In der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) war zu lesen: "Erleichterung ist das Gefühl, das nach der eindeutigen Annahme der Rassismus-Strafnorm in der politischen Schweiz vorherrschen dürfte. Es blieb dem Land das Mißverständnis erspart, hier gälten Rassendiskriminierung und -hetze als ‚erlaubt`, der Bundesrat wird nicht im Ausland ein peinliches Resultat ‚erklären` müssen, und jene Gegner der Vorlage, denen es nicht durchwegs um die freie Meinungsäußerung an sich ging, feiern keinen Triumph." NZZ-Chefredakteur Hugo Büttner meinte noch festhalten zu müssen: "Dumm und abwegig wäre eine Lesart, wonach an diesem eidgenössischen Abstimmungswochenende Antirassisten einen knappen Sieg über Rassisten davongetragen hätten." (NZZ 26.9.94) Womit er Außenminister Flavio Cottis sonntägliche Lesart des Ergebnisses - "Ich habe während der ganzen Abstimmung immer wieder klar gesagt, daß die Nein-Stimmenden nicht Rassisten sind" (Basler Zeitung/BaZ, 26.9.94) - wiederholte und unterstrich.

Dieser Art von Erleichterung mochte sich Georg Kreis, Basler Professor für Geschichte und engagierter Befürworter des Antirassismus-Gesetztes, nicht anschließen: "Ein Bundesrat erklärte am Sonntagabend in landesväterlicher Versöhnlichkeit, daß die wenigsten der 45,3-Prozent-Minderheit Rassisten seien. Was heißt das? Haben nur 5% oder 6% oder vielleicht 9%, 10% oder 11% der Nein-Sagenden eine rassistische Grundhaltung? Wie wollen wir das ausmachen? Wichtiger sind zur Zeit und später die anderen. Die anderen 30-40%, die in diesem Fall die Wasserträger der Rassisten waren ..." (BaZ, 29.9.1994)

Weltwoche-Redakteurin Klara Obermüller (ebenfalls eine engagierte Befürworterin des ARG) fragte: "Nur wie erklärt er (Außenminister Flavio Cotti) dann die Anschläge auf Asylunterkünfte, die Schändung jüdischer Friedhöfe und die von abgrundtiefem Haß gezeichneten Drohbriefe, die vornehmlich die VorkämpferInnen für das Gesetz in den letzten Tagen und Wochen einstecken mußten? Die Tatsache, daß einige von ihnen nur noch mit Polizeischutz zur Urne gehen konnten, spricht doch eigentlich eine Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Natürlich gibt es viele, denen es nie einfallen würde, Hakenkreuze auf Grabsteine zu schmieren, die Gaskammern von Auschwitz zu leugnen oder ‚den rot-grünen Scheißweibern`, die für das Gesetz eintraten, mit der baldigen Liquidierung zu drohen. Aber warum, so fragt man sich, haben sie sich dann nicht distanziert von den fremdenfeindlichen Parolen der Referendumsführer? Warum sind sie auf die Lügenpropaganda hereingefallen, statt auf die Argumente der Befürworter zu hören? War es wirklich nur die Sorge um die Meinungsäußerungsfreiheit, die sie ein Nein in die Urne legen ließ, und nicht vielleicht doch die heimliche Bereitschaft für jenes Gedankengut, das mit dem Beitritt der Schweiz zur Anti-Rassismus-Konvention geächtet werden sollte?" (Die Weltwoche, 29.9.1994)

Die Vorgeschichte

Seit Mitte der achtziger Jahre häufen sich in der Schweiz rassistisch motivierte Anschläge und Übergriffe gegen Flüchtlinge und MigrantInnen. Da die Schweiz der UNO-Antirassismus-Konvention von 1965 noch nicht beigetreten war, bot es sich an, nun wenigstens diesen Beitritt schnellstens zu vollziehen.

Im Juni 1993 verabschiedete das Schweizer Parlament nach über 20jährigem parlamentarischem "Vorspiel" endlich mit 114 gegen 13 Stimmen - alle von rechtsaußen - den Artikel 261bis des Strafgesetzbuchs, welcher als Voraussetzung für den Beitritt zur UNO-Konvention notwendig war. Der Ständerat (vergleichbar mit dem

Bundesrat in Deutschland) stimmte dem Gesetz mit 32:0 Stimmen zu. Wie alle in den Parlamenten verabschiedeten Gesetze unterstand auch der 261bis dem fakultativen Referendum.

Der Strafrechtsartikel

Art. 261bis (Rassendiskriminierung)

Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Haß oder Diskriminierung aufruft,

wer öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind,

wer mit gleichem Ziel Propaganda-Aktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt,

wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstoßenden Weise herabsetzt oder diskriminiert oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu rechtfertigen sucht,

wer eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion verweigert,

wird mit Gefängnis oder Buße bestraft.

Kaum eine(r) der politischen BeobachterInnen hatte sich vorstellen können, daß es jemand aus dem rechten Lager versuchen würde, 50.000 Unterschriften zu sammeln, um eine Volksabstimmung zu erzwingen. Dies erwies sich schnell als Fehleinschätzung. "Die Aktion für freie Meinungsäußerung - gegen Rassismus(!) und UNO-Bevormundung" begann mit dem Sammeln von Referendumsunterschriften. Kein einziger Parlamentarier hatte es anfangs gewagt, sich öffentlich hinter das Anliegen zu stellen. Emil Rahm, eine führende Kraft im Referendumskomitee behauptete allerdings in einem Schreiben an das Israelitische Wochenblatt, datiert auf den 22.10.1993: "Wir haben sieben Parlamentarier, die weniger rechts stehen als die Autopartei oder die Schweizer Demokraten und unserem Komitee beitreten wollten, davon abgeraten" - damit sie nicht in die "rechtsextreme Ecke" abgedrängt würden.

Über einige führende Figuren des Referendumskomitees gegen das Anti-Rassismusgesetz schrieb Jürg Frischknecht in der wichtigsten linken Zeitung der Schweiz, der WoZ (WochenZeitung), unter der Überschrift "Fünf Retter der Schweiz": "Hinter der Ad-hoc-Gruppe stehen fünf Rechtsaußenseiter, die auch geographisch nicht gerade die ganze Schweiz repräsentieren. Präsident ist der forsche St. Galler Arzt Walter Fischbacher (FDP), der alle HIV-Positiven kurzerhand tätowieren lassen möchte. Als Vizepräsident amtet Ernst Indlekofer von der SVP Basel (dort ein unbedeutendes Grüppchen). Pressesprecher und eigentlicher Motor ist der Hallauer Rimuss-Produzent Emil Rahm (SVP). Als Beisitzer sind zwei Rentner aus Unterentfelden bei Aarau dabei: Prof. Wolfgang von Wartburg und Dr. Reto Kind (FDP), ehemals Wortführer der Aargauischen Vaterländischen Vereinigung und seit 1991 Präsident des in Brittnau gegründeten Vereins ‚Identität Schweiz`." Wider Erwarten kam das Referendum mit 54.112 Unterschriften knapp zustande. Die BefürworterInnen des ARG dachten zu diesem Zeitpunkt noch nicht daran, daß die Abstimmung zur "Zitterpartie" werden könnte.

Das politische Klima

Seit Jahr und Tag sind alle bürgerlichen Parteien bemüht, rassistische Übergriffe auch mit der Zahl von "Nicht - Schweizer-Paßbesitzern", die im Land leben, zu erklären. Zudem überbieten sie sich gegenseitig mit Vorschlägen, wie die Zuwanderung zu begrenzen sei. Und, wie aufmerksamen ak-LeserInnen bekannt, ist die Schweiz bei der Entwicklung der Instrumentarien zur Zementierung der "Festung Europa" führend engagiert. Daß die "autoritäre Formierung" in der Schweiz weit fortgeschritten ist, belegen u.a. die vom Bundesrat geplanten "Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht", welche die "Vorbereitungshaft" (bis zu einem Jahr) für AusländerInnen einführen, die es in keinem anderen europäischen Land gibt und von denen der Jurist und Bundesrat-Berater Trachsel sagt: "Mit dem Freiheitsentzug, den wir durch die Vorbereitungshaft vorsehen, ist keinerlei Schuldvorwurf verbunden".

Weiter forderten im Gefolge verschiedener Medien-Kampagnen gegen "ausländische Drogendealer", "kriminelle Asylanten" und "Überfremdung" seit Anfang 1994 verschiedene bürgerliche Parteien und einzelne Sozialdemokraten die Einführung von Notstandsmaßnahmen (Militäreinsätze). In diesem, hier nur angedeuteten reaktionären politischen Klima fand die Auseinandersetzung um das ARG statt.

Die "Argumente" der Gegner

Das ARG und dessen Annahme in der Referendumsabstimmung ist Voraussetzung für einen Beitritt der Schweiz zur UNO-Konvention gegen "Rassendiskriminierung". Deshalb "kritisierten" die Gegner von Anfang an nicht nur das ARG (das taten sie auch), sondern die "verborgene" Stoßrichtung der UNO-Konvention, die "alle Menschen auf dieser Erde im Sinne einer Tabuisierung jeglicher bestehender Unterschiede gleichstellen" wolle. Dabei gelte es doch gerade zu verhindern, daß sich die "Rassen" vermischten. Es gehe darum, die "Welteinheitspläne" der UNO zu bekämpfen. Verschiedene ethnopluralistische Argumentationsweisen waren bei den Gegnern des ARG weit verbreitet. Die "Überfremdungs"-Politiker unter ihnen argumentierten meist wie Reto Kind von "Identität Schweiz": "Wir alle, die wir der Meinung sind, daß die Menschen dort, wo sie zu Hause sind, ihre Probleme (...) lösen und ihre angestammte Kultur dort ausleben(!) sollten (...), sind ‚differentielle Rassisten`! Wagen wir unsere Meinung zu äußern, sollten wir straffällig werden. Ziel (des ARG) ist, jeden Widerstand gegen die Einwandererung von Ausländern (...) im Keim zu ersticken."

In einem Flugblatt von "SOS Schweiz" war zu lesen: "40prozentige Verausländerung der Schweiz geplant! UNO-Maulkorbgesetz der eidg. Räte vom 18. Juni 1993 verhindert künftig jeden nationalen Widerstand". Schließlich: Das ARG sei "von Juden aufgetischt worden". (zitiert in Die Weltwoche, 11.8.1994)

Die Freunde der Nazis

Emil Rahm war einer der wichtigeren Kämpfer gegen das ARG. Er führte das Sekretariat und die Pressestelle der "Aktion für freie Meinungsäußerung", die 47.000 Unterschriften sammelte und damit maßgeblich zum Zustandekommen des Referendums beitrug. Der Unternehmer Rahm gibt seit 1966 eine Zeitschrift namens Memopress heraus, die in den 70er Jahren in einer Auflage von 20.000-40.000 Exemplaren an "Behörden, höhere Lehranstalten, Verbände von Lehrern, Ärzten, Offizieren, Theologen, an Studenten, Parteien sowie an die in- und ausländische Presse" versandt wurde. Die heutige Auflage ist nicht bekannt, wird aber von informierter Seite um einiges höher veranschlagt.

Über die "Gedankenwelt" von Emil Rahm schreibt Klaus Urner (Professor und Leiter des Archivs für Zeitgeschichte an der ETH Zürich) in seinem Aufsatz "Emil Rahm und der Antisemitismus":

"Antisemitismus eines Philosemiten?

Seit Mitte der siebziger Jahre häufen sich denn auch seine unsäglichen Rechtfertigungsversuche dafür, antisemitische und rechtsextreme Hetzschriften anzupreisen und zu vertreiben, wobei er unermüdlich beteuerte, selbst weder Antisemit noch Rechtsextremist zu sein. So verbreitete er aus der Schrift ‚Die Söhne der Finsternis - Die geplante Weltregierung` von Manfred Adler folgenden Auszug: ‚Über das Judentum hinweg führt eine Brücke von der (Freimaurer-)Loge auch zu der größtenteils jüdischen Weltfinanz. Die geschäftskluge Bankwelt erkannte bald den unbezahlbaren Wert dieser internationalen Verbrüderung für ihre geschäftlichen Zwecke. Die faktische Weltherrschaft der Hochfinanz kann heute nicht mehr bestritten werden.` Damit dieser ‚Beitrag zum Dialog` nicht als antisemitische Hetze verstanden wird, fügte Rahm auf einem Separatblatt ein ‚Nachwort` bei: ‚Wenn in der vorliegenden Nummer Ausführungen weitergegeben werden, die u.a. auch z.T. jüdische Hochfinanz kritisch beleuchtet, so liegt es mir ebenso fern, einen Geist des Antisemitismus zu entfachen, wie ich auch nicht durch berechtigte Kritik an Exponenten der Kirche (z.B. Weltkirchenrat eine Kampagne gegen die Christenheit im allgemeinen auslösen will.`" (NZZ, 217/1994)

Christoph Reize schreibt zu Rahm und seinem politischen Umfeld: "Die Quellen, aus denen die MP (Memopress) schöpft, entspringen eindeutig dem Dunstkreis der RevisionistInnen und RassistInnen. Das deutsche Monatsmagazin ‚CODE - Exclusives aus Politik und Wirtschaft`, mit dessen Texten ‚Memopress`-Nummern häufig gefüllt werden, wird beispielsweise in den Berichten des deutschen Bundesverfassungsschutzes seit Jahren als klar revisionistisch und rechtsextrem klassifiziert: ‚Die Schrift vermischt politische und andere Themen und veröffentlicht schwerpunktmäßig revisionistische, die Kriegsschuld und NS-Verbrechen leugnende Beiträge.` Daneben rechtfertigte ‚CODE` öffentlich ‚gewalttätige

Übergriffe gegen Ausländer`. Rahm dazu: ‚Wenn Deutschland ein Verfahren ‚wegen Volksverhetzung` startet, so beeindruckt mich das nicht, wenn man die Hintergründe kennt. Deutschland ist keine selbständige Demokratie, sondern ein Protektorat der Sieger resp. der amerikanischen Finanz (Marshallplan).`" (WoZ)

Dies zur "Gedankenwelt" und zum Umfeld des Referendums-"Führers", dem immerhin 45,3% der Abstimmenden in seiner Ablehnung des ARG folgten. Der Einwand, die meisten der Nein-Stimmenden hätten Herrn Rahms "Hintergrund" nicht erkannt, kann kaum ernst gemeint sein. Die meisten Medien haben auf Rahms antisemitische Weltverschwörungsvorstellungen z.T. ausführlich hingewiesen. Ein Abstimmungssieg hätte auch eine Legitimation Rahms und seiner "Thesen" bedeutet.

Kaum linke Debatte

über das ARG

Um die Jahreswende 93/94 bildet sich ein politisch breit abgestütztes nationales Komitee "Ja zum Antirassismus-Gesetz". Sowohl national wie kantonal war, ausgenommen die Rechtsaußenparteien, die gesamte "classe politique" vertreten. Ebenso die verschiedenen Kirchen, die Gewerkschaften, das "Forum gegen Rassismus". Zu dieser Zeit wurde auf Seiten der BefürworterInnen noch über Grenzen und Wirksamkeit dieses Gesetzes debattiert. Der Vorsteher der Justiz- und Polizeidirektion des Kantons Zug, Regierungsrat Hanspeter Uster, der das ARG und den Beitritt zur UNO-Konvention ohne Wenn und Aber befürwortete, äußerte seine Zweifel, ob denn das Gesetz auch mit Nachdruck angewendet würde: "Wenn ich sehe, wie viele Brandanschläge auf Asylheime schon vorgekommen sind, wenn ich sehe, mit welcher Laschheit Rechtsextreme angefaßt werden, dann ist das Problem der Verfolgung von rassistischen Straftaten auch ein Problem des politischen Willens, die bestehenden Strafrechtsbestimmungen anzuwenden. (...) Verfahren von drei und mehr Jahren dienen den Tätern als Bestätigung, daß der Staat es mit ihrer Verfolgung ja gar nicht so ernst meint und nimmt." Daran würde auch die Verabschiedung eines neuen Gesetzes nichts ändern.

Andere, so z.B. Susanne Boos (WoZ, 2.9.1994), fragten: "Warum kommt im Antirassismusgesetz der Begriff ‚Rasse` vor? Wie erfolgreich kann man mit dem Recht der Fremdenfeindlichkeit begegnen? Was sind die Folgen einer instrumentalisierten Strafnorm?" Die Autorin beschreibt das autoritäre Klima in der Schweiz, welches auch linke und liberale Debatten zu ersticken droht.

Und die "Organisation Socialiste Libertaire" (OSL) stellte in einem Flugblatt fest: "Sie (die bürgerlichen PolitikerInnen) wollen das angekratzte Image des Landes aufpolieren: Aber mit der Politik, die sie konkret verfolgen, und mit der Ideologie, die sie verbreiten, sind sie alles andere als echte Antirassisten: Zwangsmaßnahmen gegen nicht niedergelassene Ausländer, Aushöhlung des Asylrechts, Politik der drei Kreise, massiver Einsatz ausländischer SchwarzarbeiterInnen, Beibehaltung des Saisonnier-Statuts sind Zeugen einer diskriminierenden Ausländerpolitik."

Das weitgehende Ausbleiben einer linken Debatte trug dazu bei, daß ein Teil der Befürworter des ARG es für klug hielt, der "verunsicherten Bevölkerung" weit entgegenzukommen. So war im Argumentarium des Komitees "Ja zum Antirassismusgesetz" zu lesen: "Der neue Strafrechtsartikel verbietet einzig das vorsätzliche oder rassistisch motivierte Verweigern einer Leistung - beispielsweise, wenn es in einem Wohnungsinserat heißt: Ausländer unerwünscht". Die Formulierung "keine Ausländer" wäre hingegen erlaubt. Oder: "Ein Arbeitgeber kann durchaus sachlich gerechtfertigte Gründe haben, weshalb er keine Ausländerin oder keinen Ausländer einstellt."

Diese und ähnliche Argumentationsweisen schwächten das "antirassistische Bündnis" eher. Vier Wochen vor der Abstimmung ergaben Umfragen eine Pattsituation. Fremdenfeindliche "Grundstimmung" und die teilweise ungeschickte Kampagne der ARG-Befürworter ließen die Abstimmung am Schluß noch zur "Zitterpartie" werden.

Am Donnerstag vor dem Abstimmungs-wochenende vom 24./25.9.1994 mahnte die WochenZeitung (WoZ) ihre LeserInnen "Jedes Ja zählt". Die Argumentation vieler BefürworterInnen ("es ist ja weiterhin fast alles erlaubt") wurde treffend karikiert: "Keine Angst, Herr Koller (Justizminister), Appenzeller-Witze dürfen Sie auch am Montag noch erzählen. Kein Problem, Herr Villiger (Kriegsminister), die Geschäfte Ihrer Firma mit den Nazis dürfen auch in Zukunft geleugnet werden. Keine Panik, Herr Delamuraz (Wirtschaftsminister), unbedachte Äußerungen werden nicht verfolgt. Okay, Herr Ogi (Verkehrsminister), sogar Ihre privaten Sprüche

sind vom Gesetz entschuldigt. Keine Sorge, Herr Cotti (Außenminister), niemand zwingt Sie zur Nächstenliebe. Und trotzdem stimmt das WoZ-Kollektiv: Ja zum Antirassismusgesetz. Weil uns sonst die Fremdenfeinde noch mehr regieren als bisher schon." Mit diesen wenigen anspielungsreichen Sätzen hat das WoZ-Kollektiv sein Unbehagen über das ungewöhnlich breite Bündnis der Ja-SagerInnen zum Antirassismusgesetz formuliert.

Das "Antirassistische Bündnis" wird nicht lange Bestand haben. Auf der Tagesordnung steht eine Kampagne gegen die "Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht", über die am 4. Dezember abgestimmt wird: Gegen die "Vorbereitungshaft" bis zu einem Jahr für AusländerInnen mit schwachem Aufenthaltsstatus - die Verhaftungskompetenzen werden von den Gerichten an die gewöhnlichen (Polizei-) Administrationen delegiert; von Anwälten wird dieses Zwangsmittel mit der NS - "Schutzhaft" verglichen. Hier wird die Linke in der Schweiz ihre antirassistische Arbeit wieder alleine fortsetzen müssen. Denn auf rechtspopulistische Kampagnen wollen die bürgerlichen Parteien auch in Zukunft nicht verzichten.

Urs Schmidlin (Basel)

21. Abgeschoben in Krieg und Folter. Zahlen zu Abschiebungen und Haft

Autor: Conni Grenz · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:05

Mehr als 36.000 Menschen sind nach Angaben des Bundesinnenministeriums 1993 aus der Bundesrepublik abgeschoben worden. Dies entspricht einer Verdreifachung der Zahlen gegenüber dem Vorjahr - wobei die Flüchtlinge, die seit Einführung der sogenannten Drittstaatenregelung schon an den Grenzen oder auf den Flughäfen abgewiesen wurden, nicht mitgerechnet sind. Nordrhein-Westfalen ist mit 7.602 offiziell registrierten Abschiebungen Spitzenreiter und Musterbeispiel für das Funktionieren der Abschiebe-Maschinerie mit Hilfe eigens eingerichteter "Hafthäuser". Es folgen Baden-Württemberg (5.586), Niedersachsen (3.441 allein bis November 1993) und Brandenburg (3.167). Ein Stadtstaat wie Hamburg taucht in keiner Statistik an einer Spitzenposition auf. Klar, in absoluten Zahlen steht die Hansestadt mit 1.957 Abschiebungen im Jahr 1993 relativ weit hinten. Sieht man sich aber das Verhältnis von Abschiebungen zur Aufnahmequote an, so muß man feststellen, daß die Abschiebequote in Hamburg mit ca. 6% mehr als doppelt so hoch ist wie die Aufnahmequote (2,5%), während dagegen in den meisten anderen Bundesländern die beiden Quoten ungefähr gleich sind bzw. das Verhältnis sogar umgekehrt ist (z.B. Hessen: Aufnahmequote 7,5%, Abschiebequote circa 3%). (1) Im 1. Halbjahr 1994 gab es bundesweit über 15.000 Abschiebungen, in Hamburg 1.136, d.h. im Verhältnis noch mehr als im Vorjahr.

Die offiziellen Angaben zur Zahl der Abschiebegefangenen in den einzelnen Bundesländern (siehe Kasten) sind wohl eher zu niedrig angesetzt. Unklar ist z.B., ob auch Häftlinge in den Zahlen enthalten sind, die zunächst in Untersuchungs- oder Strafhaft sitzen, weil ihnen Delikte vorgeworfen werden, die mit ihrem Aufenthaltsstatus zusammenhängen (z.B. Mehrfachantragsstellung, Urkundenfälschung, illegaler Aufenthalt), weil sie bei politischen Aktionen festgenommen wurden (z.B. KurdInnen) oder weil sie wegen anderer Straftaten verurteilt wurden, die vielen Flüchtlingen und MigrantInnen als letztes Mittel bleiben, um ihren Lebensunterhalt zu sichern bzw. sich hier überhaupt bewegen zu können (z.B. Beförderungserschleichung, Ladendiebstahl, kleine Betrügereien, Drogenverkauf). In den meisten Fällen werden auch diese Gefangenen so schnell wie möglich abgeschoben, sogar in Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete (z. B. nach Kurdistan: "Straftäter" sind in den meisten Bundesländern vom Abschiebestop ausgenommen).

Interessant ist auch, daß unter den Abschiebehäftlingen in Hessen (Angaben aus anderen Bundesländern liegen uns hierzu nicht vor) abgelehnte Asylbewerberinnen nur eine Minderheit sind. 66 (= 55%) der 120 untersuchten Fälle (von 148 Abschiebehäftlingen insgesamt) sind illegal eingereiste Ausländerinnen ohne Asylantrag, in 10 Fällen (8%) handelt es sich um ausländische Straftäter, lediglich in 44 Fällen (37%) um abgelehnte AsylbewerberInnen, denen aber häufig zusätzlich kleinere Delikte zur Last gelegt werden. Die größte Nationalitätengruppe unter den Abschiebehäftlingen in Hessen (und wohl auch in vielen anderen Bundesländern) sind AlgerierInnen (25%), was nicht heißt, daß Angehörige anderer Staaten nicht so oft in Abschiebehaft kommen, sondern eher, daß bei ihnen die Abschiebung schneller geht. (Zahlen nach Frankfurter Rundschau vom 29.7.94)

Beschleunigung von Abschiebungen

Die Bundesregierung und die Behörden arbeiten im übrigen fieberhaft an Methoden zur Beschleunigung von Abschiebungen. Neuester Erfolg ist ein weiteres Abschiebeabkommen nach dem Modell Rumänien: Bulgarien verpflichtete sich jetzt ebenfalls, Staatsangehörige wieder aufzunehmen, die sich ohne Erlaubnis in Deutschland aufgehalten haben - natürlich offiziell auch umgekehrt, aber den Sinn des Abkommens machte die Frankfurter Rundschau schon in der Überschrift deutlich: "Abschiebung von Bulgaren aus Deutschland erleichtert" (FR 10.9.94).

Und wenn eine Abschiebung auch beim vierten Versuch noch nicht geklappt hat, weil der Betroffene im angeblichen Herkunftsland nicht aufgenommen wurde bzw. sich gegen seine Abschiebung wehrt, wird er mit Betäubungsmitteln ruhiggestellt - und wie es im Fall des Nigerianers Kola Bankole am 30.8.94 auf dem Frankfurter Flughafen geschah, dadurch umgebracht. Wieviele andere Menschen durch solche

Beruhigungsspritzen bereits ermordet wurden oder zumindest bleibende Schäden davontrugen, dringt nicht an die Öffentlichkeit.

Andere Gefangene wurden nach ihrer Abschiebung im Herkunftsland umgebracht und viele versuchten, sich in der Haft selbst das Leben zu nehmen, um einer Abschiebung zu entgehen bzw. sie zu verhindern. Letzteres ist nach unseren Informationen aber erst einmal gelungen: Anfang September wurde die Abschiebung der Bürgerrechtlerin Louise Peme Eseka nach Zaire gestoppt, nachdem sie auf dem Düsseldorfer Flughafen einen Selbstmordversuch unternommen hatte. Das Verwaltungsgericht Amberg begründete seinen Meinungswechsel mit dem großen Aufsehen, das der Fall in der Öffentlichkeit gefunden hatte. Es könne nun nicht mehr ausgeschlossen werden, daß Frau Eseka in Zaire tatsächlich von den Militärs verfolgt werde. (Frankfurter Rundschau, 8.9.94)

"Drinnen" und "draußen"

Doch es gab auch Widerstand von Abschiebehäftlingen, der (noch) nicht (fast) bis zum Tod führte, sondern in einigen Fällen sogar zu Erfolgen, und sei es (zunächst) nur zu größerem öffentlichem Interesse an den Zuständen in den Abschiebeknästen. Aktionen in den Knästen, aber auch einige wenige Unterstützungsaktionen "draußen" haben die Verantwortlichen in Regierungen und Behörden immerhin ins Grübeln über ihre Konzepte gebracht, und ich denke, es sind nicht nur die hohen Kosten, die viele Bundesländer bisher davon abgehalten haben, dem Modell NRW zu folgen und spezielle Abschiebeknäste einzurichten. Trotz abgelegener Lage, scharfer Bewachung und rechtloser Situation hat es dort in der letzten Zeit etliche Widerstandsaktionen von Abschiebehäftlingen gegeben. Sogar Wachpersonal geht mit Protest an die Öffentlichkeit: ÖTV-Personalräte beschwerten sich im April 1994 im Namen von 45 Vollzugsbeamten und 40-50 privaten Wachmännern über die Zustände in den Abschiebehaftanstalten in NRW. Angesichts der Überbelastung würden immer mehr der Bediensteten sich in Krankheiten flüchten oder aus dem Beruf aussteigen. Statt mit der ÖTV die Personalaufstockung um zehn Stellen zu verlangen, können wir allerdings nur die sofortige Schließung der Hafthäuser fordern, auch wenn die Wachleute dann arbeitslos werden sollten.

Eine Revolte von Abschiebehäftlingen gab es allerdings auch in der Kasseler Justizvollzugsanstalt, wo Abschiebehäftlinge zusammen mit "normalen" Strafgefangenen untergebracht sind. Auslöser der spektakulären Aktion Ende Juli war, wie sich später herausstellte, sogar ein deutscher Gefangener. Und einen Hungerstreik von Abschiebehäftlingen gab es auch in Berlin, wo sie in Polizeigewahrsam "untergebracht" sind. Ausführliche Berichte zu diesen beiden Aktionen sind in der neuesten ZAG (Zeitung antirassistischer Gruppen, Berlin) abgedruckt.

Wir geben hier nur einen kurzen - und sicher unvollständigen - Überblick über Verzweiflungstaten einzelner Abschiebehäftlinge und über Aktionen "drinnen" und "draußen" gegen die Abschiebehaft:

Juni 1993: In Landau in der Pfalz läßt der ehemalige Leiter der Schutzpolizei, Schlosser, einen angolanischen Abschiebehäftling einfach frei. Begründung: "Ich konnte das mit meinem Gewissen einfach nicht mehr in Einklang bringen. Die Unterbringung war menschenunwürdig", sagt Schlosser (taz 28.1.94). In der Zelle habe es weder Toilette noch Wasseranschluß gegeben. Er halte den längeren Aufenthalt in einer solchen Zelle, die dafür nicht gedacht sei, für einen Verstoß gegen das grundgesetzliche Gebot der Wahrung der Menschenwürde, das auch von der Polizei zu schützen sei. Schlosser wurde wegen Gefangenenbefreiung ein Strafbefehl in Höhe von 2.000 DM zugestellt. Doch Schlosser zahlte nicht, denn er interpretiert die "Tat" so: "Ich habe lediglich die enge Gewahrsamsform in eine gelockerte umgewandelt." Der Angolaner habe einen festen Wohnsitz und Arbeitsplatz und stand auch nach der Befreiung zur Verfügung. Mittlerweile wurde der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben. Schlosser dagegen mußte vor Gericht erscheinen, das ihn zu 2.000 DM Strafe verurteilte (auf Gefangenenbefreiung steht nach § 120 StGB eine Höchststrafe von drei Jahren Freiheitsentzug). "Gefangenenbefreiung ist auch dann rechtswidrig wenn der Gefangene unschuldig in Haft saß", sagte der Staatsanwalt. Ob es nicht möglich gewesen wäre, "Abhilfe durch Verschönerungen" der Zellen zu schaffen. Beispielsweise hätte Schlosser seinen Urlaub opfern können, um mit dem Häftling dreimal am Tag spazierenzugehen. (Frankfurter Rundschau, 6.7.94)

Juli 1993: In Lübeck haben zwölf ausländische Häftlinge, darunter acht abgelehnte Asylbewerber, aus Protest gegen die Haftbedingungen das Dach der Haftanstalt besetzt und forderten die Verlegung in einen anderen Gebäudetrakt, da sie sich von rechtsradikalen deutschen Mithäftlingen bedroht fühlten. Außerdem verlangten

die zwölf Männer die Präsenz eines Fernsehteams. Vier unbewaffnete, bis zu 18 Monate Haft absitzende Türken und acht Abschiebehäftlinge waren offenbar beim Hofgang über das Baugerüst auf das Dach geklettert. Nachdem die Häftlinge mehrfach gedroht hatten, sich vom Dach zu stürzen, wurde ihnen zugesagt, daß drei Deutsche verlegt würden. In deren Zellen war am Abend rechtsextremes Propagandamaterial gefunden worden. (nach einem Zeitungsartikel in der unten genannten Dokumentation des Hessischen Flüchtlingsrat)

Oktober 1993: In Trier erhängte sich der Angolaner Daniel Lopes (27) in der Abschiebehaft.

November 1993: Ein 23-jähriger Rumäne sprang in Schwandort vor seiner Abschiebung aus dem Zug.

Dezember 1993: Emmanuel Ehi, ein 26 Jahre junger Mann aus Nigeria, den alle seine Freunde "Hero" nannten, erhängte sich in der JVA Regensburg mit einem Bettlaken am Fensterkreuz seiner Zelle. "Verantwortlich dafür ist letztlich die deutsche Asylpolitik und Abschiebepolitik", schreibt eine Bürgerinitiative in einem Nachruf. Zusammen mit katholischen Geistlichen setzte sie sich auch für eine Überführung des Toten in sein Herkunftsland ein - doch es fehlte das Geld dafür.

Februar 1994: In Wolfenbüttel fand eine landesweite Demonstration gegen die dort geplante niedersächsische Abschiebehaftanstalt statt. "Abschiebeknast weder hier noch anderswo" lautete das Motto der Organisatoren aus verschiedenen antirassistischen Gruppen und Organisationen von ASten und Wohlfahrtsverbänden bis hin zu Gewerkschaften. Ob diese Aktivitäten ein Grund dafür waren, daß die niedersächsische Landesregierung den Beschluß zur Errichtung der Haftanstalt rückgängig machte - und nicht nur die offiziell genannten Kostengründe?

Juni 1994: Ein chinesischer Abschiebehäftling nahm sich im Gefängnis von Volkstedt bei Eisleben (Sachsen-Anhalt) das Leben. Der Selbstmord führte zu einem Tumult unter den Mitgefangenen. Unter den 30 Abschiebehäftlingen sei es zu "Kurzschlußreaktionen" gekommen. Sie hätten sich verbarrikadiert und Fensterscheiben eingeschlagen. Am folgenden Morgen hätten die Gefangenen ohne Gewaltanwendung dazu bewegt werden können, in ihre Zellen zurückzukehren. Der 43jährige Chinese, der seit März in Abschiebehaft saß, hatte sich nach Angaben des Justizministeriums stranguliert, während sich seine Mitgefangenen im Fernsehraum aufhielten. (SZ 4.6.94)

August 1994: Zwei Abschiebehäftlinge steckten nachts ihre Zelle in der JVA Uelzen (Niedersachsen) in Brand. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, erlitt ein 26jähriger Häftling lebensgefährliche Rauchverletzungen. Der zweite Zelleninsasse sei nicht ganz so schwer verletzt worden. Die abgelehnten Asylbewerber hatten vermutlich eine Matratze in ihrer Zelle angezündet. (FR 23.8.94) Ob die beiden Gefangenen noch leben bzw. ob sie abgeschoben wurden, stand nicht mehr in der Zeitung.

Am 10. August begannen circa 200 kurdische politische Gefangene in Knästen in Hessen, NRW, Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin einen Hungerstreik, der sich zum Teil gegen ihre eigene Abschiebung, aber auch zur Unterstützung anderer (Abschiebe-)Häftlinge sowie allgemein als Protest gegen den Krieg der türkischen Regierung gegen die KurdInnen und die Kriegsunterstützung durch die Bundesregierung richtete. In einer Erklärung aus der JVA Schwalmstadt fordern die Gefangenen:

- Jegliche Unterstützung des türkischen Regimes ist einzustellen, bis der schmutzige Krieg gegen das kurdische Volk beendet ist und dessen Rechte voll anerkannt sind!

- Alle Verbote gegen kurdische Vereine und Organisationen in der BRD sind sofort aufzuheben!

- Alle kurdischen politischen Gefangenen müssen freigelassen werden!

- Keine Abschiebung in den Folterstaat Türkei!

- Schluß mit der Diskriminierung der in der BRD lebenden Kurden und Kurdinnen!

Die 37 Kurdistan-Vereine in Deutschland haben angekündigt, die Aktionen in den Knästen mit Solidaritäts-Hungerstreiks zu unterstützen.

September 1994: Zwei Nigerianern und einem Ghanesen gelang es nach Ablehnung ihrer Asylanträge, das Frankfurter Flughafengelände zu verlassen. Ein Algerier versuchte auf ähnliche Weise der drohenden

Abschiebung zu entkommen, und brach sich dabei ein Bein. Sieben abgelehnten Asylbewerbern gelang die Flucht aus der Abschiebehaft in Worms.

Juristische "Erfolge"

Einige Gerichtsverfahren von Abschiebegefangenen endeten vor Gericht "positiv":

- Das Frankfurter Oberlandesgericht entschied schon im Juli 1993,daß Abschiebehaft "auf Vorrat" nicht erlaubt ist. Ausländische Häftlinge, deren Zeit in einem Untersuchungs- oder Strafgefängnis abgelaufen ist, dürfen zum Zweck der Abschiebung nur dann in erneute Sicherungshaft genommen werden, wenn sie selber an Hindernissen mitwirken, die einer Abschiebung entgegenstehen. Im Fall der Beschwerde eines Liberianers enthielt der Abschiebehaftbeschluß nicht einmal ein Datum für Haftbeginn und -ende. Der Mann wurde vom Gericht aus der Haft entlassen. (FR, 8.7.93)

- In Bremen wurde im August 1994 der Klage von zwei Afrikanern stattgegeben, die seit neun bzw. sieben Monaten auf ihre Abschiebung warteten. Die Zustände in der Bremer Abschiebehaft seien zum Teil menschenunwürdig. Fünf Häftlinge waren monatelang in einem 19 Quadratmeter großen Raum untergebracht worden. Das Gericht kritisierte, daß keine Vorschriften für die Abschiebehaft existierten. (siehe FR und taz vom 6.8.94)

- Das Verwaltungsgericht Berlin entschied vor kurzem, daß Abschiebehäftlinge grundsätzlich Anspruch auf Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben. Das Land Berlin wurde dazu verpflichtet, einem Abschiebegefangenen das gesetzlich vorgesehene Taschengeld von monatlich 80 Mark bis zur Haftentlassung oder Abschiebung zu gewähren. (taz, 16.8.94)

Angesichts der Zustände in der Abschiebehaft und vor allem angesichts der weiter und in zunehmender Zahl stattfindenden Abschiebungen sind diese Erfolge natürlich kaum als solche zu bezeichnen, und es wäre dringend angesagt, mehr zu tun, auch von "draußen".

Öffentlichkeit herstellen

Wir wünschen uns, daß weitere Aktionen stattfinden und hoffen auf Berichte darüber, so daß wir künftig nicht nur die Pläne und Umsetzungsversuche von Regierungen und Behörden darstellen müssen, sondern auch Formen von Widerstand dagegen öffentlich machen können. Die Herrschenden versuchen, diesen Widerstand auf jede mögliche Weise zu unterdrücken, auch und gerade dadurch, daß Ansätze dazu nicht an die Öffentlichkeit kommen. Wenn Widerstand doch nach außen dringt, wird mit Medienpropaganda gegen die "Täter" gehetzt, werden ihre Aktionen verfälscht dargestellt und umgedeutet. Betroffene kommen in den seltensten Fällen zu Wort.

Strategiediskussionen?

Die vorliegenden Informationen sind hoffentlich auch Anstoß für eine Diskussion, was gegen diese Abschiebepraxis und die Situation der Menschen gemacht werden kann. AntirassistInnen in der BRD stehen der Tatsache, daß Flüchtlinge und MigrantInnen in diesem Land nicht nur in Lager gesteckt werden (die sich inzwischen angesichts rückläufiger AsylbewerberInnenzahlen wieder leeren), sondern in zunehmender Zahl im Knast landen, weitgehend hilflos gegenüber. Es gibt nach unserem Informationsstand nicht einmal Diskussionen in breiteren Kreisen darüber. Heißt das, daß die staatliche Strategie der Ausgrenzung, zuerst in Lager am Stadtrand und dann hinter Gefängnismauern, funktioniert und Flüchtlinge und MigrantInnen allmählich nicht nur aus diesem Land, sondern auch aus unserem Bewußtsein verschwinden? Oder schaffen wir es, die MigrantInnen zumindest dabei zu unterstützen, (wieder) sichtbar und hörbar zu werden?

Conni Grenz

Anmerkung:

1.) Quelle: BMI, nach: Flüchtlingsrats-Rundbrief 19/1994

Hinweise auf Dokumentationen zum Thema:

Margret Müller: Abschiebungshaft. Eine Dokumentation im Auftrag des Flüchtlingsrates NRW, Juli 1994. Bezugsadresse: Flüchtlingsrat Kreis Coesfeld, Postfach 1437, 48235 Dülmen.

Hessischer Flüchtlingsrat: Abgeschoben. Reader zur Thematik Abschiebung/Abschiebeknast, Mai 1994. Bezugsadresse: hfr, Löherstr. 37, 36037 Fulda.

Pro Asyl: Gewissen läßt sich nicht einfach abschieben. Herausgegeben zum Tag des Flüchtlings am 30. September 1994. Bezugsadresse: PRO ASYL, Postfach 10 18 43, 60018 Frankfurt/M.)

Den Artikel drucken wir mit freundlicher Genehmigung der Off Limits Redaktion nach. Off Limits ist eine antirassistische Zeitung. Bestellungen über: c/o Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg. Einzelpreis DM 5,-.

Abgeschoben ins "sichere Drittland"

Interview des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Komitee: Seit wann leben Sie in Deutschland?

Mustafa C.: Ich bin vor 2 1/2 Jahren nach Deutschland gekommen und dann vor 1 1/2 Jahren als asylberechtigt anerkannt worden, zusammen mit meiner Frau und drei kleinen Kindern. In der Türkei wurde ich politisch verfolgt.

Zusammen mit einem Freund von Ihnen, der ebenfalls als Flüchtling Asyl erhalten hat, haben Sie nun Erfahrungen mit dem neuen deutschen Asylrecht, insbesondere mit der sogenannten "Sichere Drittstaaten"-Regelung gemacht. Was war denn vorgefallen?

Der Bruder meines Freundes floh ebenfalls vor der politischen Verfolgung in der Türkei, er hatte Repressalien erfahren. Sein Bruder war ja bereits wegen politischer Betätigung verhaftet worden, und er selbst wollte den Kriegsdienst in der türkischen Armee verweigern. Er floh über die Tschechische Republik und wurde sofort an der Grenze von deutscher Grenzpolizei erkennungsdienstlich behandelt und zurückgeschoben. Er durfte keinen Asylantrag stellen. Nach der Rückschiebung ging er an anderer Stelle erneut über die Grenze und gelangte bis nach Köln, wo sein Bruder wohnt.

Wie ging es dann in Köln weiter?

In Köln stellte er am Dienstag (Datum dem Komitee bekannt) einen Antrag auf Asyl. Dabei wurde er von einem Freund begleitet, der jedoch bald wieder weg mußte, so daß er dann alleine bei der Kölner Ausländerbehörde war. Niemand half ihm, er durfte weder seinen Bruder noch seinen Rechtsanwalt benachrichtigen. Am Mittwoch, also einen Tag später wurde er unter Polizeibegleitung in einem Zug wieder über die tschechische Grenze zurückgebracht, ohne daß irgendjemand seinen Anwalt oder seinen Bruder verständigt hatte. Wegen der ersten Einreise über die Tschechische Republik, wo er ja von deutschen Grenzbeamten aufgegriffen worden war, ging die Behörde offensichtlich davon aus, daß er wieder über dieses Land eingereist sei. Daher wurde er wegen der Klausel der "sicheren Drittstaaten" des neuen Asylrechts sofort wieder abgeschoben, ohne daß sein Antrag entgegengenommen oder geprüft wurde. In der Tschechischen Republik verhörte ihn die dortige Grenzpolizei; danach ließ sie ihn frei.

Hatte die Polizei ihm Adressen gegeben, wo er sich nun hinwenden sollte?

Nein, sie kümmerten sich überhaupt nicht um ihn; sie sagten, er solle weggehen und er könne irgendwie in der Tschechischen Republik leben. Aber er hatte ja keinerlei Mittel und keinerlei Kontakt, auch konnte er sich gar nicht verständigen. Daher ging er nun ein drittes Mal illegal über die Grenze nach Deutschland, um zu seinem Bruder zu gelangen. Wieder wurde er festgenommen und von der deutschen Polizei sofort zurückgeschoben. Allerdings nahm ihm diesmal die tschechische Grenzpolizei sein restliches Geld ab (für eine Fahrkarte angeblich) und schickte ihn mit dem Zug nach Prag. Er hatte jetzt nur noch 30 Kronen (ca. DM 2,-).

Was konnte er denn nun in Prag tun? Hatte die Grenzpolizei ihm Adressen gegeben oder erklärt, wie ein Asylantrag zu stellen ist?

Nein. Er war völlig hilflos. Mit dem letzten Geld telefonierte er am Freitag, also zwei Tage nach der ersten Abschiebung aus Köln, mit seinem Bruder in Köln und sagte ihm, er sei in Prag in der Nähe eines großen Turmes bei einem Park, er solle kommen und ihm helfen. Wegen des fehlenden Geldes war das Gespräch so kurz, daß der Bruder die Ortsangaben nicht hinreichend verstanden hatte.

Was hat sein Bruder aus Köln denn dann unternehmen können?

Sein Bruder und ich, wir sind zusammen noch am Abend desselben Tages mit dem Auto nach Prag losgefahren, denn wir wußten, daß er in Prag völlig hilflos war. Bei Tagesanbruch am Samstag waren wir in Prag. Es gibt 700 Parks in Prag und wir wußten nicht, an welchem Park mit Turm in der Nähe wir suchen sollten.

Haben Sie sich an eine Behörde oder an die Polizei gewandt und Hilfe erbeten?

Ja, wir versuchten, mit der Polizei zu sprechen, aber es war unmöglich, es war einfach kein Gespräch möglich, sie interessierte sich überhaupt nicht für Ausländer, die Fragen hatten. Gegen 14.00 Uhr fanden wir dann die Ausländerpolizeistelle, die allerdings schon geschlossen war und erst Montag wieder öffnete. So entschieden wir uns, zu bleiben und weiterzusuchen.

Hat Ihnen denn die Ausländerpolizei am Montag helfen können?

Sie haben gar nichts getan und konnten uns auch nicht sagen, wie wir ihn finden könnten. Ein Versuch, über das türkische Konsulat etwas zu erreichen, schlug auch fehl. Wir telefonierten nach Köln und erfragten bei einem Anwalt Adressen von Menschenrechtsorganisationen in Prag. Darüber erfuhren wir die Anschrift von UNHCR, wo wir dann am Montag nachmittags Frau Delly trafen, die sehr freundlich war. Sie erläuterte uns einiges über die Situation von Flüchtlingen in der tschechischen Republik. Wer kein Geld hat, muß auf der Straße von nichts leben. Die minimalen Standards würden nicht eingehalten. Tschechische Behörden tun so, als gäbe es gar kein Flüchtlingsproblem. Sie ignorieren die Flüchtlinge. Sie gab uns schließlich die Adresse eines Platzes, auf dem kostenlos Suppe ausgegeben würde, der Nadeje-Platz. Der Bruder meines Freundes habe wahrscheinlich im Hauptbahnhof übernachtet, meinte sie.

Wir sind dann zum Nadeje-Platz gefahren, der nahe am Hauptbahnhof liegt. Am Nadeje-Platz dürfen jedoch nur Tschechen kostenlos essen. Ausländer bräuchten eine Bescheinigung. Aber die Polizei verweigert Ausländern oft willkürlich die Ausstellung solcher Bescheinigungen, wie wir erfahren haben. Weil wir ausländisch aussahen, fragten sie uns dort sofort nach einer solchen Bescheinigung. Wir wollten jedoch nur nach dem Bruder meines Freundes fragen.

Schließlich fanden wir ihn zwei Stunden später zufällig auf dem Prager Hauptbahnhof. Er sah hungrig und krank aus. Er ist erst zwanzig und war völlig hilflos. Er hatte am Turm gegenüber des Bahnhofs gewartet und gehofft, daß sein Bruder am Samstag gekommen wäre. Jetzt hatte er fast alle Hoffnung verloren. Seit der Abschiebung am Mittwoch bis zu diesem Montag hatte er nichts gegessen, so daß er auch jetzt nur eine Suppe vertragen konnte.

Was konnten Sie denn nun tun? Er konnte doch nicht mit nach Deutschland?

Für meinen Freund war klar, daß sein Bruder mitfahren mußte. Lieber gingen beide in Deutschland ins Gefängnis, als daß er seinen Bruder in Prag allein ließe und er womöglich verhungerte. Also mußten wir ihn im Kofferraum im Auto verstecken. Mit riesiger Angst fuhren wir über die Grenze,doch zum Glück klappte alles. Unterwegs träumte ich davon, daß ich mit meiner ganzen Familie abgeschoben würde - ein Alptraum, den viele von uns Flüchtlingen haben.

Wie soll es aber nun weitergehen?

Es gibt keine Chance, einen Asylantrag zu stellen, er würde ja sofort wieder abgeschoben werden; er kann nur weiter hier in der Illegalität bleiben oder wir müssen irgendwann eine andere Lösung in einem anderen europäischen Land finden. Aber wir sehen keine Chancen und haben kaum Hoffnung. Das sind die Konsequenzen des neuen Asylrechts für uns.

Vielen Dank für das Gespräch.

Für das Komitee führte das Gespräch Martin Singe am 30.8.1994 im Kölner Sekretariat des Komitees. Der Name des Gesprächspartners sowie die Daten sind aus verständlichen Gründen anonymisiert. Der Text des Interviews ist vom Gesprächspartner gegengelesen und bestätigt worden.

Zahl und Haftsituation

der Abschiebegefangenen im Sommer 1994

Baden-Württemberg:

200; Container in der JVA Mannheim, Rest verteilt

Bayern:

500; verteilt

Berlin:

200; zwei Sonderknäste

Brandenburg:

60; verteilt

Bremen:

20; Polizeigewahrsam

Hamburg:

120; Container in der JVA Glasmoor, Rest verteilt

Hessen:

170; noch verteilt, ab Frühjahr

Sonderknast Offenbach

Mecklenburg-Vorpommern:

50; verteilt

Niedersachsen:

200; noch verteilt, ab Oktober Sonderabteilung in der JVA Uelzen

Nordrhein-Westfalen:

1.500; acht Sonderknäste, Rest verteilt

Rheinland-Pfalz:

80; Schwerpunkt JVA Worms, demnächst Sonderknast in Kaserne bei Zweibrücken

Saarland:

50; Schwerpunkt JVA Saarbrücken

Sachsen-Anhalt:

40; verteilt

Sachsen:

90; verteilt

Schleswig-Holstein:

120; Sonderabteilungen in der JVA Kiel und JVA Lübeck

Thüringen:

40; Sonderknast in Gotha

Nach Angaben der zuständigen Länderbehörden, veröffentlicht in konkret 9/94, S.33

22. Skin-Überfall auf antifaschistisches Zentrum in Reutlingen

Autor: Gruppe AK Reutlingen · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:33

17.9., 2.30 Uhr morgens. In der Reutlinger "Zelle", einem antifaschistischen und antirassistischen Kulturzentrum, befinden sich noch sechzig BesucherInnen eines Solidaritätsfestes für politische Gefangene. Dann der Angriff: "So martialische Glatzen waren das. So fiese Skins, wie man sich's vorstellt", berichtete später einer der "Zelle"-Besucher. Militärklamotten, Springerstiefel.

Zwölf Mann hoch rücken Fascho-Skins nachts um halb drei am Echazufer ein, reißen Latten von der Parkplatzabsperrung, Ketten von Fahrrädern und schlagen zu: "Ihr seid Juden, wir kriegen euch alle", brüllen sie, und: "Rotfront verrecke!" Die "Zelle"-BesucherInnen versuchen vergeblich, die Tür von innen zu verschließen. "Die warfen sofort mit Flaschen und traten auf uns ein." Die Skins waren nach Aussagen eines Verletzten zudem mit achtzig Zentimeter langen Rundhölzern bewaffnet. Trotz der Gegenwehr der Angegriffenen werden zwei Jugendliche von den Schlägern auf die Straße gezerrt, zu Boden geworfen und zusammengetreten. Einem der Jugendlichen werden die Augenlider hochgezogen, CS-Gas wird ihm in die Augen gesprüht. Unter Einsatz eines Feuerlöschers gelingt es schließlich, die Skins soweit auf Abstand zu halten, daß die neben der Tür bewußtlos liegenden Genossen unter einem Hagel von Bierflaschen in die "Zelle" hineingezogen werden können. Weitere Kopfverletzungen und Prellungen sind die Folge. Vier Leute werden mit Rippenbrüchen, Gehirnerschütterungen und Platzwunden ins Krankenhaus gebracht.

Noch drei Wochen nach dem Überfall litt ein Genosse an schweren Gleichgewichtsstörungen, konnte aber das Bett wieder verlassen. Ein anderer hat immer noch mit der schweren Verätzung seiner Augen zu kämpfen. Der Rücken eines dritten ist von den Schlägen mit Fahrradketten gezeichnet.

Polizei-Einsatz "a bißle daneben"

Bis zum Eintreffen des ersten Streifenwagens verging mindestens eine Viertelstunde. Dieser war nicht nur von der "Zelle", sondern auch zeitgleich von einer Zivilstreife benachrichtigt worden, die, wie sich erst später herausstellte, den gesamten Überfall aus gebührendem Abstand beobachtet hatte. Mindestens eine Viertelstunde war bis zum Eintreffen des ersten Streifenwagens vergangen.

Laut Polizeibericht wurden nach dem Überfall fünf Skins im Alter zwischen 17 und 32 Jahren festgenommen, drei davon in unmittelbarer Nähe der "Zelle". Gegen vier der Angreifer ist vom Amtsgericht Haftbefehl erlassen worden, u.a. wegen Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung. Indem die Polizei das Durcheinander in der "Zelle" ausnutzte, gelang es ihr, auch die Personalien einiger BesucherInnen zu erfassen. Man könne sonst die Skins nicht in Haft nehmen, wurde behauptet. Tatsächlich ist der Polizei daran gelegen, Daten über die Strukturen der "Zelle" zu sammeln. Außerdem wird schon sachte der Vorwurf überzogener Notwehr ins Spiel gebracht, da laut Polizei auch ein Skinhead schwer verletzt worden ist. Die "Zelle" hat zur Abwehr dieses Vorgehens einen Ermittlungsausschuß gebildet und selbst Anzeige erstattet.

Zum Vorgehen der Polizei hat die "Zelle" einige Fragen gestellt:

- Am Freitag, 16.9., einen Tag vor dem Angriff auf die "Zelle", überfielen zehn vermummte Faschos vier linke Jugendliche auf dem Marktplatz. Daraufhin waren in der Nacht vom Samstag auf Sonntag etwa fünfzehn Streifenwagen in der Innenstadt ständig präsent. In einer Stadt wie Reutlingen entspricht das einem mittleren Belagerungszustand. Warum konnten trotzdem zwölf Faschoskins unbehelligt durch die Innenstadt zur "Zelle" (ca. 500 Meter) marschieren?

- Warum haben zwei Zivilpolizisten den ganzen Vorgang von einem Parkplatz aus beobachtet, ohne sich bemerkbar zu machen oder einzugreifen?

- Warum brauchte die Polizei nach der Alarmierung durch die "Zelle" fünfzehn Minuten, um dann nur mit einem Streifenwagen einzutreffen? Das Polizeirevier ist keine drei Minuten Fahrtzeit entfernt.

Die Antwort des Pressesprechers der Polizeidirektion Reutlingen, Wolfram Ebert, war mehr als dürftig: "Die Vorwürfe stimmen nicht." Die beiden Zivilbeamten hätten nicht sofort eingegriffen, weil sie von den Schlägern

mit Holzlatten bedroht worden seien. Zudem sei die Zivilstreife erst "dazugekommen, als das Ganze schon im Gange war". (In anderen Fällen ist die Polizei weitaus schneller mit der Waffe bei der Hand, wie es z.B. die Erschießung eines jungen Kurden, der Plakate geklebt hatte, zeigt.) Und nur kurze Zeit später seien weitere Polizisten herbeigeeilt, um die Schlägerei zu beenden. Nach dem Eindruck eines Nachbarn der "Zelle" ging der Einsatz der Polizei allerdings "wohl a bißle daneben", und es habe "sehr, sehr lang gebraucht, bis sie gekommen sind".

Eingestanden hat die Polizei, die inzwischen eine eigene Ermittlungsgruppe gebildet hat, daß zuvor "mit starken Kräften das Stadtgebiet abgedeckt" worden sei. Nicht jedoch wegen drohender Shinhead-Überfälle, sondern weil sie "erfahren" habe, daß Punker an diesem Wochenende "Reutlinger Chaos Tage" - erklärtermaßen aber ohne Randale - stattfinden lassen wollten. Für die Polizei sei fortan "alles wild durcheinander(gegangen)". Gleichviel behauptet sie, daß es sich bei dem Überfall auf die "Zelle" um einen Rachezug der Skinheads wegen einer bei dem Überfall am Freitag bezogenen Ohrfeige handele. Die Skins hätte ihre Aktion bei einer diesem Überfall folgenden Geburtstagsfeier beschlossen.

Für den Ermittlungsausschuß der "Zelle" greifen solche Erklärungsversuche zu kurz. Vor wenigen Monaten ging bei der "Zelle" eine Bombendrohung ein, die dem Kulturzentrum mit seinen antifaschistischen Tätigkeiten galt. Die "Zelle" ist Treffpunkt von Antifagruppen, veranstaltet Solidaritätsfeste mit politischen Gefangenen und achtet ansonsten auf ein sauberes Haus: Vor einigen Wochen wurde die Frauengruppe der mittlerweile verbotenen "Heimattreuen Vereinigung Deutschlands" rausgeschmissen.

Für die Reutlinger Polizei und die örtlichen Medien hat die "Zelle" an einem Geschehen wie dem jetzigen Überfall letztlich selber schuld. Zur Untermauerung werden Gerüchte verbreitet, daß in der "Zelle" mit Rauschgift gehandelt werde, daß es dort ständig zu Schlägereien komme. Die "Republikaner" haben die Gelegenheit genutzt, die Schließung der "Zelle" zu fordern.

Empörung gibt es allerdings sogar von seiten der SPD: Der Überfall sei "eine eindeutig politische Demonstration" von Rechtsextremisten gewesen: "Dies sollte uns aufmerksam machen. Die Rechten haben in unserem Land schon genug Schaden angerichtet." Auch die Grünen haben durch ihren Kreisvorstand einstimmig Solidarität bekundet.

Den Verletzten und einigen der Zeugen wurden von den Vernehmungsbeamten dreißig Fotografien von Faschoskins aus der Umgebung gezeigt. Hatten sich einige - oder alle - Schläger zuvor im neuen NPD-Haus im benachbarten Eningen versammelt? Nach unseren Erkenntnissen waren dort wenige Stunden vor dem Überfall Wagen der Faschos aus Sigmaringen gesehen worden.

Gruppe AK Reutlingen

Wie wir in ak 370 berichteten, hat die NPD in Eningen eine Villa geerbt. Inzwischen ist dort kein Geringerer als der Bundesvorsitzende Deckert mit Zweitwohnsitz gemeldet. Auch verkehren dort inzwischen die "Herren mit Aktenkoffern". Finden dort Gremiensitzungen auf hoher Ebene statt?

Den linken AntifaschistInnen liegt viel daran, im Ort selber Widerstand gegen die NPD-Nachbarschaft zu entwickeln. U.a. sind die Pfadfinder und der Gemeinderat der Kirche im Bündnis vertreten. Der Grünen-Landtagsabgeordnete Manfred Renz beteiligt sich ebenfalls an den Treffen im Ort. Seine Linie, nichts zu unternehmen, um keine Auseinandersetzung mit dem Bürgermeister zu riskieren, wird von Linken und auch vom Reutlinger Kreisvorstand der Grünen abgelehnt. Auf Renz' Betreiben wurde jetzt eine erste Informationsveranstaltung vom 20. Oktober auf Anfang November verschoben, Referent soll ausgerechnet der im Fall Deckert ermittelnde Staatsanwalt sein.

23. Wieder Nazi-Briefbomben in Österreich

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:24

Erneut haben Nazis in Österreich Briefbomben verschickt. Insgesamt vier solcher Sprengsätze sind entdeckt und unschädlich gemacht werden, bevor jemand zu Schaden gekommen ist. Eine der Bomben war an den slowenischen Literaturverlag in Kärnten adressiert gewesen ("Wir bedanken uns für Ihr vaterlandzersetzendes slowenisches Wirken"), eine weitere ging an eine Ausländerberatungsstelle in Vorarlberg, eine dritte an eine Fabrik in Salzburg, die im Begleitschreiben beschuldigt wurde, Ausländer zu beschäftigen. Die vierte Bombe schließlich war an die Ausländerberatungsstelle des Stifts Wilten in Tirol gerichtet gewesen.

Weil die Bomben zudem in ihrer Bauart nur leicht von der der zehn Briefbomben im letzten Winter abweichen, wird allgemein eine Verbindung zu diesen Anschlägen gezogen.

Bundeskanzler Franz Vranitzky machte indirekt den Wahlkampf der FPÖ Haiders für die neuen Anschläge verantwortlich. Und in der Tat: Das FPÖ-Wahlergebnis von etwa 23% macht deutlich, daß Rechts in ist in der Alpenrepublik. Wer Haider im Wahlkampf hat hetzen hören, der hörte einen der Brandstifter. Selbst ehemalige Parteigänger Haiders warfen ihm vor, mit seiner Kampagne gegen Ausländer die Anschlagserie begünstigt zu haben.

Das Innenministerium allerdings sieht eher einen Zusammenhang zwischen den jetzigen Bomben und dem Revisionsverfahren gegen den Vorsitzenden der "Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition" und zeitweiligen Stellvertreter des deutschen Obernazis Michael Kühnen, Gottfried Küssel, das gegenwärtig in Wien stattfindet. Küssel war vor einem Jahr wegen "Wiederbetätigung", d.h. Aktivitäten zur Fortführung der NSDAP, zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Außerdem verweist das Ministerium darauf, daß man die Szene "voll im Griff" habe, neun von zehn Terroranschlägen aufgeklärt seien und gegen die mutmaßlichen Urheber der zehn Briefbomben vom letzten Winter nunmehr das Verfahren eröffnet werden wird.

Doch eben diese beiden, die VAPO-Mitglieder Radl und Binder, werden wohl nur wegen Wiederbetätigung im Rahmen des Küssel-Vereins VAPO angeklagt. Alle Spuren, die im Winter auf einen organisierten Zusammenhang der Bombenbastler hinwiesen, sind mittlerweile von offizieller Seite ad acta gelegt worden.

So hatte Franz Radl in mehreren Briefen eine "verschärfte Gangart" und die Bildung bewaffneter Kader angekündigt; in der Postille der "Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene" (HNG) forderte er im November 1993 - kurz vor Beginn der Anschlagserie - seine Kameraden auf, "10 Briefe für 10 Jahre Küssel-Haft" zu verschicken. In seiner Wohnung waren auch Materialien über "Mißliebige" gefunden worden. In Flugblättern hatte Radl u.a. die Adresse der islamischen Einrichtungen bekanntgegeben, die dann Briefbomben erhielten.

Der Mitverdächtige Peter Binder hat in der Wohnung des ebenfalls kurzfristig inhaftierten VAPO-Mitglieds Alexander Wolfert mit Nitroglyzerin experimentiert, in seiner eigenen Wohnung waren Teile gefunden worden, wie sie für die Herstellung der damaligen Briefbomben gebraucht wurden: Wolfram-Drähte aus Taschenlampenbirnen, Patronenhülsen ohne Zünder und weitere eindeutige Indizien. Völlig unstrittig ist auch, daß dieser Peter Binder an Sprengstoffkursen der deutschen Naziszene teilgenommen hat. Bei seiner Festnahme im Zuge einer Routinekontrolle an der tschechischen Grenze, hatte Binder nicht nur sein Auto bis unters Dach voll mit Waffen, sondern war ganz offenbar auf dem Weg zu Freund Wendt. Ein ominöser "Dr. Vanda" erkundigte sich nach Binders Verhaftung bei der Ehefrau nach Binders Verbleib.

Zentraler Anlaufpunkt für diese Terroranhänger ist im Frühjahr 1990 die Ostberliner Weitlingstraße gewesen. Dort hatten die Nazis der Noch-DDR ihr Zentrum, und u.a. Christian Worch und Gottfried Küssel mit Anhang gingen hier ein und aus. Neben anderen wohnte dort Bendix Wendt, ein gelernter Schlosser und Waffennarr (mit DDR-Nazi-Vorstrafen), der damals mit Binder zusammentraf. Wendt und Binder sammelten auf ehemaligen Schlachtfeldern des zweiten Weltkriegs (u.a. in Halbe) altes Kriegsgerät und trafen spätestens dann auf Wilfried Arnulf Priem, der ein ähnliches Hobby pflegte (zu Priem siehe Artikel in dieser ak).

Priems Nazi-Rocker-Gruppe "Die Vandalen" waren es wohl auch, von denen Bendix Wendt seinen Spitznamen "Dr. Vanda" herleitete. Und womöglich war es auch gar nicht Priem, der in dem Auto saß, das im Winter 93/94 an der österreichischen Grenze und in unmittelbarer Umgebung der mutmaßlichen

Bombenbastler gesehen worden war. Priem selbst hat von seinen "Vandalen" ein Alibi erhalten, aber warum könnte nicht Wendt seinem Kumpel Binder damals zur Hand gegangen sein?

Neben Bendix Wendt ist auch ein zweiter deutscher Nazi als technischer Berater für die damaligen Briefbomben in Betracht gezogen worden: Peter Naumann, 41 Jahre, Verantwortlicher eines in Wiesbaden ansässigen "Völkischen Bundes", der von einer "Entscheidungsschlacht" faselt, "um Volk und Heimat gegen die planmäßige Überflutung mit fremden Völkern zu verteidigen". Dieser Peter Naumann hatte schon 1978 in Italien die Gedenkstätte für die Opfer des SS-Verbrechers Kappler sprengen wollen. Ebenfalls 1978 hatte er Kontakt mit dem Forstmeister und Rechtsterroristen Heinz Lembke (der später der Polizei in der Lüneburger Heide riesige Waffendepots zeigte und - bevor er vor dem BKA aussagen konnte - tot in seiner Zelle gefunden wurde). 1987 schließlich wurde Naumann verhaftet, weil er in Südtirol Strommasten in die Luft jagen wollte. 1988 wurde Naumann vom Oberlandesgericht Frankfurt zu viereinhalb Jahren "wegen der Verabredung der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion, des Versuchs der Gründung einer terroristischen Vereinigung und wegen des vorsätzlichen Umgangs mit explosionsgefährlichen Stoffen" verurteilt. 1990 wurde Naumann vorzeitig aus der Haft entlassen. Er traf sich in den Folgejahren häufig mit österreichischen Nazis z.B. auf dem "Ulrichsberg-Treffen". Mit dabei waren u.a. die beiden Kumpel von Franz Radl: Andreas T. und Helmut Adolf S. Auch in der Berliner Nazi-Szene war Naumann kein Unbekannter. Er war Mitglied einer "Arbeitsgemeinschaft Deutsche Interessen", die aus ehemaligen Kadern der (verbotenen) nationalistischen Front sowie der Deutschen Alternative bestand. Diese "Arbeitsgemeinschaft ..." soll auch Verbindungen zum "Kampfkunst-Hochleistungsverband" gehabt haben, dessen Mitglieder nicht nur den Saalschutz bei Veranstaltungen der NF organisierten, sondern auch im Solinger "HakPao" des Verfassungsschutzagenten Schmitt trainiert hatten - teilweise gemeinsam mit den für die Solinger Morde Angeklagten.

Bendix Wendt wurde Anfang 1994 vergeblich gesucht. Er soll abgetaucht sein, womöglich als Söldner in Kroatien. Peter Naumann ließ der österreichischen Polizei lapidar mitteilen, er habe nichts zu sagen.

So sind die Anschläge vom letzten Dezember bis heute nicht aufgeklärt und abgeurteilt. Bislang deutet nichts darauf hin, daß die neue Briefbombenserie anders behandelt würde. Wiens Bürgermeister Helmut Zilk, der im letzten Jahr durch eine solche Briefbombe mehrere Finger der linken Hand verlor, sagte, er habe mehr Vertrauen zum lieben Gott als in die Staatspolizei. Um die Ermittlungen voranzutreiben, solle das Innenministerium lieber das amerikanische FBI oder den israelischen Geheimdienst Mossad hinzuziehen. Ob's hilft?

ES., Hamburg

Quellen:

Neben der aktuellen Tagespresse dienten insbesondere zwei Artikel von Wolfgang Purtscheller und Thomas Vasek als Informationsquelle. Die Artikel sind veröffentlicht am 18. und 25. April 1994 in der österreichischen Zeitschrift "Profil".

24. Rassismus bei der Polizei. Einige Fälle aus Berlin

Autor: Biplab Basu · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/bullen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:bullen

Ausländerinnen und Ausländer begegnen dem Polizeiapparat und der Justiz im Allgemeinen mit Angst. Die Angst, erniedrigt und beleidigt zu werden; die Angst, verhaftet und verprügelt zu werden; die Angst, daß niemand und auch kein Gesetz sie gegen all das verteidigen und schützen wird. Ausländerinnen und Ausländer sind mit dem Rassismus in der Gesellschaft auf allen Ebenen des täglichen Lebens konfrontiert - auf der Arbeit, auf dem Wohnungsmarkt, in den Bildungsstätten und auf der Straße. Doch die Erfahrungen mit Polizei und Justiz prägen ihr Bewußtsein und darum auch ihre Verhaltensweisen am stärksten.

Daß die Polizei mit einer deutschen Bürgerin oder einem deutschen Bürger nie so umgehen würde, wie sie es mit einem/r ausländischen Halbbürger/in tut, wissen jede/r Ausländer/in und auch die Deutschen, die die Geschehnisse kritisch beobachten. Daß das polizeiliche Handeln vom "allgemein kriminellen Potential der Ausländer/innen" bestimmt wird, liegt nicht nur an der durch Familie und Bildungsinstitutionen vermittelten rassistischen Sozialisation der Polizisten, sondern auch an der derzeitigen Politik.

Es hat lange gedauert, bis irgendjemand in Deutschland von Rassismus gesprochen hat. Erst nach dem Fall der Mauer 1989 konnte niemand mehr den Rassismus verleugnen: Ausländerinnen und Ausländer wurden auf offener Straße oder zu Hause von rassistischen Einzeltätern oder von Nazibanden umgebracht, Asylbewerberheime von organisierten neofaschistischen Truppen angegriffen und angezündet, während Bürgerinnen und Bürger Beifall klatschten. Morde und Brandstiftungen zwangen die kritische Öffentlichkeit, sich mit der rassistischen Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik, dem Schul- und Erziehungssystem, der Gesetzgebung oder der rassistischen Polizei und Justiz - Erscheinungen, die Siegfried Jäger als Rassismus der Mitte bezeichnet - auseinanderzusetzen.

Am schwersten war und ist es jedoch, den Rassismus der Polizei konkret nachzuweisen. Zum einen, weil die Polizei jede rassistische Tat von sich weist und zugleich - wenn nur nichts an die Öffentlichkeit dringt - fast alles geschehen läßt. Werden Vorfälle doch bekannt oder zur Anzeige gebracht, so sind zumeist nur Komplizen als Zeugen präsent und neutrale Zeugen oder die Opfer selbst werden durch Gegenanzeigen eingeschüchtert. Zum anderen steht die Politik selbstverständlich hinter der Polizei. Das Ausländergesetz, die unzähligen Ausführungsvorschriften und Verordnungen werden hauptsächlich von der Polizei überwacht. Kein anderer Apparat des Staates repräsentiert dessen Autorität so sehr wie die Polizei. Die rassistischen Schandtaten der Polizei zu kritisieren bedeutet daher zugleich, die Autorität des Staates in Frage zu stellen. Die Ideologie der Polizei ist, daß sie uns kontrollieren muß, aber wir dürfen sie umgekehrt nicht beobachten und kontrollieren. Wenn es überhaupt zu einer Kontrolle kommt, dann in geheim tagenden Ausschüssen des Parlaments. Die Idee, daß die Polizei durch die Bürgerinnen und Bürger überwacht werden soll, wird von fast allen Parteien und PolitikerInnen abgelehnt. Es gibt auch von linken Parteien keinen ernsthaften Versuch, dies durch den Druck der Öffentlichkeit durchzusetzen.

Die offen rassistischen Kampagnen gegen AusländerInnen aus der bürgerlichen Mitte in den 80er Jahren durch Leute wie den damaligen Innenminister Zimmermann oder den Berliner Innensenator Lummer sind von der Polizei aufgegriffen und entsprechend den gesetzlichen Möglichkeiten umgesetzt worden. Das ungeheure Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die "neutrale" Vorgehensweise der Ordnungsmänner verhinderte jegliche Auseinandersetzung über die rassistisch motivierte Behandlung der AusländerInnen durch die Polizei. Sogar die radikaldemokratischen Bewegungen beschäftigten sich, wenn überhaupt, mit dem Rassismus als "braunem Spuk", aber nicht mit dem Rassismus der Polizei. Die Anti-Volkszählungsbewegung Anfang der 80er Jahre etwa erkannte keine rassistische Motivation hinter dem Ausländerzentralregister. Daß die unzähligen Sonderarbeitsgruppen der Polizei zur Bekämpfung der Ausländerkriminalität und die Ausländerkriminalitätsstatistiken rassistische Hintergründe haben oder haben könnten, wurde sehr lange nicht in Betracht gezogen. Die Ausländerzuzugssperre in bestimmten Berliner Bezirken löste bei vielen Empörung aus, aber daß die Polizei den Bezirk Kreuzberg, wo die meisten AusländerInnen in Berlin wohnen, als den am meisten gefährdeten einstuft, geschieht fast unbemerkt. In Ostberlin leben relativ wenig AusländerInnen - die meisten im Bezirk Hohenschönhausen. Und dort ist auch die Polizeipräsenz von allen Ostberliner Bezirken am höchsten. Den massenwirksamen Medien- und Werbekampagnen gegen die "Zigarettenmafia" folgen fast

täglich Razzien in den Wohnungen von VietnamesInnen, in der Regel begleitet von brutalen Durchsuchungsmethoden, unter dem Vorwand "Gefahr in Verzug". Von der Öffentlichkeit wird dies nur selten als Rassismus der Polizei wahrgenommen.

Unter schwierigen Bedingungen ist es "Reistrommel e.V.", einem in Berlin arbeitenden Beratungsverein für VietnamesInnen gelungen, 27 Fälle von Mißhandlungen von VietnamesInnen durch die Berliner oder Brandenburger Polizei zu dokumentieren. Diese Dokumentation führte dazu, daß in Berlin eine elfköpfige Sonderkommission der Polizei gebildet wurde, die nun in eigener Sache ermittelt. Allerdings hat sich diese Kommission unter anderem dadurch hervorgetan, daß sie die vietnamesischen Betroffenen bei Befragungen einschüchterte und versuchte, sie in Widersprüche zu verwickeln. Auch die Berliner Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen aufgenommen; diese werden von Carlo Weber geleitet, der seit den Prozessen gegen Hausbesetzer vor über zehn Jahren als Scharfmacher gilt.

In Berlin fand bisher ein Prozeß statt, in dem drei Polizisten verurteilt wurden, ein vierter wurde freigesprochen. Von 33 Ermittlungsverfahren, die auf Grund der Aussagen der Vietnamesen eingeleitet wurden, sind bislang 22 wieder eingestellt worden, da es angeblich an objektivem Beweismaterial sowie neutralen Zeugen fehlte. Gegen zehn Beamte soll demnächst Anklage erhoben werden. Neu sind Ermittlungen gegen neun Beschuldigte der Direktion 6. Die Vorwürfe lauten auf Körperverletzung, Strafvereitelung im Amt sowie Beleidigungen sexueller Art. Gegen Polizeibeamte aus der Direktion 5 (Kreuzberg) wird ebenfalls ermittelt. Im brandenburgischen Bernau sind zwei Polizisten bisher verurteilt worden. Außerdem wurden in Bernau, anders als in Berlin, einige Polizisten durch die dortige Polizeipräsidentin - eine "Zivilistin" - vom Dienst suspendiert. Im folgenden zitieren wir einige in der erwähnten Dokumentation zusammengetragene Gedächtnisprotokolle. (In den meisten Protokollkopien, die uns vorliegen und die älteren Datums sind, wurden seinerzeit die Namen der Betroffenen sowie die genauen Daten der Vorfälle geschwärzt, um der Polizei keine vorzeitige Handhabe zu Vertuschungsmaßnahmen zu geben.)

"Ich hielt mich am S-Bhf. Frankfurter Allee auf. Ich hatte keinerlei Zigaretten bei mir. Plötzlich kam ein Zivilpolizist. Er sagte, er sei Polizist, wies sich jedoch nicht als solcher aus. Ich versuchte wegzurennen ... Er warf mich auf den Boden und legte mir Handschellen an mit beiden Händen auf dem Rücken. Er zog mich an den Handschellen hoch. Dies tat sehr weh, da meine Arme nach hinten völlig verdreht waren. Dann trat er mich aus voller Kraft in den Bauch. Dies tat furchtbar weh, ich hatte noch einen Monat danach fürchterliche Schmerzen. Er brachte mich auf das Polizeirevier an der Frankfurter Allee. Ich mußte dort etwa eine Stunde auf dem Stuhl sitzen. Ich hatte großen Durst und fragte, ob ich einen Schluck Wasser bekäme. Er schrie mich an, sie seien kein Hotel. Danach wurde ich wieder frei gelassen."

"Am ... 1994 gegen 14 Uhr kamen in der Nähe vom U-Bhf. Osloer Straße fünf uniformierte Polizisten mit einer Polizeiwanne auf mich zu. Sie brachten mich in den Wagen, legten mir Handschellen an und stürzten mich auf den Boden. Im Wagen schlugen und traten sie mich ca. zwei Stunden. Sie hatten dabei Lederhandschuhe an. Danach brachten sie mich in einen Wald, schlugen wieder ca. 15 Minuten und bedrohten mich, daß ich ... weglaufen soll ... Ich lief weg und nach ca. zwei Kilometer fand ich eine Bushaltestelle. Mit dem 124er Bus fuhr ich zu einer U-Bahnstation."

(Ca. 22 Uhr) "Ich verkaufte am S-Bhf. Humboldthain Zigaretten ... Plötzlich kam eine Polizeiwanne. Ich lief weg, sie rannten mir hinterher. Ich fiel hin. Sie schlugen auf mich ein ... Sie legten mir Handschellen an. In der Wanne wurde ich weiter geschlagen. Die Polizisten banden mir ein Seil um die Hände, machten einen Haken um das Seil und zogen mich nach oben. Meine Arme und Hände waren hinten auf dem Rücken, sie zogen mich so hoch, daß ich gerade noch auf dem Boden stehen konnte. Sie zogen die Fenster zu und schlugen mich mit Händen und traten mich mit ihren Stiefeln. Es waren vier Polizisten und eine Polizistin in der Wanne, ich wurde von allen geschlagen (die Schläge und Tritte kamen auf jeden Fall von allen Seiten). Die Schläge dauerten ca. 10 Minuten. Dann wurde ich wieder freigelassen."

(Gegen 17 Uhr) "Ich hielt mich an diesem Tag zusammen mit B. und C. in der Osloer Straße auf ... Plötzlich kamen acht Zivilpolizisten in drei PKW angefahren ... Die Zivilpolizisten stürzten sich sofort auf uns. Ich wurde von vier Polizisten geschlagen. Drei schlugen mit ihren Fäusten auf mich ein, einer von ihnen zog einen Gummiknüppel und schlug mit ihm aus voller Kraft auf mich ein. Er schlug mich auch mit voller Wucht auf die Stirn. (A. zeigt uns eine längere Narbe auf seiner Stirn, die ihm von dem Schlag geblieben ist.) Ich war blutüberströmt, deshalb ließen die Polizisten schließlich von mir ab. Ich hatte keinen Ausweis bei mir, nur eine

beglaubigte Kopie meiner Aufenthaltsgestattung. Sie brachen das Siegel dieses Dokuments auf und warfen die Papiere danach weg. Sie ließen mich dann auf der Straße stehen.

Dann gingen sie auf B. und C. zu. Sie führten die beiden zu Fuß zu einem Grünstreifen, der sich in der Nähe befand, und verprügelten sie ganz schrecklich ... Sie wurden mit den Fäusten überallhin geschlagen und mit den Füßen getreten, etwa zwanzig Minuten lang. B. schlugen sie überwiegend gezielt auf den Kopf...

C. erging es noch schlimmer. Nachdem sie ihn wie B. so geschlagen hatten, mußte er sich auf der Straße gegen eine Hauswand stellen, das Gesicht gegen die Wand, die Beine breit auseinander. Dann schlug ihn einer der Zivilpolizisten so sehr mit der Faust in die Rippen, daß eine Rippe brach. Es war so, daß er vor Schmerzen schrie, deshalb wurden Passanten auf ihn aufmerksam. Sie mischten sich ein, und so ließen die beiden Zivilpolizisten, die ihn festgehalten hatten, von ihm ab und fuhren weg ... Da die Polizisten seine Aufenthaltsgestattung eingezogen hatten und ihm statt dessen ein Schreiben mit ihrer Adresse hinterlassen hatten, bekam (er) heraus, von wo die Polizisten waren ... (Sie) waren von den Polizeiabschnitten A 15 und A 16, Direktion 1."

(Mitte Mai 94) "Ich hielt mich am S-Bhf. Frankfurter Allee auf. Ich hatte keinerlei Zigaretten bei mir. Plötzlich kamen acht Zivilpolizisten. Sie nahmen wahllos vietnamesische Leute fest, darunter auch mich. Sie brachten uns in den Polizeiabschnitt 61 in der Friedenstraße. Den anderen Vietnamesen hatten sie teilweise Zigaretten abgenommen. Sie nahmen plötzlich Zigaretten, die sie den anderen abgenommen hatten, und behaupteten, das seien meine Zigaretten. Sie zwangen mich, ein Beschlagnahmeprotokoll zu unterschreiben. Sie sagten, wir würden alle vom Zoll einen Strafzettel bekommen."

Biplab Basu

25. Obernazi Priem im Knast?

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:16

Mitte August wurde gegen Winfried Arnulf Priem aus Berlin ein Haftbefehl erlassen wegen "Bildung bewaffneter Haufen". Der Haftbefehl wurde erlassen, als Priem mit seinen Komplizen mit Steinen und Stahlkugeln auf Demonstranten warf und schoß, die am 13.8.1994 im Zusammenhang mit den Aktivitäten gegen den in diesem Jahr gescheiterten Heß-Marsch der Nazis demonstrierten. Ob Priem deshalb nach wie vor einsitzt, ist unbekannt - zu gönnen wäre es ihm, gehört er doch seit mehr als 20 Jahren zur Prügelgarde der Nazibanden.

Die folgenden Informationen zu Priem übernehmen wir im wesentlichen aus dem Antifabrett des Computernetzes ComLink.

Am 6.5.48 in Berlin-Adlershof (DDR) geboren, trat Priem spätestens im Alter von siebzehn Jahren als Nazi-Aktivist in Erscheinung. Damit begann die Karriere einer der mittlerweile wichtigsten Führungsfiguren des deutschen Neofaschismus. Bereits 1965 wurde er in der DDR wegen faschistischer Umtriebe zu Gefängnis verurteilt, von der BRD jedoch nach einem Fluchtversuch als "politischer Häftling" freigekauft. In Freiburg gründete er die "Kampfgruppe Priem", die dort für NS-Propaganda verantwortlich war und Überfälle auf AntifaschistInnen durchführte (so u.a. 1974 mit Fahrradketten auf Demonstranten, die vor einem Kino gegen die Aufführung des Films "Europa in Flammen" protestierten). In dieser Zeit knüpfte Priem bereits Kontakte zu dem Naziterroristen Manfred Roeder und der Wehrsportgruppe Hoffmann. 1976 meldete sich Priem in Berlin in der Wriezenerstr. 8 an und wurde bereits 1977 Vorstandsmitglied und Aktionsführer der NSDAP Gau Berlin. Nachdem er deswegen 1979 vor Gericht zu lediglich 12 Monaten auf Bewährung verurteilt worden war, gründete Priem in der Folgezeit nationalsozialistisch orientierte Gruppen wie etwa den "Freizeitverein Wotans Volk", der unter anderem in einem Bunker im Weddinger Humboldthain Schießübungen durchführte.

Nach und nach gewann Priem immer mehr Bedeutung innerhalb faschistischer Kreise. Mit anderen Westberliner Nazis wie Oliver Schweigert (GdNF) und Andreas Pohl (NF) kandidierte Arnulf Priem 1989 bei den Wahlen zur Bezirks-Vertreter-Versammlung im Wedding. Bei Priem gaben und geben sich internationale Nazigrößen die Klinke in die Hand, darunter z.B. der 1991 verstorbene Naziführer Michael Kühnen, dessen Nachfolger Christian Worch aus Hamburg oder Gottfried Küssel aus Österreich. Im internationalen NSDAP/AO-Netz des US-Amerikaners Gary Lauck ist Priem Vorstandsmitglied.

Priems war Landesvorsitzender der 1992 verbotenen GdNF-Partei "Deutsche Alternative" (DA) in Berlin, in deren Mitgliedsliste auch Hitler, Heß und Goebbels als Ehrenmitglieder auftauchten.

Die von der Führungsfigur Kühnen ins Leben gerufene GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) versteht sich als eine Kaderorganisation, die der Koordination verschiedener faschistischer Aktivitäten dienen sollte. Sie ist ein übergreifendes Netzwerk der verschiedenen neo-nazistischen Gruppierungen. Ihrer Leitung gehören Persönlichkeiten aus den Führungsebenen der verschiedenen Parteien des Nazispektrums an. In Berlin erfüllt Arnulf Priem das Amt des GdNF-Bereichsleiters und ist eine der zentralen Figuren in der Berliner Naziszene. Dem entsprechen Priems weitreichende Kontakte im rechten Lager. So wird der gelernte Betriebswirt und Vollzeitkader Priem etwa von Neonazi Christian Worch unterstützt, ist regelmäßiger Gast auf den Hitlergeburtstags-Feiern in Mainz-Gonsenheim bei Curt und Ursula Müller oder steht in Verbindung mit Aktivisten der Ex-"Nationalen Alternative", die bis 1990 das Haus Weitlingstr. 122 in Berlin-Lichtenberg besetzt hatten.

In den Jahren nach dem Fall der Mauer verlagerte Priem seine Tätigkeiten nach Ostberlin. Er war häufiger Gast in den Jugendclubs Ottomar Genschke (Weißensee), Wurzel (Marzahn) und dem Judith-Auer-Club in Lichtenberg, die als Treffs rechter Jugendlicher dienten. Nazis aus dem Judith-Auer-Club in Lichtenberg erstachen am 21.11.1992 am U-Bahnhof Samariterstr. den Antifaschisten Silvio Meier und verletzten zwei seiner Begleiter teilweise lebensgefährlich. Die zuständigen Behörden schien Priems faschistische Hetze nicht zu stören. Im Gegenteil: Noch im April 1992 durfte Priem als offizieller Vertreter der Skinhead-Bahnhofsgruppe Lichtenberg mit dem zuständigen Stadtrat um ein Jugendzentrum verhandeln. Auch Priems ständige

Anwesenheit in dem Hohenschönhausener Discozelt "Checkpoint" Ende 1993 wurde von Polizei und Behörden toleriert.

In Österreich kam es im Dezember 1993 zu einer Serie von Briefbombenanschlägen, bei der u.a. dem Wiener Bürgermeister mehrere Finger abgerissen wurden. Schnell war klar, daß die TäterInnen in faschistischen Kreisen zu finden sind. Die GdNF hatte zu einer internationalen Solidaritätswoche für den inhaftierten GdNF-Kader Gottfried Küssel und gegen das Verbot faschistischer Parteien in der BRD aufgerufen. So hatte der österreichische Neonazi Franz Radl zuvor wenig konspirativ aus dem Gefängnis heraus dazu aufgefordert, "... zehn Briefe für zehn Jahre Küssel-Haft" zu verschicken. Gottfried Küssel ist Leitfigur der österreichischen Naziszene und wurde 1992 zu zehn Jahren Haft wegen Wiederbetätigung im Sinne der NSDAP verurteilt.

Im Zusammenhang mit den Anschlägen taucht immer wieder ein Name auf: Arnulf Priem. So zum Beispiel, als der österreichische Faschist Peter Binder auf dem Weg nach Berlin mit einem Kofferraum voll Waffen vom tschechischen Geheimdienst festgenommen wurde. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei Chemikalien, die zur Herstellung der Bomben verwendet worden waren. Im Reisegepäck hatte er die Adresse von Priems Wohnung in der Osloer Str. 15, Vorderhaus, erster Stock, und eine ganze Menge Nitroglycerin. Während Priem abstritt, Binder zu kennen und behauptete, niemals in Österreich gewesen zu sein, war er laut österreichischen Zeitungen von einem Zeugen am 3.12.93 in der Wiener U-Bahn erkannt worden - unter anderem an seiner typischen Plakette mit der Aufschrift "I love Eva Braun". Priems rechte Hand, der Berliner Faschist und Sprengstoffexperte Bendix Wendt, ist seit Anfang diesen Jahres untergetaucht und wird mittlerweile von Interpol wegen seiner Beteiligung an den Anschlägen gesucht. Priem selbst kann ein Alibi von seinen Nazi-Gesinnungsfreunden vom Rockerclub "Die Vandalen" aufweisen, dem er zusammen mit Wendt angehört.

Das stillschweigende Einvernehmen von Polizei und Justizbehörden mit den Aktivitäten Priems hat Geschichte. Bereits zu Beginn seiner NSDAP/AO-Zeit kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen, bei denen unter anderem ein Maschinengewehr, Uniformen der Waffen-SS, Gewehre und Propagandamaterial gefunden wurden. Im NSDAP/AO-Prozeß 1979 wurde Priem dafür zu 12 Monaten auf Bewährung verurteilt, weil "das Programm der Gruppe in keiner Weise Priem anzulasten war". Ein weiteres Verfahren wegen öffentlicher Verbreitung seines Kampfprogramms, in dem Priem dem Gericht seine mit Hakenkreuz und SS-Runen tätowierten Arme präsentierte, wurde 1981 eingestellt. Erst in der Revision eines weiteren Prozesses wegen unerlaubten Waffenbesitzes wurde er 1983 zu 18 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.

Als er am 1. Mai '92 mit einer scharfgemachten Gaspistole bei dem gescheiterten FAP-Aufmarsch am Thälmann-Park festgenommen wurde, wurde auch dies von den staatlichen Behörden offensichtlich verharmlost: Priem wurde im Juni 1994 zu einer geringfügigen Geldstrafe verurteilt, weil ihm nicht nachgewiesen wurde, daß er von der Manipulation an der Waffe gewußt habe. Statt dessen erhielt Priem von den Berliner Behörden vor einiger Zeit einen offiziellen Waffenbesitzschein und läuft seitdem mit einem Magnum-Revolver durch die Gegend. Außerdem ist er gern gesehener Gast am Schießstand der Freiwilligen Polizei Reserve. Diese Truppe geriet in der Vergangenheit wiederholt negativ in die Schlagzeilen, weil ihre Mitglieder rassistische und faschistische Überfälle durchführten. Auch im Hinblick auf seine Verwicklung in die Bombenattentate in Österreich bleiben die deutschen Behörden untätig. Ein Sprecher des Bundeskriminalamtes (BKA) behauptete in diesem Zusammenhang, es sei nicht belegbar, daß die Briefbomben in Zusammenhang mit der deutschen Neonazi-Szene gebracht werden könnten. Von Ermittlungen in der BRD war ihm "nichts bekannt".

ES, Hamburg

Rechte Schießbrüder

Am 26.9.94 veröffentlichte der Spiegel, daß Winfried Arnulf Priem Mitglied im Allgemeinen Deutschen Schützen Club" (ADSC) ist, der mit seinen etwa 6.000 Mitgliedern einen "extrem unseriösen" Ruf genießt und in Konkurrenz zum "Bund Deutscher Sportschützen e.V." agiert. Priem erwarb die Mitgliedschaft durch die Vermittlung eines Herrn Günther Bebenroth, der selbst schon an Aktionen der nazistischen "Nationalen Alternative" beteiligt war, die 1990 vor allem in Berlin in der Weitlingstr. von sich reden machte, und deren prominentestes Mitglied der Aussteiger Ingo Hasselbach gewesen ist. Relativ schnell verhilft die Mitgliedschaft

im ADSC zum Erwerb einer Waffenbesitzkarte, mit deren Hilfe der Erwerb und die Aufbewahrung einer Waffe zu Hause legalisiert werden kann.

Priem-Kumpan Bebenroth hatte im Januar 1994 den Waffenschrank einer Schießanlage in Gosen bei Berlin ausgeräumt und dabei etwa 300 Feuerwaffen mitgehen lassen. Auf eben jenem Schießstand hatte auch Priem geschossen. Die Polizei hatte den als Schießstand genutzten Stasi-Bunker untersucht, weil "Unbekannte" dort einzudringen versucht hatten. Am Tatort traf sie auf Bebenroth, der sich als Mitglied des ADSC (der den Schießstand betrieb) auswies. Mit polizeilicher Zustimmung durfte Bebenroth die Waffen sicherstellen. Als Bebenroth Mitte Juli in Hamburg festgenommen wurde, fanden sich dort noch 68 Pistolen, Revolver und Gewehre und circa eine Tonne Munition. Wo der Rest der sichergestellten Waffen geblieben ist, ist unbekannt. Eigentümer der Waffen ist ein Waffenhändler Walla aus Maxdorf bei Ludwigshafen, selbst Mitgründer des ADSC, der nun den derzeitigen Präsidenten Sandmaier beschuldigt, Bebenroth zum Diebstahl angestiftet zu haben. Walla selbst ist schon einmal in die Schlagzeilen geraten, weil bei einem angeblichen RAF-Überfall auf seinen Waffenladen mehrere Schußwaffen gestohlen worden waren.

ES, Hamburg

26. Unser Dorf muß schöner werden. Kein Platz für deutsche Neonazis in Dänemark

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf; Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:23

Um den Preis des schönsten Dorfs in Süddänemark konkurrieren derzeit Kvaers und Kollund, beide nur wenige Kilometer nördlich von Flensburgs gelegen und von den hiesigen Nazis als Exil ausgewählt. Die Nase vorn beim Nazis vertreiben hat derzeit Kvaers, wo Meinolf Schönborn, Chef der verbotenen Nationalistischen Front, seine Druckerei hatte aufbauen wollen. In einer denkwürdigen Schlacht zeigten die dänischen Bauern ihrem ungeliebten Neubürger Schönborn, wie in Dänemark der Bartel den Most holt - mit Böllern, Pflastersteinen und anderem Gerät. Vorausgegangen war eine Kundgebung von dänischen Autonomen, die aus Kopenhagen angereist waren. Doch noch ehe diese sich in Kvaers mit den Bauern verbünden konnten - was durchaus nicht unproblematisch geworden wäre - hatte die dänische Polizei schon das ihre zur Eskalation beigetragen: Sie hetzte Hunde auf die Bauern, nahm einige der Bürger der 400-Einwohner-Gemeinde fest und schuf so die Stimmung, in der die Nazis den kürzeren ziehen mußten. Diese fühlten sich daraufhin sowohl durch die Bauern als auch durch die Autonomen bedrängt, und da ihnen der Schutz der dänischen Polizei unzureichend erschien, erbaten sie kleinmütig freies Geleit, was sie von den AntifaschistInnen auch großzügig bekamen.

Mittlerweile ist Schönborns Aufenthaltsort unbekannt und sein Vertreter Stefan Roger Pielert hat sich bei Jürgen Kistrup in Kollund eingenistet.

Die BewohnerInnen von Kollund, wo seit acht Jahren Thies Christophersen bei seinem Freund Henry Krog Pedersen wohnt, wollte auch nicht in den Ruf des häßlichsten Dorfes Dänemarks kommen. Der stärker werdende Versuch deutscher Neonazis, sich der Verfolgung durch deutsche Gerichte zu entziehen und von Dänemark aus ihre faschistischen Geschäfte zu betreiben, ließ die BewohnerInnen aufhorchen. Sie wollten nicht in den Ruf kommen, daß sie deutsche Naziführer bei Treffen mit ihren ausländischen Kollegen beherbergen. Mit scharfen Hunden und unter Absingen antifaschistischer Kampflieder fingen sie an, den Nazis das Leben in der süddänischen Idylle zu vermiesen.

AntifaschistInnen aus Dänemark und Deutschland haben Ende September und Anfang Oktober mehrere Demonstrationen gegen Christophersen durchgeführt. Angeblich will Christophersen, der eigentlich gerade noch zwei weitere Häuser anmieten wollte, aufgeben und Kollund verlassen. Erst aber - so Christophersen - wolle er sich in Dänemark noch operieren lassen.

Mit Demonstrationen an jedem Wochenende und mit anderen Aktionen während der Woche soll ihm der Aufenthalt in Dänemark so unangenehm wie möglich gemacht werden.

Die Gegend nördlich von Flensburg war in den letzten Jahren zu einem bevorzugten Rückzugsgebiet vor allem deutscher Neonazis geworden. Sie hatten dort die ausgesprochen liberale Gesetzgebung ausgenutzt. Weder das Verbreiten von Nazipropaganda noch das Leugnen der Verbrechen der Nazis steht dort unter Strafe. Angesichts der Tatsache, daß in Dänemark selbst der Nazismus kein Bein auf den Boden bekommt, waren Überlegungen, etwa strafrechtlich gegen Nazipropaganda vorzugehen, nicht notwendig gewesen. Die Einwohner von Kvaers allerdings hatten vor ihren Aktionen nach einer gesetzlichen Regelung verlangt, und der dänische Innenminister hat für Mitte Oktober einen Besuch in Kvaers angekündigt. Mittlerweile ist aber aus dem dänischen Justizministerium zu hören gewesen, daß es weiterer Regelungen nicht bedürfe, die bestehenden müßten nur angewandt werden. Solche Bestrebungen decken sich mit Vorschlägen der deutschen Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, die mindestens mit Dänemark und Italien dementsprechende Gespräche geführt hat. Im Zuge einer europäischen Regelung soll das Herstellen und Verbreiten von NS-Propaganda unter Strafe gestellt werden. Auch mit den USA, von wo ein Großteil der NSDAP-Propaganda herkommt (aus Lincoln/Nebraska wo Gary "Rex" Lauck sitzt), sind Sondierungsgespräche geführt worden.

Auch Ignaz Bubis hat sich in diese Debatte eingemischt: Anläßlich des Deckert-Urteils und des internationalen Protestes wies er darauf hin, daß hier Urteilsschelte betrieben würde für Tatbestände, die in den entsprechenden Ländern selbst gar nicht strafbar wären.

Die spezielle Situation nördlich von Flensburg (die Gegend war im übrigen von 1864 bis nach dem ersten Weltkrieg preußisch-deutsch, weshalb die Dänen dort besonders empfindlich sind) war für die deutschen Nazis immer mehr zu einem strategischen Stützpunkt geworden. In Kollund saßen mit Thies Christophersen und Henry Krog Pedersen nicht etwa zwei alte Tattergreise, sondern recht aktive Personen des Neonazismus. In Randers in der Nähe von Kollund befand sich das Postfach, über das der "Einblick" bestellt werden konnte. Der "Einblick" machte im Herbst 1993 Schlagzeilen, weil dort etwa 250 Adressen von AntifaschistInnen und linken Einrichtungen veröffentlicht worden waren. Auch Christophersens Hetzblatt "Die Bauernschaft" wurde von Kollund aus vertrieben. Eine Auflage der "Bauernschaft" wurde im übrigen diesen Sommer in Flensburg beschlagnahmt. In Kollund trafen sich mehrfach Nazis, die in Deutschland nicht einreisen durften: So am 4.7.1990 beispielsweise Kühnen, Worch, Christophersen und Lauck.

Die Pläne Schönborns, der sich in Kvaers als Versandhandel für Spielzeug einnisten wollte, dürften mehr umfaßt haben: Druckmaschinen wurden aufgestellt (mittlerweile wieder abtransportiert), und ein Mitarbeiter des Wiesenthal-Zentrums, der sich in Schönborns Umgebung eingeschlichen hatte, sprach von Plänen für Ausbildungslager etc. Derartiges ist Schönborn durchaus zuzutrauen: Immerhin hatte er im Herbst 1991 schon zur Bildung von "Nationalen Einsatz-Kommandos" aufgerufen, deswegen wurde vom BKA Ermittlungen gegen ihn wegen Verdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung aufgenommen (mittlerweile eingestellt). Schönborns Militanz ging innerhalb der "Nationalistischen Front" (NF) seinen engsten Kumpanen zu weit. Auf zwei getrennten Mitgliederversammlungen der NF im Sommer 1992 setzte ein Teil Schönborn ab, während Schönborn selbst auf einer zweiten Versammlung in Hetendorf in der Lüneburger Heide in seinem Amt bestätigt wurde. Gastgeber dieser Versammlung und Anwalt Schönborns und der "Nationalistischen Front" nach deren Verbot im November 1992 ist im übrigen der Hamburger Staranwalt der Naziszene, Jürgen Rieger.

ES, Hamburg

27. Widerstand ist gerechtfertigt. Berliner "Kaindl-Prozeß": Staatsschutz im Zwielicht

Autor: Clemens Schultz, Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:09

Alltag im Berliner "Kaindl-Prozeß": Wer die Verhandlungen beobachten will, muß das Landgericht in Berlin-Moabit durch einen Nebeneingang betreten, wird gründlich durchsucht, selbst die Schuhe müssen ausgezogen werden, bis auf Papier und einen Bleistift - Holz ist Vorschrift - darf nichts mit hineingenommen werden, Personalausweise werden fotokopiert. Da die Prozedur pro Person drei Minuten dauert, müssen die ersten schon kurz nach sieben vor Ort sein, damit gegen halb zehn endlich die Öffentlichkeit hergestellt ist. Im Hochsicherheitssaal 500, der Ende der siebziger Jahre errichtet wurde, sitzen während der ersten drei Prozeßtage bewaffnete Polizeibeamte auf Presseplätzen. Die Pistolen müßten sein, damit im Falle einer Störung der Verhandlung schnell wieder Ruhe geschaffen werden könne, die Beamten wären dann ja in der Unterzahl, so die Vorsitzende Richterin Gabriele Eschenhagen zur Begründung, als sie einen Antrag der Verteidigung gegen diese Sicherheitsbestimmungen ablehnte. Mittlerweile hat sie die Uniformierten stillschweigend abziehen lassen, offensichtlich hält sie gut zehn Justizbüttel für ausreichend, um einen ungestörten Prozeßverlauf jederzeit gewährleisten zu können.

In dieser Atmosphäre wird seit dem 20. September jeweils dienstags und freitags gegen Fatma B., Abidin E., Mehmet R., Seyho K., Carlo B., Bazdin Y. und Erkan S. verhandelt. Der Vorwurf lautet gemeinschaftlicher Mord und gemeinschaftliche schwere Körperverletzung. Damit wich das Gericht von der Auffassung der Staatsanwaltschaft ab, die von einem sechsfachen gemeinschaftlichen Mordversuch ausging. Die sieben sollen, zusammen mit vier anderen Menschen, nach denen weiterhin europaweit gefahndet wird, in der Nacht vom 3. auf den 4. April 1992 ein Treffen von sieben Kadern verschiedener Nazi-Parteien in einem Chinarestaurant in Berlin-Kreuzberg angegriffen haben und dabei den Kassierer der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", Gerhard Kaindl, mit Messerstichen so schwer verletzt haben, daß er starb, sowie den Funktionär des "Hoffman-von-Fallersleben-Bildungswerkes", Torsten Thaler, auch mit Messerstichen schwer verletzt haben.

20 Monate lang konnte der Berliner Staatsschutz keine Täter präsentieren, behauptete allerdings von Anfang an, die antifaschistische ImmigrantInnengruppe "Antifasist Genclik" habe die Tat zu verantworten. Erst als sich am 13. November Erkan S. der Polizei stellte, konnte sie damit beginnen, eine Anklage zusammenzukonstruieren. Obwohl Erkan S. zu diesem Zeitpunkt schon längere Zeit unter großen psychischen Problemen litt, wurde er sofort stundenlang verhört und dann zwei Wochen lang von der Außenwelt, und damit auch von anwaltlichem Beistand, abgeschottet. Von den ersten Verhören existieren keinerlei Aufzeichnungen, sondern nur Zusammenfassungen durch die Polizisten, die Erkan S. unterschreiben mußte. Mittlerweile will ihn selbst die Staatsanwaltschaft nicht mehr verurteilen, sondern ihn auf unbestimmte Zeit in der Psychiatrie festhalten, in die er seit einigen Monaten eingewiesen ist. Kurze Zeit nach seinen Aussagen werden die anderen angeblich Beteiligten zur Fahndung ausgeschrieben, werden verhaftet bzw. stellen sich. Bazdin Y. wird verhaftet und macht seinerseits Aussagen. Nach Erklärungen von Anwälten der Angeklagten beruhen 60 Prozent der Beschuldigungen auf den Angaben von Erkan, 29 Prozent auf den Aussagen von Bazdin Y. und der Rest auf vom Staatsschutz selbst recherchierten Indizien. Kurz vor Beginn des Prozesses stellen sich noch Carlo B. und Seyho K. der Justiz - vier weitere Menschen werden nach wie vor mit europaweitem Haftbefehl gesucht.

Der Beginn der Hauptverhandlung war begleitet von etlichen Solidaritätsveranstaltungen. Im Vordergrund stand dabei das Bemühen, einen drohenden Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhindern. Die Vorsitzende Richterin hatte durchblicken lassen, daß sie "zum Schutz" von Erkan S., der zur Tatzeit Jugendlicher war, den gesamten Prozeß hinter verschlossenen Türen führen wolle. Die Anwesenheit mehrerer BeobachterInnen aus den USA, Großbritannien, Uruguay und der Türkei dürfte nicht unerheblich dazu beigetragen haben, daß das Gericht von diesem Ansinnen wieder Abstand nahm. Die Vorsitzende Richterin bemüht sich seither - ganz im Gegensatz zu den gleichfalls von ihr zu verantwortenden Sicherheitsverfügungen - in ihrer Prozeßführung ganz offensichtlich, jeden Eindruck von Vorverurteilung zu vermeiden.

Die ersten beiden Prozeßtage begannen mit großen Verzögerungen wegen der massiven Sicherheitsvorkehrungen und waren von formalen Auseinandersetzungen zwischen Gericht und Verteidigung, u.a. wegen dieser Sicherheitsverfügungen, geprägt. Spannend war es allerdings, die Angeklagten zu beobachten. Zum ersten Mal seit Monaten konnten sie wieder miteinander reden und hatten dabei augenscheinlich viel weniger Probleme als Teile der UnterstützerInnenszenerie in den Monaten zuvor, auch mit Bazdin Y. und Erkan S. trotz ihrer belastenden Aussagen in Kontakt zu kommen.

In den politischen Erklärungen, die Abidin E., Fatma B. und Mehmet R. abgaben, machten sie deutlich, daß sie als Mörderinnen und Mörder angeklagt werden, weil sie Teil einer antifaschistischen Selbstorganisation von ImmigrantInnen waren, für die es selbstverständlich ist, sich gegen die alltägliche faschistische und rassistische Bedrohung zu wehren. "Natürlich sind wir ImmigrantInnen heute durch den ständig wachsenden Rassismus und die sich verstärkenden faschistischen Tendenzen gezwungen, unser Leben, unsere Menschenwürde, unserer Zukunft zu verteidigen. Das immer tiefer in die Gesellschaft eindringende rassistische Gedankengut und seine Folgen sind für die deutsche Gesellschaft ein Problem: für uns ImmigrantInnen handelt sich um die Überlebensfrage." (aus der Erklärung von Abidin E.). Über die notwendige Gegenwehr hinaus, das betonten sie, habe es noch nie zur Strategie antifaschistischer und antirassistischer Gruppen gehört, Menschen umzubringen.

Abidin E. erklärte zur Sache lediglich, daß er an jenem Abend noch nicht einmal in der Nähe des Chinarestaurants gewesen sei, daß also die Behauptungen von Erkan S. und Bazdin Y. falsch sind. In den Angaben, die Mehmet R., Carlo B., und Seyho K. zum Ablauf des Vorfalls machen, wird dies immer wieder bestätigt. Aus ihren und den Aussagen von Bazdin Y. und der kurzen Erklärung von Erkan S. im Gerichtssaal ergibt sich für den Abend das Bild einer äußerst chaotischen antifaschistischen Aktion. Gegen elf Uhr am Abend des 3.4.1992 tauchte in verschiedenen Kreuzberger Kneipen der Onkel von Fatma B., Ekrem B, auf und berichtete, daß er beobachtet habe, wie in dem Chinarestaurant ein Blumenverkäufer rassistisch beleidigt worden sei. Als Ekrem B. eingriff, sei er seinerseits bedroht worden, man könne sich sein Gesicht merken, er solle sich vorsehen. Unter den Personen, die diese Drohungen ausgesprochen hätten, sei auch Carsten Pagel, damals Chef der Reps in Berlin. Auf diese Berichte und das vehemente Drängen von Ekrem B. hin entschlossen sich einige Menschen, darunter auch ein Teil der jetzt Angeklagten, zu dem Lokal zu fahren und die Nazis, sollten sie noch dort sitzen, zu vertreiben. Absprachen fanden nicht statt, bevor etliche Männer - mit Fatma B. hatte es nach den bisherigen Aussagen einen kurzen, heftigen Streit gegeben, da es nicht erwünscht war, daß auch Frauen sich beteiligten - das Lokal betraten. Dort kam es sofort zu einem Handgemenge, einer der Antifas sprühte ungezielt Tränengas in die Runde, Bazdin Y. berichtete, daß er plötzlich eine Pistole in der Hand von Gerhard Kaindl gesehen habe, auch der Wirt drohte mit einer Waffe, nach kurzer Zeit verließen die Antifas eher fluchtartig das Restaurant und verteilten sich kurz darauf.

In den Angaben, die Bazdin Y. vor dem Gericht zu dem Ablauf machte, widersprach er seinen Aussagen beim Staatsschutz. So erklärte auch er, daß Abidin E. nicht beteiligt war. Als die Richterin ihn mehrfach befragte, wie er dazu komme, so schwere Beschuldigungen zu erheben, wurde am dritten Prozeßtag zum ersten Mal deutlich, wie die Aussagen beim Staatsschutz zustandegekommen sind. Nach seiner Festnahme habe es zunächst ein stundenlanges Gespräch mit Vernehmungsbeamten gegeben, bei dem sich die Polizisten nur kurze Notizen gemacht hätten. Immer wieder seien ihm die Aussagen von Erkan S. gezeigt und er aufgefordert worden, diese zu bestätigen. Da ihm gleichzeitig angedeutet worden sei, daß er Vorteile davon haben würde, wenn seine und Erkan S.s Erklärungen übereinstimmten, habe er schließlich zu allem Ja gesagt, was ihm vorgehalten wurde. Das von den Staatsschützern diktierte Protokoll, in dem keine Formulierung von ihm stamme, habe er ungelesen unterschrieben.

Ganz offensichtlich ist Bazdin Y. auf einen der ältesten Bullentricks der Welt hereingefallen: "Wenn du bestätigst, was wir sowieso schon wissen, kommst du bald raus". Darüber, daß er damit anderen, die zum Teil Freunde von ihm waren, eine Mordanklage an den Hals redet, hat er nicht nachgedacht: "Ich wollte einfach meine Ruhe haben." Mittlerweile sagt er zu den meisten seiner früheren Aussagen, daß er sich nicht mehr so recht erinnern kann, daß es wohl möglich sei, daß dies oder jenes so gewesen sei, daß er sich aber nicht sicher sei ... Von einer weiteren Person, die er beim Staatsschutz beschuldigt hatte, an jenem Abend dabeigewesen zu sein (und die abgetaucht ist), sagte er am fünften Prozeßtag, daß er sie überhaupt nicht kenne.

Darüber, wie die Aussagen von Erkan S. zustandegekommen sind, wurde bisher in der Verhandlung nichts bekannt. Die Vorsitzende Richterin will zunächst durch Befragungen der Staatsschützer herausfinden, ob seine Angaben überhaupt gerichtlich verwertbar sind.

Ob damit aber tatsächlich das Verfahren kippen könnte, wie es in einigen Zeitungen zu lesen war, bleibt abzuwarten. Zunächst stehen etliche Fragen über die Rolle des Staatsschutzes im Raum. Vor allem seine schnelle Festlegung, daß "Antifasist Genclik" für die Aktion im Chinarestaurant verantwortlich gewesen sein soll, macht das enorme politische Interesse dieser Behörde deutlich, jeglichen Ansatz der Selbstorganisierung von ImmigrantInnen zu zerschlagen. Und die Erfahrungen mit politischen Prozessen in der Vergangenheit zeigen auch, daß selbst überzeugende Fakten Gerichte nicht daran hindern müssen, auch hohe Urteile zu sprechen.

Clemens Schultz, Berlin

Prozeßerklärung von Fatma Balamir

Wir stehen hier heute vor Gericht und werden des "gemeinschaftlichen Mordes" an einem faschistischen Kader sowie wegen sechsfacher gefährlicher Körperverletzung angeklagt.

Zur Begründung des schweren Vorwurfs heißt es in der Anklageschrift, daß das Motiv "politisch motivierter Haß" sei.

Gestützt auf die Aussagen eines 17jährigen, der sich seit längerem in einer Nervenheilanstalt befindet.

Allein diese Tatsache zeigt, daß es einzig im Interesse des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft ist, uns als aktive AntifaschistInnen, MigrantInnen zu kriminalisieren, einzuschüchtern und abschreckende Urteile zu erwirken, die stellvertretend für all diejenigen geltend gemacht werden sollen, die sich als MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose und Behinderte mit ihrer Opferrolle nicht abfinden wollen.

Wir stehen hier in erster Linie als ImmigrantInnen und gleichzeitig als aktive AntifaschistInnen vor Gericht, uns als Betroffenen von Brandstiftungen, Morden, Pogromen durch rassistische Totschläger und Neonazis wird das Motiv "politisch motivierter Haß" zugrundegelegt.

Von einem Gericht, das eine Nebenklage zuläßt, die damit begründet ist, daß die betreffende Person "seelischen Schaden" davongetragen hätte, von einer Person, die durch ihre Aktivitäten in der faschistischen Partei Deutsche Liga verantwortlich ist für mehr als 60 Tote (Morde) und Tausende von Angriffen auf Flüchtlinge und ImmigrantInnen. Von einer Person, die durch ihre Propaganda, Hetzschriften und menschenverachtende Politik dafür sorgt, daß wir ImmigrantInnen, Flüchtlinge von den Angriffen, Ereignissen nicht nur "seelischen Schaden" davontragen, sondern nicht mehr unseres Lebens sicher sind.

Von einer Justiz, die nur aus Deutschen besteht, weder dem Rassismus in diesem Land ausgesetzt ist, noch sich jemals durch die Ereignisse und von dem Klima bedroht fühlt, doch seiner deutschen Traditionen treu, die Verhältnisse in diesem Land umdreht, aus uns eine brutale Mörderbande zu konstruieren versucht und aus den Nazis arme Opfer macht, mit Urteilen wie im Falle des Auschwitz-Leugners Deckert auch auf der juristischen Ebene Angriffe, Pogrome, Morde an uns ImmigrantInnen und Flüchtlingen legitimiert, somit die gesellschaftlichen Bedingungen für uns völlig ausblendet.

Wir leben in einem Land,

- in dem es seit der Wiedervereinigung mehr als 60 Tote (Morde) und mehr als 10.000 gewalttätige Angriffe auf MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose und AntifaschistInnen gibt.

- in dem Naziaufmärsche, Veranstaltungen geduldet und durch die Polizei, Justiz und die Politiker unterstützt werden.

- in dem Menschen wegen ihrer Hautfarbe und Herkunft von rassistischen Totschlägern auf der Straße gejagt und zu Tode getreten werden, Hunderte von Menschen, bzw. Deutschen danebenstehen und die Angreifer begeistert beklatschen und bejubeln.

- in einem Land, in dem wir tagtäglich auf Behörden, Schule, Arbeit und auf der Straße diskriminiert, angepöbelt und bedroht werden; die Grenzen für Menschenwürde, Recht und das Recht auf Leben seit langem nicht mehr existieren.

- die traurigen und zugleich erschreckenden Bilder, für viele Menschen, doch für uns ImmigrantInnen, Flüchtlinge eine real existierende Bedrohung. In Rostock, Hoyerswerda, Mölln, Solingen, wo Menschen im Schlaf angezündet und ermordet werden, wo eine Horde von Neonazis und rassistischen Totschlägern mit einer großen Zustimmung eines Teils der Bevölkerung tagelang versucht, mehr als hundert Flüchtlinge im Feuer zu begraben.

- eine Polizeihundertschaft, die schweigend und im stillen Einverständnis mit den Mördern sich zurückzieht und zuschaut. Die gleiche Polizei, die, wenn es um antifaschistische Demonstrationen, Veranstaltungen geht, sehr wohl ihre Macht demonstrieren kann, indem sie eine Menschenmenge knüppelschwingend auseinanderhauen kann und dies in der Presse als einen Erfolg gegen sogenannte Linksextremisten und Chaoten verlauten läßt.

- Die Reaktion dieses Staates, der Politik und Medien öffentlich um Verständnis für die Ängste und sozialen Probleme der Angreifer, Mörder, Brandstifter zu werben, das Asylrecht zu verschärfen bzw. abzuschaffen und im Ergebnis die Opfer aufgrund ihrer bloßen Anwesenheit zu den eigentlichen Tätern erklärt.

- in dem etablierte Parteien diese rassistischen-faschistischen Ereignisse zum Anlaß nehmen, wie mit Parolen "das Boot ist voll", "Asylantenschwemme" und "wir sind auch gegen das Wahlrecht für Ausländer" für deutsche Wählerstimmen zu werben.

Rassismus und Gewalt gegen Minderheiten hat in diesem Land viele Gesichter, es fängt mit der Diskriminierung, Ausländergesetzen, Asylantengesetzen durch die Politik dieses Staates an und endet mit rassistischen Pöbeleien auf der Straße, in Behörden, Schule und auf der Arbeit und bedroht unser Leben.

JedeR der/die in diesem Land lebt und diese Ereignisse schweigend hinnimmt, billigt und unterstützt auch die militanten, rassistisch-faschistischen Angriffe in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen und viele andere auf Flüchtlinge, ImmigrantInnen, auf unser Leben, Würde und erklärt uns für lebensunwert.

So sieht unsere Realität aus, mit einer Gewalt in der Politik und auf der Straße konfrontiert, die keine Grenzen mehr kennt, ist es für uns MigrantInnen, Flüchtlinge und für alle anderen Minderheiten wichtig und lebensnotwendig, uns zu organisieren.

In einem Klima der zunehmenden Gewalt von rechts, der Rechtlosigkeit für Minderheiten, Ausgrenzung, Diskriminierung und der Bedrohung auf unser Leben ist, hat sich die Initiative Antifasist Genclik (Antifaschistische Jugend) gegründet. Gegründet von Menschen verschiedener Generationen, in der auch ich (Fatma) aktiv bin. Antifasist Genclik ist eine offen und legal agierende Initiative, sie ist weder hierarchisch strukturiert, noch gibt es Menschen, die sich als Anführer begreifen oder es in dem Sinne praktizieren.

Der Schwerpunkt unserer antifaschistischen Arbeit liegt darin, durch eine längerfristige politische Arbeit mit MigrantInnen, antifaschistischen Initiativen, allen humanitär und demokratisch eingestellten Menschen gemeinsam unsere sozialen und politischen Interessen zu verteidigen und sie durchzusetzen.

Antifasist Genclik versucht durch eine gezielte politische Arbeit, speziell die Probleme der hier lebenden MigrantInnen, unserer Eltern, Familien, Jugendlichen aufzugreifen und sie beim Namen zu nennen, eine breite Öffentlichkeit zu organisieren, die mit uns zusammen unsere Forderungen nach doppelter Staatsbürgerschaft, Wahlrecht für ImmigrantInnen, Gesetze gegen Diskriminierung und Ausgrenzung durchsetzen, indem wir Veranstaltungen organisieren und eine Zeitschrift herausgeben.

Neben Demonstrationen und Veranstaltungen finden wir es wichtig und notwendig, nicht länger bereit zu sein, sich zu verstecken, wenn Neonazis auf der Straße marschieren, Veranstaltungen abhalten und ihre menschenverachtende Politik verbreiten, sondern gemeinsam hinzugehen, sie zu stören und es zu verhindern. Denn wir haben früh genug lernen müssen, daß nur ein entschlossenes Entgegentreten im Vorfeld die Ausbreitung faschistischer Organisierung und Angriffe verhindern kann/wird.

Wir begreifen uns als einen Teil der antifaschistischen Bewegung in Deutschland. Weder die antifaschistische Bewegung in Deutschland noch die eigenständige und unabhängige Initiative Antifasist Genclik haben es sich zum Ziel gesetzt, propagiert oder entsprechende Aktionen durchgeführt, die bewußt zum Tode eines Neonazis

führen sollen, jeder Tod eines Menschen ist nie ein angestrebtes oder auch nur gebilligtes Resultat von antifaschistischen Aktionen.

- Wir lehnen mit aller Härte die gemeinschaftliche Mordtheorie der Staatsanwaltschaft und des Staatsschutzes ab, eine Theorie, die durch manipulierte Aussagen und unter dubiosen Umständen zustandegekommen ist. Diejenigen, die uns heute hier als Mörder und Gewalttäter verurteilen wollen, verurteilen alle Menschen, AntifaschistInnen, die für ein Leben kämpfen, in dem jeder, egal welcher Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht leben kann, ohne Ausgrenzung, Diskriminierung und Angst.

- Wir hoffen, daß die Interessen der StA, Staatsschutz und Politik, uns für Jahre in den Knast zu stecken, nicht aufgehen wird.

- Daß eine breite, antifaschistische Öffentlichkeit uns in unseren Forderungen und der Legitimität des antifaschistischen Kampfes nicht alleinlassen und unterstützen wird.

- Und wir sagen noch einmal:

der Kampf gegen Faschismus, Sexismus und Rassismus ist gerecht und notwendig!

- Wir grüßen alle Menschen, Antifaschistinnen, Initiativen, die uns seit Monaten nicht alleingelassen haben und uns unterstützt haben, unsere Freilassung gefordert haben und werden!

Fatma Balamir,

September 1994

Gemeinsame Erklärung der

internationalen Prozeßbeobachter

Wir sind von weit her nach Deutschland gekommen, um dieses Verfahren zu beobachten, weil wir der Meinung sind, daß die sieben Angeklagten angesichts der gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge, aus denen heraus dieses Verfahren zustandegekommen ist, kein gerechtes Verfahren erwarten können.

Unsere ursprünglichen Sorgen bestätigten sich in einem Gespräch mit einem Vertreter der Rechtsanwälte der Angeklagten, der uns über folgendes informierte:

1. Obwohl die Ermittlungsbehörden zugeben, daß keiner der sieben Angeklagten den Mord an G. Kaindl begangen hat, werden alle sieben Angeklagten trotzdem mit Hilfe des höchst fragwürdigen Konzepts der "kollektiven Schuld" wegen dieses Vergehens angeklagt, ohne daß für diese Anklage eine ausreichende faktische Grundlage existiert. Kurz, die Mordanklage ist unter diesen Umständen nicht gerechtfertigt und von großer Härte. Diese Anklage spiegelt die politischen Motive derjenigen wider, die dieses Verfahren vor Gericht gebracht haben.

2. Die Beweisführung der Staatsanwaltschaft beruht auf einer erzwungenen Aussage eines der Angeklagten, dem damals 17jährigen Erkan S. mit einer Geschichte von psychischer Erkrankung. Erkan S. wurde zwei Wochen lang ohne rechtlichen Beistand durch die Polizei verhört. Diese Verhöre wurden nicht angemessen protokolliert. Wir fragen uns, was die Polizei durch dieses Vorgehen zu verbergen und zu konstruieren versucht. Die Art und Weise des Verhörs und der Dokumentation stellen einen eindeutigen Mißbrauchs des Rechtssystems dar.

Alle Seiten - das Gericht eingeschlossen - haben zugegeben, daß Erkan S. aufgrund seiner psychischen Erkrankung nicht in der Lage ist, wahrheitsgetreue Angaben über Ereignisse zu machen oder auch nur die Bedeutung der polizeilichen Verhöre zu erfassen. Wir haben Erkan S. im Gerichtssaal beobachtet und stimmen dieser Einschätzung zu.

Unsere Besorgnis hat sich noch weiter dadurch verstärkt, weil das Gericht am ersten Verhandlungstag seine Sitzung nach der Anhörung eines medizinischen Gutachters beenden mußte. Dieser bestätigte, daß dieser junge Mann psychisch so sehr erkrankt ist, daß er den Vorgängen im Gerichtssaal trotz der Anwesenheit seiner Anwälte und eines Arztes nicht folgen konnte!

Wir kamen auch nicht umhin, wahrzunehmen, daß trotz der Tatsache, daß die Vorsitzende alles versuchte, um den ordnungsgemäßen Fortgang der Verhandlung zu ermöglichen, die übermäßigen Sicherheitsmaßnahmen der Polizei in diesem Verfahren den Verlauf des Verfahrens verzögern und stark beeinflussen. Wir müssen darauf hinweisen, daß es uns unter diesen Umständen nicht möglich zu sein scheint, Recht zu sprechen. Denn auf welche Weise kann die Präsenz von bewaffneten Polizeibeamten im Gerichtssaal der Wahrheitsfindung dienen?

Auch über die Art und Weise, wie die Angeklagten durch die Sicherheitsbeamten im Gerichtssaal und in den Untersuchungsgefängnissen behandelt werden, sind wir besorgt. Die Angeklagten erhielten während der Prozeßmittagspause z.B. keine Getränke, und wir mußten erfahren, daß einer der Angeklagten immer noch in 23stündiger Einzelhaft festgehalten wird.

Darüber hinaus konnten wir keinerlei Beweise für eine Verbindung zwischen der Gruppe Antifasist Genclik und der PKK finden. Wir halten es für dringend notwendig, daß diese Tatsache nicht nur von der Richterin, sondern auch von der Staatsanwaltschaft und den Medien zur Kenntnis genommen wird.

Wir sind davon überzeugt, daß in einem fairen und gerechten Verfahren alle sieben Angeklagten von dem Vorwurf des "gemeinschaftlichen Mordes" freigesprochen werden.

Die internationalen BeobachterInnen des 1. Prozeßtages

Gloria Echeveste, MLN-Tupamaros, Uruguay; Julio Peralta, MLN-Tupamaros, Uruguay; Mike Luft, Searchlight Magazine, Beauftragter für Glynn Ford (MdEP), GB; Len Weinglass, Rechtsanwalt, USA; Yüksel Hos, Rechtsanwalt, IHD, Türkei.

Besucht den Prozeß!

Die Verhandlungen gegen die "Berlin 7", wie sie in internationalen Pressemitteilungen genannt werden, finden jeweils Dienstags und Freitags ab 9 Uhr im Landgericht, Turmstraße, Berlin-Moabit statt. Wegen der massiven Sicherheitsüberprüfungen findet der Einlaß ab 7 Uhr statt. Also: pünktlich sein und Personalausweis (sowie etwas zu essen) nicht vergessen. Nachdem das Medieninteresse nach den ersten Prozeßtagen erwartungsgemäß abgeflaut ist, sollte weiterhin deutlich bleiben, daß die Verhandlungen aufmerksam beobachtet werden. Wenn Gruppen von außerhalb Berlins den Prozeß besuchen wollen, sollten sie das vorher mit dem Prozeßbüro absprechen.

Prozeßbüro: Dieffenbachstraße 33, 10967 Berlin, Telefon/Fax: 030/694 93 54

Spendenkonto: Schon zum zweiten Mal wurde das Spendenkonto für die Angeklagten von einer Bank (diesmal war's die Commerzbank) gekündigt. Zur Zeit soll also kein Geld überwiesen werden. Trotzdem braucht die Verteidigung und die Solidaritätsarbeit weiterhin auch finanzielle Unterstützung. Sammelt das Geld und achtet auf Anzeigen mit der neuen Kontonummer.

Gefangene freuen sich über Post

Fatma Balamir, BuchNr. 950/93/8, JVA Frauen, Friedrich-Ollbricht-Damm 17, 13627 Berlin.

Mehmet Ramme, BuchNr. 5436/93, Abidin Eraslan, BuchNr. 5455/93, Seyho Kraaslan, Carlo Blietz. Adresse für alle vier: UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Erkan Sönmez, Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Oranienburgerstraße 285, 13437 Berlin

28. Die Gefangenen müssen raus! Zur Situation von Christine Kuby, politische Gefangene in Lübeck

Autor: Tjark Kunstreich · Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:04

Christine Kuby ist seit über 16 Jahren gefangen.

In den letzten Jahren ist Christine Kuby schwer erkrankt: Sie hatte mehrere Bandscheibenvorfälle, die von Mal zu Mal schlimmer werden. Ihre gesundheitliche Situation ist seit drei Monaten so zugespitzt, daß wir jetzt an die Öffentlichkeit gehen.

Im Januar 1978 wurde Christine Kuby verhaftet und später zu lebenslänglicher Haft wegen "versuchten Mordes" an zwei Polizisten verurteilt. Keiner der Polizisten war ernsthaft verletzt worden; Christine Kuby lag mit einer Schußverletzung am rechten Arm wochenlang im Knast-Krankenhaus. Die damalige politische Situation war geprägt von der Konfrontation zwischen der RAF und dem Staat, die 1977 in der Schleyer-Entführung und dem Tod der Stammheimer Gefangenen aus der RAF eskalierte. Die RAF stellte die Machtfrage an der Frage der Gefangenen. Der Staat schuf nach der Niederlage der RAF in dieser Konfrontation ein Klima, das unter dem Namen "Deutscher Herbst" in die Geschichte eingegangen ist. Gegen die Illegalen der RAF wurde eine Hetze betrieben, sie seien unpolitische Killer, die nur drauflosballern wollten: Damit wurden die Todesschüsse gegen Elisabeth van Dyck, Michael Knoll, Willy-Peter Stoll vorbereitet; Rolf Heißler überlebte einen Kopfschuß bei seiner Festnahme schwer verletzt. In dieser Situation verhaftet zu werden, bedeutete, erschossen zu werden. Christine Kuby hatte den Vorteil, daß sie bei ihrer Festnahme nicht gleich erkannt wurde ...

Christine Kuby gehörte zu denen, über die die Legende verbreitet wurde, sie wären wegen der Gefangenen - aus Empörung über die Folter - in die Illegalität gegangen. (Die in der Ex-DDR verhafteten ehemaligen RAF-Mitglieder, die heute mit ihren Aussagen dafür sorgen, daß ein Teil der politischen Gefangenen mit kalten Todesurteilen belegt wird, wie zuletzt Heidi Schulz, haben dieser Legende in den letzten Jahren neue Nahrung gegeben.) Dies trifft bei keiner und keinem von denen zu, die nicht abgeschworen haben. Christines Entscheidung kam aus einer Analyse der faschistischen Kontinuität in der BRD und aus dem Begriff, daß der Faschismus mit imperialistischer Machtpolitik zu tun hat. Die Entscheidung zum bewaffneten Kampf war bestimmt aus der Einsicht, daß der Imperialismus ein weltweites System ist, dem eine internationalistische Bewegung in der Metropole nur etwas entgegensetzen kann, wenn sie sich auf die Befreiungsbewegungen im Süden bezieht und auf einen gemeinsamen Kampf aus ist. In der aus ihrem Internationalismus und Antifaschismus entwickelten umfassenden Vorstellung von Befreiung gehört die Freiheit der Gefangenen selbstverständlich dazu.

Christine Kuby soll weiter im Knast bleiben, weil sie an diesem politischen Begriff festhält. Die Justiz hat in dieser Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den Gefangenen die Funktion, die Auseinandersetzung zu entpolitisieren und die Kriegsführung des Staates zu verschleiern. Nach 15 Jahren stellte Christine Kuby zusammen mit anderen Gefangenen aus der RAF, die seit über 15 Jahren gefangen sind, im November 1992 einen Antrag auf Haftentlassung. In der Anhörung wurde eine besondere "Schwere der Schuld" festgestellt, sie sollte 16 Jahre sitzen. Die sind mittlerweile auch verstrichen ohne, daß sich ihre Situation verändert hat, weil sie - wie die anderen politischen Gefangenen - eine psychiatrische Begutachtung nicht mitmachen will. Sie soll vollständig ihre Überzeugungen ablegen. Sie selbst sagt dazu: "Gegen alle von uns laufen Verfahren, die einen haben die Kronzeugenprozesse, die anderen die Entlassungsverfahren - beides mit dem Ziel, uns zu vernichten, wenn wir nicht kooperieren."

Im Oktober 1993 unterschrieb Christine Kuby zusammen mit elf anderen Gefangenen die Erklärung zum Bruch mit den in Celle einsitzenden Gefangenen aus der RAF und mit der RAF. Die Gefangenen sind nicht bereit, sich und ihre Politik in Verhandlungen mit dem Staat zu verkaufen.

Christine Kuby befindet sich seit dem Tag ihrer Festnahme in Isolationshaft. Nach zwei Jahren Einzelisolation kam sie nach Lübeck in die Kleingruppe, wo sie heute mit Irmgard Möller und Hanna Krabbe zusammenlebt. Christine war also die längste Zeit in Kleingruppenisolation, die eben auch Isolation ist und massive Folgen für den Organismus hat. Auch Irmgard Möller ist nach 22 Jahren Sonderhaftbedingungen am Ende ihrer körperlichen Ressourcen. Die Folgen der Isolation sind unterschiedlich; es gibt zwar ähnliche, aber nicht vollkommen gleiche Reaktionen des menschlichen Organismus.

1991 hatte Christine den ersten massiven Bandscheibenvorfall. Ein Arzt stellte damals eine vorzeitige Alterung des Bandscheibengewebes fest, was eine Folge der Haftbedingungen ist. Seitdem verschlechtert sich ihre gesundheitliche Situation fortlaufend, trotz ihrer ganzen Anstrengung, dagegen alle ihre Kräfte zu mobilisieren; trotz aller Behandlungsmethoden, die eine Eskalation ihrer Krankheit nur verzögern, aber nicht verhindern konnten, weil sich am Wesentlichen - der Streßsituation in der Sonderhaft - nichts geändert hat.

Das allerdings ist nicht Zufall, sondern Ziel der Haftbedingungen, die spätestens seit 1972 den Charakter eines ausgeklügelten Programms haben, um die Gefangenen zu brechen. In den ganzen Jahren ist das nicht gelungen, und es entspricht dieser Vernichtungslogik, an den Folgen der Haft erkrankte Gefangene nicht freizulassen. Es geht dabei nicht nur um die langen Jahre für Christine Kuby, Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Lutz Taufer, Knut Folkerts, Karl-Heinz Dellwo und Stefan Wisniewski - die 15 Jahre haben in diesem Jahr auch Rolf-Clemens Wagner und Rolf Heißler erreicht, und im nächsten Jahr Sieglinde Hofmann, die dann nicht freikommen, sondern auch per Kronzeugenverfahren ein faktisches Todesurteil kassieren soll. Die Logik der Jahre berücksichtigt nämlich nicht das Ziel der Haft: die Vernichtung des politischen Gegners. Zusammen sitzen die drei Frauen in Lübeck über 58 Jahre im Knast und haben ihr Bewußtsein und ihre Entscheidung für den Kampf um Befreiung verteidigen können. Die Isolationshaft fragt nicht nach den Jahren. Die Folgen treten schnell und massiv auf: Zu Beginn des Stammheimer Prozesses waren die Gefangenen nach drei Jahren Haft verhandlungsunfähig - der Prozeß fand trotzdem statt.

So wird Christines Krankheit von staatlicher Seite auch konsequent dazu genutzt, Druck auf sie auszuüben, damit sie abschwört. So war ihre gesundheitliche Situation zur Zeit der Anhörung im Januar 1993 bekannt, und es war klar, daß sich bei einer Fortsetzung der Haft ihre Situation so zuspitzen würde, wie es jetzt eingetreten ist. Aktuell ist die Gefahr von Lähmungen akut, wobei es dann sofort zu einer Notoperation kommen müßte. Unter Knastbedingungen schlagen die Maßnahmen, die bisher ihre Erkrankung verlangsamten, nicht mehr an. Bestimmte Medikamente haben zum Teil keine Wirkung mehr, dafür aber neue Nebenwirkungen. Christine Kuby nimmt zur Zeit starke Medikamente, die sie in ihrer Konzentrationsfähigkeit so stark beeinflussen, daß sie keiner Aktivität mehr kontinuierlich nachgehen kann. Gehen kann sie seit Monaten fast nur an Krücken; sitzen kann sie nur auf einem Gymnastikball; die meiste Zeit liegt sie. Nach einer Stunde Besuch ist sie tief erschöpft. Je länger sie jetzt noch im Knast bleibt, desto schwieriger und komplizierter wird ihre Rehabilitation in Freiheit. Hinzu kommt bei ihr, wie den anderen politischen Gefangenen, daß ihre physischen Reserven einfach zu Ende sind, der gesamte Organismus so durcheinander ist, daß die dauernde Anstrengung und Anspannung durch die extremen Knastbedingungen und die Krankheit sich gegenseitig potenzieren. Das ist einer der wichtigsten Gründe dafür, daß bestimmte Medikamente und Behandlungsmethoden nicht mehr anschlagen.

Auch nach Aussagen der von uns befragten MedizinerInnen und der behandelnden Ärzte ist eine Rehabilitation im Knast oder durch eine Haftunterbrechung, nach der sie wieder in den Knast müßte, gar nicht möglich. Eine entsprechende Therapie dauert Jahre, und - wie ein Arzt es ausdrückte - "die Lebensumstände müssen dauerhaft geändert und die Möglichkeit zur Lebensumstellung auf Jahre garantiert sein". Schon um überhaupt herauszufinden, welche Therapie nachhaltig etwas zum Besseren verändert, muß Christine Kuby freigelassen werden. Ihre Freilassung ist nach Aussagen der Mediziner die erste Voraussetzung, um überhaupt eine Rehabilitation einleiten zu können.

Daß Christine Kuby noch nicht draußen ist, obwohl ihre Situation den Behörden bekannt ist und sie wissen, daß eine adäquate Behandlung im Knast nicht möglich ist, ist Ausdruck der gleichen Strategie, wie sie auch gegen Heidi Schulz und Irmgard Möller und andere Gefangene gefahren wird: Durch die Verweigerung angemessener medizinischer Versorgung wird bei ihnen verhindert, daß es überhaupt zu einer Diagnose bzw. einer adäquaten Behandlung kommt, mit dem Ziel, ihre gesundheitliche Situation immer weiter zu eskalieren, um sie mit der gesundheitlichen Zerstörung erpressen zu können. Es ist bekannt, daß alle politischen Gefangenen an den gesundheitlichen Folgen der Sonderhaftbedingungen zu tragen haben.

Die Eskalation der Situation von Christine Kuby ist Ausdruck des gesamten Vorgehens des Staates gegen die Gefangenen. Diese Dialektik politisch zu begreifen und zu nutzen, wird unsere Aufgabe sein.

Diese Dialektik ist im konkreten oft ein Widerspruch, denn ein Durchbruch für alle Gefangenen, der notwendig wäre, um Christine Kuby, Heidi Schulz, Irmgard Möller und alle anderen herauszubekommen, ist zur Zeit nicht in Sicht. Die andere Seite des Widerspruchs ist jedoch, daß Christines Situation unerträglich und gefährlich ist. Fakt ist, daß Irmgard Möller und Hanna Krabbe Christine Kuby in dieser zugespitzten Situation kaum noch

übers Konkrete hinaus helfen können und auch die MedizinerInnen, solange sie noch im Knast ist, nichts mehr tun können.

Notwendig ist Christine Kubys sofortige und bedingungslose Freilassung.

Nach den ganzen Jahren der Isolation kann es um nicht mehr und nicht weniger gehen, als die physische Desintegration der Gefangenen zu verhindern und dafür zu kämpfen, daß sie lebend aus dem Gefängnis kommen! Bis dahin müssen die Gefangenen zusammenkommen können, damit ein minimaler Schutz gewährleistet ist.

Tjark Kunstreich,

Ende September 1994

29. Spendenaufruf: Aufklärung der Ereignisse in Bad Kleinen

Prozeß gegen Birgit Hogefeld beginnt am 15.11.1994

Autor: ga. · Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:28

Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt

Und läßt andere kämpfen für seine Sache

Der muß sich vorsehen; denn

Wer den Kampf nicht geteilt hat

Der wird teilen die Niederlage.

Nicht einmal den Kampf vermeidet

Wer den Kampf vermeiden will; denn

Es wird kämpfen für die Sache des Feinds

Wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.

(Bert Brecht)

Am 27.6.1993 wurde Birgit Hogefeld von der GSG9 in Bad Kleinen festgenommen. Wolfgang Grams wurde bei dieser Aktion erschossen. Die in der darauf folgenden Zeit abgegebenen Erklärungen von offizieller Seite wurden fast stündlich neu formuliert, und jedesmal fanden sich andere Ungereimtheiten oder Fragwürdigkeiten. Bis heute ist nicht geklärt, wer Wolfgang Grams erschossen hat und ob die betreffende Person dabei bereits auf ihm kniete.

Es dauerte Tage und Wochen und kostete mehrere Führungsköpfe, bevor sich auf eine offizielle Version geeinigt wurde. Dieser Vereinbarung nach wurden maximal 44 Schüsse abgegeben. Außer Wolfgang Grams wurde ein GSG9-Mann erschossen, zwei weitere Personen wurden verletzt. Die Anwesenheit einer dritten Person wurde genannt. Das passierte allerdings nur auf den Druck, der durch Veröffentlichungen entstanden war, in denen immer wieder Zeugen benannt wurden, die gesehen hatten, daß sich Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams in dem "Billard-Café" im Bahnhof längere Zeit mit einer dritten Person, einem Mann, unterhalten haben. Die Geheimnistuerei um diese dritte Person führte in ziemlich kurzer Zeit dazu, daß die Spekulationen auftauchten, es könnte sich dabei um einen V-Mann handeln. Das wurde erhärtet, da "aus ermittlungstaktischen Gründen" nicht bekannt gegeben wurde, wie die Ermittlungsbehörden erfahren hatten, daß die beiden RAF-Verdächtigen auf dem Bahnhof sein würden.

Da noch am Abend der Erschießung und der Festnahme das Fernsehmagazin Monitor eine eidesstattliche Erklärung einer Kioskangestellten präsentierte, wonach Wolfgang Grams schon wehrlos am Boden liegend, von einem Polizeibeamten direkt in den Oberkörper und den Kopf geschossen wurde, gerieten die staatlichen Stellen mit ihren offiziellen Versionen immer mehr in Bedrängnis.

Seiters, damals noch Bundesinnenminister, widersprach der Aussage, weil sie sich nicht mit Aussagen der an der Aktion der beteiligten GSG9-Beamten deckte. Diese beteuerten alle, sie hätten nicht aus nächster Nähe und nicht gezielt und am liebsten überhaupt nicht geschossen.

Das wiederum wollte die Schweriner Staatsanwaltschaft aufgrund der festgestellten Spuren anfangs nicht hinnehmen und verkündete, nach ihren Untersuchungen komme auch ein aufgesetzter Kopfschuß in Frage.

Die entscheidende Aussage der Zeugin, die von dem Bahnhofskiosk alles beobachten konnte, fand erst gar keine Beachtung. Nachdem die Medien an diesem Punkt immer wieder nachhakten, wurde versucht, die Frau persönlich unglaubwürdig zu machen.

Zwei Tage nach der Wildwestballerei in Bad Kleinen erklärte Bundesinnenminister Seiters seinen Rücktritt.

Die Ermittlungen wegen eines Tötungsdeliktes gegen die beiden GSG9-Beamten, die nur unter den Nummern sechs und acht bekannt wurden, stellte die Staatsanwaltschaft Schwerin im Januar 1994 ein.

Eingestellt wurde auch das Ermittlungsverfahren gegen den dritten Mann, der sich inzwischen als V-Mann Klaus Steinmetz herausgestellt hatte. Der Haftbefehl gegen Birgit Hogefeld dagegen wurde erweitert um Mord und sechsfachen Mordversuch.

Soweit in aller Kürze ein Rückblick auf die Festnahmeaktion und deren Folgen. Gegen Birgit Hogefeld wird jetzt der Prozeß eröffnet, in dem sie wegen folgender Punkte angeklagt wird:

- Anschlag auf die US-Airbase in Frankfurt 1985

- Anschlag auf Tietmeyer 1988, den damaligen Staatssekretär im Finanzministerium

- dem großen Knall von Weiterstadt im März 1993

- Erschießung des GSG9-Mannes Newrzella bei der Festnahmeaktion in Bad Kleinen am 27.6.1993 sowie der versuchten Ermordung weiterer GSG9-Beamter.

US-Airbase August 1985

Am 8.8.1985 explodiert auf dem Gelände des US-amerikanischen Teils des Frankfurter Flughafens eine Bombe durch die zwei Menschen getötet und zwanzig verletzt werden. Einen Tag später wird die Leiche des US-Soldaten Pimenthal gefunden. Die RAF übernimmt die Verantwortung für den Bombenanschlag wie auch für die Ermordung des GI's. Diese Aktion stieß in ihrer Unvermittelbarkeit auf sehr viel Kritik und Unverständnis innerhalb der radikalen Linken. Im Januar 1986 gestand die RAF ein: "Die Erschießung war ein Fehler". Das wurde bekräftigt in der sogenannten "August-Erklärung" von 1992: "Beides (Anm. Airbase Aktion und Erschießung von Pimenthal) war nicht von hier aus entwickelt, hatte seine Begründung nicht in den Verhältnissen hier und wie sie von den Menschen begriffen werden, sondern sie hatten ihre Begründung im Krieg, den der Imperialismus/US-Armee in anderen Teilen der Welt gegen Völker führt. Für die Entwicklung des revolutionären Kampfes hier und seine Verankerung in der Gesellschaft war beides ein großer Fehler."

Anschlag auf Tietmeyer 1988

Am 20.9.1988 versucht die RAF, Tietmeyer zu erschießen, was jedoch an einer "verklemmten" Maschinenpistole scheiterte. "Tietmeyer ist Stratege und einer der Hauptakteure im internationalen Krisenmanagement, der auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene die ökonomische Krise des imperialistischen Systems beherrschbar machen und den Zusammenbruch des Wirtschafts- und Finanzsystems verhindern will. Er hat zentrale Funktionen in der Formulierung, Koordinierung und Durchsetzung imperialistischer Wirtschaftspolitik - es gab in den letzten Jahren keine wichtigeren wirtschafts- oder währungspolitischen Entscheidungen, an denen er nicht maßgeblich beteiligt war." (aus der Kommandoerklärung vom 20.9.1988) Mittlerweile ist Tietmeyer die Karriereleiter noch etwas höher hinaufgeklettert und Vorsitzender der Bundesbank geworden, also oberster Währungshüter und Regierungsberater.

Sprengung des Knastes Weiterstadt 1993

Ende März 1993 wird der Musterknast in Weiterstadt, der nahezu bezugsfertig war, von der RAF gesprengt, also knapp ein Jahr nach deren Erklärung, Angriffe auf führende Repräsentanten des Staates einzustellen. Immerhin wurden mit dieser Aktion 100 Mio. DM in den Sand gesetzt; der Knast konnte nicht in Betrieb genommen werden.

Bad Kleinen 1993

In einem weiteren Anklagepunkt gegen Birgit Hogefeld geht es um den Mord an dem GSG9 Beamten Newrzella und sechsfachen Mordversuch bei der Festnahmeaktion am 27.6.1993 in Bad Kleinen. Birgit Hogefeld beschreibt die Festnahmesituation wie folgt: "Als wir (Anm.: Birgit Hogefeld, Klaus Steinmetz, Wolfgang Grams) kurz nach 15.00 Uhr aus der Kneipe raus und durch die Unterführung Richtung Ausgang gegangen sind, springt mich nach wenigen Schritten ein Typ an. Ich schaue in den Lauf seiner Pistole und liege auf der Erde. Ich wurde dann von 2-3 Typen mit Waffen in Schach gehalten, und mir war klar, daß ich keine falsche Bewegung machen darf, wenn ich am Leben bleiben will. Gleichzeitig ist um mich rum totales

Gerenne, und daß Wolfgang noch wegrennen konnte - das ist mir erst klar geworden, als ich die Schießerei, die oben auf dem Bahnsteig stattgefunden haben muß, gehört habe. Wolfgang ist also noch mindestens 20 Meter in der Unterführung und die ganze Treppe hochgerannt. Ich habe viele Schüsse gehört. Kurz darauf kam einer vom Greiftrupp eine Treppe runtergerannt und hat gerufen: ‚Er liegt da in seinem Blute auf dem Gleis`. Wie er das sagte, war mir klar, daß er Wolfgang meinte." (Birgit Hogefeld, Angehörigen Info 123, 15.7.1993)

Sie war - was auch vom Staatsapparat zugegeben wird - an keinem Schußwechsel beteiligt, kann nach logischen Gesichtspunkten demzufolge auch nicht für den Mord an dem GSG9-Beamten angeklagt werden, möchte mensch meinen. Die Argumentation der Bundesanwaltschaft (BAW) dagegen ist folgendermaßen: "... daß Hogefeld und Grams sich einig waren eine drohende Festnahme nicht widerstandslos geschehen zu lassen, sondern sich den Fluchtweg freizuschießen."

Die Haftsituation

Birgit Hogefeld wurde nach ihrer Verhaftung zuerst nach Frankfurt-Preungesheim gebracht, von dort aus nach kurzer Zeit nach Bielefeld-Brackwede verlegt. Sie ist jetzt wieder in der Haftanstalt Frankfurt, weil in Frankfurt auch ihr Prozeß stattfinden soll.

Bis Ende 1993 war sie 24 Stunden in der Zelle eingesperrt, die Zellen neben, über und unter ihr waren leer. Die eine Stunde mit anderen Frauen, die sie seit dem BGH-Beschluß Ende 1993 hat, ist auch eher eine Farce, weil sich die Zusammensetzung der Frauen, die mit ihr Hofgang machen, ständig ändert. Das verhindert, intensivere Beziehungen zu anderen Gefangenen zu knüpfen. Gelingt es ihr dennoch, so werden die betreffenden Frauen von den Staatsorganen eingeschüchtert: "Ist Ihnen bekannt, daß die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung strafbar ist?"

Gemäß dieser Logik ist Birgit Hogefeld von allen möglichen Aktivitäten im Knast ausgeschlossen, wie z.B. Aufschluß, Umschluß, Sport, Bücherei, Kirche etc. Selbst ihren Müll muß sie alleine entsorgen (zu anderen Zeiten als die übrigen Gefangenen).

Für ihre medizinische Versorgung muß sie immer wieder kämpfen; ein Arzt ihres Vertrauens würde nicht zugelassen, und die Anstaltsärzte beweisen eine ungeheure Inkompetenz (z.B. stellte ein Arzt die Frage, ob eine Hüftgelenks-OP bei ihr ambulant gemacht worden wäre.)

Nach ihren Schätzungen ist die Hälfte ihrer Post beschlagnahmt worden. Seitdem das OLG (Oberlandesgericht) Frankfurt für ihre Post zuständig ist, hat sich der Postweg nochmals verlängert. Briefe kommen oft, wenn überhaupt, erst nach Monaten bei ihr an, so zum Beispiel ein Brief von Lutz Taufer, der 88 Tage auf sich warten ließ. Damit ist eine Auseinandersetzung mit ihr schon fast unmöglich, und sie sagt, daß eine Steigerung dieser Art von Postverschleppung nur das totale Schreibverbot sein könne.

ga.

Quellen: Neben der aktuellen Tagespresse waren die Informationen der AG Geschichte aus dem Infoladen Kornstr. in Hannover hilfreiches Material und sind Teil des Artikels.

Spendenaufruf: Aufklärung der

Ereignisse in Bad Kleinen

"Jeder lügt sich seine Wahrheit." So faßte der Spiegel im Oktober dieses Jahres den Verlauf der Ermittlungen im Fall Bad Kleinen zusammen. Die Aktion zur Festnahme der beiden mutmaßlichen RAF-Mitglieder Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld muß inzwischen als einer der größten Geheimdienst- und Polizeiskandale in der Geschichte dieses Landes gelten.

Die Details brauchen angesichts der ausführlichen Presseberichterstattung nicht noch einmal aufgeführt werden.

Allein die bis jetzt bekannten "Pannen" bei der Spurensicherung sind mit individueller Schludrigkeit nicht mehr erklärbar, Spuren sind bewußt beseitigt, vorliegende Beweisstücke vernachlässigt worden. Schon im Vorfeld werden Zeugen unglaubwürdig gemacht. Die offiziellen Erklärungen wechseln ständig. Gutachten wurden gesteuert und taktisch häppchenweise veröffentlicht.

All dies ist sattsam bekannt.

Alles weist darauf hin, daß am Ende nichts mehr übrig bleiben wird als der behauptete Selbstmord von Wolfgang Grams und eine Mordanklage gegen Birgit Hogefeld. Auch die kritischere Presse scheint vor den staatlichen Verschleierungs- und Vertuschungsmanövern inzwischen kapituliert zu haben.

Das würde bedeuten, daß die Hintergründe und Motive des Vorfalls endgültig unaufgeklärt bleiben. Schwerwiegend ist dies deshalb, weil der Fall Bad Kleinen deutlich gemacht hat, in welchem Umfang hierzulande Sicherheitsapparate ohne jede wirksame politische und öffentliche Kontrolle agieren können und wie diese Verselbständigung eines "Staates im Staate" auch noch politisch gedeckt wird. Es geht längst nicht mehr allein um den polizeilichen und justiziellen Umgang mit der RAF, sondern um die Grundprinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit überhaupt.

Deshalb versuchen wir, die Aufklärungsarbeiten weiter zu unterstützen. Nachdem alle politischen und öffentlichen Kontrollen unwirksam geblieben sind, geht das nur noch auf dem Weg der Nebenklage der Eltern von Wolfgang Grams und der Verteidigung von Birgit Hogefeld. In diesem Verfahren kann eine Aufklärung der Ereignisse weiter verfolgt werden.

Die dabei entstehenden Kosten sind beträchtlich. So ist es z.B. vorrangig notwendig, mehrere unabhängige Gutachten erstellen zu lassen. Die vorliegenden Zeugenaussagen allein füllen bereits 18 Aktenordner. Auch die Arbeit der Verteidigung ist angesichts der Haftbedingungen von Birgit Hogefeld sehr viel aufwendiger als üblich.

Wir bitten daher darum, die dringend notwendige Aufklärung durch Spenden zu unterstützen.

Die "Bunte Hilfe" Frankfurt ist bereit, das Sammeln und Verwalten der Gelder zu übernehmen, wie sie das im Laufe ihrer jetzt zwölfjährigen Tätigkeit schon in vielen Fällen getan hat. Da ihre vorhandenen Mittel zweckgebunden sind, werden neue Spenden unbedingt benötigt. Selbstverständlich werden alle Spenderinnen und Spender über den Verlauf der Verfahren und die Verwendung der Mittel informiert werden.

Dieser Spendenaufruf wird unterstützt von:

Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V.; Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen; Initiative Nordrhein-Westfälischer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger e.V.; Vereinigung Niedersächsischer Strafverteidiger e.V.; Bunte Hilfe, Frankfurt

Weitere Erstunterzeichner:

Ulla Jelpke, PDS, MdB; Jutta Ditfurth, Journalistin, Bundesvorsitzende dju/IG Medien; Ivo Bozic, Jornalist, Berlin; Erhard Biskamp, Rechtsanwalt, Frankfurt, Wolfgang Kronauer, Rechtsanwalt, Frankfurt; Klaus Rossa, Publizist; Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal; Christlicher Friedensdienst (CFD), Frankfurt; Konrad Lübbert, Vorsitzender des Versöhnungsbundes; Landesjugendvorstand IG Medien, Berlin-Brandenburg; Hans Holtermann, Rechtsanwalt, Hannover; Ulrike Halm, Rechtsanwältin, Hannover, Dirk Schoenlan, Rechtsanwalt, Hannover; Rainer Ahues, Rechtsanwalt, Hannover; Eckart Klawitter, Rechtsanwalt Hannover; Barbara Klawitter, Rechtsanwältin, Hannover.

Erklärung von Birgit Hogefeld

Am 15.11.1994 beginnt vor dem OLG Frankfurt der Prozeß gegen mich. Angeklagt werde ich wegen verschiedener Aktionen der RAF zwischen 1985 und 1993:

- dem Sprengstoffanschlag auf die U.S.-Air-Base in Frankfurt und in dem Zusammenhang die Erschießung des U.S.-Soldaten Pimental;

- dem Anschlag auf den ehemaligen Finanzstaatssekretär und heutigen Präsidenten der Bundesbank Tietmeyer während der Tagung des IWF 1987;

- der Sprengung des Knastneubaus in Weiterstadt;

- außerdem wird mir Mord und sechs-facher Mordversuch an GSG-9 Männern in Bad Kleinen vorgeworfen.

Die Mordanklage wegen Bad Kleinen ist die Antwort auf das politische Desaster, in das der Staat sich mit dieser Aktion gebracht hat. Sie stehen unter dem Verdacht, daß ihre GSG-9 Leute Wolfgang Grams, als er angeschossen und schwer verletzt am Boden lag, mit einem Kopfschuß hingerichtet haben - sowohl die polizeilichen "Schlampereien", sprich die systematische Spurenvernichtung, aber auch Rücktritte von Verantwortlichen bis hin zum Innenminister ergeben ausschließlich vor dem Hintergrund der Hinrichtung einen Sinn.

Da dieser Verdacht schon nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist, soll wenigstens ein RAF-Mitglied, in dem Fall ich, wegen der Erschießung des GSG-9 Mannes Newrzella angeklagt und verurteilt werden. Zumindest da soll der Verdacht, daß er von seinen eigenen Leuten erschossen wurde, weg.

Die Tatsache, daß ich schon überwältigt am Boden lag, bevor der erste Schuß fiel, spielt dabei keine Rolle - sie behaupten, Newrzella sei von Wolfgang Grams erschossen worden, und Wolfgang hätte (weil wir beide in der RAF wagen) mit meinem Einverständnis geschossen. Das ist die juristische Konstruktion, auf der meine Verurteilung wegen "Mordes" an diesem GSG-9 Mann laufen soll.

Die Anwälte der Eltern Grams hatten im Mai dieses Jahres anhand neuer, von ihnen in Auftrag gegebener Gutachten versucht, die Wiederaufnahme des eingestellten Ermittlungsverfahrens gegen GSG-9 Leute durchzusetzen. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß dieser Weg, das Verfahren wiederaufzunehmen, Erfolg haben wird. Aber selbst wenn, wird es vermutlich schnell wieder eingestellt werden.

Dadurch, daß ich wegen Bad Kleinen angeklagt werde, ist der Prozeß gegen mich der einzige öffentliche Rahmen, wo der Staat gezwungen werden kann, den gesamten Ablauf der GSG-9 Aktion, also Wolfgangs Erschießung, juristisch aufzurollen.

Jeder der Anklagepunkte (außer der Knastsprengung) reicht für ein lebenslanges Urteil aus und die Kronzeugenprozesse aus den letzten ein bis zwei Jahren gegen andere Gefangene aus der RAF, die zum Teil schon zwölf Jahre im Knast sind und lebenslängliche Strafen absitzen, zeigt, worauf das Ganze zielt: die vermeintlichen Sieger über Kommunismus und jede Idee auf Veränderung und Utopie einer menschlichen Welt berauschen sind in ihrem Machtwahn - das, was gegen uns läuft, ist einerseits ihre Rache, aber zugleich auch Drohung gegen alle, die an neuen Aufbrüchen überlegen.

Auch in Bezug auf die anderen Anklagepunkte haben sie keine "Beweise" gegen mich in der Hand. Meine Beteiligung an der Air-Base-Aktion und an Tietmeyer soll darüber begründet werden, daß ich zwei Autos gemietet bzw. gekauft hätte. "Bewiesen" wird das über BKA-Schriftgutachten (bis zu ihren Kronzeugenaussagen gegen andere Gefangene wurde übrigens der Kauf eines dieser Autos Sigrid Sternebeck zugeordnet).

Die Konstruktion geht so: bei Schriftgutachten werden verschiedene Wahrscheinlichkeitsstufen unterschieden. Die Unterschriften, die sie mir zuordnen, werden nicht in die höchste, also mit der größten Wahrscheinlichkeit eingeordnet (denn dagegen könnte man leicht ein Gegengutachten machen lassen), sondern sie ordnen sie in eine mittlere Stufe ein und sagen, da die RAF so wenige Mitglieder hat, gilt es deswegen auch bei einer nicht sehr hohen Wahrscheinlichkeit der Schriftidentität als sicher, daß es sich bei den Unterschriften auf den Verträgen um meine Schrift handelt.

Bei Tietmeyer haben sie außerdem noch Zeugen für die Anmietung des Fahrzeugs aufzufahren. Kurz nach meiner Verhaftung fand eine Gegenüberstellung statt, die als verdeckte geplant war, die ich aber bemerkt hatte und deswegen mir den Arm vors Gesicht gehalten habe. Eine Zeugin sagt aus, daß sie als Mieterin des Autos vor sechs Jahren die Person wiedererkennt, die immer den Arm vors Gesicht hält und die auch später nicht dabei ist, als die Vergleichspersonen nebeneinander aufgestellt dastehen.

Das Ganze wäre als Witznummer anzusehen, wenn es dabei nicht um die "wichtigsten" Beweise für ein lebenslängliches Urteil gegen mich ginge.

Neben den vielen Prozessen aus der letzten Zeit gegen RAF-Gefangene kann es keinen Zweifel darüber geben, wie das Urteil gegen mich aussehen soll - und dafür, daß von Linken und fortschrittlichen Kreisen Druck erzeugt wird, der die Entscheidung für ein weiteres lebenslängliches Urteil kippt, fehlen auf unserer Seite zur Zeit die Voraussetzungen.

Bei den Anklagepunkten, die Aktionen der RAF betreffen, wird an diesem Prozeß nicht viel mehr als das zu zeigen sein, was auch schon bei unzähligen ähnlichen Verfahren deutlich wurde - um mit Ulrike Meinhof zu sprechen: "Wir könnten sie nicht zwingen, die Wahrheit zu sagen, wir können sie nur zwingen, immer unverschämter zu lügen."

Birgit Hogefeld

Oktober 1994

30. Die PKK - eine "Spendengeld-Mafia"?

Autor: M., Berlin · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:18

Die Repression gegen kurdische AktivistInnen in der BRD läuft auf Hochtouren. Alle Register werden gezogen, um Aktionen zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes bzw. gegen den Staatsterrorismus der Türkei zu unterdrücken: Mehrere hundert kurdische AktivistInnen sitzen wegen ihrer Protestaktionen in bundesdeutschen Gefängnissen, viele von ihnen sind von Ausweisungen bedroht. Die PKK, ERNK und FEYKA bleiben bis auf weiteres verboten. Die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen kurdische "Mitglieder der terroristischen Vereinigung PKK" hat sich in den letzten Wochen auf acht erhöht.(1)

Eine Repressionsmaßnahme besonderer Art, die gegen kurdische (und auch türkische) revolutionäre Organisationen angewandt wird, findet wenig Beachtung. Es geht um die Hetze, wie sie das konservative Wochenmagazin "Focus" lanciert: Die PKK sei die "am perfektesten arbeitende" "Spendenerpressungsbande in der BRD". Die PKK stelle in diesem Zusammenhang eine reale "Gegenmacht zum Rechtstaat" dar. (2)

Die kurdischen und türkischen GenossInnen - aber auch die deutsche Linke - tun sich angesichts dieser Tatvorwürfe schwer, diesen Angriff des Staatsschutzes abzuwehren.

Der Vorwurf, kurdische bzw. türkische Organisationen (PKK, TKP-ML (ohne Flügelbezeichnung) und Devrimci-Sol) würden "mit Gewalt Spenden eintreiben", wurde erstmals im November 1992 öffentlich erhoben. (3) Seither gehört diese Unterstellung zum Standardrepertoire in der Litanei über das Ausmaß des "kurdischen Terrors". Daß dieser Vorwurf zu diesem Zeitpunkt erstmals öffentlich erhoben wurde ist, kein Zufall. Das "Gesetz zur Bekämpfung des Drogenhandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität" (OK-Gesetz) hatte in jenen Tagen just die parlamentarischen Hürden genommen.

Kurdische Organisationen sind von der die Verabschiedung des OK-Gesetzes begleitenden Propaganda in mehrfacher Hinsicht betroffen: "Um ihren politischen Kampf finanzieren zu können, greifen PKK-Anhänger zunehmend auf Einnahmen aus Schutzgelderpressung, Drogenhandel und organisiertem Schleppertum zurück ... die Kripo hat (auch) von Grundstückskäufen der PKK in Berlin und Umgebung erfahren." (4)

Als neu eingeführte Repressionsmaßnahme kommt in bezug auf die unterstellten "Schutz-" bzw. "Spendengelderpressung" insbesondere der neue § 73d StGB in Betracht, der die Möglichkeiten des "Erweiterten Verfalls" beschlagnahmten Vermögens zugunsten der Staatskasse regelt. Demzufolge muß eine Person, die - hier der "Spendengelderpressung", und damit dem "Organisierten Verbrechen" - zugerechnet wird, in Umkehrung der ansonsten gültigen Beweislastregel nachweisen, daß ihr beschlagnahmtes Eigentum aus rechtmäßigen Geschäften resultiert. Wo sie diesen Nachweis nicht führen kann oder will, wird von Staats wegen enteignet.

Die betroffenen politischen bzw. revolutionären Organisationen werden mit Hilfe des § 73d dazu gezwungen, ihre gesamten Einnahmequellen dem Klassenfeind gegenüber zu offenbaren. Ob eine Spende nun freiwillig und damit legal oder erzwungen war, muß in jedem Einzelfall nachgewiesen werden. (5) Da davon auszugehen ist, daß diese - zwangsläufig personenenbezogenen Informationen (Person X spendete der Organisation Y die Summe Z) - von den deutschen Staatsschutzorganen an die türkischen Geheimdienstkollegen übermittelt werden, gefährdet diese OK-Bekämpfungsmaßnahme nicht nur Aktivitäten des kurdischen Befreiungskampfes hierzulande, sondern ebenso auch die im kurdisch-türkischen Kriegsgebiet.

Aufrüstung des Repressionsapparates

Sowohl Polizei als auch die deutschen Geheimdienste beschäftigen sich mit den angeblichen "kurdischen Spendengelderpressern". Der entscheidende Hinweis für die spektakuläre Festnahme von entsprechend beschuldigten Kurden im Frühjahr 1993 (s.u.) kam vom Berliner Landesamt für Verfassungsschutz. (6) In dessen jüngst vorgelegtem VS-Bericht 1993 (7) hetzen die Berliner Schlapphüte in dieselbe Richtung wie ihre bayerischen Kollegen. Die pöbeln in ihrem heuer erstmals erschienenen "Halbjahresbericht zum Extremismus in Bayern" an exponierter Stelle gegen "Spendengeld-erpressende Kurden". Auf einer Pressekonferenz konnte der bayerische Innenminister Beckstein allerdings nur auf einen Vorfall verweisen, bei dem er "vermute", daß

ein türkischer Staatsangehöriger deswegen verprügelt worden sei, weil er sich angeblich geweigert hatte, Spenden an die PKK zu zahlen. Beweise für seine Vermutung blieb der Minister schuldig. (8)

In verschiedenen Landeskriminalämtern werden derzeit Sonderkommissionen eingerichtet - in Baden-Württemberg z.B. bei der Abteilung für "Terrorismus"-Bekämpfung. (9) Diese Sonderdezernate sollen die Kriminalisierung kurdischer Spendensammler koordinieren. Daneben werden in verschiedenen Bundesländern anonyme Bullen-Telefone eingerichtet und z.B. in NRW Flugblätter in türkischer Sprache speziell an türkische und kurdische Kapitalisten verteilt (verbunden mit dem Angebot, einen "persönlichen Ansprechpartner" zu vermitteln). (10) In der "Hessische(n) Polizeirundschau" (7/94) wurde eingestanden, daß derartige Anrufe bei der dortigen Sonderkommission bislang "keine erfolgversprechenden oder beweiserheblichen Ermittlungsansätze" ergeben hätten. Die Bullenstrategen versprechen sich aber von diesen "Telefonen besorgter Denunzianten" vor allem eine "vorbeugende Wirkung", nämlich "potentielle Täter zu verunsichern".

In Hessen sind derzeit 21 Strafverfahren gegen 39 beschuldigte KurdInnen anhängig. In Baden-Württemberg sind es 61 und in Berlin über 40 Ermittlungsverfahren. Im Ländle gab es bereits Dutzende von Durchsuchungsaktionen, Festnahmen und die ersten Prozeßpleiten (s.u.). In Bonn wurde und in München wird demnächst ein örtlicher Pilotprozeß gegen mutmaßliche kurdische Spendensammler eröffnet werden.

Dubiose Belastungszeugen

"Rückschlüsse von Erpressern zur Organisation (als Auftraggeber) sind nur im Rahmen von Verdachtsschöpfungen möglich und reichen nicht zur Anklageerhebung aus. Hierzu bedarf es in besonderem Maße des Zeugenbeweises." (11)

Die Staatsschutzbullen haben es schwer. Denn entweder werden die Zeugen der Anklage - z.T. unter Verweis auf deren im Ausland lebenden Verwandte - vor ihrem Auftritt vor Gericht eingeschüchtert, so daß es ihnen ratsamer erscheint, sich im Gerichtssaal an ihre vormaligen Belastungsaussagen "nicht mehr erinnern zu können". Oder aber - und die ersten Prozeß-Erfahrungen sprechen eindeutig für diese Variante - handelt es sich bei den Belastungszeugen um zufällige oder ggf. von Hintermännern gesteuerte Lügner und Denunzianten. Und diese Dunkelmänner (wie z.B. die türkischen Botschaften und Geheimdienste) wissen nur zu gut, mit welchen staatsterroristischen Mitteln sie die Zungen "ihrer" Zeugen lösen können.

Das zweite Problem, das in dem obigen Zitat angedeutet wird, besteht darin - sollte es tatsächlich eine Schutzgelderpressung gegeben haben -, eine Verbindung vom Erpresser zur politischen Organisation als Auftraggeber nachzuweisen. In der Zweckbindung abgepreßter Gelder für den politischen Kampf liegt nämlich der Unterschied zwischen Schutz- und Spendengelderpressungen. Diese Verbindung vom Erpresser zu einer politischen Organisation wird jedoch des öfteren nur vorgetäuscht, indem ein Erpresser nur vorgibt, z.B. für die PKK oder eine andere Organisation - in Wirklichkeit jedoch auf eigene Rechnung - zu handeln. Oder aber, die fragliche Organisation kassiert "gewöhnliche Erpresser" genauso ab, wie sie bei legalen Kapitalisten "Revolutionssteuern" erhebt. Um hier eine Anstiftung zur Schutzgelderpressung nachweisen zu können, wären nicht (nur) eine zutreffende Aussage eines Erpressungsopfers, sondern auch Zeugenbeweise aus der Organisation selber - also ein Kronzeuge - vonnöten. Kronzeugen waren bislang "nur" in Drogen- und "Terroristen"-Prozesse zulässig.

So aber handelt es sich bei "Spendengelderpressungs"-Verfahren selbst bei glaubwürdigen Belastungszeugen immer nur um spekulative Indizienprozesse, zumindest was den politischen Hintergrund angeht (12).

Pleiten, Pech und Pannen

Daß der Staatsschutz bei der Auswahl seiner BelastungszeugInnen wahrlich nicht wählerisch ist, soll anhand von Erfahrungen aus verschiedenen bundesdeutschen Pilotprozessen gegen angebliche "kurdische Spendengelderpresser" illustriert werden.

In Berlin waren im Frühjahr 1993 zwei politisch aktive Kurden durch einen brutalen SEK-Einsatz unter dem Vorwurf der "Spendengelderpressung" festgenommen worden. Den Kurden wurde ein Jahr später der Prozeß gemacht. Bis dahin hatten sie in U-Haft gesessen. In diesem von der P(olitischen)-Staatsanwaltschaft betriebenen Pilotverfahren sagte der Hauptbelastungszeuge, der Reisebürobesitzer C., aus, er wäre von den beiden kurdischen Angeklagten mit einer Eisenstange verprügelt worden, nachdem er sich geweigert hätte,

20.000 DM an die PKK zu zahlen. Entgegen dieser vor Gericht gemachten Aussage gab die vorgeladene ehemalige Lebensgefährtin des Reisebürobetreibers an, C. hätte zum Tatzeitpunkt mehrere hunderttausend DM Schulden gehabt. Dessen Gläubiger hätten mehrmals vergeblich versucht, ihr Geld einzutreiben. Es hätte somit eine ganze Reihe anderer Personen gegeben, die weit eher Anlaß gehabt hätten, C. eins auf die Glocke zu geben, als die angeklagten Kurden. Zudem sei C. vermutlich in Drogen- und Waffenhandel verstrickt.

Diese entlastenden Angaben waren - wie die vorgeladenen Staatsschutzbullen einräumen mußten - von Anfang an bekannt gewesen. Dennoch wurde nur in eine Richtung ermittelt: in Richtung PKK. Hierfür übersah die Staatsanwaltschaft rund ein Dutzend gegen C. anhängiger bzw. eingestellter Ermittlungsverfahren wegen diverser betrügerischer Tätigkeiten.

Das "aus allen Wolken fallende" Gericht mußte die beiden Kurden in diesem Pilotprozeß von dem Vorwurf der "Spendengelderpressung" freisprechen.

Nachdem die berüchtigte Berliner P-Staatsanwaltschaft Anfang Mai doch noch ihre erste Verurteilung in Sachen "kurdische Spendengelderpressung" einfahren konnte (der Zeuge der Anklage konnte seine Belastungsaussagen nicht nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sondern auch der Angeklagten machen), kam es in einem "Dev-Sol"-Spendengeldprozeß erneut zu einer erstaunlichen Wendung. Der vermeintliche Geschädigte, ein türkischer Gemüsehändler, widersprach seinen beim Staatsschutz gemachten Aussagen. Er wendete seinen Widerruf in eine Anklage gegen die Vernehmungsbeamten. Die hätten ihn "reingelegt. Die seinen Landsmann belastenden Aussagen seien gefälscht. Die Protokolle habe man ihm ohne Übersetzung zur Unterschrift vorgelegt, obwohl er kaum Deutsch sprechen, geschweige denn lesen könne" (13).

Ein letztes Beispiel aus Baden-Württemberg: Dort warf die Staatsanwaltschaft in Rottweil sechs Kurden vor, den ebenfalls kurdischen D. mit Holzknüppeln verprügelt zu haben, da dieser sich "geweigert hatte, auf unbestimmte Zeit Schutzgeld an die PKK zu zahlen". Zehneinhalb Monate hatten die sechs Kurden in U-Haft gesessen, als im Gerichtssaal Frau D. aussagte, an dem besagtem Abend sei es nicht um Zahlungen an die PKK gegangen, sondern darum, einen Streit zu schlichten. Ihr werter Gatte hatte nämlich AsylbewerberInnen beim Sozialamt als SchwarzarbeiterInnen denunziert.

Gegen D. erhob der Freiburger Rechtsanwalt, Michael Schubert, den Verdacht, dieser habe sich sein persönliches Recht auf Asyl durch die Anzeige gegen die vermeintlichen "kurdischen Spendengelderpresser" erkaufen wollen. (14)

Dem Staatsschutz nicht auf den Leim gehen!

Nach wie vor ist es unklar, ob - und wenn ja, in welchem Ausmaß - KurdInnen mit unsauberen Mitteln Spenden sammeln. Deutsche Linke wie auch die derart vorgeführten KurdInnen halten sich angesichts dieser massiven Staatsschutz-Propaganda bedeckt. Das könnte sich, nicht nur für die politisch aktiven KurdInnen in der BRD, als Eigentor erweisen.

Angesichts des auf Ausrottung des kurdischen Volkes angelegten Krieges der türkischen Armee ist das Sammeln großer Geldsummen zur Fortführung des kurdischen Befreiungskampfes notwendig. Die ungebrochen große Opferbereitschaft von KurdInnen - ob nun hinsichtlich dessen, Geld zu spenden oder sich anderweitig am politischen Kampf zu beteiligen - ist eine allseits anerkannte Tatsache. (15) Sofern in Einzelfällen schon mal nachdrücklich um Spenden "gebeten" werden mußte, sollten die kurdischen GenossInnen auf die Vermittelbarkeit ihres Vorgehens - auch hinsichtlich ihrer deutschen GenossInnen - achten. Dies ist insbesondere dann nötig, wenn festzustellen ist, daß der türkische Staat nicht davor zurückschreckt, seinen schmutzigen Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung auch auf dem Boden der BRD fortzusetzen: die PKK falschen Anschuldigungen auszusetzen bzw. durch vom türkischen Geheimdienst durchgeführte Aktionen in Mißkredit zu bringen und so zu provozieren. Gerade hier wären die kurdischen GenossInnen gut beraten, der Denunziation offensiv entgegenzutreten.

Deutsche Linke hingegen können sich leicht auf der für sie ausgelegten Leimrute des Staatsschutzes wiederfinden: Die Hetze gegen vermeintliche "kurdische Spendensammler" geht einher mit der angeblichen "Aufdeckung mafioser Strukturen innerhalb der PKK". Kurdische AktivistInnen werden entpolitisiert und als gewöhnliche "Organisierte Kriminelle" hingestellt, die mit den alten und neuen OK-Gesetzen bekämpft werden müßten.

Diese Propaganda leugnet den politischen Kampf aktiver KurdInnen hierzulande. Auch über deren politischen Verfolgung durch die hiesigen Strafverfolgungsbehörden wird ein ideologischer Schleier gelegt. Dies beides hat enorme Bedeutung, sowohl für die Wahrnehmung der politischen Repression in der BRD wie auch des Kampfes gegen die politische Justiz: Als "Mafiosi" denunzierte KurdInnen erscheinen plötzlich als gewöhnliche Kriminelle, denen es weniger um den - in breiten Teilen der Gesellschaft als legitim angesehenen - Aufstand in Kurdistan geht, als darum, angeblich schmutzige Profite (aus Drogenhandel und Spendengelderpressung) zu realisieren. Gleichzeitig wird es denjenigen, die die derart denunzierten und kriminalisierten KurdInnen unterstützen möchten, durch die OK-Propaganda immer schwieriger gemacht, den tatsächlichen politischen Charakter der nun scheinbar "unpolitischen Kriminalisierung" aufzudecken.

Die Repressionsorgane sind "entschlossen, der verbotenen PKK mit allen Mitteln das Wasser abzugraben". (16) Logistisches Ziel der "Spendengeld"-Propaganda ist die systematische und möglichst vollständige Austrocknung von Finanzquellen im Hinterland eines Krieges, auf die der kurdische Kampf um Befreiung unstreitbar angewiesen ist. Zudem sollen die kurdischen Organisationen dazu gezwungen werden, im Rahmen der juristischen Bemühungen gegen ihre Enteignung ihre organisatorischen Strukturen offenzulegen: eine Einladung zum logistischen Selbstmord!

Auf der propagandistischen Seite geht der Staatsschutz wie immer vor: Die jeweilige Organisation - hier die kurdische Befreiungsbewegung - wird öffentlich als angebliche "Mafia" verleumdet, um sie so zu isolieren. Ist dieses Ziel erst einmal erreicht, wird der Staatsschutz alles versuchen, die kurdische Befreiungsbewegung zu zersetzen und ihre Strukturen hierzulande endgültig zu zerstören.

M. / Berlin

Anmerkungen:

1) vgl. ak 369 und den Artikel von der Roten Hilfe in diesem ak

2) Focus 39/94. Gegen die dort verbreiteten Lügen hat ein in "Focus" namentlich genannter Bremer Kurde Strafanzeige gestellt (FR, 10.10.94)

3) taz 25.11.92

4) Focus 12/93

5) Das bayerische Innenministerium hat darauf hingewiesen, daß sie jede Spende "an die verbotene PKK" als Straftatbestand ansieht, der mit Geld- oder einjähriger Freiheitsstrafe bestraft wird (Süddeutsche Zeitung, 1.10.94)

6) Berliner Zeitung 24.3.93

7) Verfassungsschutzbericht Berlin 1993, S. 155 (April/Juli 1994)

8) Süddeutsche Zeitung, 9.8.94

9) FAZ, 16.4.94

10) "Die Streife", 4/94

11) Hessische Polizeirundschau 2/94

12) Aufgrund dieser strukturellen Schwäche des Zeugenaussagen in derartigen "Schutzgeld-Verfahren", plädiert der leitende Berliner Oberstaatsanwalt Fätkinhäuer auch für Gesetzesänderungen zum erweiterten Einsatz von Observations- und Abhörgeräten bzw. von Kronzeugen (Kriminalistik 4/94)

13) Tagesspiegel 25.5.94

14) Schwäbische Zeitung 19.4.94

15) Entsprechend selbstbewußt hat die ERNK in einer Presseerklärung vom 24.3.93 auf die "vollkommene Freiwilligkeit" aller Aktivitäten hingewiesen

16) Süddeutsche Zeitung, 1.10.94 (Hervorhebung von M.)

31. Staatsterror gegen kurdische AktivistInnen. Eine Übersicht

Eine Übersicht erstellt von der Roten Hilfe

Autor: Rote Hilfe · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:17

In einer regelrechten "Orgie der Gewalt" prügelten polizeiliche Sondereinsatzkommandos am 26. und 27. September Versuche kurdischer Frauen auseinander, von Mannheim aus einen Marsch zum Europarat nach Straßburg zu beginnen. Die blutige Bilanz des zweitägigen polizeilichen Ausnahmezustandes in Mannheim: 330 Festnahmen und Dutzende schwer verletzter kurdischer AktivistInnen, zwei kurdische Frauen erlitten eine Fehlgeburt. (Kurdistan-Rundbrief 20/94) Gegen alle Festgenommenen wurden Ermittlungsverfahren entweder wegen Verstoßes gegen ein Versammlungsverbot oder Landfriedensbruchs, Körperverletzung, Widerstands, versuchten Totschlags und in einem Fall sogar wegen versuchten Mordes eingeleitet. Fünf KurdInnen sitzen in U-Haft. (FAZ, 30.9.94)

Bereits am 25. August hatte das "Internationale Frauenzentrum e.V. Köln" diesen Solidaritätsmarsch kurdischer Frauen offiziell angemeldet. Das Ziel des achttägigen Marsches war der Europarat in Straßburg. Vor dessen Menschenrechtskommission sind derzeit über 250 Verfahren wegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei (wie Folter, Mißhandlungen, Zwangsdeportationen und die Zerstörung kurdischer Dörfer) anhängig. Die Menschenrechtskommission hatte vier repräsentative Beschwerden ausgewählt, und am 16. Oktober soll zu diesen Fällen eine Anhörung über deren Zulässigkeit stattfinden. (FR, 1.10.94) Im Vorfeld dieses Hearings wollten die bis ins Elsaß marschierenden Kurdinnen der Menschenrechtskommission eine Übersicht über das Ausmaß des türkischen Staatsterrorismus in Kurdistan überreichen.

Das Ordnungsamt Mannheim erließ am 20. September eine Verfügung, die für den Zeitraum 26.9 - 1.10.94 im gesamtem Bereich zwischen Mannheim und dem deutsch-französischem Grenzübergang Kehl Veranstaltungen der Kurdinnen untersagte: "Es ist davon auszugehen, daß der geplante Marsch und die Kundgebungen eindeutig unter dem Einfluß der PKK bzw. deren Propagandaorganisation ERNK steht". Dieser Verbotserlaß wurde am 24. 9. vom Verwaltungsgerichtshof in Mannheim bestätigt.

Zwei Tage später zeigten sich 900 Bullen wild entschlossen, das Veranstaltungsverbot durchzusetzen. Als sich am 26.9. 200 Kurdinnen in der Mannheimer Innenstadt versammelten, wurden sie von SEK-Bullen, Wasserwerfern, Polizeihunden und berittenen Polizeikräften eingekesselt und zusammengeschlagen.

Am nächsten Tag versuchten 70 Kurdinnen nochmal zum Mannheimer Oberbürgermeister Widder (SPD) vorgelassen zu werden, um doch noch eine Erlaubnis für den Marsch zur Menschenrechtskommission zu erlangen. Doch Widder lehnte es ab, die kurdischen Frauen zu empfangen. Derweil wurden vor dem Rathausgebäude 100 KurdInnen von SEK-Bullen überfallen. Die Polizisten schienen zum äußersten entschlossen, derart heftig wurde auf die wartenden kurdischen Frauen und Männer eingedroschen. In dieser Situation kam es dazu, daß ein - allem Anschein nach - aufgrund der Bedrohung durch die Polizei panisch gewordener kurdischer Jugendlicher einem SEK-Bullen die Dienstwaffe aus dem Holster riß. In dem Getümmel, das entstand, als sich augenblicklich die umstehenden Bullen auf den Jugendlichen warfen, löste sich aus der entwendeten Waffe ein Schuß, der zufällig einen kurz zuvor festgenommenen Kurden im Bein traf. Nach diesem Vorfall wurden auch die noch im Rathaus sitzenden Kurdinnen von polizeilichen Schlägern auseinandergeprügelt und festgenommen. (Politische Berichte 20/94)

Nach zweitägigen Verhandlungen zwischen VertreterInnen der Kurdinnen und der Stadt Mannheim konnte erreicht werden, daß die kurdischen Frauen zunächst nach Achern ins Rheintal reisen konnten. Am 3. Oktober durften sie, allerdings erst nach Gesprächen mit dem Präsidium des Menschenrechtsausschußes des Europarates, auch nach Frankreich einreisen. Die 1.000 deutschen Bullen, die ihnen zunächst auf der Rheinbrücke bei Kehl den Weg verwehrt hatten, mußten die Kurdinnen schließlich passieren lassen. So konnte schließlich doch noch die Dokumentation über das Ausmaß des türkischen Staatsterrorismus in Kurdistan den Europa-ParlamentarierInnen übergeben werden.

Wie schon nach den polizeilichen Autobahnblockaden im März ließ nach Mannheim der baden-württembergische Innenminister Birzele (SPD) ein Rundschreiben an alle Ausländerbehörden des Landes schicken, in dem die zuständigen BeamtInnen aufgefordert wurden, "Möglichkeiten des Ausländerrechts konsequent anzuwenden". In jedem Einzelfall soll "sorgfältig geprüft" werden, ob gegen in Mannheim festgenommene KurdInnen eine Ausweisung und Abschiebung erlassen und dann Sofortvollzug angeordnet werden kann, "auch dann, wenn bereits zum Zeitpunkt des Erlasses der Ausweisungsverfügung absehbar ist, daß der Aufenthalt des Ausländers wegen Vorliegens von Abschiebehindernissen nicht beendet werden kann." In diesen Fällen soll der Aufenthalt dieser KurdInnen räumlich eingeschränkt und ihnen die politische Betätigung untersagt werden.

Kollegiale Anzeige gegen prügelnden Polizeioberrat

Der Leiter eines ebenfalls vollkommen enthemmten polizeilichen Einsatzes gegen kurdische AktivistInnen, der Leiter der Bonner City-Wache, Uwe Behrends, erstattete gegen einen allzu heftig auf KurdInnen eindreschenden Bullenkollegen Anzeige wegen Körperverletzung im Amt.

Am 18. August hatten sich auf dem Münsterplatz der ehemaligen Bundeshauptstadt 150 kurdische Jugendliche versammelt, die mit ihren Fahrrädern zum Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen nach Genf starten wollten. Dem dort tagendem UN-Ausschuß sollte ein Bericht über den Völkermord der türkischen Armee in Kurdistan übergeben werden.

Die Auftaktveranstaltung in Bonn war vom "Mesopotamischen Jugendhaus Köln e.V.", den Bündnisgrünen, der PDS u.a. angemeldet und vom örtlichen Ordnungsamt auch genehmigt worden. Als sich zum Losradeln 150 kurdische SportsfreundInnen sammelten, wurden sie bereits von über 200 SEK-Bullen erwartet. Diese bedeuteten ihnen, daß der Start der Fahrraddemo nicht gestattet würde, solange die KurdInnen nicht ihre T-Shirts ausziehen würden. Diese waren bedruckt mit dem Foto des von einem SEK-Kollegen in Hannover hinterrücks abgeknallten kurdischen Jugendlichen Halim Dener. Die kurdischen RadlerInnen befolgten diese polizeiliche Aufforderung. Dennoch erlaubten ihnen die Bullen nicht loszufahren. Während der gesamten Wartezeit wurden die kurdischen Jugendlichen von den sie umringenden Polizisten provoziert. Den KurdInnen wurde es nach zwei Stunden schließlich zu bunt. Sie zogen ihre T-Shirts wieder an und begannen einen Sitzstreik. Diese spontane Aktion wurde von den SEK-Bullen mit "erschreckender, selten praktizierter Brutalität" (Friedensbüro Bonn) auseinandergeprügelt: Polizisten traten den kurdischen Jugendlichen "mit voller Wucht zwischen die Beine, drehten ihnen die Arme um, schlugen auf am Boden Liegende mit Knüppeln ein oder zerrten sie hinter Mannschaftswagen, um sie dort zu schlagen und zu treten" (FR, 29.9.94).

Dutzende der verhinderten kurdischen FahrradfahrerInnen wurden durch die von der Leine gelassenen Bullen schwer verletzt. Eine junge kurdische Frau erlitt bei diesem Schlagstock-Einsatz eine lebensgefährliche Gehirnblutung (Kurdistan-Rundbrief 17/94). Gegen alle 97 Festgenommenen wurden sofort Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, Widerstands und Freiheitsberaubung (!) erlassen.

Nun hat es auch einen allzu wild eindreschenden Polizeioberrat erwischt, den sein Kollege Behrends bei der Sichtung z.T. vom WDR zur Verfügung gestellten Filmmaterials wiedererkannte.

Verbot des "Halim Dener Kulturfestivals" in Hannover

Mit Beschluß vom 14. September 1994 untersagte das Verwaltungsgericht Hannover das "Halim Dener III. Internationale Deutsch-Kurdische Kulturfestival 1994". Dieses Fest sollte ursprünglich im Niedersachsen-Stadion der Landeshauptstadt stattfinden.

Die Richter behaupteten, daß "Versammlungen und Demonstrationen, die seit dem Verbot der PKK und ihrer Teilorganisationen stattgefunden haben, belegen, daß bei Veranstaltungen, in denen für die Lösung des Kurdenproblems eingetreten wird, regelmäßig die unmittelbare Gefahr des Zeigens von Kennzeichen verbotener Organisationen besteht ... Ein Vereinsverbot ... liefe leer, wenn die Mitglieder eines verbotenen Vereins weiter für diesen tätig sein oder für diesen werben dürften." (zit. nach Kurdistan Rundbrief 20/94, Hervorhebung RH)

Damit haben die niedersächsischen Verwaltungsrichter öffentlich eingeräumt, daß für KurdInnen die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit faktisch und umfassend außer Kraft gesetzt worden sind. Denn wenn sämtliche "Veranstaltungen, in denen für die Lösung des Kurdenproblems

eingetreten wird", untersagt werden (können), so kommt es für ein derartiges Verbot offenkundig nicht einmal mehr darauf an, wer dieses Treffen angemeldet hat (im Falle von Hannover war es die PDS) bzw. was auf dieser Versammlung im einzelnen erörtert bzw. geäußert werden soll.

Das "Halim Dener Kulturfestival" mußte zwangsläufig ins Ausland - und zwar in die Niederlande nach Maastricht - verlegt werden. Dorthin kamen 120.000 KurdInnen und stellten unter Beweis, daß - wenn nur 40 (niederländische) Polizisten anwesend sind und dementsprechend Bullen-Provokationen ausleiben - auch keine Notwendigkeit kurdischer Gegenwehr besteht.

Erneute 129a-Festnahmen

Nach 129a-Haftbefehlen im März und Festnahmen von kurdischen AktivistInnen im Juni/Juli unter dem Vorwurf, "Mitglieder in der terroristischen Vereinigung PKK" zu sein (vgl. ak 369), wurden nun im September erneut drei Kurden unter derselben denunziatorischen Behauptung inhaftiert: Bei den am 7. September festgenommenen Ahmet K. und Efendi A. soll es sich - den Angaben des Staatsschutzes zufolge - um zwei "Spitzenfunktionäre der terroristischen PKK" handeln. Ahmet K. soll als "PKK-Funktionär" im Raum Gießen gearbeitet und seit Mitte 1993 als angeblicher "Raumverantwortlicher der PKK" gewirkt haben. Im Fall Ahmet. K. gibt es einige Auffälligkeiten: Der gegen den Vorsitzenden des kurdischen Informationszentrums in Frankfurt gerichtete Haftbefehl wurde nämlich bereits am 1. September 1993 ausgestellt - zu einem Zeitpunkt, als die kurdischen Organisationen noch nicht verboten waren und somit die politische Arbeit darin legal gewesen ist. Noch im August 1994 hatte Ahmet K. eine Informationsveranstaltung in der Bankenmetropole vorbereitet. Am Tag vor der Veranstaltung hatte Ahmet K. an einem vorbereitenden Gespräch bei der örtlichen Polizei teilgenommen und hierbei - nach Bullenauskunft - zu deren friedlichem Ablauf beigetragen. (FR, 10.9.94) Wenige Tage später wurde Ahmet unter einem Vorwand in die Ausländerbehörde bestellt und dort als "Terrorist" festgenommen.

Efendi A., der seit dem letzten Jahr "Raumverantwortlicher der PKK" in Dieburg/Darmstadt gewesen sein soll, soll u.a. an einer angeblichen Bestrafungsaktion am 7. Januar 1994 gegen einen angeblichen Parteiabtrünnigen beteiligt gewesen sein und diesen hierbei mit Schlägen verletzt haben. Beide, Ahmet und Efendi, sollen zudem an einer "konspirativen Besprechung der PKK" im Juli 1993 teilgenommen haben, an dem die Protestaktionen gegen Einrichtungen der staatsterroristischen Türkei geplant worden seien. (SZ, 10.9.94)

Ende September wurde schließlich noch der 31jährige Mahmut E. festgenommen. Sein Haftbefehl bezieht sich auf Vorgänge (angebliche "Strafaktionen" gegen vermeintliche "Parteiabtrünnige"), die in den ersten KurdInnen-Prozessen verhandelt worden sind (FR, 27.9.).

Autobahn-Blockaden-Urteile

In Baden-Württemberg sitzen derzeit über 40 kurdische politische Gefangene wegen der polizeilichen Autobahn-Blockaden im März 1994 in U-Haft. Acht von ihnen wird noch im Oktober als "Rädelsführer" wegen versuchten Totschlags der Prozeß gemacht.

Das Heilbronner Landgericht verurteilte am 2. September vier kurdische Jugendliche zu drei mal acht und ein mal sechs Monaten Freiheitsstrafe, die jeweils zur Bewährung ausgesetzt wurden. Ihnen war vorgeworfen worden, die A 8 bei Heimsheim gesperrt zu haben. 500 Autofahrer hätten deswegen im Stau gestanden. Die vorgeladenen Bullen konnten die Kurden allerdings nicht als "Gewalttäter" wiedererkennen. Auch konnte nicht geklärt werden, ob die Kurden erst zu einem Zeitpunkt am "Tatort" ankamen, als die Bullen-Blockade bereits in vollem Gange war. Damit waren sowohl die Körperverletzung als auch der Landfriedensbruch vom Tisch. Blieb nur noch die 500fache (!) Nötigung. Hier attestierte der vorsitzende Richter Nothdurft (!) den kurdischen Angeklagten "nachvollziehbare Motive", da sie zum Teil am eigenen Leib in der Türkei Menschenrechtsverletzungen erlitten hätten. Dennoch meinte Richter Nothdurft einen deutlichen Trennungsstrich zu den Straßenblockaden ziehen zu müssen, mit denen vor Jahren Stahlarbeiter aus Rheinhausen und LKW-Fahrer protestiert hatten: "Deren Probleme seien ‚hausgemacht`. Daher fänden sie mehr Zustimmung in der Bevölkerung, die sich durch die Auseinandersetzungen zwischen Ausländern auf deutschem Boden zunehmend verunsichert fühle." (FR, 3.9.94) Dieses Urteil ist ein gutes Beispiel, wie von Seiten des Staates immer wieder versucht wird, Widerstand zu spalten, diesmal perfiderweise in strukturell "gute deutsche" und "böse ausländische Protestaktionen". Identische Aktionsformen werden hier hinsichtlich

des Ursprungs der den Protesten zugrundeliegenden Probleme unterschiedlich beurteilt. Dabei ist doch offenkundig, daß die Unterstützung des türkischen Vernichtungsfeldzuges in Kurdistan seitens der BRD (Militärhilfe für die Türkei und Verbot der PKK und der Newroz-Feiern hierzulande) ursächlich ("hausgemacht") ist für die - notgedrungen auch militanten - politischen Aktionen der Kurden in der BRD.

In Bayern wird gegen etwa 800 KurdInnen wegen der Proteste gegen das Newroz-Verbot ermittelt. Hier verfolgt die Justiz, wie nicht anders zu erwarten, eine beinharte Linie.

Anfang Juli wurde ein kurdischer Demonstrant von dem Augsburger Amtsgericht zu einer dreijährigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Er war im Rahmen der Bullen-Blockaden bei Augsburg-Adelsried mit einer Tasche voller Flaschen festgenommen worden, die mit entflammbaren Substanzen gefüllt waren. Doch ob der Angeklagte tatsächlich vorhatte, diese - durchaus gefährlichen Waffen - einzusetzen, konnte vor Gericht nicht geklärt werden. Dennoch wurde der Kurde zu einer Strafe verurteilt, die üblicherweise auf versuchten Totschlag steht! Zudem wird der Kurde nach dem Absitzen seiner Haftstrafe mit einer Ausweisung zu rechnen haben.

In weiteren Prozessen wurden Kurden für 22 bzw. 28 Monate in den Knast geschickt. Zuletzt wurde ein 24jähriger Kurde wegen Landfriedensbruch und Nötigung verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte sogar versucht, den Angeklagten wegen "versuchten Mordes" dranzukriegen, da er versucht haben soll, Bullen, die ihn festzunehmen beabsichtigten, mit Benzin zu übergießen. Dieser Punkt wurde jedoch vom Gericht nicht zugelassen. Noch nicht einmal eine versuchte Körperverletzung konnte dem Kurden nachgewiesen werden. Dennoch forderte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer eine dreieinhalbjährige Haftstrafe. (SZ, 1.10.94)

(Dieser Artikel ist ein Vorabdruck aus der bundesweiten Roten Hilfe Zeitung 4/94)

32. Menschenrechte sind unteilbar. Die Praktiken d. "Gesellschaft für bedrohte Völker" am Bsp. armen. Flüchtlinge

Die Praktiken der Gesellschaft für bedrohte Völker am Beispiel armenischer Flüchtlinge

Autor: Graswurzelrevolution · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Armenien · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:10

Die Arbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) - schon öfter in Verruf geraten - gibt wieder einmal Anlaß zur Kritik. Wir dokumentieren im folgenden den Artikel der Graswurzelrevolution, abgedruckt in ihrer Beilage vom September 1994. Die Stellungnahme der GfbV, die wir in Auszügen dokumentieren, widerspricht den wesentlichen Vorwürfen, die die Graswurzelrevolution Redaktion erhebt, nicht. Bekannt geworden ist außerdem, daß G. Koutcharian mit allen Mitteln versucht, die christliche Flüchtlingsinitiative Canow/Lüchow auch in Armenien selbst zu diffamieren.

Die Arbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) - schon öfter in Verruf geraten - gibt wieder einmal Anlaß zur Kritik. Wir dokumentieren im folgenden den Artikel der Graswurzelrevolution, abgedruckt in ihrer Beilage vom September 1994. Die Stellungnahme der GfbV, die wir in Auszügen dokumentieren, widerspricht den wesentlichen Vorwürfen, die die Graswurzelrevolution Redaktion erhebt, nicht. Bekannt geworden ist außerdem, daß G. Koutcharian mit allen Mitteln versucht, die christliche Flüchtlingsinitiative Canow/Lüchow auch in Armenien selbst zu diffamieren.

Wem muß die Loyalität bei der Solidaritäts- und Menschenrechtsarbeit gehören? Völkern oder Individuen? Einer abstrakten, von Regierungen ausgegebenen und definierten Kategorie, in welcher die einzelnen der anonymen Masse des sogenannten "Volkskörpers" untergeordnet werden oder den konkreten Menschen?

Diese Fragen stellen sich heute um so dringlicher, wenn die Arbeit einer der größten Menschenrechtsorganisationen in der BRD, der "Gesellschaft für bedrohte Völker" (im folgenden: GfbV) am Beispiel armenischer Flüchtlinge betrachtet wird. Deutschsprachige Veröffentlichungen zum Gesamtkomplex Armenien und Karabach-Krieg haben bisher neben der "deutsch-armenischen Gesellschaft" und dem "Lepsius-Archiv der Theologischen Fakultät an der Universität Halle-Wittenberg" vor allem AutorInnen aus der "Koordinationsgruppe Armenien" der GfbV vorgelegt. Publizistisch federführend sind dort Tessa Hofmann und Gerayer Koutcharian. T. Hofmann hat in diesem Jahr ein rororo-Sachbuch zum Thema herausgegeben ("Armenier und Armenien - Heimat und Exil"). Besonders die früheren Arbeiten und das Engagement der "Koordinationsgruppe" zum Völkermord an den ArmenierInnen 1915/16 sind anerkennenswert. Es ist ihr wesentlich mitzuverdanken, daß dieser Völkermord ein Stück weit dem Vergessen entrissen wurde. Doch dieselben AutorInnen, die sich um das Ende des Verschweigens beim Völkermord an den ArmenierInnen 1915/16 verdient gemacht haben, tragen heute durch ihre Praktiken real zur Abschiebung von armenischen Flüchtlingen bei. Wie ist das möglich?

Kampagne gegen armenische Flüchtlinge

Als die christliche Flüchtlingsinitiative Conow/Lüchow im Februar 1994 ihre Dokumentation der Aussagen armenischer Flüchtlinge über Zwangsrekrutierungen und die Kriegsbeteiligung armenischer Truppen an asylrelevante Kreise verschickte, erfuhr sie von der GfbV anstelle der erhofften Unterstützung nicht nur schroffe Ablehnung, sondern mußte mit bis dato ungeahnten Praktiken der GfbV Bekanntschaft machen.

In einem der Redaktion Graswurzelrevolution (GWR) vorliegenden offiziellen Brief vom 24.2.94 erklärte G. Koutcharian namens der GbfV, er sei bisher fünf Mal in der Region gewesen und "niemals" (1) auch nur einem Bürger begegnet, der zwangsverpflichtet worden wäre. In der Manier eines Staatsanwalts qualifiziert er die dokumentierten Aussagen der Flüchtlinge als "merkwürdig unsubstantiiert, widersprüchlich" (2) ab. Wie bei einem Asylverfahren wird den Flüchtlingsaussagen ganz grundsätzlich nicht geglaubt. Lediglich wirtschaftliche Gründe infolge der Blockade werden von Koutcharian akzeptiert, weshalb sich die GfbV im Oktober 1993 für einen Abschiebestopp beim Innenministerium eingesetzt habe (5).

Diese auch ansonsten immer wieder bei Gelegenheit der Rechtfertigung vorgeschobene Eingabe der GfbV war nicht nur erfolglos, sondern auch verlogen, weil rein wirtschaftliche Fluchtgründe bei Asylverfahren sowieso nicht anerkannt werden und nur in Verbindung mit allen anderen realen Bedrohungen, also auch durch Krieg und Zwangsrekrutierung, Aussicht auf Erfolg hätten. Ohne diese Verknüpfung trifft in gewissem Sinne sogar die von Asylbehörden üblicherweise aufgestellte Behauptung zu, bis in die BRD schafften es sowieso nur die relativ reicheren ArmenierInnen. Im übrigen war mit dem Abschiebestopp bei der GfbV keineswegs eine generelle Forderung nach Asyl verbunden, sondern er sollte nur solange gelten, "solange dort Blockadebedingungen herrschen" (5). Wenn nun etwa - wie die GfbV legitimerweise fordert - die BRD die Türkei dazu bewegen würde, die Blockade aufzuheben, könnte gemäß dieser Argumentation sofort wieder abgeschoben werden. Der Brief Koutcharians endet mit einer handfesten Drohung an die christliche Flüchtlingsinitiative:

"Daher erwarte ich von Ihnen, daß Sie diese ‚Dokumentation` zurückziehen. Andernfalls werde ich sie vervielfältigen und mit diesem Kommentar allen armenischen Gemeinden in der Bundesrepublik sowie der armenischen Presse zuleiten (den armenischen ‚Clanführern`, wie sie in Ihrer Dokumentation auf S.25 in rassistischem Jargon genannt werden). Ich werde darüberhinaus die Regierung und Medien der Republik Armenien informieren. Die juristischen Konsequenzen haben Sie zu tragen." (6)

Dieser Brief wurde von der GfbV an das Auswärtige Amt weitergereicht, welches ihn pikanterweise durch einen Beamten an das Verwaltungsgericht Schwerin weiterleitete. Dort hatte er in laufenden Asylverfahren die Funktion, die durch die Dokumentation der Flüchtlingsinitiative entfachte Diskussion über die tatsächliche Situation in Armenien zu blockieren.

Eine etwas weniger rabiate Stellungnahme mit derselben Intention wurde gegen die ebenfalls vor dem Verwaltungsgericht Schwerin berücksichtigten Gutachten des Flüchtlingskommissars der UN sowie des Prof. Luchterhandt am 29.6. von Frau Hofmann verfaßt. Bei der Frage der Zwangsrekrutierungen spricht sie abwehrend von "Übergriffen einzelner Beamter" (5), ansonsten zitiert sie armenische Regierungskreise und "Arzacher Befehlshaber" (6), die eine Beteiligung armenischer regulärer Truppen natürlich weit von sich weisen.

Einige Rechtsanwälte, die mit Asylverfahren betraut sind, haben nach Bekanntwerden der Conow/Lüchower Dokumentation bei der GbfV nachgefragt. Die Antwort war, die Flüchtlinge würden "lügen". (1) "Rein zufällig" erreichten die christliche Flüchtlingsinitiative zur gleichen Zeit mehrere Briefe von ExilarmenierInnen, in denen die dokumentierten Aussagen der armenischen Flüchtlinge in vergleichbarer Weise angezweifelt werden, sie als Lügen einzig und allein für den Zweck der Asylerlangung betrachtet werden. Oder es wird die christliche Flüchtlingsgruppe als im "Auftrag der türkischen antiarmenischen Propaganda" stehend diffamiert. Zu den kriegsdienstverweigernden Motiven der Flüchtlinge heißt es in einem Brief: "Das sinkende Boot verlassen zuerst die Ratten." (2) Auch über Kanäle der evangelischen Kirche wurde Druck ausgeübt, die Arbeit der Flüchtlingsinitiative zu behindern. Hinzu kamen direkte Anrufe an die Flüchtlingsinitiative, in welchen sie als "türkische Agenten und Agents provocateurs" bezeichnet wurde. (3)

Mit zweierlei Maß: die öffentlichen Publikationen

In dem neuen rororo-Buch von Tessa Hofmann (4) referiert die Herausgeberin auf S.165 zwar wahrheitsgetreu, daß der Karabach-Krieg bis August 1993 26.000 Todesopfer forderte, davon 16.000 (!) AserbeidschanerInnen. Doch während bei der Schilderung der aserischen Massaker im Krieg kaum einmal eine konkrete Beschreibung der brutalen Kriegspraktiken fehlt (so berichtet etwa auf S.168 eine Augenzeugin, daß Aseris "einem ihrer Nachbarn den Kopf absägten"), heißt es zur Frage armenisch-karabachischer Kriegspraxis nur, daß sie strittig sei:

"Während die Arzacher Militärführung auf Befehle hinweist, die den Armeniern das Betreten aserbeidschanischer Ortschaften verbieten, räumte das aserbeidschanische Staatsoberhaupt Alijew ein, die aserbeidschanische Nationalarmee vertreibe die Einwohner vieler Dörfer mit der Drohung, armenische Angriffe stünden bevor, um die Ortschaften dann selbst zu plündern." (S.169)

"Die Zahl gefallener Aserbeidschaner ist hoch, denn die oft noch sehr jungen Rekruten sind den Armeniern nicht nur an Ausbildung und Motivation unterlegen, sondern wurden nach Aussagen Kriegsgefangener und

armenischer Beobachter von den eigenen Offizieren niedergeschossen, wenn sie Furcht vor dem Feind zeigten." (S.165)

Ein Großteil aserischer Soldaten von den eigenen Offizieren erschossen, die aserische Dorfbevölkerung von der aserischen Armee vertrieben, ihre Dörfer, die armenische Truppen nie betreten haben, von Aseris geplündert - lachhaft!

Auch G. Koutcharian gibt in diesem Buch seine politische Einstellung ganz offen zum besten: in einem Bericht über seine Jugend im Iran (6) schreibt er begeistert über seinen eigenen Taufpaten Tewan, den "Schrecken (sic!) und Held von Arzach", den bekannten "Kämpfer und Rächer (sic!) für die den Arzachern zugefügten Grausamkeiten." (S.112) Und in einem Karabacher Reisebericht (7) im selben Buch, schon ganz im "Wir"-Jargon:

"Wann immer es hart auf hart kam, haben wir bisher verloren, weil wir nicht so brutal und entschlossen wie unsere Nachbarn waren. (...) Ich stellte vielen Menschen in Arzach die Frage, was wohl das Geheimnis dieser Militärerfolge sei, und erhielt zur Antwort: ‚Wir sind nun genauso brutal und entschlossen geworden wie unsere Angreifer`." (S.232)

Hofmann und auch Koutcharian legitimieren sich ständig mit ihren vielen Reisen in die Region und den vielen Gesprächen, die sie geführt hätten. Bei genauerem Hinsehen zitieren sie jedoch völlig unkritisch immer wieder Regierungsbeamte oder Militärs und setzen deren Interessen mit denen des gesamten armenischen Volkes gleich.

Menschenrechte sind unteilbar!

Konkrete einzelne Menschen und "Völker"-Interessen können in Widerspruch geraten, und sie tun es ständig - gerade in Armenien und Aserbeidschan. Dann ist die Frage, wem die Solidarität der BeobachterInnen gilt; die Frage ist auch, wie distanziert oder identifiziert die BeobachterInnen sind. Nationale Motive - und wenn sie aus dem Interesse an einer Verteidigung bedrohter "Völker" hervorgehen - können sich schnell gegen Individuen richten, besonders im Prozeß der Gründung und Konsolidierung eines Nationalstaats oder während eines Krieges. Individuelle Menschenrechte aber sind unteilbar, die oberste Maxime einer Menschenrechtsorganisation sollte nicht die Identifizierung mit den Kriegszielen einer Seite, sondern Neutralität und Gewaltlosigkeit sein.

Aus der gewaltfrei-libertären Sicht der Graswurzelrevolution ist bereits der Ansatz der GfbV falsch, das Pauschalkonstrukt "Volk" zum Hauptakteur politischen Handelns und geschichtlicher Betrachtungsweisen zu machen. Gerade daß so ein Konstrukt als Vorlage zum Völkermord diente, sollte doch stutzig machen. So entsteht eine falsche Ineinssetzung von Regierung und "Volk" sowie eine Wahrnehmung der Bevölkerung als monolithischer Block. Der in der Bevölkerung keineswegs durchgängige, aber immer stärker werdende Friedenswille, die Dialektik des Umschlags von nationalistischer freiwilliger Kriegsbegeisterung am Anfang eines neuen Nationalstaates zu Kriegsmüdigkeit und infolgedessen zunehmenden nationalstaatlichen Zwangsmaßnahmen geraten außerhalb jeder Betrachtungsweise.

Alternative historische Entwicklungsmöglichkeiten bleiben so undiskutiert: daß etwa Aserbeidschan auf die Vereinigungserklärungen Karabachs mit Armenien oder auf die spätere Ausrufung eines selbständigen karabachischen Staates mit Krieg reagieren würde, war zwar nicht garantiert, aber doch sehr wahrscheinlich. Wäre 1988 nicht auch eine entschlossene, aber gewaltlose tatsächliche Durchsetzung karabachischer Autonomierechte innerhalb Aserbeidschans möglich und vor allem weniger gefährlich gewesen? Wäre eine solche Perspektive nicht eine Möglichkeit zur Beendigung des Krieges, zur Rettung vieler Menschenleben und vor allem zur Aufhebung der Blockade?

Die Politik der GfbV wird in einer Presseerklärung deutlich, in der Elvira Kiendl für die "Koordinationsgruppe Armenien" schreibt: "Nun ist sicher nicht zu bestreiten, daß es nicht Ziel einer sinnvollen Asylpolitik sein kann, eine Auswanderungswelle, die im Falle Armeniens einem regelrechten personellen ‚Ausbluten` des Landes nahekommt, zu fördern." (8) Der nationalistisch-völkische Ansatz wird so zur praktischen Behinderung der Asylarbeit für armenische Kriegsdienstverweigerer und Flüchtlinge und trägt dadurch schließlich zur Untermauerung der für die Flüchtlinge katastrophale Folgen zeitigenden Asylrechtspraxis in der BRD insgesamt bei. Daß aus der Verfolgungsgeschichte der ArmenierInnen ganz andere Konsequenzen gezogen

werden können, zeigt die christliche Flüchtlingsinitiative Conow/Lüchow: "1915, als mit Billigung und Unterstützung der jungtürkischen Regierung etwa 1,5 Millionen Armenier umgebracht wurden, schwieg auch der Bündnispartner Deutschland zu diesem Verbrechen. Daraus zu lernen, und das heißt auch, sich zu dieser Schuld zu bekennen, bedeutet für uns auch, gegenüber Flüchtlingen aus diesem Volk sich besonders sensibel und doppelt verantwortungsvoll zu verhalten." (9)

Anmerkungen:

(1) die Namen der Rechtsanwälte sind der Graswurzelredaktion bekannt.

(2) eine Anzahl dieser Briefe liegt der Red. vor.

(3) der Inhalt der Telefonate kann von mehreren Personen bezeugt werden. (Red.)

(4) Tessa Hofmann: Armenien zwischen Erster und Zweiter Republik, in: Hofmann (Hrsg): Armenier und Armenien, Reinbek 1994, S.129-177.

(5) bis heute müssen noch weit mehr als 10.000 Opfer hinzugezählt werden.

(6) Gerayer Koutcharian: Im Land der Rosen und Nachtigallen. Eine armenische Jugend im Iran, in Hofmann (Hrsg), a.a.O., S.103-124.

(7) Gerayer Koutcharian: Arzach und Armenien. Reisebericht aus einem Kriegsgebiet, in Hofmann (Hrsg), a.a.O., S.215-241.

(8) als Leserinbrief abgedruckt in der FR vom 23.6.94.

(9) zit. nach einer Presseerklärung der Flüchtlingsgruppe, unterzeichnet von Köppinger, Ausländerbeauftragte Schwerin, Grahl, Pastor Conow, Kühle, Flüchtlingsberater Lüchow, vom 25.5.94, S.2.

aus: Graswurzelrevolution, Beilage September 1994

Stellungnahme der Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Autorin oder der Autor des Beitrags "Menschenrechte sind individuell und unteilbar!" erhebt den Anspruch, die Arbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) "am Beispiel armenischer Flüchtlinge" betrachten zu wollen - als sei dieses Beispiel typisch für die Menschenrechtsarbeit der GfbV insgesamt. Fraglich ist, ob das Spektrum der Aufgaben und die Arbeitsweise der GfbV dem Autor/der Autorin überhaupt bekannt und bewußt sind. Die Armenienarbeit nimmt in gewisser Hinsicht in der GfbV eine Sonderstellung ein, da unsere Koordinierungsgruppe Armenien zu ihrem Sachgebiet außerhalb des Bundesbüros in Göttingen aufgrund ihrer großen Kompetenz und ihres hohen Engagements selbständig arbeitet. Mit Stellungnahmen, Gutachten, Sachverständigenausssagen und politischen Initiativen setzt sie sich beispielsweise seit Jahren mit großer Effektivität für christliche Flüchtlinge aus der Türkei und anderen Nahost-Staaten ein. Das armenische Flüchtlingsproblem beschäftigt unsere Menschenrechtsorganisation derzeit in besonderem Maße und sorgt für intensive interne Diskussionen. Die Probleme müssen geklärt werden, aber der Diskussionsprozeß ist noch nicht abgeschlossen.

Die Mitglieder unserer Koordinationsgruppe versorgen uns kontinuierlich mit den Ergebnissen ihrer Recherchen über die Verhältnisse in Armenien. Wir messen diese Erkenntnisse an dem für unsere Arbeit entscheidenden Kriterium: Werden die Menschenrechte einzelner Menschen oder ganzer Gruppen gewahrt oder verletzt? Die Nachrichten aus Aserbaidschan sind widersprüchlich, und es ist schwierig, über die eigenen Informationen hinaus (mit Herrn Koutscharian haben wir immerhin einen Experten, der sogar Berg-Karabach regelmäßig bereist) weitere Informationen "aus erster Hand" zu erhalten. Ein objektives Bild über die Art der Kriegsführung beider Seiten zu zeichnen ist kaum möglich. Die bloße Tatsache, daß um Berg-Karabach von beiden Seiten hart gekämpft wird, rechtfertigt selbstverständlich nicht die Verletzung von Menschenrechten. Wenn uns Grausamkeiten bekannt und von verschiedener Seite bestätigt werden, scheuen wir uns nicht, diese zu benennen, selbst wenn sie von Angehörigen eines Volkes begangen werden, das selbst einmal Opfer von Völkermord und Vertreibung war.

(...)

Auf keinem Auge blind zu sein - das war und ist unsere Maxime. Das gilt selbstverständlich ebenso für Armenien. Werden von der armenischen Armee Berg-Karabachs Menschenrechtsverletzungen an Aseris verübt, so verurteilen wir sie scharf - ebenso wie die der Aseris. Die Grausamkeiten der einen Seite können die der anderen keinesfalls aufwiegen. Daß Herr Koutscharian in seinem Reisebericht die Aussage von Armeniern "Wir sind nun genauso brutal und entschlossen geworden wie unsere Angreifer" zitiert, ist noch kein Grund anzunehmen, daß er sich mit den Grausamkeiten persönlich identifiziert. Sollte er dies tatsächlich tun, so distanzieren wir uns davon.

Menschenrechte sind individuell und unteilbar: Dem stimmen wir natürlich zu. Aber wir sind nicht der Ansicht, daß das Engagement für kollektive Minderheitsrechte in irgendeinem Widerspruch zum Engagement für individuelle Menschenrechte steht. Verbrechen an den Angehörigen ganzer Völker - aus rassischen, religiösen oder machtpolitischen Motiven heraus - sind zur Genüge dokumentiert: Denken wir nur an das Dritte Reich - an den Versuch der totalen kollektiven Ausrottung des jüdischen Volkes und der Sinti durch die Nationalsozialisten -, an Biafra, an den Konflikt in Ruanda, an Bosnien. Das Engagement für Nationalitätenrechte ist notwendig: Das Recht ethnischer und religiöser Minderheiten auf Ausübung der eigenen Kultur und Religion und auf politische Selbstbestimmung - unter welchen politischen Bedingungen auch immer - ist häufig unabdingbare Voraussetzung für den Schutz auch der "individuellen" Menschenrechte. Natürlich gibt es in den meisten Fällen Konflikte innerhalb der Minderheiten darüber, welcher politische Weg in Richtung Selbstbestimmung einzuschlagen ist. Es ist nicht Aufgabe einer Menschenrechtsorganisation, diesbezüglich Partei zu ergreifen. (Allerdings sehen wir uns unter Umständen gezwungen, die Vertretungen bedrohter Minderheiten dann zu kritisieren, wenn sie Menschenrechtsverletzungen begehen.) Insofern kann eine "Identifikation mit den Kriegszielen" der Armenier für uns keineswegs "oberste Maxime" sein, wie im vorliegenden Beitrag unterstellt wird. Wir sind dagegen überzeugt davon, daß jegliche gewaltfreie politische Lösung des Konfliktes um Berg-Karabach, die das Recht auf Selbstbestimmung der Armenier berücksichtigt, einer kriegerischen Lösung vorzuziehen ist.

Annelore Hermes, Referentin

für Flüchtlinge, Sinti und Roma

33. Stairways to Heaven. Steter Aufstieg ohne Sturz. Biographische Mitteilungen über Kim Il Sung. Teil 2

Autor: nyg., Westberlin · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Korea (Nord) · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:37

Am 14. Oktober 1945 standen vier stämmige sowjetische Generäle Schulter an Schulter auf einer Tribüne in Pjöngjang. Dann schoben sie einen schmächtigen, jungen koreanischen Mann nach vorn, der etwa 1,66 m groß war, einen etwas zu kleinen Anzug und eine chinesische Haarfrisur trug und "Liebe Landsleute!" sagte. Die Massen, die sich nach einem Aufruf des sowjetischen Oberkommandos versammelt hatten, erwarteten einen grauhaarigen, stattlichen Mann mit Charakterkopf, denn ihnen war Kim Il Sung, der legendäre Held des antijapanischen Guerillakampfes angekündigt worden. Laut war der Ruf "Der ist eine Fälschung!" zu hören und das Klima der Großveranstaltung ließ plötzlich Mißtrauen, Enttäuschung, Unzufriedenheit und Ärger spüren. Doch Kim fuhr mit seiner monotonen quäkenden Stimme ungerührt fort und sagte: "Ich möchte Ihnen von ganzem Herzen dafür danken, daß sie uns heute so begeistert begrüßen." (1)

Daß Kim Il Sung Probleme mit der Realitätswahrnehmung hatte, sollte in den kommenden Jahren noch wesentlich offensichtlicher werden, doch daß dieser Mann tatsächlich von nun an für fast 50 Jahre ununterbrochen der nahezu uneingeschränkte Herrscher über die nördliche Hälfte Koreas sein würde, das konnte an diesem Tag niemand ahnen.

Die weitere Biographie Kim Il Sungs kann anhand seiner drei selbstgestellten zentralen Lebensaufgaben dargestellt werden:

- Die Durchsetzung seines Machtanspruchs, 1945/46 auch noch gegen nichtkommunistische Kräfte in der nordkoreanischen Gesellschaft, danach beschränkt auf die innerparteilichen Fraktionskämpfe;

- der Koreakrieg 1951-1953, der Kim fast sein Land gekostet hätte, und, damit untrennbar verknüpft, nach 1953 die unterschiedlichen Versuche, eine Wiedervereinigung des Landes zu erreichen;

- die sichere Regelung der "Nachfolge-Frage" durch wasserdichte Installation seines ältesten Sohnes Kim Dschong Il als Kronprinz.

Die erste Aufgabe hat er zweifellos perfekt gelöst. Niemand innerhalb und außerhalb Koreas ging ernsthaft davon aus, daß Kim Il Sung jemals lebendig gestürzt werden könnte, und so ist er tatsächlich von der höchsten Stufe der Macht direkt in den Himmel aufgestiegen. Seine Verehrung als "Gott" wird sicher noch eine Weile anhalten, mindestens so lange wie Kim Dschong Il an der Macht ist. Die zweite Aufgabe blieb ungelöst. In den letzten Jahren hatte Kim des öfteren öffentlich bemerkt, daß er die Wiedervereinigung Koreas gern noch selbst erleben wolle, und er schien - wie z.B. auch die Gespräche mit Erdnuß-Carter, den er noch kurz vor seinem Tode empfing, zeigten - zu weitgehenden Zugeständnissen bereit gewesen zu sein, eine Haltung, die ihm möglicherweise nicht gut bekommen ist. Punkt Drei schließlich ist eine Zeitfrage. Daß Kim Dschong Il der "Nachfolger" ist und seine Einsetzung in ein oder zwei entsprechende offizielle Positionen in Kürze erfolgen wird, kann nicht mehr bezweifelt werden. Die Gerüchte vom "Machtkampf in Pjöngjang", die in den letzten Wochen durch die Presse gingen, waren mehr als schwach begründet. Die offene Frage bleibt aber, wie groß seine Macht als installierter Nachfolger schließlich wirklich sein wird. Nicht so groß wie die seines Vaters, das kann schon mit Sicherheit gesagt werden, denn Macht ist nicht (nur) institutionell begründet. Außerdem ist vollkommen offen, wie lange er sich halten können wird. Keine 50 Jahre wie sein Vater, diese Prognose trauen wir uns zu.

Neugründung der KP Koreas in Seoul

Als Kim im Oktober 1945 in die koreanische Öffentlichkeit trat, gab es zwei Probleme, die verhinderten, daß er unmittelbar zur Führungsfigur eines von den Sowjets protegierten Regimes wurde.

Erstens hatten die Sowjets zunächst Cho Man-sik, einen bürgerlichen, christlichen Politiker, der großes Ansehen in der Bevölkerung genoß, zum Vorsitzenden der provisorischen Verwaltung gemacht. Da kommunistische Parteistrukturen noch weitgehend fehlten, die Traditionslinie der kommunistischen Bewegung gebrochen (2) und Korea außerdem trotz beginnender Industrialisierung nach wie vor ein agrarisch

bestimmtes Land war, in dem konfuzianisch-feudalistisches Denken vorherrschte, mußte noch für längere Zeit auf die politische Vertretung nicht- oder sogar antikommunistisch orientierter Bevölkerungskreise Rücksicht genommen werden.

Das zweite Problem war, daß Kim Il Sung und seine Gruppe ehemaliger Teilnehmer des Guerillakampfes in der Mandschurei über keine Parteiorganisation verfügten, (3) während sowohl in Seoul, der Hauptstadt des amerikanisch besetzten Südens, als auch in Pjöngjang und anderen Teilen Nordkoreas, diverse kommunistische Organisationen und Parteien bereits Tage nach der japanischen Kapitulation wie Pilze aus dem Boden geschossen waren. Gefährlich war vor allem die Neugründung der "Koreanischen Kommunistischen Partei" (KPK) am 16.-18.8.45 in Seoul. Sie war zwar noch bis zum November in zwei Gruppen gespalten, die sog. Changan-Fraktion unter Ch'oe Ik-han und Yi Yông, und die Wiederaufbau-Fraktion unter Pak Hôn-yông. Pak war ein Altkommunist der ersten Stunde (4) und gewann durch sein hohes Ansehen, sowjetische Unterstützung aus dem Norden und die fähigeren Mitstreiter schließlich den Fraktionskampf. Das Hauptquartier (Sitz des ZK) der KPK wurde somit im November 1945 fürs erste in Seoul eingerichtet. Die regionalen Parteiorganisationen, die sich im August und September im Norden bildeten, bestanden vorwiegend aus Anhängern Paks. Hervorzuheben ist besonders der Parteichef der Provinz Süd-Hamgyông, O Ki-sôp, der als Schlüsselfigur der Pak-Fraktion im Norden zu betrachten ist. Nur in Pjöngjang gab es mit Hyôn Chun-hyôk einen Parteiführer, der sicher nicht der Pak-Fraktion anhing, vermutlich eher den Changan-Leuten, der aber vor allem unabhängig war, großes Ansehen unter bürgerlichen, fortschrittlichen Intellektuellen genoß und zudem, wie Kim Il Sung, aus der Gegend von Pjöngjang kam. Am 28.9. wurde er auf offener Straße erschossen. Zwar wurde der Attentäter nie gefaßt und die Hintergründe der Tat wurden auch nicht aufgeklärt. Trotzdem darf konstatiert werden, daß sowohl die Sowjets als auch Kim Il Sung, der wohl Anfang September in Pjöngjang angekommen war, nicht gerade um ihn trauerten: Er hatte großen Einfluß auf das Pjöngjanger Parteikomitee gehabt, das die Sowjets für sich und ihren Mann, Kim Il Sung, zu gewinnen versuchten. Hyôn soll kurz vor seinem Tod davon erfahren haben, daß Kim als Parteichef auserkoren worden war und darauf einen Wutanfall bekommen haben.

Ende 1945 stand somit den Sowjets und den koreanischen Heimkehrern eine relativ einheitliche KPK unter Führung von Pak gegenüber, die "Heimat-Fraktion" der koreanischen Kommunisten. Auf Seiten der Heimkehrer konnten zunächst zwei, später drei Fraktionen unterschieden werden. An erster Stelle muß natürlich Kim Il Sung und seine kleine Schar von Guerillakämpfern genannt werden, (5) die sogenannte "Kapsan"-Fraktion. Sie waren noch für einige Zeit eng mit den "Sowjet-Koreanern" liiert, ethnischen Koreanern, die in der Sowjetunion geboren und aufgewachsen waren, die sowjetische Staatsbürgerschaft hatten und nun in die koreanische wechselten, vielfach besser Russisch als Koreanisch sprachen und das neue Korea mit aufbauen sollten. Zu ihnen gehörten z.B. Hô Ka-i aus Moskau, der zeitweise Vizevorsitzender der Partei werden sollte, und Nam Il aus Kasachstan, der später noch Ministerpräsident Nordkoreas wurde. Im Dezember 1945 kehrte eine große Gruppe koreanischer Kommunisten aus China zurück. Sie hatten als "Koreanische Unabhängigkeitsliga" unter der Führung der KPCh am antijapanischen Kampf in China teilgenommen, viele Jahre in Yan'an (Jenan) gelebt und ihre Führer hatten gute Kontakte zur obersten Führung der chinesischen Partei. Bekannte Mitglieder der "Yan'an-Fraktion" waren Langer-Marsch-Teilnehmer Mu Chông, Gründer und erster Kommandeur des 1. Artillerie-Regiments der chinesischen Volksbefreiungsarmee und Kim Tu-bong, ein Veteran, der 20 Jahre älter als Kim Il Sung war und Jahrzehnte Exil in China hinter sich hatte.

Aufbau einer nordkoreanischen kommunistischen Partei

Erster Schritt beim Aufbau von einheitlichen Parteistrukturen im Norden war die Gründung des "Nordkoreanischen Büros der Kommunistischen Partei Koreas" (10.-13.10.45), formal eine Außenstelle der Parteizentrale in Seoul. Heute ist diese Bezeichnung, die in Nordkorea bis zum 19.4.46 offiziell verwendet wurde, aus den Geschichtsbüchern des Nordens gestrichen. Die Organisation wird nun statt dessen "Zentrales Organisationskomitee der Kommunistischen Partei Nordkoreas (KPNK)" (6) genannt und ihre Gründung wird als Gründungsdatum der KPNK angesehen. Diese Geschichtsfälschung war die einzige Möglichkeit, Kim Il Sung noch zum Gründer der KP, wenigstens nach dem 2. Weltkrieg hochzustilisieren. In der Tat war es aber so, daß die Situation der KPK in Südkorea immer schwieriger wurde, bis sie schließlich ganz in den Untergrund gehen mußte. So kam es zwangsläufig zu einer sehr ungleichgewichtigen Entwicklung, die dem nordkoreanischen Büro der KPK immer mehr Eigenständigkeit und reale Macht über Parteiangelegenheiten zukommen ließ. Folgerichtig gelang es Kim Il Sung auf der III. Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees des

Büros am 17./18.12.45 durch geschicktes Taktieren, der Kapsan/Sowjet-Fraktion die Vorherrschaft in der Partei zu sichern und die Heimat-Fraktion deutlich zu schwächen. Mit diesem Datum begann die Ära Kim Il Sungs als Alleinherrscher über Nordkorea. Die Yan'an-Fraktion kam nach Gründung des Büros in Korea an und fand alle Posten zwischen den beiden Fraktionen aufgeteilt. Dementsprechend war ihre Bereitschaft, sich an der KPK zu beteiligen gering. Statt dessen gründeten sie am 16.2.1946 die Neue Volkspartei (NVP), die danach langsam aber kontinuierlich wuchs und hauptsächlich für Intellektuelle attraktiv war, während der schneller wachsende nordkoreanische Teil der Kommunistischen Partei seine neuen Mitglieder vorwiegend unter Arbeitern und Bauern rekrutierte. Der NVP gelang es auch Parteistrukturen im Süden aufzubauen, wo die Partei von Paek Nam-un geführt wurde.

Im Januar und Februar 1946 wurde Cho Man-sik, der nationalistische Vorsitzende der Koreanischen Demokratischen Partei (KDP) und Präsident des Zentralen Politischen Volkskomitees, der quasi-Regierung des Nordens, entmachtet und verhaftet, weil er sich gegen die auf der Moskauer Außenministerkonferenz beschlossene fünfjährige UN-Treuhandverwaltung für Gesamtkorea ausgesprochen hatte. Dieser Beschluß wurde seinerzeit von der SU und den koreanischen Kommunisten unterstützt, da sie sich davon die Sicherung der nationalen Einheit Koreas versprachen. Chos Entmachtung, an der das Oberkommando der Sowjet-Armee noch maßgeblichen Anteil hatte, (7) führte dazu, daß die KDP in eine der KPNK hörige Blockpartei umgewandelt werden konnte, die unter dem Namen "Koreanische Sozialdemokratische Partei" (KSDP) noch heute existiert und Beobachterstatus bei der Sozialistischen Internationale genießt.

Der KPNK war die positive Entwicklung der NVP zunehmend ein Dorn im Auge. Obwohl sich die NVP - vor allem in Südkorea - eher als eine Sozialdemokratische Partei profilierte, stand aus der Sicht Kim Il Sungs doch die Führung der KPCh hinter ihr, so wie die KPdSU hinter Nam Il und Hô Ka-i stand. Durch geschicktes Verhandeln und sicher auch politischen Druck der Sowjets, gelang es Kim schließlich, die NVP von einer Vereinigung mit der KPNK zu überzeugen. Der Vereinigungskongreß tagte am 29.8.1946; zum Vorsitzenden des ZK der neuen Partei ("Partei der Arbeit Nordkoreas", PdANK) wurde - auf Vorschlag von Kim Il Sung - Kim Tu-bong gewählt. Dabei handelte es sich eindeutig um ein taktisches Zugeständnis an die NVP-Delegierten, die sonst der Vereinigung möglicherweise nicht zugestimmt hätten. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Kim Il Sung und Chu Nyông-ha, ein Vertreter der Heimat-Fraktion, der sich den Kapsan-Leuten angenähert hatte, gewählt. Im fünfköpfigen Politbüro waren darüber hinaus noch Hô Ka-i und Ch'oe Ch'ang-ik (Yan'an-Fraktion).

Südkoreanische KP

zwischen den Fronten

Nach der Gründung begann Kim Il Sung sofort, jetzt vereint mit den Yan'an-Leuten, die Heimat-Fraktion weiter zu schwächen. Deren Rückhalt, die PdASK (8) unter Pak Hôn-yông, war in Seoul und wurde durch die Entwicklung der allgemeinen politischen Lage immer schwächer. So konnte O Ki-sôp bereits im Januar 1946 aus der Führung der KPNK entfernt werden. Auf dem 2. Parteitag der PdANK im März 1948 wurden er und einige seiner Anhänger dann namentlich von Kim Il Sung angegriffen und aus allen Parteigremien geworfen. Für Kim war es höchste Zeit geworden, da die Lage der PdASK immer schwieriger wurde und ihre leitenden Kader einer nach dem anderen in den Norden flohen. Pak und O zusammen wären eine ernstzunehmende Herausforderung für die Alleinherrschaft Kim Il Sungs gewesen. Am 2. August 1948 tagten die ZKs beider Parteien gemeinsam in Pjöngjang, doch wurde vorerst keine Vereinigung beschlossen. Statt dessen bereitete man die allgemeinen Wahlen zur Obersten Volksversammlung vor, die am 25.8. in ganz Korea, südlich des 38. Breitengrades im Untergrund, abgehalten wurden. (9) Mit diesen Wahlen wurde eine verfassunggebende Versammlung geschaffen, die ganz Korea repräsentierte und die am 9. September 1948 die Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR) ausrief. Ministerpräsident wurde Kim Il Sung, sein Stellvertreter Pak Hôn-yông. Da den Wahlen im Süden verschärfte Repressionen seitens der Regierung und der US-Streitkräfte folgten, die zu weiteren Fluchten in den Norden führten, wo bereits die komplette Parteiführung ansässig war, kam die Tätigkeit der PdASK 1949 völlig zum Erliegen. Schließlich setzte Kim im Juni 1949 gegen den immer schwächer werdenden Widertand Paks die Vereinigung beider Parteien zur "Partei der Arbeit Koreas" (PdAK) durch. Den Vorsitz des ZK nahm diesmal sofort Kim Il Sung ein, Pak und Hô Ka-i wurden zu seinen Stellvertretern gewählt. Im Politbüro waren außerdem noch Kim Ch'aek (Kapsan-Fraktion), Pak Il-u (Yan'an-Fraktion), Yi Sûng-yôp (Heimat-Fraktion, Süd), Kim Sam-yong (Heimat-Fraktion, Süd, aber kein Pak-Anhänger), Kim Tu-bong (Yan'an-Fraktion) und Hô Hôn (Heimat-Fraktion, Süd) vertreten. (10) Äußerlich

schien die PdASK gleichberechtigt vertreten, genaugenommen war sie aber von ihrer Machtbasis und möglichem Aktionsfeld, dem südkoreanischen Proletariat, abgeschnitten und konnte - außer ihren älteren Traditionen und großen Namen wie Pak Hôn-yông und Hô Hôn - nichts in die Waagschale werfen, was ihr langfristig eine Chance im innerparteilichen Machtkampf gelassen hätte.

Einziger Ausweg wäre die Rückgewinnung Südkoreas gewesen. Als am 25.6.1950 der Koreakrieg ausbrach (11) und die Truppen der KVA in wenigen Tagen über 90% des Südens eroberten, konnten die südkoreanischen Kommunisten noch ein letztes Mal die spärlichen Fünkchen der Hoffnung, die sie sich bewahrt hatten, zu flammender Begeisterung auflodern lassen. Vermutlich ahnte niemand unter ihnen, daß es nicht das Morgenrot einer neuen Zeit war, das ihnen voranleuchtete, sondern daß es Höllenfeuer war, das ihnen entgegenzüngelte und daß ihr endgültiger Untergang, das Ende der kommunistischen Bewegung auf koreanischem Boden, unmittelbar bevorstand. Mit Sicherheit aber konnte sich niemand von ihnen ausmalen, daß Luzifer nicht in Gestalt des US-Imperialismus oder etwa des südkoreanischen Diktators Syngman Rhee an sie herantreten würde, sondern in Gestalt des großen Führers und genialen Feldherrn, der Sonne der Nation, in Gestalt von Kim Il Sung.

nyg., Westberlin

Teil 1 dieses Artikels siehe ak 369 vom 24.8.94. Ein abschließender Teil erscheint in einer der folgenden Ausgaben der ak.

Anmerkungen:

1) S. Scalapino, R.A. & Lee, C.-S., Communism in Korea Part I, Berkeley/L.A./London 1972, S. 324f. und Kim Il Sung Werke Band 1, Pjöngjang 1980, S. 366. Alle nicht weiter belegten Informationen stammen aus diesem lesenswerten Standardwerk.

2) Zwischen 1929 (Auflösung der 4. alten KP Koreas) und 1945 gab es keine Partei und ein großer Teil der koreanischen Kommunisten lebte in verschiedenen Ländern im Exil.

3) Sie waren, soweit sie sich parteilich organisiert hatten, Mitglieder der KP Chinas gewesen.

4) 1921 bereits als Sekretär des damaligen Koreanischen Kommunistischen Jugendverbandes in Shanghai tätig, nahm er 1922 am ersten "Kongreß der Werktätigen des Fernen Ostens" in Moskau als koreanischer Delegierter teil. 1925 organisierte er den KJVK in Seoul und wurde wenig später von den Japanern verhaftet

5) Welche der koreanischen Mitglieder von Einheiten, in denen Kim gedient hatte bzw. die er geführt hatte, am Ende des Krieges mit Kim nach Korea gingen und welche in China blieben und sich dort in die koreanische Minderheit integrierten, war offenbar einzig von der persönlichen Entscheidung abhängig. Die Frage, wer als Staatsbürger welches Landes zu betrachten sei, wurde erst nach dem Krieg gestellt.

6) Ein Komitee dieses Namens hat in Wirklichkeit nie existiert.

7) Cho "verschwand" nach der Verhaftung spurlos. Nach Aussagen von Augenzeugen soll er zu Beginn des Koreakrieges in einem nordkoreanischen Lager hingerichtet worden sein.

8) Im November 1946 vereinigte sich die KPK (Süd) unter Pak Hôn-yông mit der NVP (Süd) und der KDP (Süd) in Seoul zur "Partei der Arbeit Südkoreas" PdASK.

9) Angeblich erreichte die Wahlbeteiligung im Süden trotz Illegalität ca. 70%.

10) Zusätzlich wurde noch ein Parteisekretariat eingerichtet: Hô Ka-i (1. Sekretär), Yi Sûng-yôp (2.) und Kim Sam-yong (3.).

11) Die Frage, wer den Koreakrieg begonnen hat, ist Gegenstand einer fast nicht mehr überschaubaren Anzahl von Veröffentlichungen. Seit 1950 ist es in den kapitalistischen Ländern, in alter kalter Kriegstradition, immer ein Sakrileg gewesen, an der Kriegsschuld des Nordens auch nur zu zweifeln. Hier ist nicht der Platz, alle Argumente, Indizien und Beweise, die bisher von den verschiedenen beteiligten Seiten vorgebracht wurden, auszubreiten. Angemerkt werden soll nur, daß die Dokumente, die Jelzin neulich dem südkoreanischen Ministerpräsidenten mitbrachte und die angeblich die "Kriegsschuld des Nordens zweifelsfrei belegen", absolut nichts Neues gebracht haben und in Fachkreisen nur Gähnen hervorriefen. Belegt wurde

nur, daß Kim Il Sung sich seinerzeit mit Stalin und Mao über die Kriegsgefahr beriet und daß die drei diverse Szenarien entwickelten, wie sich wer verhalten würde, wenn ... Die Regierung der KDVR hat noch während des Krieges Dokumente vorgelegt, die Truppen der KVA bei der Befreiung Seouls erbeutet hatten. Auch diese Dokumente beweisen keineswegs einen Angriff Südkoreas, verglichen mit Jelzins Dokumenten aber sind sie zweifellos als schwerwiegendere Indizien zu betrachten. Das rasche Vorrücken der KVA als Beweis für eine Invasion des Nordens zu nehmen ist auf jeden Fall unredlich. Die "Republik Korea" hatte mit Syngman Rhee damals einen Präsidenten, der sich nur durch seine Großmäuligkeit und seinen Antikommunismus auszeichnete. Er beging den Fehler, an seine eigenen dummen Sprüche über den "baldigen Zusammenbruch des kommunistischen Regimes" zu glauben und mehrfach Provokationen an der Demarkationslinie anzuzetteln. Er rechnete damit, daß die nordkoreanischen Soldaten bei der erstbesten Gelegenheit sowieso desertieren würden. Unabhängig davon, wer letztlich angegriffen hat: Beide Seiten hatten sich subjektiv sicher ähnlich gut auf einen Bürgerkrieg vorbereitet, der gleichsam "in der Luft lag". Statt der nordkoreanischen brach aber die südkoreanische Armee innerhalb weniger Tage wie ein Kartenhaus zusammen.

Worte des "Großen Führers"

Nachfolgende Zitate sind der Kim-Il-Sung-Werksausgabe entnommen, die als Übersetzung der koreanischen Originalausgabe in Chinesisch, Japanisch, Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Arabisch im Verlag für Fremdsprachliche Literatur in Pjöngjang erscheint und inzwischen auf ca. 40 Bände angewachsen ist. Sie enthalten in chronologischer Folge die wichtigsten Schriften des "Großen Führers", darunter unsterbliche Werke wie z.B. "Über die Herbeiführung einer revolutionären Wende in der Fischverarbeitung" (Bd. 35, S. 463ff.). Wer nach dem Lesen der folgenden kurzen Auszüge, die etwas willkürlich zusammengestellt wurden, aber durchaus repräsentativ für Inhalt und sprachliche Form sind, auf den Geschmack gekommen ist, darf sich darüber freuen, daß der Verlag seit einiger Zeit an den Vorbereitungen für die Ausgabe "Kim Il Sung - Sämtliche Werke" arbeitet.

"Es ist ratsam, viele Birnen sorgsam zu lagern, damit man sie auch Gästen anbieten kann. Auch gegen Kopfschmerzen eignen sie sich gut. Sehr gut schmecken auch eingefrostete Birnen. Das ist wirklich eine Delikatesse."

Werke Bd. 4, S. 15-16.

"Es ist wichtig, den gefangenen Fisch gut zu lagern. Wie groß die Erträge an Fisch auch immer sein mögen, sie nützen nichts, wenn er schlecht aufbewahrt wird. Eine gute Aufbewahrung verhindert nicht nur, daß der Fisch verfault, sondern garantiert auch eine Versorgung der Werktätigen in schlechten Fangzeiten."

Werke Bd. 4, S. 360

"Zur Zeit erhalten die älteren und jüngeren Schüler die gleiche Portion Reis. Daraus ergibt sich, daß die älteren Schüler nicht ganz satt werden, während die jüngeren nicht alles aufessen. Das Lehrpersonal sollte diese Tatsache berücktsichtigen und auch auf eine richtige Verteilung des Essens achten. Ich meine, es wäre zweckmäßig, nicht allen Schülern die gleiche Portion Reis zu geben, sondern es so zu regeln, daß die jüngeren nur die Menge erhalten, die sie brauchen, und den älteren, wenn Bedarf danach ist, einen Nachschlag zu geben. So sollen alle Schüler satt werden und frohen Mutes heranwachsen."

Werke Bd. 4, S. 504-505

"Entenfedern sind eine gute Valutaquelle. Für eine Tonne Entenfedern kann man einen Personenwagen kaufen."

Werke Bd. 10, S. 119

"Wenn man ein Kind mit Kastanien ernähren will, bei ihm aber die Zähne noch nicht erschienen sind, dann muß man ihm die Kastanien gerieben geben; wenn die Zähne jedoch schon ein wenig gewachsen sind, dann gibt man sie mit dem Messer fein zerhackt, und sind die Zähne erschienen, ganze Kastanien gegeben werden, wird seine Verdauung gestört und tritt eine Magenkrankheit auf, was der Gesundheit des Kindes schadet."

Werke Bd. 10, S. 138

"Manche meinen irrtümlich, daß die Frauen keine technische Veranlagung haben. Die Bedienung dieser Maschine stellt jedoch keine hohen technischen Ansprüche. Die Frauen sind also durchaus in der Lage, ... diese Arbeit zu übernehmen"

Werke Bd. 20, S. 123

"Zu dem Nudel-Fisch-Gericht sagte ich: wozu werden Nudeln und Fisch vermengt? Nudeln und Fisch sollte man besser getrennt lassen, sonst nehmen doch die Nudeln den Fischgeruch an."

Werke Bd. 35, S. 484

34. Keine Maya-Statuen. Rezension

Autor: He. · Rubrik: Guatemala; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:30

Unbestreitbar gibt es eine linke Revolutionsmodewelle, die je nach Konjunktur ihren Gipfel in dem einen oder anderen Land vorzugsweise Lateinamerikas findet. Standen in den sechziger und siebziger Jahren Bolivien, Peru und Uruguay ganz oben auf der Hitliste, wurden sie in den achtziger Jahren von den Befreiungsbewegungen in Nicaragua und El Salvador abgelöst. Die Sandinisten und die FMLN wurden über Jahre zu Kristallisationspunkten revolutionärer und sozialrevolutionärer Träume und Praxis. Wer aber sprach vor ein paar Jahren von Guatemala und der URNG? Jetzt, nach dem Verblassen der Zentren der lateinamerikanischen Befreiungsbewegung, rücken die soziale und die politische Auseinandersetzung sowie der Bürgerkrieg in Guatemala mehr und mehr in den Vordergrund. Dies ist sicherlich auch durch die Verleihung des Friedensnobelpreises im vergangenen Jahr an die unerschrockene Kämpferin für Menschenrechte, Rigoberta Menchú, gefördert worden. Von Albert Sterr, den man ohne falsche Übertreibung zu den besten Kennern der lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen zählen kann, liegt jetzt ein Buch vor, in dem er seine mehrjährigen Untersuchungen und viele Gespräche, die er auf seinen Reisen in den vergangenen sieben Jahren im Land führte, verarbeitet.

Sich mit Guatemala beschäftigen heißt zunächst, einen der entscheidenden Unterschiede zu den übrigen lateinamerikanischen Ländern herauszuheben: Es gibt immer noch eine Mehrheit der Bevölkerung, die indianischer Abstammung ist und die sich selbst Indigenas nennen. Der Kampf zwischen arm und reich um soziale und politische Rechte und Befreiung, der sich in Ländern wie Nicaragua und El Salvador zwischen den Nachfahren der spanischen Eroberer abspielt, hat in Guatemala eine besondere Komponente: Die Ärmsten der Armen, die am meisten Entrechteten, sind Nachfahren der Mayas. So gewinnt dieser Kampf, auch wenn der Autor des Buches dies in seiner Einleitung ausdrücklich verneint, auch eine antirassistische Komponente, die er selbst auch gleich nachweist. Für die Oberschicht, Nachfahren der spanischen Eroberer, sind die Indigenas minderwertig, von niederer Intelligenz. Überzeugend arbeitet der Autor heraus, daß es sich beim guatemaltekischen Befreiungskampf jedoch nicht um Folklore, nicht um den Kampf für das Überleben bedrohter Völker handelt, sondern um eine soziale, politische und auch militärische Auseinandersetzung zwischen arm und reich, oben und unten. Er belegt, gestützt auf das Ergebnis vieler Gespräche, daß es nicht um einen indianischen Mythos geht, oder um mit einem Zitat von Rigoberta Menchú zu sprechen: "Wir wollen nicht als Mythen aus der Vergangenheit verklärt werden. Wir sind auch keine Maya-Statuen, die auf dem Stand von vor 500 Jahren stehengeblieben sind. Wir sind Teil der lebendigen gegenwärtigen Kultur Guatemalas."

Großer Wert wird in dem Buch auf die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der guatemaltekischen Befreiungsbewegung (URNG) gelegt. Ähnlich wie Organisationen in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern erlebte sie ihren ersten großen Aufschwung in den sechziger Jahren, im Anschluß an die Revolution auf Kuba. Kleine Guerillaverbände überraschten die Zentralgewalt und konnten ihr eine zeitlang arg zusetzen. Nach einer vernichtenden Niederlage, verbunden mit ungeheuren Massakern an der indianischen Zivilbevölkerung, setzte ein jahrelanger Organisationsprozeß ein. In diesem - wenn auch kleinen - Teil des Buches zeigen sich die besonderen Stärken des Autors. Er stellt heraus, daß die wenigen verbliebenen Köpfe der Befreiungsbewegung in einem über zehn Jahre währenden Prozeß eine politische und soziale Basis für eine neue Offensive schafften. Bemerkenswert ist insbesondere, daß im gesamten Zeitraum von 1971 bis 1982 neben den militärischen Guerillaverbänden vor allem auf die Bildung von Massenorganisationen im sozialen Sektor geachtet wurde. Als Quintessenz bleibt, daß die URNG viel weniger als alle anderen lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen eine militärische denn eine politische Organisation ist. In dieser Hinsicht, der wirklichen Verbindung vom militärischen mit dem politischen Kampf, bleibt eigentlich nur der Vergleich zur FMLN El Salvadors.

Ein weiteres Kapitel verwendet der Autor auf den seit Mitte der achtziger Jahre währenden "Friedensprozeß". Anders als wiederum in anderen lateinamerikanischen Ländern hat die URNG auf dem Höhepunkt ihrer militärischen und politischen Machtstellung die Verhandlung mit der Regierung gesucht. Gerade dies ist anders und bemerkenswert.

Dieses Buch von Albert Sterr gibt einen tiefen Einblick in die politische Entwicklung Guatemalas zwischen 1960 und 1994. Kenntnisreich beschreibt er den Werde- und Entwicklungsgang einer Guerilla- und Befreiungsbewegung. Besonders gefallen hat mir, daß dabei auf jede Revolutionsromantik verzichtet wurde: Aufgabe der Guerilla ist es, politische Prozesse zu erzwingen, die ohne diesen Kampf nicht stattfinden und die notwendig sind, das Leben der Menschen positiv zu verändern.

Ein umfangreicher Anhang gibt Auskunft über die politische Geschichte. Die auf dreizehn Seiten ausgebreitete Auswahlbibliographie scheint mir für ein solches Buch etwas zu üppig ausgefallen zu sein, zumal meist fremdsprachige Titel angeführt werden. Eine (kommentierte) Auswahlbibliographie der wichtigsten weiterführenden Titel in deutscher Sprache wäre eher auf ein dankbares Publikum gestoßen.

Albert Sterr: Guatemala. Lautloser Aufstand im Land der Maya, Köln (Neuer ISP Verlag) 1994, 287 S., 36 DM.

35. Zwanzig Jahre Schaftstiefel-Nazis. Broschürenvorstellung

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:14

Christian Worch, Jürgen Rieger, Thomas "Steiner" Wulff - für AntifaschistInnen - zumal in Hamburg - sind diese drei bekannte Größen im Netzwerk des deutschen Neofaschismus. Seit teilweise einem Vierteljahrhundert treiben diese Vögel ihr braunes Handwerk. Unter dem Titel "1974-1994 - 20 Jahre Neonazis in Hamburg" ist nun eine Broschüre erhältlich, die das Treiben der Schaftstiefelnazis in Hamburg nachzeichnet. Angefangen von einer Veranstaltung im Haus des Sports 1974 mit dem ehemaligen SS-Aufseher eines Auschwitz-Nebenlagers, Thies Christophersen, und Gary "Rex" Lauck aus Lincoln/Nebraska, Chef der "NSDAP/AO", über die provokativen Auftritte der "Hansa-Bande" unter dem mittlerweile verstorbenen Michael Kühnen und damals schon Christian Worch bis hin zur "Nationalen Liste" in Hamburg, zum "Nationalen Infotelefon" und den Nazi-Terrorschriften "INDEX" und "Einblick" ist hier zusammengestellt, was über 20 Jahre in Hamburg an neonazistischer Struktur zu beobachten war.

Besonders interessant: eine Chronologie über Christian Worchs Aktivitäten der letzten 17 Jahre oder eine Auflistung der bekannten rechtsextremistischen Mandantschaft des Jürgen Rieger.

Auch wenn aus dem Kreis der antifaschistischen SpezialistInnen vielleicht die eine oder der andere so manches Detail noch beisteuern könnte, die Broschüre ist für Hamburg seit Jahren wieder die erste Veröffentlichung, die die Naziumtriebe dokumentiert. Zusammengestellt wurde die Broschüre von einem Antifaschistischen Arbeitskreis "Druschba Narodnych", in dem einige Ältere aus dem ehemaligen KB-Spektrum zusammenarbeiten. Für antifaschistisch Interessierte in Hamburg und Umgebung ist die Broschüre unverzichtbar und auch darüber hinaus lohnt es sich durchaus, dieses Teil zu lesen.

Bestellungen über Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Preis DM 4.- (DM 3.- für SchülerInnen) zzgl. DM 1.00 für Porto

36. Royal Ulster Constabulary (RUC). Mit Terror und Einschüchterung gegen die nordirische Minderheit. Prozeßerkl. von Donagh O''Kane

Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:13

Der hier abgedruckte Text ist eine Prozeßerklärung von Donagh O'Kane, die dieser am 23.6.94 vor dem Oberlandesgericht (OLG) Celle abgegeben hat. Er ist zusammen mit Pauline Drumm und Patrick Murray angeklagt, auf die Kaserne der britischen Armee im Juni 1989 ein Bombenattentat verübt zu haben. (siehe dazu ak 357 vom 25.8.93) Nach Ansicht der Bundesanwaltschaft gehören die drei zu einer sogenannten "Active Service Unit", also einer aktiven Einheit der IRA. Um dies zu belegen, wurde u.a. ein Beamter der Royal Ulster Constabulary (RUC), der nordirischen Polizei, als Zeuge vernommen. Gegen diesen Zeugen protestierten die drei aufgrund der Rolle, die die RUC im Laufe der Jahre im Konflikt in Nordirland gespielt hat und heute noch spielt. In der vorliegenden Erklärung, die wir gekürzt haben, geht Donagh O'Kane sowohl auf die Geschichte dieser Polizei als auch auf ihre Rolle und Funktion in den "troubles" ein. Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Nordirland fanden wir es angebracht, mit Hilfe dieser Erklärung etwas genauer den Alltag eines Teils der nordirischen Bevölkerung zu beleuchten. Die Anmerkungen wurden bei der Bearbeitung hinzugefügt.

Da wir heute in diesem Gerichtssaal ein Mitglied der RUC (Royal Ulster Constabulary) hören sollen, ist es vielleicht an der Zeit, ein paar Worte über die vergangene und gegenwärtige Rolle zu sagen, die diese Polizeikräfte in Irland gespielt haben und spielen. Man könnte zurückgehen bis ins Jahr 1922, zu ihrer Gründung, und ihre gesamte und nicht sehr ruhmreiche Geschichte berichten. Aber im Zusammenhang mit diesem Prozeß ist es wahrscheinlich sinnvoller, uns auf ihr Verhalten seit Beginn der Civil-Rights-Kampagne Mitte der 60er Jahre zu beschränken. (...)

Vergessen wird passenderweise, daß die Civil-Rights-Kampagne eine absolut friedliche Kampagne war, die sich größtenteils an der schwarzen Civil-Rights-Kampagne in Amerika orientierte. Sie hat den Staat nicht herausgefordert noch strebte sie ein vereinigtes Irland an. Nein, ihre Ziele waren viel bescheidener. Sie wollte lediglich ein Ende der Diskriminierung der Bevölkerungsminderheit, die im ganzen Sechs-county-Staat Nordirland (1) weit verbreitet war und ist und die Teil des Systems war, durch das die von Großbritannien gestützte Unionist Party (2) beständig regierte.

Es wird ebenfalls passenderweise vergessen, daß es die RUC war, die genutzt wurde, um die Civil-Rights-Kampagne zu behindern und sie gewaltsam zu zerbrechen. Wie durch die gesamte Geschichte Nordirlands hindurch fungierte die RUC dabei als bewaffneter Flügel der Unionist Party. (...)

Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 1969 starben drei Nationalisten, nachdem sie von der RUC verprügelt worden waren. Außerdem eröffnete die RUC das Feuer auf mehrere Civil-Rights-Demonstrationen, wobei sie DemonstrantInnen verletzte. (...) Niemand wurde jemals zur Verantwortung gezogen.

Weitere Brutalitäten durch die RUC, zuerst während der Belagerung der Bogside in Derry (3) und dann während des folgenden Aufruhrs in Belfast, als nationalistische Gebiete von loyalistischen Randalierern, B-Specials und der RUC angegriffen wurden - die letzteren feuerten mit schweren Maschinengewehren in nationalistische Wohnblocks -, bestätigten nur, daß die RUC nicht nur nicht half, das Problem zu lösen, sondern tatsächlich ein großer Teil des Problems selbst war. Und die Tatsache, daß sie sich zu einem großen Prozentsatz aus der unionistischen Bevölkerung rekrutierte (1969: zu 89 Prozent), bestätigte das ebenfalls. (...)

Die genaue Rolle, die die RUC in den letzten 25 Jahren gespielt hat, veränderte sich zu verschiedenen Zeiten. Vor allem, als die Vorreiterrolle im Krieg gegen die IRA von der britischen Armee am Anfang der 70er Jahre überging auf die RUC in den frühen 80er Jahren, im Zusammenhang mit der Politik der "Ulsterisierung" seitens der britischen Regierung, und wieder zurückging auf die Armee, als die RUC unter zunehmenden Druck geriet. (...)

Alltägliche Schikane

Ein/e Nationalist/in im Sechs-county- Staat zu sein bedeutet, besonders für junge Männer, eine nichtendenwollende Serie, angehalten und durchsucht zu werden, egal ob er/sie zu Fuß oder mit einem Fahrzeug unterwegs ist. Angehalten und durchsucht zu werden, hört sich vielleicht nicht so schlimm an, aber du mußt dir klarmachen, daß es oft mit sprachlicher und oft auch physischer Mißhandlung einhergeht. Sprachliche Mißhandlung kann von sektiererischen Bemerkungen, Beschimpfungen der Person und ihrer Familie, Amndrohungen physischer Mißhandlungen oder des Todes bis hin zu Drohungen, daß loyalistische Paramilitärs über seine/ihre Details und Bewegungen informiert werden würden, reichen. Oft wird diese Mißhandlung begleitet von der Forderung nach Informationen über Menschen, die er/sie kennt, und von Druck auf die Person, für die Polizei zu arbeiten. (...)

Angehalten und durchsucht zu werden kann heißen, von einigen Minuten bis zu vier Stunden am Straßenrand zu stehen, ohne daß die RUC dich verhaften muß. Oft ist das einzige, was darüber entscheidet, ob du an einem Checkpoint durchgewunken oder angehalten wirst, ob dein Name oder deine Adresse vermuten lassen, daß du ein/e Nationalist/in oder ein/e Unionist/in bist. Es kann bedeuten, im strömenden Regen zu stehen, während die RUC sorgfältig wieder und wieder jeden Teil deines Autos überprüft. Es kann bedeuten, daß dein Auto zu einem Durchsuchungszentrum gebracht wird, das bis zu 5o km entfernt sein kann. (...) Es kann bedeuten, beobachten zu müssen, wie dein Auto am Straßenrand aufgebockt, die Türverkleidung entfernt wird, die Räder abmontiert und die Sitze herausgenommen werden.

Nationalist/in zu sein bedeutet auch, daß in deinem Haus jederzeit eine Razzia stattfinden kann. Das geht von einer Gruppe von Polizisten, die an die Tür klopfen und hereinkommen, um die Anwesenden zu überprüfen und ein paar Fragen zu stellen, bis dazu, daß deine Tür eingeschlagen wird, gewöhnlich mitten in der Nacht, und die RUC einen Tag später geht und dein Haus hinterläßt mit Löchern in allen Innenwänden, aufgerissenem Fußboden, herausgerissenen Schrankwänden und einem zwei Meter großen Loch, wo der Küchenfußboden war. Das kann bedeuten, daß sie eine Farm bis zu einer Woche übernehmen, erdumwälzende Maschinen, Bulldozer und ähnliches benutzen, um Löcher zu graben, wo inmer sie wollen, und dabei Felder, Ställe und Außengebäude zerstören.

Nationalist/in zu sein macht eine jederzeitige Verhaftung auf bloßen Verdacht hin möglich, mit der Aussicht, vielleicht bis zu sieben Tage in einem der inzwischen berüchtigten Verhörzentren der RUC zu verbringen. Die Mißhandlungen und die Folter in diesen Zentren waren (...) Thema zahlreicher Berichte und Untersuchungen. (...)

Zusammenarbeit mit Todesschwadronen

Diese Störungen, Mißhandlungen und der Machtmißbrauch durch die RUC sind über die Jahre Thema zahlreicher Berichte einzelner AnwältInnen, Anwaltsvereinigungen, Gruppen für die bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechte sowie PolitikerInnen gewesen. Bereits in diesem Jahr kritisierten drei Berichte das Verhalten der RUC gegenüber der nationalistischen Bevölkerung - einer vom Committee on the Administration of Justice/C.A.J., einer von Amnesty International und einer vom U.S. State Department. Diese Kritik an der RUC durch das U.S. State Department, wie ungewöhnlich auch immer, gab es nicht zum ersten Mal. 1979 verhängte das State Department tatsächlich eine Ausfuhrsperre über eine Schiffsladung Gewehre für die RUC wegen deren Menschenrechtsverletzungen.

Eine weitere Entwicklung in der Rolle der RUC über die letzten 25 Jahre hinweg ist die Kollaboration mit Gruppen loyalistischer Paramilitärs. Gelegentlich fand diese Kollaboration recht offen statt, wie während des Ulster Workers Council Strike 1974 (4), als RUC-Beamte ruhig dabeistanden und beobachteten, wie bewaffnete und maskierte Paramilitärs Straßensperren errichteten, um Leute daran zu hindern, zur Arbeit zu gehen. (...)

Aber diese Art offener Kollaboration war eher die Ausnahme als die Regel. Der größte Teil der Kollaboration zwischen loyalistischen Paramilitärs und der RUC fand im Verborgenen statt. Und obwohl es beständig den Verdacht gab, konnte er nur bestätigt werden, wenn Beteiligte vortraten und zugaben, was vor sich ging.

Albert Baker, ein angeblicher Deserteur der britischen Armee, gestand 1973 der Polizei in England seine Aktivitäten in der Ulster Defence Association (5). Anstatt ein Deserteur zu sein, arbeitete er tatsächlich undercover für die britische Armee, während er Mitglied der UDA war. Er gab weiterhin seine Beteiligung an einer Reihe von Vergehen zu, einschließlich des Mordes an vier Katholiken. Des weiteren schilderte er genau

die Kollaboration zwischen RUC und UDA, einschließlich der Weitergabe klassifizierter Informationen, der Übergabe von Waffen und der Zusammenarbeit bei einigen sektiererischen Angriffen, einschließlich Morden und sogar die Mitgliedschaft von RUC-Beamten in der UDA.

Verbindungen zum MI 5

Noch schwerwiegendere Enthüllungen über die Aktivitäten der RUC Mitte der 70er Jahre machte Captain Fred Holroyd, Mitglied des British Military Intelligence (6), der in Nordirland in Zusammenarbeit mit der RUC arbeitete. Er arbeitete in einer Einheit des S.A.S. (7) und mit einem Mitglied des RUC Special Branch, das eng mit Paramilitärs der UDA und UVF in der Gegend von Nord-Armagh zusammenarbeitete. Diese Gegend wurde wegen der Zahl der dort durchgeführten Morde, vor allem durch loyalistische Paramilitärs, als das "Triangle of Death" oder das "Murder Triangle" bekannt. Holroyd sagte aus, daß diese Kampagne durch den RUC-Beamten in Szene gesetzt wurde, der mit dem S.A.S.-Team und dem MI 5 zusammenarbeitete. Mitglieder loyalistischer paramilitärischer Gruppen waren auch an gemeinsamen Operationen mit Mitgliedern des S.A.S. in der Republik Irland beteiligt, speziell bei der Ermordung von John Francis Green, IRA-Kommandeur von Nord-Armagh. Diese Vorwürfe wurden von Colin Wallace unterstützt, der Mitte der 70er Jahre Mitglied einer Psychological Operations Group war, die für die britische Armee arbeitete.

Eine der wichtigsten Enthüllungen Holroyds war, daß die Gruppen der UDA und UVF aus Nord-Armagh an den Bombenanschlägen in Dublin und Monaghan 1974, bei denen 33 Menschen getötet wurden, beteiligt waren und daß ihnen vom britischen Geheimdienst dabei geholfen wurde. Im Jahr 1987 schickte er die Namen dreier UVF-Männer und dreier RUC-Beamter an die Gardai (8). Von allen sechs behauptete er, sie wären in die Bombenanschläge verwickelt gewesen.

Über die ganzen letzten 25 Jahre war die Weitergabe von RUC-Akten und Informationen an loyalistische Gruppen ein alltäglicher Aspekt der Kollaboration. Häufig tauchten diese Akten in den Händen loyalistischer Paramilitärs auf. Die RUC gab zwar zu, daß die Akten verlorengegangen waren, spielte das alles aber auf ein paar "faule Äpfel" in den Reihen der Sicherheitskräfte herunter. Diese Geschichte platzte 1989 nach der Ermordung eines Nationalisten im County Down durch die UDA. Während die RUC es ablehnte, die Behauptung der UDA zu bestätigen, der Ermordete, Loughlin Maginn, wäre ein vermutliches Mitglied der IRA gewesen, zeigte die UDA einem Reporter die RUC-Akten, die Fotos und sogar Videos, die sie von Maginn hatten. Als sich der Wortkrieg zwischen RUC und UDA aufheizte, wurden RUC-Akten an Zeitungen, Fernsehstationen, PolitikerInnen geschickt und sogar kopiert und auf Mauern überall in Belfast geklebt. Schon zu diesem Zeitpunkt waren die Akten mehrerer hundert NationalistInnen betroffen. Als die öffentliche Blamage für RUC und Regierung zunahm, wurde ein hoher Polizeibeamter aus England eingesetzt, um die undichten Stellen zu ermitteln. In einer Untersuchung, die in ihrem Rahmen streng begrenzt war, zog dieser Polizeibeamte, Stevens, nicht einen einzigen RUC-Beamten wegen irgendeines Vergehen zur Verantwortung. Tatsächlich brachte seine Untersuchung wenig Ergebnisse hervor, außer der Verhaftung eines UDA-Mannes namens Brian Nelson. Nelson gab bereitwillig zu, daß er der höchste Informationsoffizier der UDA und im Besitz ihrer gesamten Akten war. Jedoch gab er ebenso unumwunden zu, daß er auch ein Agent des britischen Militärgeheimdienstes war - was von seinen dortigen Führern bestätigt wurde. Obwohl er für die Armee arbeitete, wurden die Informationen, die er an diese weitergab, auch der Spezialabteilung der RUC mitgeteilt. So wußte die RUC also nicht nur seit einigen Jahren genau, wieviele Dokumente von den Sicherheitskräften an die UDA weitergegeben wurden, sie wußte sogar welche, da Nelsons Führer bei der britischen Armee alle UDA-Akten genommen und photokopiert hatten und sogar halfen, sie auf den neuesten Stand zu bringen. Und jede neue Ergänzung in den Akten wurde genauso behandelt. (...)

Aber die Dokumente waren nicht die wichtigste Enthüllung, die Nelson zu machen hatte. Er hatte Details loyalistischer Angriffe an seine Führer und durch sie an die RUC weitergegeben, bevor sie stattfanden. Aber in der Mehrzahl der Fälle wurden sie zugelassen, was in einigen Fällen zur Ermordung nationalistischer ZivilistInnen führte. In dem bekanntesten dieser Fälle hatte Nelson Informationen weitergegeben, daß Patrick Finucane, einer der prominentesten Verteidiger im Norden, ermordet werden sollte. Nelson nannte sogar den Organisator dieses Anschlags. Trotzdem - der Anschlag wurde nicht verhindert, mit dem Resultat, daß Finucane starb. (...)

Aufklärung verhindert

Die Untersuchung von Stevens erhielt wenig Unterstützung durch die RUC. Hohe Offiziere weigerten sich, Sicherheitsakten des RUC-Hauptquartiers auszuhändigen, selbst nachdem es ihnen befohlen worden war. Und ein mysteriöses Feuer, das nur den Teil des Polizeigebäudes betraf, den das Stevens-Team benutzte, zerstörte all ihre Akten.

Dies erinnert an frühere Untersuchungen der RUC durch Kräfte außerhalb der Polizei. Die letzte große Untersuchung vor der durch Stevens war die von John Stalker über die Ermordung von sechs unbewaffneten Männern bei drei Vorfällen im Jahr 1982 in der Gegend um die Stadt Armagh. So offensichtlich waren diese Ermordungen, daß vier Polizisten wegen Mordes in zwei getrennten Verfahren angeklagt wurden. Obwohl herauskam, daß die offizielle Version der Vorfälle völlig falsch war und daß hohe Offiziere diese Versionen erfunden und den beteiligten Polizisten befohlen hatten (nach dem Official-Secret-Gesetz), Falschaussagen zu machen, und obwohl sich herausstellte, daß die verwundeten Männer getötet wurden, als sie schon am Boden lagen, wurden die vier Polizisten für nicht-schuldig erklärt. (...)

Gerade als Stalker zur Hälfte mit seinen Untersuchungen fertig war und Zugriff zu allen Informationen und Dokumenten forderte (einschließlich denen, die die RUC ihm nicht geben wollte), wurden in England Vorwürfe gegen ihn laut, und er wurde vom Dienst suspendiert. Die Vorwürfe stellten sich später als völlig falsch heraus. (...) Seine Untersuchungen wurden schließlich durch einen anderen englischen Polizisten, Colin Sampson, beendet. Obwohl dessen Report 1987 abgeschlossen wurde, ist er nie veröffentlicht worden. Der britische Minister für Nordirland hat mit Unterstützung des RUC-Präsidenten ein "Immunitäts-Zertifikat" über das Dokument verhängt, welches die Veröffentlichung im Namen der "nationalen Sicherheit" verhindert. (...)

Ich erwarte von Leuten nicht, daß sie über die Aktionen der RUC überrascht sind. (...) Ich wende mich aber dagegen, daß dieses Gericht einen RUC-Angehörigen einlädt, um über mich und meine Frau auszusagen. So, als ob er ein neutraler, unvoreingenommener Beobachter wäre. Er ist nicht neutral, und er ist nicht unvoreingenommen. Als Angehöriger der RUC ist er Teil des britischen Sicherheitsapparates, der benutzt wird, um die britische Dominanz in der nordöstlichen Ecke meines Landes durchzusetzen. (...)

Anmerkungen:

1) Irland besteht aus 9 Provinzen, die in Counties unterteilt sind. Sechs der neun Counties der Provinz Ulster bilden das Gebiet von Nordirland.

2) Die Unionist Party befürwortete die Fortsetzung der Einbindung Nordirlands an das Vereinigte Königreich Großbritannien und die Aufrechterhaltung der irischen Teilung. (Das sind nach wie vor Ziele des Unionismus.) Sie stand für eine Politik der Diskriminierung der katholischen Bevölkerungsminderheit. Die Unionist Party regierte in Nordirland ununterbrochen von 1922 bis 1972.

3) Überwiegend katholisches Wohnviertel

4) Dieser Streik, der von unionistischen Gruppen und Politikern unterstützt wurde, richtete sich gegen die gemischte nordirische Exekutive, in der auch nicht-unionistische Parteien vertreten waren, und gegen das Sunningdale-Abkommen, in dem Mitglieder der nordirischen Exekutive und Vertreter der britischen und der irischen Regierung die Bildung eines gesamtirischen Rates auf ministerieller Ebene beschlossen. Zwei Wochen nach Streikbeginn wurde die nordirische Exekutive aufgelöst, das Sunningdale-Abkommen scheiterte.

5) UDA: die größte paramilitärische Gruppierung

6) Geheimdienst des britischen Militärs

7) Special Air Service; Sondereinheit der britischen Armee

8) Polizei der Republik Irland

37. Das Guernica des türkischen Staates. Die zweite Zerstörung von Dersim

Autor: nm · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak371/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:35

Kurdistan brennt. Während die kurdische Guerilla beinahe täglich durch Überfälle auf Militärstationen und militärische Einrichtungen auch in Kreisstädten in allen Ecken des kurdischen Gebietes ihre ungebrochene Stärke unter Beweis stellt, konzentriert das türkische Militär seine "Kriegsführung" immer stärker auf die Zerstörung und Vernichtung des Landes und die Deportation seiner Bewohner. Nachdem in den vergangenen zwei Jahren vor allem die Regionen Botan (das Gebiet oberhalb der syrischen und irakischen Grenze um Cizre und Sirnak) sowie Amed (nördlich der Stadt Diyarbakir, z.B. Lice und seine Dörfer) systematisch zerstört und entvölkert wurden, finden die jetzigen Angriffe vor allem in der Provinz Dersim und angrenzenden Gebieten statt.

Seit Ende September führt die türkische Armee in dieser Region eine der größten Vertreibungsaktionen gegen die Zivilbevölkerung durch. Bereits während der Sommermonate war das gesamte Gebiet quasi militärisches Sperrgebiet. Selbst Verwandten wurde die Zufahrt in die Dörfer der Region verwehrt. Darüber hinaus wurde ein Lebensmittelembargo verhängt. Für jedes Kilo Mehl und jedes Kilo Zucker mußten die Bewohner eine schriftliche Genehmigung der türkischen Militärs einholen. In der Nachbarprovinz Bingol wurde diese Maßnahme sogar gegen Dörfer verhängt, in denen "Dorfschützer" für die türkischen Militärs arbeiten.

Ausgerechnet in der "Woche des Waldes", in der landesweit Millionen von SchülerInnen aller türkischen Schulen die "Liebe zum Wald" eingepaukt und Maßnahmen zur Verhütung von Waldbränden beigebracht wurde, begannen die türkischen Truppen die Bombardierung und damit die systematische Vernichtung der Wälder vor allem in den Kreisen Hozat, Ovacik, Pülümür und Ç emistezet.

Dorf um Dorf wurde von Militärs überfallen. Die Bewohner wurden durch das Abbrennen und die Zerstörung ihrer Häuser und Lebensmittelvorräte zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen. Nach Berichten der Menschenrechtsvereine sowie von Sprechern der vertriebenen Dorfbewohner wurden in den letzten drei Wochen über 30 Dörfer der Provinz Dersim (Tunceli) verbrannt, davon allein 17 im Kreis Ovacik.

Vertriebene berichteten, daß die befehlshabenden Militärs jeweils "ein weißes, schnell brennbares Pulver" in die Häuser gestreut und diese dann in Brand gesteckt hätten. In dem Dorf Gokçek wurden sieben Menschen in ihren Häusern bei lebendigem Leibe verbrannt! Es ist zu befürchten, daß dies nicht der einzige Fall ist: Nach Listen von Sprechern der Vertriebenen werden insgesamt 35 Menschen vermißt.

"Aktion Rom"

Wie die Zeitung "ÖZGÜR ÜLKE" von einem höheren türkischen Militär erfuhr, lautet der militärische Befehlscode für das Verbrennen von Dörfern innerhalb der türkischen Streitkräfte "Aktion Rom" - unter Bezug auf die Zerstörung Roms durch Kaiser Nero. Wie beteiligte Soldaten wiederum der Zeitung "ÖZGÜR ÜLKE" berichteten, sind die bisherigen Zerstörungen nur der Auftakt für die Vernichtung von weiteren 150 Dörfern und Siedlungen der Region. Dies bedeutet die zweite Zerstörung von Dersim.

Bereits 1938 - nach einer zweijährigen Belagerung durch türkische Truppen - hatten diese die Stadt Dersim und die Dörfer der Region dem Erdboden gleichgemacht - mit einer Brutalität, die der Zerstörung Guernicas vergleichbar ist. Fast sämtliche Bewohner wurden ermordet, teilweise in Häusern oder Scheunen eingeschlossen und bei lebendigem Leibe verbrannt. Fortan war der Name DERSIM verboten und wurde durch "Tunceli" ersetzt.

Während staatliche Stellen gegenüber den Vorwürfen der Betroffenen und der Presse (wie üblich) behaupteten, die PKK hätte die Dörfer angezündet, haben inzwischen sowohl der "Menschenrechtsminister" Azimet Köylüoglu als auch der türkische Parlamentspräsident Cindoruk öffentlich eingestanden, daß das Militär die Zerstörungen anrichtet und die Brände legt. "ÖZGÜR ÜLKE" veröffentlichte letzte Woche Fotos von Soldaten, die sich in Siegerpose vor den brennenden Häusern offensichtlich gegenseitig abgelichtet hatten. Lediglich der Generalstab behauptete am 13. Oktober in einer an Zynismus nicht zu überbietenden Erklärung, die Dorfbewohner hätten ihre Dörfer selbst angezündet, "um die Entschädigungssumme vom türkischen Staat

zu kassieren". Dazu muß ergänzt werden, daß von den bislang 1,5 Mio. aus kurdischen Dörfern Vertriebenen niemand auch nur eine türkische Lira Entschädigung erhalten hat.

Mittlerweile haben sich in den verschiedenen Großstädten des Westens Solidaritätskomitees und Unterstützungsvereine für Tunceli gebildet, die am 11. Oktober eine Protestaktion vor dem türkischen Parlament in Ankara durchführten.

Eine Parlamentarierdelegation der an der Regierungskoalition beteiligten (sozialdemokratischen) SHP unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten, die am 10. Oktober die Stadt Tunceli (Dersim) aufsuchte, ließ sich von den Militärs den Zutritt zu den zerstörten Dörfern verbieten. Die Abgeordneten hielten es nicht einmal für nötig, mit den vertriebenen Familien zu sprechen. Inzwischen wurden mehrere Dorfvorsteher, die auch als Sprecher der Vertriebenen auftraten, festgenommen. Den Sekretär des Menschenrechtsvereins in Tunceli hatte die Polizei in weiser Voraussicht bereits vor Beginn der Militäroperationen festgenommen und den Verein damit außer Funktion gesetzt.

Zunehmende Stärke der kurdischen Guerilla

Langfristig stellt sich jedoch die Frage, ob sich die türkische Armee mit dieser Zerstörungspolitik nicht selbst immer weiter in die Sackgasse manövriert. Durch ihre Politik treibt sie die Jugendlichen der verbrannten Dörfer in die Reihen der Guerilla.

So galt Dersim/Tunceli bis in die jüngste Zeit nicht als Hochburg der PKK; andere - türkische - revolutionäre Gruppen wie TIKKO oder TDKP waren stärker verankert. Erst in den vergangenen zwei Jahren hatten die PKK und ihre Guerilla ihren Aktionsradius auch auf die Gebiete der alevitischen Kurden in Maras, Kayseri, Sivas und Dersim ausgedehnt. Die religiösen Unterschiede zwischen Kurden alevitischer und sunnitischer Glaubensrichtung hatten bei den kurdischen Aufständen der 20er und 30er Jahre eine Vereinheitlichung der Aufstandsbewegung verhindert und zu Spaltungen und gegenseitigem Verrat geführt, deren Wunden bis heute nicht völlig verheilt sind.

Das Vorgehen des türkischen Staates hat nunmehr dazu beigetragen, den kurdischen Aufstand weiter in den Westen bis in die Provinz von Sivas zu tragen, und möglicherweise eine Überbrückung der alten Widersprüche erleichtert. So ist es Anfang Oktober im Gebiet von Tunceli zu einer gemeinsamen Guerillaaktion von Kräften der PKK, Dev-Sol und TIKKO gekommen.

nm

38. Quelldatei 03.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak371/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:03

Antisemitismus

Mit der Übernahme der Leitung des Zentrums für Antisemitismusforschung (TU Berlin) durch Wolfgang Benz hat sich dieses Haus sehr darum bemüht, über die eigentliche Forschung und einem nur kleinen Personenkreis zugänglichen Publikationen hinaus, seine Arbeitsergebnisse in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen einem größeren Publikum zugänglich zu machen. Neben Monografien, die im Berliner Metropol-Verlag erscheinen, gibt das Zentrum ein Jahrbuch für Antisemitismusforschung heraus, dessen dritter Band jetzt erschienen ist. Wie schon die ersten beiden Bände geht auch der jetzige weit über Antisemitismusforschung hinaus. Der aktuellen Problemstellung entsprechend wird im ersten Teil des Bandes Rechtsextremismus und Rassismus am Beispiel der Behandlung von Minoritäten in den Medien erörtert und dann nochmals im zweiten Teil - Antisemitismus und Rechtsextremismus - bezogen auf die neuen Bundesländer aufgegriffen. Drei weitere Beiträge des zweiten Teils stellen Beispiele des Antisemitismus des letzten Jahrhunderts und das Vorgehen gegen das Mahnmal Putlitzbrücke (Berlin) seit 1987 dar. Nach Teilen zum Exil und zu Minoritätenkonflikten werden (in einem ausnahmsweise englischsprachigen Aufsatz) "Big Business and ‚Aryanization` in Germany, 1933- 1939", das Verhältnis von SED, VVN und Juden in der SBZ und die "Holocaustrezeption der Enkelgeneration" dargestellt. Im Besprechungsessay dieser Ausgabe unterzieht Wolfgang Scheffler die "Enzyklopädie des Holocaust" einer grundlegenden Kritik, in deren Ergebnis er "dringend eine Neubearbeitung" fordert.

Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3. Hg. von Wolfgang Benz. Frankfurt/M. (Campus) 1994. 374 S., 38 DM.

Kinder

Dr.med. Mabuse, mittlerweile im 19. Erscheinungsjahr stehend, widmet ihre aktuelle Ausgabe dem Thema "Kinder in der Medizin". Im einzelnen behandelt werden: die Situation des Kindes im Krankenhaus der 90er Jahre, Hospitalismus, Sommersmog und kindliche Gesundheit, Kinderkrankenpflege, Frühgeborene und Eltern der Frühgeborenen, Gesundheitsgefährdung im Kindes- und Jugendalter, Suizid bei Kindern und Jugendlichen.

Dr.med. Mabuse. Zeitschrift im Gesundheitswesen. Nr. 93 (Okt./Nov. 94). 88 S., 8 DM.

Die Aktion

Warum eigentlich, fragt sich die informierte Leserschaft, wird eigentlich das so besondere Blättchen Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst in der "aufgeblättert"-Rubrik nie erwähnt? Und der Verfasser dieser Rubrik fragt sich, wie kann man eine Zeitschrift vorstellen, die vorwiegend aus vielen kleinen gedanklichen und stilistischen Kostbarkeiten besteht, aus Schlaglichtern, Bosheiten, Ideenblitzen? Titel und Themen anzugeben, ist in diesem Falle kaum informativ. (Eine Ausnahme: Martin Rheinlaenders mehrteiliger Beitrag "Integration und Klassenkampf", enthaltend "Thesen zur historischen Entwicklung der Arbeiterbewegungen in den imperialistischen Metropolen Westeuropas".) Es hilft nur eins: Nicht vorblättern lassen, selber aufblättern.

Die Aktion. Ausgabe III/1994, Heft 123/125. 6 DM. (Im guten linken Buchhandel oder bei: Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg.)

Proletarität

Eine zweckgeleitete Debatte - d.h. am Diskussionsgegenstand orientiert und um Klärung bemüht - ist in der Linken selten und seltener. Es mangelt ihr überdies auch gemeinhin an Kontinuität: Eine Frage wird aufgeworfen, es folgt ein Schlagabtausch, eine Selbstdarstellung - und das war's dann auch. Einen positiv anderen Verlauf hat die bisherige Diskussion um Karl Heinz Roths Ausführungen über Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken (s. ak 356) genommen. Vom Sommer 93 bis zum Frühjahr 94 wurden zahlreiche Diskussionsbeiträge in Zeitschriften der (radikalen) Linken veröffentlicht, die sich zumeist auch tatsächlich auf die von Roth aufgeworfene Fragestellung bezogen, und etliche Veranstaltungen zum Thema wurden durchgeführt. Der ISP-Verlag hat nun, um diese verstreuten Beiträge geschlossen zur Verfügung zu

stellen und so die Debatte erneut zu eröffnen - eine Dokumentation publiziert. Der erste Teil enthält Roths diskussionsanstoßenden Beitrag, ergänzt mit einem von ihm verfaßten Kommentar aus der Zeitschrift 1999. Im zweiten Teil werden neben Debattenbeiträgen aus Zeitschriften speziell für diese Dokumentation verfaßte Aufsätze gebracht; darunter eine Erörterung der "Grenzen und Möglichkeiten der ArbeiterInnensolidarität" von dem Herausgeber der renommierten International Review of Social History, Marcel van der Linden, die durch ihre konkrete Beweisführung hervorsticht. Der dritte Teil ("Reaktionen") enthält Veranstaltungsberichte, Briefe und das Protokoll einer Diskussion zwischen Roth und Redakteuren des niederländischen linksradikalen Magazins Konfrontatie. Roth wäre nun nicht Roth, wenn der vierte und letzte Teil des Buches nicht eine Replik enthielte, die mit 130 Seiten nur geringfügig kürzer ausfällt als die drei vorhergehenden Teile der Dokumentation zusammen. Allerdings ist hier jedoch selbst freundliche Ironie fehl am Platze: Roth setzt sich, in Fortführung einer sonst kaum noch anzutreffenden linken Diskussionskultur, gestützt auf eine enorme Materialmenge und mit großem Ernst sowohl mit den Argumenten mit den KritikerInnen auseinander wie er versucht, die "Schwächen und Stärken (s)eines überfälligen Diskussionsvorschlags" herauszuarbeiten. Eine Arbeit, die - ob man nun Roths Ansatz und dessen Fortführung in der vorliegenden Dokumentation folgen mag oder nicht - aller Beachtung und weiterer Debatte wert ist.

Karl Heinz Roth (Hg.): Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation einer Debatte. Köln (Neuer ISP-Verlag) 1994. 285 S., 29,80 DM.

Internationalismus

Seit knapp 25 Jahren und nun mit der 200. Nummer erscheinen die blätter des iz3w - wir gratulieren und wünschen den KollegInnen Kraft, Ideen und Mut für die nächsten 200 Ausgaben! Die Entwicklung der blätter sieht nach der Selbstauskunft der Redaktion so aus: "Ende der 60er und noch Anfang der 70er sah die ADW (Aktion Dritte Welt - Hg. der blätter; Anm. ak) den Staat als Träger einer auf mehr Gerechtigkeit bedachten Entwicklungspolitik. 1980 tauchten die blätter als ‚linksextremistische Publikation` im Verfassungsschutzbericht auf; und in dieser Nr. 200 stehen im Jahr 1994 ‚grüne` Reformvorschläge für ein neues BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; Anm. ak) neben Überlegungen zu einem neuen radikal-kritischen Anti- Imperialismus." Was auch der Themenschwerpunkt dieser Nr. 200 ist: Internationalismus in den 90er Jahren, der sich - so die blätter-Redaktion - "aus der Öffentlichkeit verabschiedet" habe. Der verbliebenen Solidaritätsbewegung gelinge es gegenüber Bilderflut und Desinformation nicht mehr, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu enthüllen. Hier aber müsse der Hebel angesetzt und mit dem Aufdecken von Zusammenhängen der öffentliche Raum zumindest partiell zurückerobert werden. Neben den Schwerpunkt-Beiträgen ist besonders hinzuweisen auf eine Kritik des Konstrukts "Aids in Afrika": "Über die rassistische Konstruktion von Sexualität und Krankheit" und eine Auseinandersetzung mit dem "Mythos vom Stammeskrieg" sowie die Darstellung des Prozesses der Vereinigung von Nord- und Südjemen in den Jahren 1990-94.

blätter des iz3w, Nr. 200 (Aug./Sept. 94). 68 S., 7,50 DM.

Israelischer Film

In besseren Kinos wie bei den Fernsehsendern, die sich gelegentlich ihres Bildungs- und Informationsauftrags erinnern, sind seit einigen Jahren israelische Filmproduktionen zu sehen, die sich mit dem inneren wie dem israelisch-palästinensischen Konflikt auseinandersetzen. "Repräsentativ" sind diese Filme für das israelische Filmschaffen nicht, aber sie verhelfen, richtig verstanden, zu einem differenzierteren Verständnis der Probleme der Region. Richtig verstanden ... Insbesondere hierzulande ist der Blick auf Israel und Palästina vielfach getrübt, was sich auch auf die Rezeption der dort produzierten Filme auswirkt. Abhilfe verschafft hier die Dokumentation Perspektiven des israelischen Films, die aus einem Projekt hervorgegangen ist, das das israelische Kino der vergangenen rund fünfzehn Jahre dem deutschen Publikum nahezubringen versuchte. Anfang der 90er Jahre war in mehreren deutschen Städten eine Reihe moderner israelischer Filme gezeigt worden. Neben der Präsentation der Werke und ihrer Regisseure kamen auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain auch israelische FilmwissenschaftlerInnen zu Wort. Deren Beiträge zur Geschichte und Gegenwart des israelischen Kinos bilden den Kern der Dokumentation, die mit ausführlichen Kritiken von zwölf israelischen Filmen ergänzt wird.

Ernst Karpf, Doron Kiesel, Karsten Visarius (Hg.): "Wegen dieses Krieges ..." Perspektiven des israelischen Films. Arnoldshainer Filmgespräche. Marburg (Schüren) 1993. 160 S., 28 DM.

39. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak371/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:27

Kalender

Roma

"Bombardiert eure Botschaften", empfiehlt UNITED for Intercultural Action - "natürlich nur mit Faxen, Telefonanrufen, Briefen, Besuchen, Demonstrationen, Mahnwachen." In den Mittelpunkt des diesjährigen Gedenkens an das Novemberpogrom 1938 stellt UNITED die Forderung nach Schutz und gleichen Rechten für Roma.

Infos und ein Aktionsplakat bei: UNITED for Intercultural Action, Postbus 413, NL- 1000 AK Amsterdam.

Antifaschismus in der BRD-Geschichte

In einer achtteiligen Vortragsreihe gibt Rolf Surmann, Autor u.a. eines Buches über Münzenberg, unter dem Thema "Antifaschismus in Theorie und Praxis" einen Querschnitt durch die Geschichte der Bundesrepublik. Ausgehend vom demokratischen Selbstverständnis nach dem 8. Mai 1945 behandelt Surmann die Positionen organisierter AntifaschistInnen und bürgerlicher Oppositioneller in den 50er und 60er Jahren, die Aktualisierung der Debatte durch die ApO 1968, SPD- und CDU- Konzessionen an den Rechtsradikalismus, moderne Patrioten und Sehnsucht nach alten Mythen, das Antifaschismus-Verständnis der GRÜNEN, das Verhältnis der "Zivilgesellschaft" zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, die Konzeptionen von Antifa-Gruppen.

Ab 20.10.94 (und wöchentlich bis einschl. 8.12.94), 19.30 Uhr im Haus für Alle, Amandastraße 58, 20357 Hamburg. Teilnahmebeitrag 20 DM. Anmeldung bei "Umdenken", Tel. 040 - 3895270 oder am ersten Abend.

Kalter Krieg

Wie früher Feudalherren als Förderer der Künste und heute Großindustrielle und Konzerne mit Stiftungen über ihr sonst übles Wirken hinwegzutäuschen versuchen, sind heute manche der auf die Verbreitung von Dumpfsinn und Brutalität spezialisierten TV-Kommerzsender bemüht, mit mitternächtlichen Sendungen beträchtlicher Qualität ihr Image zu bessern. So bringt RTL Rolf Gössners und Peter Kleinerts Film "Opfer des Kalten Krieges" in der Reihe "Z". - 23.10.94, 24 Uhr, RTL.

Rassismus und Antirassismus

Im Rahmen der Filmreihe "Fremde Blicke - Blicke auf Fremde" wird der Film "Wie andere Neger auch" mit anschließender Diskussion gezeigt am

25.10.94, 20 Uhr. Haus für Alle, Amandastraße 58, 20357 Hamburg.

Togo

Kann man von einer Demokratie in Togo sprechen, wenn sich wichtige Teile der Opposition im Exil befinden und täglich Andersdenkende ermordet werden? Welches Spiel spielen Diktator Eyadema und die sogenannte gemäßigte Opposition? Aus Anlaß des vierten Jahrestages des Beginn des demokratischen Prozesses informiert die Front der togoischen Flüchtlinge Hamburg über die aktuelle politische Situation in ihrem Land.

25.10.94, 19.30 Uhr, Kölibri-Veranstaltungsräume der GWA, St. Pauli-Süd, Hein-Köllisch-Platz 12, Hamburg.

HipHop, Black Culture, Rassismus

Der Hamburger Discjockey und Musikjournalist Günter Jacob referiert über Gangsta Rap, Fremdenethnisierung / Selbstethnisierung, Afrozentrismus, Nation of Islam, Exotismus und Sexismus im HipHop und seine hiesige Rezeption am

28.10.94, 20 Uhr. DESI, Nürnberg.

Chile

Über den politischen Widerstand der Mapuche berichten der internationale Sprecher der Mapuche-Bewegung Consejo de todos las tierras, Aucán Huilcaman, und Maria Tramclao bei einer Rundreise durch die Bundesrepublik.

3.11.94, Neuwied; 7.11., Aachen; 8.11. Meppen; 10.11., Münster; 13.11., Bielefeld; 14.11., Leipzig; anschließend Süddeutschland. Weitere Informationen bei: EIRENE, Thomas Oelerich, Engerserstr. 74b, 56564 Neuwied, Tel. 02631 - 83790.

Novemberpogrom

Zum Gedenken an das Novemberpogrom 1938 zeigt das Auschwitz-Komitee den Film "Der Attentäter" (über Herschel Grynszpan). Der Regisseur des Film, Lutz van Dijk, Mitarbeiter des Anne-Frank-Hauses in Amsterdam, und der Produzent Michael Bergmann führen in den Film ein. Esther und Edna Bejarano tragen mit der Gruppe Coincidence jiddische "Lieder für das Leben" vor.

4.11.94, 20 Uhr. Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hörsaal 1, Von-Melle-Park 9, Hamburg.

Europa

"Greifen wir nach den Sternen" rufen die VeranstalterInnen des - schon viel weniger lyrisch betitelten - Seminars "Widersetzen wir uns diesem Europa!" auf. - Am 9./10.12. findet das halbjährliche Gipfeltreffen der Regierungschefs der EU, diesmal in Essen, statt. Im Zusammenhang des Protests gegen den EU-Gipfel steht auch dieses Seminar. Die Themen der Arbeitsgruppen sind: Asyl- und AusländerInnenpolitik im neuen "Europäischen Haus"; EU und Osteuropa; Ökonomische und soziale Konsequenzen des EU-Integrationsprozesses; EU und die Länder des "Südens"; Neue Rechte in Europa.

5.11., 10 Uhr bis 6.11.94, nachmittags. Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin. Schriftliche Anmeldung: EU-Seminar- Vorbereitungsgruppe, c/o BAOBAB-Infoladen Eine Welt, Winsstr. 53, 10405 Berlin. TeilnehmerInnengebühr 30 DM, Schlafplatz kann gestellt werden.

Nation(alsozi)alismus

Das Antifaschistische Plenum Wolfsburg veranstaltet eine "Antifaschistische und antinationale Woche" mit Vorträgen, Musik, Diskussionen und einem Tagesseminar. Die Reihe eröffnet Heiner Möller (lt. Programm "Vorstandsmitglied der Gruppe K") mit einem Vortrag über "Nationalismus und nationale Befreiungskämpfe". Hartwig Hohnsbein (hier fehlt die Angabe des Status) referiert im Anschluß an den Besuch des Museums für Stadtgeschichte über "Das Leben der ZwangsarbeiterInnen in Wolfsburg 1938-1945". Weitere Vorträge informieren über Waffenexporte der BRD in die Türkei (Jörg Hilbert), Euthanasie und Eugenik (Udo Sierck) und staatliche Repression in der BRD (DKP-Mitglieder, die in den 50er/60er Jahren verfolgt wurden und Betroffene des Verfahrens gegen die Autonome Antifa-M).

17.-25.11.94. Weitere Informationen: Jugendzentrum Mitte, z.Hd. ANNA, Schachtweg 31a, 38440 Wolfsburg.

Nichts ist vergessen und niemand!

Unter dieser Parole rufen Autonome Antifa (M) und Antifa Jugendfront Göttingen anläßlich des fünften Todestages von Conny Weßmann zur "bundesweiten antifaschistischen Demonstration" gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands auf. - 19.11.94, ab 11 Uhr. Demonstrationsbeginn am Markt, Göttingen.

Kapitalismus ohne Alternative?

IMSF und Zeitschrift "Z" laden zu einer Tagung über Ansätze gesellschafts- und kapitalismuskritischer Optionen ein. Der Einleitung "Die Bundesrepublik nach den Wahlen - Linke was nun?" (mit Uwe Kremer, Redaktion spw; Heinz Jung, Redaktion Z) folgen Vorträge zum Thema "BRD und Metropolenkapitalismus", es werden Ansatzpunkte und Konzeptionen verschiedener Projektgruppen vorgestellt. Referenten sind: Horst Heininger, Jörg Huffschmid, Dietmar Düe, Karl Hermann Tjaden, Charles Pauli, Joachim Bischoff und Frank Deppe.

19./20.11.94, Frankfurt. Anmeldung: IMSF, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt. - Tagungsbeitrag 30 DM, ermäßigt 15 DM. Übernachtungsmöglichkeit im Haus der Jugend.

40. Quelldatei brasil.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak371/brasil.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:brasil

Bereits im ersten Wahlgang wurden die brasilianischen Präsidentschaftswahlen zugunsten des Kandidaten des Mitte-Rechts-Bündnisses entschieden. Der Kandidat der Arbeiterpartei (PT), der noch Anfang Juli in Umfragen vorn gelegen hatte, kam nur auf 27% der Stimmen. Der neu gewählte Präsident Fernando Henrique Cardoso will Brasilien einen "kapitalistischen Schock" verordnen. Im Wahlkampf gelang es ihm, neuen Optimismus zu verbreiten, während PT-Kandidat Lula mit seinen richtigen Analysen der von Cardoso verkörperten "Idee des Sieges, der Größe und des Glücks" nur wenig entgegensetzen konnte. Unser Autor analysiert den modernen Wahlkampf Cardosos und die Zukunft der Linken, die nun den Widerstand gegen das neoliberale Modernisierungsprogramm organisieren müssen.

Seite 16

41. Haider bald Kanzler?

CD-Datei: daten/aksuche/ak371/haider.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:haider

Verluste von 12 Prozentpunkten für die Große Koalition in Österreich - rechnerisch wäre ein Regierungsbündnis aus ÖVP (Volkspartei) und Jörg Haiders FPÖ schon jetzt möglich. Daß es dazu (noch) nicht kommen wird, liegt vor allem an Haider: Der will nicht als Juniorpartner, sondern als Kanzler in die Regierung einsteigen. Das ehrgeizige Vorhaben ist keineswegs unrealistisch. Maßgebliche ÖVP-Politiker möchten lieber heute als morgen mit der FPÖ ins Geschäft kommen - eine Perspektive, die in der Redaktion der FAZ bereits heftige Vorfreude auslöste. "Glückliches Österreich" titelte die Zeitung für Deutschland, die Haider sogar die Treue hielt, als der mit seinem Ausspruch von der "ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches" vorübergehend in Ungnade fiel. Seite 20

42. Quelldatei irak.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak371/irak.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:irak

In den Medien kommen sie stets als homogene Gruppe vor: "die Kurden". Entwicklungen und Widersprüche innerhalb der kurdischen Gesellschaft sind fast nie Thema. Unsere Autorin analysiert am Beispiel des landwirtschaftlichen Sektors zum einen die Auswirkungen der politischen Machtverhältnisse auf die kurdische Bevölkerung. Privatisierung großer Landgebiete, Vertreibung der Menschen von dem Land, auf dem sie leben, und die damit verbundene Zerstörung der entwickelten kurdischen Subsistenzwirtschaft sind über Jahrzehnte hinweg kennzeichnend für die Entwicklung in der irakisch-kurdischen Region. Daneben werden die komplizierten innerkurdischen Widersprüche dargestellt. Die Autorin zeichnet die Entwicklung nach von Beginn des Jahrhunderts bis in die Gegenwart, in der es eine befreite kurdische Region gibt. Seite 14

43. IWF und Weltbank

CD-Datei: daten/aksuche/ak371/iwf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:iwf

Dollarblüten mit dem Aufdruck "50 Jahre Politik der Zerstörung" flatterten von der Decke herab auf die Delegierten des Madrider Kongresses zum 50. Jahrestag des Internationalen Währungsfonds. Zu allem Übel wurde die Feier 50jähriger Entwicklungspolitik "im Dienst der Armen" auch noch dadurch gestört, daß die 15.000 angereisten Banker gezwungen waren, ihre Betten selbst zu bauen - Hotel- und Gaststättengewerbe streikten. Im gleichen Zeitraum fanden weltweit Aktionen gegen die IWF-Feier statt, deren Höhepunkt eine Demonstration in Madrid mit 30.000 TeilnehmerInnen war. Zum Forum "Die anderen Stimmen des Planeten" waren dreitausend TeilnehmerInnen aus fünf Kontinenten angereist. Das gleichzeitig tagende "Tribunal der Völker" saß über IWF und Weltbank zu Gericht. Das Tribunal urteilte, daß von angepaßter Entwicklung nicht die Rede sein könne, wenn nicht zuvor eine Schuldenstreichung erfolge. Zudem müßten die IWF-Projekte künftig von der UNO überprüft werden, um weitere Elendsschübe und Zwangsumsiedlungen infolge des IWF-Agierens zu verhindern. Seite 7

44. "Perestroika" in Jordanien

CD-Datei: daten/aksuche/ak371/jord.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:jord

Nach 45 Jahren ist der - seit einem Vierteljahrhundert nur mehr formelle - Kriegszustand zwischen Israel und Jordanien beendet worden. Was in offiziellen Erklärungen als großer Sieg des Friedens und des Realismus gefeiert wird, trifft in Jordanien - wie Klaus Polkehn bei Gesprächen im Lande festgestellt hat - weithin auf Skepsis oder offene Ablehnung. Mit Beginn der 90er Jahre war Jordanien, noch verschärft durch den Golfkrieg, in eine bedrohliche Lage geraten, die sich 1993 mit einer neuerlichen Wirtschaftskrise zu wiederholen drohte. Als eine Voraussetzung für die Bewältigung ökonomischer Probleme wurde die Klärung des Verhältnisses zu Israel angesehen. Eine etwaige Vernetzung der beiden Volkswirtschaften käme jedoch einem Joint Venture zwischen Karstadt und einem Tante-Emma-Laden gleich. Seite 11

datei: jord.txt

Kurztext für rechte Spalte, passendes Foto im "Spiegel", 34/1994, S. 124 (im "Spiegel"-Sammelfach)

VARIANTE 1

Jordanien

Die Beendung des (formellen) Kriegszustands zwischen Israel und Jordanien wird in offiziellen Erklärungen als Sieg des Friedens gefeiert. Klaus Polkehn hat jedoch bei seinen Gesprächen in Jordanien Skepsis bis hin zur offenen Ablehnung des Abkommens erfahren. Seite XX

VARIANTE 2

Jordanien

Klaus Polkehn berichtet von seinen Gesprächen in Jordanien und gibt einen Rückblick auf die Entwicklung dieses Staats seit dem Ende der 40er Jahre. Seite XX

Langtext für Kasten links (1000 Anschläge plus HUE)

45. Quelldatei kuba.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak371/kuba.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:kuba

Die Unruhen vom 5. August haben die Spaltung der kubanischen Gesellschaft deutlich gemacht. Bert Hoffmann, kürzlich von einem längeren Aufenthalt in Havanna zurückgekehrt, hat dort allgemeine Lähmung und das "Gefühl einer furchtbaren Ausweglosigkeit" gespürt. Von der Unzufriedenheit seien nun auch solche Teile der Bevölkerung erfaßt, die bisher die Revolution mitgetragen haben. Die August-Ereignisse und die anschließende Fluchtwelle könnten zu einer politischen Verhärtung und gleichzeitig zu wirtschaftlichen Reformen führen. Die USA haben ihre Konfrontationspolitik noch verschärft, in der Hoffnung, daß die Krise eskaliert und zum Volksaufstand führt. Daß Clinton das Embargo nach den Kongreßwahlen im November lockern könnte, bleibt allenfalls eine vage Hoffnung. Eindrücke aus Kuba -

Seite 19

46. Fotografen und Fotoagenturen stöhnen:

Immer dieser Ärger mit dem ak

CD-Datei: daten/aksuche/ak371/trans.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:trans

Nach dem Erscheinen des letzten ak erreichte uns ein Fax der Fotografengruppe "transparent" - schon wieder ein Foto von ihnen im ak ohne Nachweis des Fotografen oder der Fotoagentur.

Hier möchten wir uns noch einmal für das Versäumnis entschuldigen. Falls es anderen FotografInnen oder Agenturen mit uns ebenso ergangen sein sollte wie "transparent", der Hinweis: Es ist keineswegs der Fall, daß wir die jeweiligen FotografInnen absichtlich nicht nennen, wir wollen uns damit auch nicht um Fotohonorare "drücken". Aber wenn wir in letzter Sekunde noch ein Foto benötigen, passiert es leider schon mal, daß wir bei Übernahme von Fotos aus anderen Zeitungen oder Broschüren keinen Fotonachweis "finden" können oder daß schon dort der Nachweis fehlt. Eine weitere Fehlerquelle ist unsere Endkontrolle: Da wird der fehlende Fotonachweis - leider - auch manchmal übersehen.

Ein Dank für die Geduld mit uns speziell an: "transparent" - Fotos, Texte, Reportagen, Rosenstr. 7-9, 50678 Köln und alle, die es sonst betrifft.

ak-Redaktion

47. Quelldatei wahl.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak371/wahl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:371:wahl

Kohl leicht abgespeckt

Verluste von 6,4 Prozentpunkten für die Regierungskoalition haben deren Mandatsmehrheit auf ganze zehn Sitze zusammenschmelzen lassen - 1990 betrug der Abstand zur Opposition noch 134 Mandate. Links von der SPD legten Bündnis90/Grüne und PDS kräftig zu. Verfügten beide Gruppierungen zusammen bisher über 25 Mandate, so werden es künftig mehr als dreimal so viele sein: 30 Sitze gehen an die PDS, 49 an die Bündnisgrünen. Trotz dieser Verschiebungen bleibt vorerst alles, wie es war. Helmut Kohl, der für seine erneute Kanzlerwahl im ersten Wahlgang 337 Stimmen braucht (die Koalition verfügt über 341), mahnte schon am Wahlabend zur "Disziplin". Extratouren können weniger denn je geduldet werden; die noch einmal davongekommenen Liberalen sollen ja nicht wagen, das Maul aufzumachen. Als Aufpasser steht die CSU bereit, die ihr "gewachsenes Gewicht" in die Waagschale zu werfen droht.

Für die Politik der neuen alten Regierung mögen die internen Verschiebungen des Kräfteverhältnisses marginal sein; ihr Erscheinungsbild nach außen wird - zunächst - noch mehr "Geschlossenheit" ausstrahlen als bisher. Hier wird nur einer zu sagen haben: Helmut Kohl, den das Wahlvolk liebt wie keinen zweiten und dessen tagtägliche Fernsehpräsenz ein wesentlicher Garant für den Wahlerfolg war. Daß Scharping mit dem Großen Kommunikator Kohl auf dessen ureigenstem Gebiet nicht mithalten konnte, ist kein großer Verlust. Die peinlichen Versuche des angeblichen Herausforderers, auch einmal ganz menschlich zu erscheinen, waren eine ebensolche Beleidigung des Publikums wie der Personenkult mit Kohl. Die SPD-Strategen, die den Wahlspot mit dem kleinen Rudi und seiner Mami zu verantworten haben, werden bei ihrer Wahlkampfauswertung zu dem Schluß kommen, daß sie auf dem richtigen Weg sind. Denn über Scharpings Auftritte schrieb der FAZ-Kommentator Günter Bannas noch: "Der Kanzlerkandidat spricht den Verstand an, nicht das Gefühl." Dem kann abgeholfen werden: Durch noch mehr Kinderbilder und noch mehr Mami.

Was der CDU im Wahlkampf gelang und wohl auch bei der Kanzlerwahl im Parlament gelingen wird, ist auf die Dauer nicht durchzuhalten: Die Person Kohl ist kein Programm für vier Jahre. Die FDP ist in der Zwickmühle, einerseits kuschen und andererseits - mit Blick auf den nächsten Wahltermin - "Profil" zeigen zu müssen. Eine Konstellation, bei der sich die SPD-Fraktion zurücklehnen und auf ihren Einsatz warten kann. Scharping hat mit seinem Kommentar am Wahlabend, er habe sein Wahlziel nur knapp verfehlt, endgültig bestätigt, was ohnehin auf der Hand lag: Ziel war nicht der "Kanzlerwechsel", sondern die Große Koalition. Seine mehr oder weniger prominenten UnterstützerInnen - von Günter Grass bis Walter Jens - , die in großformatigen Anzeigen für den "Wechsel" warben, scheinen auch diesen offenkundigen Betrug wortlos hinnehmen zu wollen.

Vielleicht klammern sie sich aber auch an die Hoffnung, der "Machtwechsel" könne auf dem Umweg über die Große Koalition herbeigeführt werden - schließlich ist das tatsächlich schon einmal gelungen. Im Dezember 1966, nur ein Jahr nach dem deutlichen Sieg der CDU-FDP Koalition, wurde die SPD in die Regierung geholt. Davon hatte sie ihre Zustimmung zu den Notstandsgesetzen und zu einer Stabilitätspolitik, die der eigenen Klientel Opfer abverlangte, abhängig gemacht. Im Gegenzug konnte unter Außenminister Willy Brandt die "neue Ostpolitik" Konturen gewinnen.

Im Unterschied zu 1966 hat die SPD heute nichts anzubieten und nichts zu erwarten. Die wesentlichen zu Schicksalsfragen der Nation hochstilisierten Gesetzesänderungen - Asylrecht, Bundeswehreinsätze, Pflegeversicherung, Verbrechensbekämpfung - sind unter Dach und Fach. In all diesen Fragen ist die SPD nach anfänglichem Zögern auf Regierungskurs eingeschwenkt, ohne dafür irgend eine Gegenleistung erhalten zu haben. Wenn die hauchdünne Regierungsmehrheit nach der Hälfte der Legislaturperiode verschlissen sein sollte, wird sich die SPD "im Interesse Deutschlands der Übernahme von Verantwortung nicht verweigern", wie die einschlägige Floskel lautet. Mangels erkennbarem politischem Vorteil wird die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten ("erstmals seit 1982") als Erfolg an sich ausgegeben werden müssen.

Ein Zwischenschritt zur Einleitung eines rot-grünen Reformprojekts wird sie nicht sein. Im Unterschied zum Ende der sechziger Jahre fehlt jede Art von reformpolitischer Aufbruchstimmung. Die Sozialdemokraten wetteifern mit der Regierung um die Sicherung des "Standort Deutschland"; insbesondere der rot-grüne Hoffnungsträger Gerhard Schröder bekennt sich stolz als "Türöffner für deutsche Unternehmen in der Welt"

und als Lobbyist der Auto-Industrie. Nicht von ungefähr war der einzige sofort umsetzbare Punkt des 100-Tage-Programms, das die SPD zwei Wochen vor der Wahl lancierte, eine "Abwrackprämie" für alte Autos: Wirtschaftsförderung mit "grüner" Verzierung, die von den (echten) Grünen zu Recht umgehend abgelehnt wurde.

Eigene Ideen für eine Mehrheit "links von der Union" bringt die SPD nur auf dem Gebiet wahltaktischer Trickserei zustande: Siehe Scharpings Angebot an die CDU, in den PDS-Hochburgen zu Wahlabsprachen zu kommen. Daraus wurde nichts, weil die CDU nicht mitspielte (was Scharping empörend fand). Die CDU hält gegenüber den "Gysi-Kommunisten" den formal rechtsstaatlichen Weg für klüger. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Eylmann (CDU), möchte für die Vergabe der Direktmandate einen zweiten Wahlgang einführen: "Denn im zweiten Wahlgang könnten alle, die die PDS nicht wollen, ihre Stimme auf den Zweitplazierten konzentrieren." Solche Manipulationen am Wahlrecht kosten natürlich Zeit, das weiß auch Eylmann, der zehn Tage vor der Wahl resigniert feststellte: "Der Zug ist abgefahren, und jetzt müssen wir mit dem leben, was dabei heraus kommt."

Heraus kam eine aus 30 Abgeordneten bestehende PDS-Gruppe (bisher waren es 17 gewesen). Stefan Heym, der den sozialdemokratischen Vorzeige-Ossi Wolfgang Thierse im Duell um das Direktmandat in Berlin-Mitte/Prenzlauer Berg überflügelte, wird als neuer Alterspräsident die konstituierende Sitzung des 13. Bundestages eröffnen. Auf die Rede des nach eigenem Bekunden "eigenartigen" Mannes sind wir gespannt. Linken Enthüllungsjournalisten und Polemikern wird die PDS-Gruppe Stoff liefern. Hier ist allerdings dem Neuen Deutschland beizupflichten, das sich von den zu erwartenden "Turbulenzen" nicht schrecken lassen will: "Wer Persönlichkeiten ins Rennen schickt und dann erwartet, daß sie plötzlich handzahm und pflegeleicht sind, wäre ein Heuchler."

Mit dem Wiedereinzug der Westgrünen bekommt die PDS links von der SPD Konkurrenz. Die bisherigen Wortführer der Bündnisgrünen im Bundestag, Werner Schulz und Konrad Weiß, die aus ihren schwarz-grünen Ambitionen keinen Hehl machen, waren denn doch keine ernst zu nehmenden Gegner. Vielleicht begünstigt der ökologisch-sozialistische Wettbewerb die stärkere Akzentuierung der eigenen Positionen. Daß die Grünen ihren blödsinnigen Abgrenzungskurs gegenüber der PDS vier Jahre lang durchhalten können, ist kaum zu befürchten. Rot-Grün ist machbar - wenn auch nur links von der SPD.

Während links im Parlament ohne die Sachzwänge von Koalitions- oder Tolerierungsverhandlungen Opposition gemacht werden kann, ist für die Regierungsparteien der Spielraum ungewohnt eng geworden. Mehr denn je ist unklar, wer und was denn nach Kohl kommt. Als der aussichtsreichste Nachfolgekandidat galt und gilt Wolfgang Schäuble. Die von ihm vertretene Politik wird es nach dem 16. Oktober nicht leichter haben. Schäuble wirbt für eine "im Kern totalitäre Vision" (Charlotte Wiedemann): Abschied vom "Wohlfahrts- und Daseinsvorsorgestaat", "nationale Identität" in einer "Schicksalsgemeinschaft", "Dienst an der Gemeinschaft", Opferbereitschaft, Deutschland zuerst, Europa vielleicht später. Um diese Politik über Kohl hinaus gibt es zwar in der CDU keine Auseinandersetzung und ebensowenig eine klare Gegenposition der SPD. Sie wird sich aber nicht im Selbstlauf durchsetzen. Die bisherigen Versuche der CDU, deutschnationale Ideologie und Realpolitik zur Deckung zu bringen, waren wenig erfolgreich. Schäuble selbst, der mit seinem Kerneuropa-Vorstoß in dem weitgehend themenfreien CDU-Wahlkampf für Irritationen gesorgt hatte, mahnt nun zur Besonnenheit. Vor nicht allzu langer Zeit hatte er - mit Blick auf die anstehenden Verfassungsänderungen - noch aufs Tempo gedrückt: "Wir kommen zu nichts vor lauter Bedenken."

Allerdings denkt die SPD nicht daran, aus diesem Zeitgewinn politisches Kapital zu schlagen. Selbst hartnäckige Rot-Grün-Propagandisten wie der Politologe und Grünen-Experte Joachim Raschke haben erkannt: "Eine rot-grüne Debatte wie bisher ist out." Die SPD blickt konsequent nach rechts und wartet auf ihre "Chance". Sie hofft darauf, für ihre eilfertige Kooperation mit der Regierung schon bald belohnt zu werden und als Juniorpartner in das gemeinsame Unternehmen einsteigen zu dürfen. Die Differenzen in der SPD-"Troika" um den Umgang mit der CDU sind allein taktischer Art. Während Schröder am liebsten von sich aus ein Koalitionsangebot gemacht hätte, ließ er sich von Scharping zunächst bremsen, der darauf bestand, das Angebot müsse von Kohl kommen. "Aber wir müssen signalisieren, daß wir eine solche Offerte nicht abweisen werden", habe Schröder insistiert, berichtet der Spiegel - "und so richtig widersprach keiner."

Wenn es denn so weit kommt, wird auch dieser Regierungswechsel nicht durch die Wählerinnen und Wähler herbeigeführt worden sein. Noch nie in der Geschichte der BRD ist eine amtierende Regierung abgewählt

worden. Ein seltener Fall von politischer "Stabilität", die auf absehbare Zeit erhalten bleiben wird - allem Gerede von der "Politikverdrossenheit" und der "Krise der Volksparteien" zum Trotz. Der wiedergewonnenen Integrationskraft der großen Parteien fielen diesmal die Reps zum Opfer, deren Einzug in den Bundestag noch vor zwei Jahren so gut wie sicher schien: Die Rechtsverschiebung des gesamten Parteienspektrums hat eine eigenständige rechtsextreme Parlamentspartei bis auf weiteres "überflüssig" gemacht.